

Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft: Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung

Hohnstein, Sally (Ed.); Langner, Joachim (Ed.); Zschach, Maren (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hohnstein, S., Langner, J., & Zschach, M. (Hrsg.). (2022). *Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft: Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung* (Schriftenreihe der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS) am Deutschen Jugendinstitut (DJI) Halle (Saale)). München: Deutsches Jugendinstitut e.V. <https://doi.org/10.36189/DJI352021>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft

Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung

Sally Hohnstein, Joachim Langner &
Maren Zschach (Hrsg.)

SALLY HOHNSTEIN, JOACHIM LANGNER & MAREN ZSCHACH (HRSG.)

Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft – Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung

Schriftenreihe der



Arbeits- und Forschungsstelle
Demokratieförderung
und Extremismusprävention

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit über 50 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Aktuell arbeiten und forschen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) an den beiden Standorten München und Halle (Saale).

Impressum

© 2022 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

ISBN: 978-3-86379-398-2
DOI: 10.36189/DJI352021
Erscheinungsjahr: 2022

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 681 78-37
E-Mail milbradt@dji.de

Layout/Gestaltung

O.media GmbH, media.ogroup.de

Vorwort

Der vorliegende Sammelband¹ erscheint in der Schriftenreihe der *Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention* (AFS) am *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) Halle (Saale). Mit dieser Schriftenreihe soll fachlich relevantes Wissen zu politisch-weltanschaulichem Extremismus im Jugendalter, zu dessen pädagogischer Bearbeitung sowie zu angrenzenden Themen für Fachpraxis, Wissenschaft und Politik praxisnah aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Dieser Band konnte aufgrund einer Förderung durch das Bundesprogramm „*Demokratie leben!*“ entstehen, wofür wir uns an dieser Stelle beim *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) bedanken.

Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren² für ihre Beteiligung an dem Buchprojekt und für den konstruktiven Austausch im Rahmen des kollegialen Reviewverfahrens, das alle Beiträge durchlaufen haben. Zudem möchten wir uns für die fachliche und kollegiale Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen am DJI bedanken! Besonderer Dank gilt dem gesamten Team der AFS – den Kolleginnen und Kollegen Jost Hermann Eisenmenger, Josephine Garitz, Johanna Häring, Pia Sauermann, Marco Schott und Ina Weigelt sowie unserer studentischen Praktikantin Hanna Schmidt, die uns maßgeblich beim Lektorat des Manuskripts unterstützt haben – des Weiteren Manja Birke und unserer mittlerweile in den verdienten Ruhestand übergegangenen Kollegin Renate Schulze für ihre tatkräftige Unterstützung bei der organisatorischen Arbeit am Band, allen weiteren Kolleginnen und Kollegen am DJI, die an der Umsetzung des Bandes beteiligt waren sowie, last but not least, Dr. Björn Milbradt für seinen steten kollegialen Rat.

- 1 Der vorliegende Sammelband ist im Rahmen des Projekts *Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention* entstanden, das vom BMFSFJ von 2020 – 2024 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
- 2 Die Autorinnen und Autoren in diesem Sammelband verwenden verschiedene Formen geschlechts- und gendergerechter Sprache. Die Wahl des jeweiligen Stils obliegt den Beitragenden selbst.

Kurz vor Abschluss der redaktionellen Arbeiten erreichte uns die traurige Nachricht vom plötzlichen Tod von Hagen Berndt, der gemeinsam mit Ulrike Gatzemeier einen Beitrag zum Sammelband beigesteuert hat. Zuletzt als Leiter des *Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktbearbeitung* des *VFB Salzwedel*, als früherer pädagogischer Leiter und Geschäftsführer der *Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow* sowie mit seinem Engagement für die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF), u.a. als Koordinator der Arbeitsgruppe *Zivile Konfliktbearbeitung im Inland* (ZKBI), hat er das Feld der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Deutschland maßgeblich mitgestaltet. Seiner Familie, seinen Freunden und Wegbegleiterinnen und -begleitern gilt unser tiefstes Beileid und Mitgefühl.

Die Herausgeberinnen und der Herausgeber
Sally Hohnstein, Joachim Langner & Maren Zschach

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
<i>Sally Hohnstein, Joachim Langner & Maren Zschach</i> Konflikte in der Migrationsgesellschaft – Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung	7
Konflikte in der Migrationsgesellschaft	29
<i>Kaan Atanisev, Rita Haverkamp & Fynn Kunkel</i> Wer stört sich an wem im Quartier? Aushandlungen von Konfliktfigurationen in ethnisch diversen Nachbarschaften	30
<i>Alexander Krahmer</i> Leipzigs Konflikt um eine Ahmadiyya-Moschee – Ein Lehrstück „gelingender Integration“?	50
<i>Moritz Sommer & Elias Steinhilper</i> Lokaler Protest in der Migrations-gesellschaft: Konflikt dynamiken in zwei ostdeutschen Mittelstädten	70
Konfliktbearbeitung	95
<i>Sally Hohnstein</i> Lokale Konfliktbearbeitung in der Einwanderungsgesellschaft: multimodale (sozial-)pädagogische Praxis in einem komplexen Arbeitsfeld	96
<i>Armin Steil</i> „Unsere Kirchen werden geschlossen – und sie bauen Moscheen“. Moscheebaukonflikte und die Schwierigkeiten ihrer Befriedung	120
<i>Christoph Hedtke, Maria Budnik, Katrin Großmann & Sven Messerschmidt</i> Lokale Öffentlichkeiten als Räume des Konfliktaustrags	142

Ann-Sofie Susen

Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen – verkanntes Potenzial
zur Bearbeitung lokaler Konflikte?

164

Ulrike Gatzemeier & Hagen Berndt

Integration und Teilhabe: Kommunale Konflikte als Aufgabe und Chance

185

Angaben zu den Autorinnen und Autoren

205

Konflikte in der Migrationsgesellschaft – Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung

Annäherungen an das Themenfeld

Die Geschichte Deutschlands war und ist immer auch eine Geschichte von Zuwanderungs- und Fluchtbewegungen gewesen. Allein ein kurzer Blick in die Geschichte der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg verdeutlicht dies: Verwiesen sei zunächst auf die Flucht-, Aussiedlungs- und Vertreibungsbewegungen der Nachkriegsjahre und den sog. ‚Gastarbeiter‘-Zuzug der 1960er- und 1970er-Jahre. Zu denken sei des Weiteren an die steigende Zahl von Asylsuchenden in den 1980er- und 1990er-Jahren, die Fluchtmigration infolge der Kriege auf dem Balkan in den 1990ern, die verstärkte Arbeitsmigration seit 2006 im Zuge der EU-Freizügigkeit sowie die (Arbeits-)Migration aus den europäischen Mitgliedstaaten (Nuscheler 2004, S. 120ff.).

De facto ist Deutschland demnach ein Einwanderungsland (Nuscheler 2004, S. 165ff.) und die deutsche Gesellschaft eine Migrationsgesellschaft. Und dennoch bleibt der Status Deutschlands als Einwanderungsgesellschaft ein umkämpfter. Dies schlage sich nieder, so u. a. Naika Foroutan, in der „Omnipräsenz von Migrationsdebatten“ und einer identitätspolitischen Überprägung von Debatten um zentrale gesellschaftliche Themen wie Bildung, Sicherheit oder Religiosität durch ein „Metanarrativ“ Migration (ebd. 2019, S. 12). Diese Auseinandersetzung zeigt sich darüber hinaus in den Überfremdungs- und Islamisierungsdiskursen der extremen Rechten (Häusler 2016, S. 155ff.; Kerst 2015; Stöss 2010, S. 34ff.), mittels derer die multikulturelle, pluralistische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft abgewehrt, die Einwanderung zur „universellen Bedrohung dramatisiert“ (Stöss 2010, S. 34ff.) und Ängste vor Zuwanderung forciert werden.

Auch wenn, so die Einschätzung von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern, Migration in diesen gesellschaftlichen Konflikten nur „Chiffre für Pluralität“ sei (Foroutan 2019, S. 14) und es im

eigentlichen Sinne bei den Aushandlungen und Konflikten um Migration vielmehr um die Verhandlung der Ausgestaltung der „post-migran-tischen“ Gesellschaft, also der „Gesellschaft *nach* der Migration“ (Forou-tan 2019, S. 19, im Original kursiv) bzw. der „offenen Gesellschaft“ und ihrer pluralistischen, demokratischen Normen (El-Mafaalani 2018, S. 14f.) ginge, bleibt die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Migration und Zugehörigkeit dennoch zentrales Konfliktfeld unserer Zeit, wenn nicht sogar – wie Eckert, Krüger und Willems (2019) feststellen – einer der zentralsten Konflikte unserer Gesellschaft.

An Fahrt gewannen die Migrationsdebatten um und nach 2015 im Kontext der Fluchtzuwanderung aus den Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens nach Europa und damit auch nach Deutschland. Dadurch rückte das Thema dauerhaft und historisch konnotiert über den ‚Langen Sommer der Migration‘ in den Alltag der Menschen: Ein Ein-trag im deutschsprachigen *Wikipedia* konstatiert für das Jahr 2015 in seinen ersten Worten, „Das Jahr 2015 war in Europa von einer Flücht-lingskrise“ geprägt (Wikipedia 2021) und die Bilder des Jahres, u. a. von *UNICEF* oder *World Press Photo*, bebildern es mit Fluchtschicksalen in all ihrer Drastik. „Tatsächlich hat“, so schreibt Mark Terkessidis in *Nach der Flucht*, „dieses Ereignis auch den Letzten klargemacht, dass Einwande-rung kein Randthema mehr ist, sondern zentrale Bedeutung auch und vor allem für unsere Zukunft hat“ (ebd. 2017, S. 8).

Dass diese Einsicht jedoch nicht zwangsläufig in allen Teilen der Bevöl-kerung mit Verständnis und Akzeptanz einhergeht, zeigen die Konflikte, die sich gerade auch in den letzten Jahren im Kontext von Flucht und Migration manifestierten. „Auseinandersetzungen um das Thema ‚Migra-tion‘“, seien, so Terkessidis weiter, „heftiger geworden“ seit 2015; die Gesellschaft sei entlang der Migrationsfrage „gespalten“ und „zerrissen“, konstatieren Einstellungsstudien (Decker/Kiess/Brähler 2016, S. 95ff.; Zick 2016; Zick/Küpper/Krause 2016). Vielerorts zeugten die fremden-feindlichen und rechtsextremen Mobilisierungen sowie rassistisch moti-vierte Straftaten auf als Zugewanderte markierte Menschen und auf die ihnen zugeschriebenen Einrichtungen, wie z. B. Kulturzentren oder Moscheen, von verbreiteten Vorurteilen, Ängsten vor Zuwanderung bis hin zu manifesten ablehnenden Haltungen und Hass. Auch Menschen und Institutionen, die sich positiv zu Einwanderung und zu Deutschland als Migrationsland bekannten und bekennen, wurden vermehrt Ziel von Anfeindungen (Bundeskriminalamt 2017, S. 32ff.).

Einstellungsstudien aus den zurückliegenden Jahren verdeutlichen das beim Thema Fluchtzuwanderung gespaltene Stimmungsbild in Deutschland: Zwar äußerten, so die Ergebnisse der Bielefelder *Mitte-Studie* vom Sommer 2016, immerhin 81 % der Befragten eine „eher positive oder sehr positive Haltung gegenüber Geflüchteten“ und 56 % der Befragten standen einer Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland positiv gegenüber. Bei einem Fünftel der Befragten stieß die Aufnahme von Geflüchteten jedoch auch auf grundsätzliche Ablehnung und für 19 % der Befragten konstatierte die Studie eine tendenziell negative Haltung gegenüber geflüchteten Menschen (Küpper/Rees/Zick 2016, S. 86ff.). Letztere Gruppe speise sich, so die Autorinnen und Autoren der Studie, insbesondere aus Befragten, die sich selbst politisch rechts verorten und entsprechende Parteiaffinitäten angeben (ebd., S. 95) und auch an anderer Stelle Zustimmung zu gruppenbezogenen Ablehnungshaltungen, vor allem mit Blick auf Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus sowie eine Forderung nach Etabliertenvorrechten (ebd., S. 104f.) äußern. Dies legt nahe, dass bereits vor der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten rechtsextreme Orientierungen in der deutschen Bevölkerung bestanden, die sich nun im Zuge der erhöhten Migrationsbewegung kanalisiert und artikulierten. In diesem Sinne stellt auch die Leipziger *Autoritarismusstudie* im selben Jahr fest, dass

„das seit Jahren vorhandene, von den ‚Mitte‘-Studien dokumentierte Potenzial [an rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung, Anm. der A.] jetzt eine politisch-ideologische Heimat [gefunden habe]. Die rechtsextrem Eingestellten werden zum politischen Subjekt, das nicht nur mit Macht die Ideologie der Ungleichwertigkeit enttabuisiert, sondern auch die gewaltvolle Durchsetzung ihrer Interessen für legitim hält“ (Decker/Kiess/Brähler 2016, S. 8).

Auch anhand anderer Entwicklungen der letzten Jahre lässt sich die Konflikthaftigkeit des Themas ‚Migration‘ nachzeichnen. Genannt seien an dieser Stelle die Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik, respektive die dauerhafte Durchsetzung und die Wahlerfolge der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) in den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen seit ihrer Gründung im Jahr 2013 (Hafeneger u. a. 2018). Als diese sich 2015 schon fast wieder im Niedergang befand, machte sie sich die gesellschaftliche Debatte um Flucht und Migration politisch zu Nutze. Sie profilierte sich dabei zunehmend als asylfeindliche Partei mit

stärker werdenden Bezügen ins rechtsextreme Bewegungsspektrum und konnte sich nunmehr dauerhaft im Parteiensystem etablieren (Häusler 2018). Etwa parallel dazu organisierte sich ein asyl- und muslimfeindliches protestpolitisches Milieu mit mehr oder weniger expliziten Bezügen zu rechtsextremen Strukturen, allen voran die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) (Schenke u. a. 2018) sowie ihre jeweiligen lokalen „-gida“-Ableger (Virchow 2016, S. 545ff.) sowie ab Sommer 2015 die sich bundesweit organisierenden sog. *Nein zum Heim-*Gruppen, die sich gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen richteten (Eckardt 2018, S. 160ff.; Scuteri 2016). Darüber hinaus konstituierten sich nach 2015 mit dem Argument einer durch Zuwanderung veränderten Sicherheitslage sowie vermeintlich sanktionslos bleibender Kriminalität vermehrt sog. Bürgerwehren (Hoffmann 2019; Saal 2016), die z. T. sichtbar rechtsextrem auftraten – vor Ort sowie in den Sozialen Medien. Einzelne, wie z. B. die später als rechtsterroristisch eingestuften Gruppen *FTL/360* aus Freital oder *Revolution Chemnitz* traten hier sehr offensiv, auch durch rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in Erscheinung (Köhler 2019, S. 93ff.).

Die Bedeutung von Konfliktprävention und -bearbeitung

In Reaktion auf diese konflikthafter Entwicklungen rückten zunehmend auch Fragen um Konfliktprävention und -bearbeitung in den Fokus gesellschaftlicher Debatten. In der Berliner Erklärung zum 24. Deutschen Präventionstag 2019 hieß es dazu, es gehe „pointiert (...)“ darum, wie es gelingen kann, die grundlegenden sozialen, ökologischen und weltanschaulichen Konflikte auf die ‚Schiene‘ geregelter Verfahren zu bringen und damit dem gewalttätigen Kampf zu entziehen“ (DPT – Deutscher Präventionstag 2019, S. 9). Entsprechende Überlegungen übersetzten sich auf politischer Ebene in Förderprogramme des Bundes, so u.a. in das Bundesprogramm „*Demokratie leben!*“ des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ)¹, das neue

1 Im Rahmen des Projekts *Konfliktmanagement für Kommunen* sollen „Kommunen, die im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ als *Partnerschaften für Demokratie* gefördert werden und die sich Konflikten gegenübersehen, die demokratische Prinzipien sowie das friedliche Zusammenleben in Vielfalt bedrohen“ bei der Bearbeitung von Konflikten unterstützt werden. Dabei soll „die Zusammenarbeit aller relevanten Akteur/-innen vor Ort (u.a. aus Zivilgesellschaft, Politik/Verwaltung, Polizei, Ordnungsbehörden, Stadtplanung, etc.)“ verbessert werden (BMFSFJ/BafzA 2021, S. 1).

Bundesprogramm „*Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Vor Ort. Vernetzt. Verbunden.*“ des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF)² sowie in verschiedene Förderrichtlinien des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* (BMBF), mit denen Studien zu Fragen rund um Migration, Zusammenhalt und gesellschaftliche Konflikte gefördert werden.³ Weitere Bedeutung für die Implementierung des Themas kommt dem *Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus* und dem von diesem erarbeiteten Maßnahmenkatalog zu (Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung 2020). Damit reagiert der Bund auf entscheidende Entwicklungsbedarfe im Themenfeld, nämlich einerseits auf Forschungsdesiderate und andererseits praxisseitig auf Fragen des Umgangs mit gesellschaftlichen Konflikten in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern.

Insbesondere mit Blick auf ‚Konflikte um Migration‘ lässt sich feststellen, dass sowohl forschungs- als auch praxisseitig, trotz anskizzierter Relevanz des Themas, die Beschäftigung mit diesem eher gering ausfällt (vgl. Hohnstein/Paßlack 2020). Zunächst lassen sich mit Blick auf die Erforschung von Konfliktgeschehen, deren Akteurskonstellationen, Dynamiken und Effekte thematische Schwerpunktsetzungen feststellen: Neben einzelnen Studien u. a. zu lokalen Konflikten um Zuwanderung aus Südosteuropa (Geiges u. a. 2017) oder Osteuropa (Hüttermann 2010) ziehen insbesondere Moscheebaukonflikte sowie Konflikte um die Unterbringung von geflüchteten und asylsuchenden Menschen die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich.

Die Einrichtung zumeist größerer und/oder repräsentativerer Moscheengebäude avancierte etwa ab den 1990er-Jahren zum Thema öffentlicher Auseinandersetzung (Hüttermann 2011, S. 60). Hintergrund dieser

2 Das Bundesprogramm schließt an vorangegangene BAMF-Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts an, die nun im Zuge der Maßnahmenbeschlüsse des *Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus* zum Bundesprogramm ausgebaut wird. „Dabei geht es darum, auf lokaler Ebene darauf hinzuwirken, Unterschiede anzuerkennen und den gegenseitigen Respekt zwischen unterschiedlichen Kulturen sowie den friedlichen Umgang mit Konflikten zu stärken, aber auch gemeinsame Werte zu erkennen und zu leben“ (BAMF 2021).

3 Beispielsweise durch Förderlinien zu den Themen ‚Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen‘ (2016), ‚Migration und gesellschaftlicher Wandel‘ (2016) im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ oder der *Leitinitiative Zukunftsstadt* (2016) und zuletzt mit der Förderung von Forschungsverbänden zur „Stärkung und Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“ im Rahmenprogramm „*Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten*“ (BMBF 2020).

Konfliktlagen war und ist ein zunehmendes Selbstverständnis islamischer Communities, Teil der bundesdeutschen Gesellschaft zu sein und zu bleiben, und nicht zuletzt auch der gewachsenen Zahl von Musliminnen und Muslimen vor allem in den Ballungszentren gerecht zu werden (Haucap/Heimeshoff 2012, S. 13f.). In diesem Sinne kann der Moscheebau als institutionalisiertes und sozialräumlich erfahrbares, architektonisches Symbol des Ankommens, Bleibens und Dazugehörens muslimischer Bürgerinnen und Bürger in der deutschen (Stadt-)Gesellschaft (Bernhardt/Fürlinger 2015, S. 7; Kuppinger 2014; Ceylan 2008, S. 190ff.) sowie als Ausdruck der religiösen Pluralisierung in der Einwanderungsgesellschaft (Steil/Palloks 2020, S. 11) begriffen werden. Vor diesem Hintergrund waren Moscheebauten in den vergangenen Jahren immer wieder Ziel von z. T. eskalierten Auseinandersetzungen (Bozay 2008b; Schmitt 2003, S. 12). Solche Konflikte wurden und werden wiederholt empirisch in den Blick genommen. Untersucht werden Akteurskonstellationen und Diskursstrategien (Steil/Palloks 2020; Korn 2012; Häusler 2008b; Lindner 2008; Hohage 2004) sowie zentrale Konfliktlinien und dahinterstehende Motivlagen und Haltungen von Konfliktgruppen (Steil/Palloks 2020; Schmitt 2015; Hüttermann 2011, 2010; Schmitt 2003; Oebbecke o.J.), auch mit besonderem Fokus auf rassistische und rechtsextreme Akteure sowie islamfeindliche Kampagnen (Andreasch 2008; Bozay 2008a; Häusler 2008a; Jentsch 2008).

Ab 2015 rückten des Weiteren Konflikte um die Unterbringung von asylsuchenden Menschen in den Blick der Forschung, die sich im Kontext einer zunehmenden Zahl von Zuwanderinnen und Zuwanderern seit 2014 (BAMF 2019) und der damit einhergehenden erforderlichen Unterbringung und Versorgung Asylsuchender in den Kommunen entwickelten. Der sich organisierende kritische Protest vor Ort artikulierte sich einerseits sachlich, z. B. in Bezug auf bauliche Fragen und kommunale Kommunikationspraxen (Wolf 2018b; Biesenkamp/Daphi 2015, S. 128), andererseits aber auch offen feindlich und ablehnend gegenüber Geflüchteten (Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018), nicht selten auch forciert und instrumentalisiert durch rechtsextreme Akteure (Amadeu Antonio Stiftung 2014; Chung 2014, S. 33; Chung/Bryant 2014). Konflikte um die Unterbringung von Geflüchteten sind Gegenstand bei Eckardt (2019); Glorius/Schondelmayer/Dörfel (2018); Plaul (2018); Schenke u.a. (2018, S. 323ff.); Schönemann (2018); Wolf (2018b, 2018a); Bauer (2017); Perthus/Belina (2017); Scuteri (2016); Biesenkamp/Daphi

(2015); Sauer/Vey (2015). Konflikte werden hier in ihren Verläufen skizziert und Konfliktakteurskonstellationen und -dynamiken, Konfliktdiskurse sowie Kontextbedingungen von Konflikten analysiert. Besondere Aufmerksamkeit gilt in den Studien dabei auch den Verantwortlichkeiten und damit verbundenen Herausforderungen und situativen Schwierigkeiten für Kommunen bei der Bewältigung der akuten Unterbringungs- und Versorgungsnotlage (u. a. Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018; Biesenkamp/Daphi 2015). Ein weiteres Forschungsinteresse richtet sich in diesem Zusammenhang auf die Ablehnungshaltungen in der Bevölkerung gegenüber Asylunterkünften und die dahinterliegenden Ursachen und Motivlagen (Eckardt/Rottwinkel 2018; Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018). Darüber hinaus finden sich praxisseitige Konfliktanalysen und Handlungsempfehlungen für den lokalen Umgang mit entsprechenden Konflikten (Stiftung SPI 2014; Amadeu Antonio Stiftung 2014).

Während also zumindest spezifische lokale Konfliktausprägungen im Themenfeld Migration gerade in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit in der Wissenschaft erfahren, erfolgt bislang seltener eine wissenschaftliche Beschäftigung mit *praktischen* Formen der Auseinandersetzung mit solchen Konfliktlagen. Hier zeigt sich eine thematische Schwerpunktsetzung, v. a. mit Blick auf kommunikative Beteiligungsprozesse rund um migrationsbezogene Konfliktthemen (Nettelblatt 2021; Döring/Kurtenbach 2020; Gäbel/Bochmann 2020; Hetze 2020; Schumacher 2020; Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018; Schenke u. a. 2018, S. 232ff.).

Ergänzt wird diese recht spärliche praxisbezogene Forschung rund um die Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft um fachpraktische Perspektiven auf den Gegenstand. Hier finden sich einzelne inhaltlich relevante Praxisveröffentlichungen aus der Zeit vor 2015 (Berndt/Lustig 2014; Stiftung SPI 2014; Fels/Killguss/Puls 2012; Bunte/Korodowou 2011; Arajärvi/Kunter 2008; Özmal 2008). Seit 2015 kamen eine ganze Reihe weiterer Praxisberichte und -reflexionen im Themenfeld hinzu (Land Nordrhein-Westfalen 2020; Wiebelitz 2020; Dürr 2019; Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V., AG Zivile Konfliktbearbeitung im Inland 2019; Susen 2019; Landeshauptstadt München 2018; Susen/Klötzing-Madest 2017; Berndt/Gatzemeier 2017; Dresden für Alle e. V. 2016; Dürr 2016; Klein 2016; Scuteri 2016). Es zeigt sich dabei, dass die Fluchtmigrationsbewegungen der zurückliegenden Jahre einige

Bewegung in die wissenschaftliche wie fachpraktische Beschäftigung mit lokalen Konflikten um Migration und Religion gebracht haben.

Dass diese Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktgeschehen in der Migrationsgesellschaft auch in den kommenden Jahren relevant sein wird, dürfte auf der Hand liegen. Zunächst einmal ist anzunehmen, dass Einwanderung auch in Zukunft zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland gehören wird: Zum einen wird nicht zuletzt aufgrund von sich verschlechternden Lebensbedingungen, Kriegen und zunehmenden Umweltkatastrophen auch Zuwanderung nach Europa nicht gänzlich abebben (Nuscheler 2004). Zum anderen birgt Zuwanderung auch Chancen hinsichtlich der Abfederung von Folgen des demografischen Wandels in Deutschland und ist insofern politisch und wirtschaftlich erwünscht (Friedrich-Ebert-Stiftung 2015; Bruckner 2012). Des Weiteren implizieren Gesellschaftsanalysen, wie die bereits an früherer Stelle zitierten von Foroutan oder El-Mafaalani, dass sich das Zusammenleben in der sich weiter diversifizierenden Einwanderungsgesellschaft auch zukünftig konflikthaft, in der Form von Kämpfen um Anerkennung und Chancengleichheit sowie um Privilegien und Verteilungsfragen, gestalten wird (Foroutan 2019, S. 39ff.; El-Mafaalani 2018, S. 73ff.) und die Pluralisierung und Öffnung der Gesellschaft gleichsam auch von Verunsicherungen, Schließungsbewegungen und Migrationsabwehr begleitet sein wird (El-Mafaalani 2018, S. 205ff.). Dies wiederum dürfte sich immer auch auf lokaler Ebene niederschlagen – in institutionellen kommunalen Entscheidungsprozessen genauso wie im Alltag der Menschen. Von daher ist die Beschäftigung mit lokalen Konflikten mit Migrationsbezug über die thematische Konjunktur der vergangenen Jahre hinaus auch zukünftig von gesellschaftlicher Relevanz.

Zu den Beiträgen in diesem Sammelband

Der vorliegende Sammelband schließt an diesem konkreten Bedarf an und versammelt aktuelle wissenschaftliche sowie fachpraktische Perspektiven auf lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft. Er fragt nach den Erscheinungsformen konflikthafter Ereignisse vor Ort – im Speziellen nach Konfliktursachen und -anlässen, Akteurskonstellationen und Konfliktodynamiken – sowie nach Möglichkeiten, Konflikte aufzufangen und in geregelte Verfahren zu überführen. Er verbindet Analysen spezifischer lokaler Konfliktkonstellationen mit kritischen Reflexionen fachlichen Handelns

in der professionellen Bearbeitung von Konflikten. Damit leistet der Band einerseits einen wichtigen Beitrag zur Forschungsdiskussion im Themenfeld. Andererseits versteht er sich aber auch als Reaktion auf Handlungsunsicherheiten fachpraktischer Akteure vor Ort, die in ihrer alltäglichen Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktlagen um (Flucht-)Migration und vielerorts damit einhergehender Polarisierung konfrontiert sind und nach geeigneten Umgangsweisen mit diesen Problemlagen suchen.

Gemeinsame Klammer aller Beiträge ist eine Perspektive, bei der nicht die gesellschaftliche Konflikthaftigkeit als Ganzes, sondern speziell die konkreten *lokalen*, sozialräumlichen Manifestationen von Konflikten in der Migrationsgesellschaft in den Blick genommen werden. Dahinter liegt die Prämisse, dass sich die Realität der deutschen Einwanderungsgesellschaft auf kleinräumlicher Ebene in den Quartieren, den Nachbarschaften und den öffentlichen Räumen bricht und damit unmittelbar lebensweltlich für Jung und Alt erfahrbar wird. Und auch die Konflikte um Migration vergegenständlichen sich im alltäglichen Miteinander der Menschen.

In den Beiträgen des Bandes wird Lokalität zum einen durch den gemeinwesenbezogenen Blickwinkel hergestellt. So stehen zum einen Kommunen im Fokus – als unmittelbar mit der Bewältigung von Integrationsaufgaben betreute lokale Akteure, als politische (Konflikt-) Räume bzw. Aushandlungsarenen gesellschaftlicher Konfliktthemen und damit auch als Bezugspunkt konstruktiver Konfliktbearbeitung. Zum anderen rücken nicht nur die physische Struktur des Raumes, sondern auch seine soziale Dimension, raumbezogene Bedeutungszumessungen, Aneignungen, Beziehungen und Handlungen in den Blick (Kessl u. a. 2005, S. 23ff.). Konflikthafte Sozialräume sind vor diesem Hintergrund vor allem auch als Sozialisationsinstanzen zu begreifen und damit relevanter Kontext informeller Bildungsprozesse der Menschen. Bedeutsame ‚Bildungsräume‘ können gleichsam dann entstehen, wenn konstruktive, demokratische Formen des Umgangs mit lokalen Konflikten in der Migrationsgesellschaft von den handelnden Akteuren gefunden werden.

Eine weitere, dem Band zugrunde liegende Perspektive, ist ein friedens- und konflikttheoretisches Verständnis von Konflikt, das sich von eher negativ konnotierten Alltagsverständnissen unterscheidet, die das Konflikthafte als dysfunktional sowie zu Ordnungs- und Harmonievorstellungen antithetisch verorten (Bonacker/Imbusch 2006, S. 67f.). Gesellschaft ist niemals konfliktfrei. Im Gegenteil sind Konflikte konstitutives

Element gesellschaftlichen Zusammenlebens, Ausdruck konfligierender Interessen und des Widerstreits von Ideen, Gesellschaft zu gestalten. Konflikte sind demnach schlichtweg „soziale Tatbestände, (...)“, die auf Unterschieden in der sozialen Lage und/oder auf Unterschieden in der Interessenkonstellation der Konfliktparteien beruhen“ (ebd., S. 69). Sie sind damit auch soziale Realität der sich diversifizierenden Migrationsgesellschaft und der in ihr wettstreitenden Interessen (Foroutan 2019, S. 39ff.; El-Mafaalani 2018, S. 73ff.). Im konstruktiven Sinne sind sie als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels bzw. zentraler gesellschaftlicher Spannungen und Problemwahrnehmungen sowie als Modus von Interessenartikulation und Triebfeder für Anpassungen und Entwicklungen zu begreifen. Praxisbezogene Perspektiven in diesem Band fragen daher auch nach Wegen und Möglichkeiten, das Potenzial von Konflikten zu nutzen und Formen der gewaltfreien und an demokratischen Handlungsmodi orientierten Konfliktaustragung zu beschreiben bzw. zu implementieren.

Die Beiträge in diesem Band gruppieren sich entlang zweier Schwerpunkte: die Analyse von Konflikten einerseits sowie Bearbeitungsformen dieser konflikthafter Problemlagen andererseits. Im ersten Themenblock stehen lokale Konfliktkonstellationen mit Migrationsbezug im Fokus. Im Beitrag von Kaan Atanisev, Rita Haverkamp und Fynn Kunkel werden auf Basis einer qualitativen Interviewstudie Aushandlungsprozesse von Konfliktfigurationen in fünf ethnisch diversen Nachbarschaften in drei Städten untersucht. Ausgehend von der Etablierten-Außenseiter-Theorie von Elias und Scotson nehmen die Autorin und die Autoren empirisch aktuelle konflikthafte Konstellationen in den Blick. Ihr Ausgangstheorem erachten sie als nach wie vor anschlussfähig. Das von Ihnen entworfene Bild von Konfliktfigurationen in der Migrationsgesellschaft ist jedoch ein differenzierteres und heterogeneres.

Im zweiten Beitrag des Bandes befasst sich Alexander Kraemer mit einem seit 2006 über viele Jahre bestehenden Konflikt um den Bau der *Ahmadiyya*-Moschee in Leipzig. In seiner Fallstudie zeichnet er auf Basis einer Dokumenten- und Interviewinhaltsanalyse den Konfliktverlauf nach. Er beschreibt Akteurskonstellationen und Konfliktdynamiken, arbeitet spezifische Problemdimensionen im Konflikt heraus und diskutiert diese vor dem Hintergrund von El-Mafaalanis Integrationsparadox-Theorie.

Der Beitrag von Moritz Sommer und Elias Steinhilper rückt nachfolgend lokale Protestdynamiken in den Fokus. Auf der Basis einer

systematischen Analyse der kommunalen Tagespresse zu Konfliktaktivitäten in zwei ostdeutschen Mittelstädten in den Jahren 2014 bis 2018 untersuchen die Autoren Proteste rund um die verstärkte Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland ab 2015. Sie arbeiten Gemeinsamkeiten in der Entwicklung des migrationsbezogenen Protestgeschehens beider Städte heraus, verweisen aber zugleich auf markante lokale Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der jeweiligen Ausprägung pro- bzw. antimigrantischer Proteste, die sie u. a. durch unterschiedliche politische Kontexte in beiden Kommunen erklären.

Anschließend wendet der zweite Themenblock den Blick auf Formen der Bearbeitung von Konflikten in der Migrationsgesellschaft. Auf Basis einer qualitativen Interviewstudie untersucht Sally Hohnstein zunächst das empirische Feld lokaler Konfliktbearbeitung in der Migrationsgesellschaft. Sie analysiert (sozial-)pädagogische Praxen und arbeitet unter Berücksichtigung der dieser jeweils zugrunde liegenden Problembeschreibungen, Ziele und Handlungsstrategien verschiedene Formen (sozial-)pädagogischer Konfliktbearbeitung heraus.

Wie sich Konflikte um den Bau von Moscheebauwerken bei unterschiedlichen Bearbeitungsstrategien entwickelten, analysiert im folgenden Beitrag Armin Steil anhand von Fallbeispielen aus einer qualitativen Studie. Dabei fragt er, warum der Konflikt in einem Fall eskalierte und alle Befriedungsversuche scheiterten, während der Streit in einem anderen Fall in eine einvernehmliche Einigung überführt werden konnte. Antworten findet der Autor in Problemen bei der Konfliktmoderation. Er zeigt, welche Bedingungen eine Eskalation oder aber eine Befriedung des Konfliktes unterstützen können.

Im Fokus des Beitrags von Christoph Hedtke, Maria Budnik, Katrin Großmann und Sven Messerschmidt stehen anschließend dialogische Formen der Konfliktvermittlung. Anhand von Fallbeispielen aus zwei qualitativen empirischen Untersuchungen diskutieren sie Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten lokaler Dialogveranstaltungen im Kontext von Konflikten um Fluchtzuwanderung in Kommunen. Dabei stellen die Autorinnen und Autoren die Potenziale sog. ‚Mikro-Öffentlichkeiten‘ im Kontrast zu großformatigen Diskussionsveranstaltungen heraus.

Dialogischen Konfliktbearbeitungen widmet sich ebenfalls – nunmehr aus Praxisperspektive – der Beitrag von Ann-Sofie Susen. Sie diskutiert am konkreten Beispiel einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur

geplanten Unterbringung geflüchteter Menschen in Berlin Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2013 und unter Rückgriff auf mehrjährige Praxiserfahrungen beim *Mobilen Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI* (MBT Berlin) Möglichkeiten der Deeskalation und Entpolarisierung vorurteilsbasierter Konflikte mittels diskursiver Beteiligungsformate. Dabei reflektiert sie auch Gelingensbedingungen und Herausforderungen bei der Organisation und Umsetzung entsprechender Formate.

Im abschließenden Beitrag des Bandes diskutieren Ulrike Gatzemeier und Hagen Berndt – ebenfalls aus einer Praxisperspektive – Ansatzpunkte kommunaler Konfliktberatung im Kontext von Integrationskonflikten. Dabei greifen sie auf Erfahrungen aus der Arbeit des *Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung* beim *Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.* zurück. Anhand von Fallbeispielen geben sie Einblick in die Praxis der kommunalen Konfliktbearbeitung, zeigen Herausforderungen und Gelingensbedingungen einer konstruktiven Konfliktaustragung auf und verweisen auf die gesellschaftlichen Chancen, die mit dieser einhergehen können.

Referenzen

- Amadeu Antonio Stiftung (2014): Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Berlin
- Andreasch, Robert (2008): Entstehung und Aktivitäten der „Bürgerbewegung PRO MÜNCHEN“. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 104–114
- Arajärvi, Outi/Kunter, Björn (Hrsg.) (2008): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich. Bonn
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2021): Öffentliche Bekanntmachung eines Interessenbekundungsverfahrens des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zur Vergabe von Fördermitteln für Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zugewanderten im Förderjahr 2022. <https://docplayer.org/210525768-1-themenschwerpunkte-fuer-projekte-mit-projektstart-im-jahr-fuer-ihr-projekt-muessen-sie-einen-der-nachfolgenden-schwerpunkte-waehlen.html>
- Bauer, Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung. Verbundprojekt „Flucht: Forschung und Transfer“. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Internationales Konversionszentrum Bonn. Osnabrück
- Berndt, Hagen/Gatzemeier, Ulrike (2017): „Nur Dabeisein ist nicht alles“. Herausforderungen und Ressourcen in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels in der Altmark. Dokumentation der Ergebnisse der Tagung vom 02. und 03. Mai 2017 im Altmarkkreis Salzwedel. Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. Salzwedel
- Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2014): Kommunale Konfliktberatung. Konzeption zur Beratung von Kommunen im Wandel. Forum Ziviler Friedensdienst e.V. Köln
- Bernhardt, Reinhold/Fürlinger, Ernst (2015): Einleitung. In: Fürlinger, Ernst/Bernhardt, Reinhold (Hrsg.): Öffentliches Ärgernis? Moscheebaukonflikte in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zürich, S. 7–15
- Biesenkamp, Celine/Daphi, Priska (2015): Reaktionen der lokalen Bevölkerung. In: Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (Hrsg.): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommu-

- nen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Expertise gefördert und herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter (2006): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, S. 67–142
- Bozay, Kemal (2008a): Kulturkampf von rechts – Das Dilemma des Kölner Moscheebaus. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 198–212
- Bozay, Kemal (2008b): Kulturkampf von rechts — Das Dilemma der Kölner Moscheedebatte. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 198–212
- Bruckner, Elke (2012): Migration und demographischer Wandel. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2019): Aktuelle Zahlen. Ausgabe: Oktober 2019. o.O. www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-oktober-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Bundeskriminalamt (2017): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2016. Wiesbaden
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2020): Richtlinie zur Förderung von Forschungsverbänden auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung „Stärkung und Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ)/ Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) (2021): Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren zur Umsetzung der Projekte „Konfliktmanagement für Kommunen“ (Los 1) und „Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur/-innen“ (Los 2) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der zweiten Förderperiode. Berlin
- Bunte, Kerstin/Korodowou, Shérif Wouloh (2011): *Thérapie Sociale – ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune*. In: Ballasch, Heidemarie/Marks, Erich (Hrsg.): *Solidarität leben – Vielfalt sichern*. Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages (8. und 9. Juni 2009 in Hannover). Mönchengladbach, S. 273–290

- Ceylan, Rauf (2008): Islam und Urbanität — Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 183–197
- Chung, Carl (2014): Von Heinersdorf nach Hellersdorf. In: „Warum ausgerechnet hier?!“. Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen, S. 26–35
- Chung, Carl/Bryant, Thomas (2014): Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Vom „Nein zum Heim!“ zu „Hellersdorf hilft!“. In: „Warum ausgerechnet hier?!“. Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen, S. 36–44
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen
- Döring, Helge/Kurtenbach, Sebastian (2020): Dialog in der Dauerkrise. Einblicke in die Alltagsbewältigung armutsgeprägter Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien in die Dortmunder Nordstadt. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, S. 187–217
- DPT – Deutscher Präventionstag (2019): „Berliner Erklärung“ zum 24. Deutschen Präventionstag. Berlin
- Dresden für Alle e. V. (2016): Partizipative Entwicklung eines methoden- und erfahrungsgeleiteten Programms zur akuten Unterstützung städtischer Akteure im Handlungsfeld Integration. Projektbericht. Dresden
- Dürr, Tina (2016): „...damit die Stimmung nicht kippt“. Proaktive Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, H. 1, 2016, S. 73–88
- Dürr, Tina (2019): Mobile Beratung im Kontext Asyl: Herausforderungen und Erfahrungen zwischen „Willkommenskultur“ und flüchtlingsfeindlicher Gewalt. In: Becker, Reiner/Schmitt, Sophie (Hrsg.): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen. Frankfurt (Main), S. 106–125
- Eckardt, Frank (Hrsg.) (2018): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld
- Eckardt, Frank (2019): Ungeliebte Nachbarn: Warum Geflüchtete als Nachbarn abgelehnt werden. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Jena, S. 91–97
- Eckardt, Frank/Rottwinkel, Malena (2018): Die ambivalente Nachbarschaft. Eine Telefonumfrage in Thüringen. In: Eckardt, Frank (Hrsg.):

- Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld, S. 207–223
- El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln
- Fels, Patrick/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrik (Hrsg.) (2012): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Köln
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland. Studie im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration. Bonn
- Gäbel, David/Bochmann, Cathleen (2020): Bedarfe an neuen Beteiligungsformaten aus Sicht kommunaler Verantwortlicher in Sachsen. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, S. 267–304
- Geiges, Lars/Neef, Tobias/Kopp, Julia/Mueller-Stahl, Robert (2017): Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa. »Roma« zwischen Anerkennung und Ausgrenzung. Bielefeld
- Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin/Dörfel, Robinson (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Goebel, Simon/Fischer, Thomas/Kießling, Friedrich/Treiber, Angela (Hrsg.): FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, S. 111–139
- Hafenegger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Schwalbach (Taunus)
- Haucap, Justus/Heimeshoff, Ulrich (2012): Sind Moscheen in Deutschland NIMBY-Güter? Düsseldorf
- Häusler, Alexander (2008a): Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf ticket. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 155–169
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2008b): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden

- Häusler, Alexander (2016): Themen der Rechten. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden, S. 135–180
- Häusler, Alexander (2018): Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtspopulismus. Bonn
- Hetze, Willi (2020): Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, S. 139–166
- Hoffmann, Anika (2019): Bürgerwehren und ihre Bedeutung im öffentlichen Raum. Abweichendes Verhalten als kriminologisch relevantes Phänomen. Wiesbaden
- Hohage, Christoph (2004): „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht. In: Soziale Probleme, 15. Jg., H. 1, S. 77–95
- Hohnstein, Sally/Paßlack, Jens (2020): Bearbeitung von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Projektbericht 2019. Unveröffentlichtes Manuskript. Deutsches Jugendinstitut. Halle (Saale)
- Hüttermann, Jörg (2010): Entzündungsfähige Konfliktkonstellationen. Eskalations- und Integrationspotentiale in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft. Weinheim
- Hüttermann, Jörg (2011): Moscheekonflikte im Figurationsprozess der Einwanderungsgesellschaft. Eine soziologische Analyse. In: Krüger-Potratz, Marianne/Schiffauer, Werner (Hrsg.): Migrationsreport 2010: Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt (Main)/New York
- Jentsch, Uli (2008): PRO-Aktivitäten in Berlin und Brandenburg. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 94–103
- Kerst, Benjamin (2015): Islamisierung. In: Gießelmann, Bente/Heun, Robin/Kerst, Benjamin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, S. 144–161
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden
- Klein, Markus (2016): Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen. In: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Einblicke V. Ein Werkstattbuch. Potsdam, S. 9–54

- Köhler, Daniel (2019): Antiimmigration Militias and vigilante Groups in Germany. In: Bjørgo, Tore/Mareš, Miroslav (Hrsg.): *Vigilantism against Migrants and Minorities*. Abingdon, Oxon/New York, S. 86–102
- Korn, Salomon (2012): Moscheen als Provokation? Zur Kontroverse um islamische Gotteshäuser in Deutschland. In: Fels, Patrick/Killguss, Hans-Peter/Puls, Hendrik (Hrsg.): *Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte*. Köln, S. 26–30
- Küpper, Beate/Rees, Jonas/Zick, Andreas (2016): Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Christina (Hrsg.): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn, S. 83–110
- Kuppinger, Petra (2014): Mosques and Minarets: Conflict, Participation, and Visibility in German Cities. In: *Anthropological Quarterly*, 87. Jg., H. 3, S. 793–818
- Land Nordrhein-Westfalen (2020): *Kommunales Konfliktmanagement fördern. Teilhabe und Integration konstruktiv gestalten. Ein Handbuch für die Praxis*. Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren. Dortmund
- Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2018): *AKIM. Konfliktmanagement im öffentlichen Raum*. München
- Lindner, Andreas (2008): „Wo, wenn nicht in Köln?“ Zur Moscheebau-Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 213–223
- Nettelblatt, Gala (2021): Disrupting Dialogue? The Participatory Urban Governance of Far-Right Contestations in Cottbus. In: *Urban Planning*, 6. Jg., H. 2, S. 91–102
- Nuscheler, Franz (2004): *Internationale Migration*. Wiesbaden
- Oebbecke, Janbernd (o.J.): *Moscheebaukonflikte und der Beitrag des Rechts*. o.O. www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/oebbecke-moscheebau.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 10.12.2019)
- Özmal, Leyla (2008): Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement am Beispiel des Projekts „Begegnungsstätte in der Moschee“ in Duisburg-Marxloh. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 224–231

- Perthus, Sophie/Belina, Bernd (2017): Policing the Crisis in Bautzen. In: Soziale Probleme, 28. Jg., H. 2, S. 241–259
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V., AG Zivile Konfliktbearbeitung im Inland (2019): Vielfalt gestalten – Konflikte bearbeiten. Erfahrungen aus Stadt und Land im Kontext von Migration und Integration. Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V., AG Zivile Konfliktbearbeitung im Inland. Berlin
- Plaul, Jennifer (2018): Konträre Weltbilder. Flüchtlingshilfe und Anti-Flüchtlingsproteste in Sondershausen. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld, S. 183–196
- Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Berlin
- Saal, Oliver (2016): On Patrol with the new German Vigilantes. In: Fiehlitz, Maik/Laloire, Laura Lotte (Hrsg.): Trouble on the Far Right. Contemporary Right-Wing Strategies and Practices in Europe. Bielefeld, S. 73–78
- Sauer, Madeleine/Vey, Judith (2015): Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte Entstehungs- und Eskalationsbedingungen. Zum Stand der Forschung und Einschätzungen zentraler beteiligter Akteure in ausgewählten Regionen. Expertise im Auftrag der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale). Unveröffentlichtes Manuskript. Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention. Halle (Saale)
- Schenke, Julian/Schmitz, Christopher/Marg, Stine/Trittel, Katharina/Finkbeiner, Florian/Höhlich, Pauline/Isele, Sören/Kallinich, Daniela/Thiele, Michael (2018): Pegida-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit. Bielefeld
- Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg
- Schmitt, Thomas (2015): Moscheebau und Moscheekonflikte in Deutschland. In: Furlinger, Ernst/Bernhardt, Reinhold (Hrsg.): Öffentliches Ärgernis? Moscheebaukonflikte in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zürich, S. 41–58
- Schönemann, Charlotte (2018): Blankenberg. Rassismus oder nur zur falschen Zeit am falschen Ort. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld, S. 197–206

- Schumacher, Ulrike (2020): Erfolgsfaktoren für kommunale Dialogformate. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, S. 167–186
- Scuteri, Nicola (2016): Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen. Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs. In: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Einblicke V. Ein Werkstattbuch. Potsdam, S. 139–154
- Steil, Armin/Palloks, Kerstin (2020): Religiöse Fremdheit im lokalen Konflikt. Moscheebaukonflikte zwischen moral panic und Islamfeindschaft. Weinheim
- Stiftung SPI (2014): „Warum ausgerechnet hier?!“. Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen. Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin. Berlin
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin
- Susen, Ann-Sofie (2019): Community Communication: Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover
- Susen, Ann-Sofie/Klötzing-Madest, Ulrike (2017): Community Communication. Konflikte im Gemeinwesen dialogisch und teilhabeorientiert bearbeiten und lösen. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft, Nr. 10/2017
- Terkessidis, Mark (2017) Nach der Flucht. Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft. Ditzingen
- Virchow, Fabian (2016): PEGIDA: Understanding the Emergence and Essence of Nativist Protest in Dresden. In: Journal of Intercultural Studies, 37. Jg., H. 6, S. 541–555
- Wiebelitz, Anne (2020): Demokratie braucht Konflikt – wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt fördern lässt – Praktische Handlungsempfehlungen für Dialoge basierend auf der *Thérapie Sociale*. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, S. 351–373
- Wikipedia (2021): 2015. <https://de.wikipedia.org/wiki/2015> (18.10.2021)
- Wolf, Mario (2018a): Heilbad Heiligenstadt. Bürgerbündnisse als Zeichen der Zivilcourage und moderne Erscheinungen rechtsextremer Bestrebungen. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld, S. 143–167

- Wolf, Mario (2018b): Bodenstein – Toleranz statt Akzeptanz. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld, S. 169–182
- Zick, Andreas (2016): Polarisierung und radikale Abwehr – Fragen an eine gesplante Gesellschaft und Leitmotive politischer Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Christina (Hrsg.): Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn, S. 203–219
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn

Konflikte in der Migrationsgesellschaft

Wer stört sich an wem im Quartier? Aushandlungen von Konfliktfigurationen in ethnisch diversen Nachbarschaften

Einleitung

Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind ethnisch vielfältige¹ Quartiere² insbesondere in deutschen Großstädten zur Normalität geworden. Unabhängig von Ethnizität³ bringt Leben in Urbanität ohnehin unterschiedlichste Lebenswelten, ob gewollt oder ungewollt, zusammen und impliziert damit ein latentes Konfliktpotenzial im privaten wie im öffentlichen Raum. Auslöser von Streitigkeiten in der Nachbarschaft sind Differenzen im Ruhebedürfnis, unterschiedliche Vorstellungen über die Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten und des öffentlichen Raums sowie divergierende Sauberkeits- und Ordnungsansprüche. Diese Konflikte dürfen aber nicht als ‚kulturbedingt‘ verstanden werden, sondern stellen einen genuinen Teil der Aushandlung von Kultur und Ordnung im städtischen Raum dar. Darüber hinaus sorgt Diversität im Quartier für Abwechslung und erweitert den Horizont, indem ein:e jede:r mit anderen Lebensentwürfen in Berührung kommt.

Neben dem nachbarschaftlichen Alltag und Zusammenleben erfahren im Verbundprojekt *Migration und Sicherheit in der Stadt* (migsst⁴) Konflikte aus verschiedenen Perspektiven Aufmerksamkeit, um Konzepte für

- 1 Unter ‚vielfältig‘ wird die Verschiedenheit der Menschen entlang unterschiedlicher Kategorien, wie Kultur, Ethnie, Geschlecht, Alter, Religion oder soziale Kapitalausstattung verstanden (vgl. Fuchs 2007, S. 17). In diesem Beitrag werden die Begriffe ‚vielfältig‘ und ‚divers‘ synonym verwendet.
- 2 Unter ‚Quartier‘ wird hier weniger ein scharf konturierter Ort verstanden als vielmehr ein sozial konstruierter Ort „alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden“ (Schnur 2008, S. 40).
- 3 Ethnizität wird, angelehnt an Max Weber 1985 (ebd., S. 237), als Glaube an eine gemeinsame Kultur und Abstammung verstanden.
- 4 Weitere Informationen zu dem Verbundprojekt und dem Teilvorhaben der *Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement* (SKuR) sind unter migsst.de zu finden.

deren Beilegung und ein besseres Miteinander zu entwickeln. In acht Quartieren vier deutscher Großstädte fand in zwei Feldphasen die Erhebung des empirischen Materials statt, aus dem Erkenntnisse in drei Untersuchungsstädten (Stadt A, B und C)⁵ aus fünf Quartieren (Aa, Ab; Ba, Bb und Cb) präsentiert werden. Der Schwerpunkt liegt auf Aushandlungen von Konfliktfigurationen, die auf 34 Interviews mit Bewohner:innen und Expert:innen der untersuchten Quartiere sowie (teilnehmenden) Beobachtungen basieren. Durch die Analyse dieses empirischen Materials sollen die Aushandlungen von Konflikten aufgezeigt und dabei die keinesfalls feststehenden Konfliktlinien in den untersuchten Quartieren identifiziert werden.

Ziel des Beitrages ist es, die (un-)erwarteten und unterschiedlich gestalteten Figurationen sichtbar zu machen. Diese Figurationen können häufig nicht in monolithischen Einheiten, wie etabliert und außenstehend (vgl. Elias/Scotson 1990) oder zugewandert und nicht zugewandert (vgl. Korte 1984), definiert werden, da sie, bedingt durch soziale Mobilität und das Hinzukommen stets neuer Personengruppen, einem Wandel unterliegen. Die verschiedenen Konfliktfigurationen und ihre Dynamiken werden nach einer Beschreibung des methodischen Vorgehens und der theoretischen Rahmung näher dargestellt.

Feldzugang, Sample und Methode

Das Forschungsprojekt der *Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement* (SKuR), auf dem dieser Beitrag basiert, ist Teil des vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) geförderten Verbundprojekts *Migration und Sicherheit in der Stadt* (migsst) unter Leitung von Prof. Dr. Bernhard Frevel (*Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung* NRW, HSPV NRW). Der Verbund zeichnet sich durch ein interdisziplinäres und multimethodisches Vorgehen aus und geht der übergreifenden Fragestellung nach, ob und wie Formen von Integration oder Segregation Konflikte und Devianz in migrantisch geprägten urbanen Räumen vermindern oder erhöhen. Die Teilvorhaben der SKuR und der HSPV NRW bedienen sich hierbei eines qualitativen Forschungsdesigns, was sich im vorliegenden Beitrag niederschlägt.

5 In Absprache mit den beteiligten Untersuchungsstädten erfolgt eine Anonymisierung der jeweiligen Stadt mit den jeweiligen Quartieren

Die erste Feldphase erfolgte in der zweiten Jahreshälfte 2019. Die zweite Feldphase begann im März 2020, wurde aufgrund der durch die *COVID-19*-Pandemie bedingten Einschränkungen bis Ende August 2020 eingestellt und dann bis Anfang Oktober 2020 abgeschlossen. Währenddessen wurden mehr als 74 Interviews⁶ mit Expert:innen und Anwohner:innen anhand eines Leitfadens in acht Quartieren der vier Untersuchungsstädte geführt. Die Interviews hatten im Durchschnitt eine Dauer von eineinhalb Stunden.⁷ Da sich die Darstellung auf Ergebnisse aus drei Untersuchungsstädten konzentriert, finden 34 Interviews aus den Städten A, B und C Berücksichtigung. Es wurden Interviews mit Personen aus sozialen Einrichtungen, des Quartiersmanagements, aus Verbänden und Vereinen, von Polizei und Ordnungsbehörden und mit Anwohner:innen der Quartiere geführt.

Neben allgemeineren Fragen zum Quartier (z. B. persönlicher Eindruck vom Quartier) wurden in den Interviews spezifische Fragen über das Leben im Quartier, Migration und Sicherheit gestellt. Ergänzend wurden teilnehmende Beobachtungen und Quartiersbegehungen, teilweise in Begleitung von Expert:innen, durchgeführt. Den Feldzugang ermöglichten in den meisten Quartieren Ansprechpartner:innen der jeweiligen Städte, die von Projektbeginn an involviert waren und Schlüsselpersonen empfahlen. Darüber hinaus wurden Mitarbeitende von verschiedenen (sozialen) Einrichtungen in den Quartieren (Quartiersmanagement, Schulen, Kindertagesstätten, Kultur- und Sportvereine etc.) und die Polizeien, vor allem Kontaktbereichsbeamt:innen, per E-Mail oder Telefonanruf kontaktiert.

Ähnlich einem Schneeballsystem konnten mithilfe der zuerst kontaktierten Personen und Interviewten weitere Schlüsselpersonen für Interviews rekrutiert werden. In der zweiten Feldphase richtete sich der Fokus vermehrt auf Bewohner:innen in den Quartieren, die zum Großteil über bisherige Kontaktpersonen in sozialen Einrichtungen erreicht wurden. Die möglichen Verzerrungen, die durch die Interviewtenauswahl durch Schlüsselpersonen auftreten können, wurden im Verlauf sowie nach der ersten Feldphase kritisch reflektiert, sodass in der zweiten Feldphase im Rahmen längerer Feldaufenthalte auch Anwohner:innen direkt, ohne Empfehlung von Schlüsselpersonen, für Interviews gewonnen wurden.

6 Von den insgesamt 74 Interviews wurden 23 in Stadt D geführt.

7 Die Interviews wurden in der Regel gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der HSPV NRW geführt.

Das Spektrum an Perspektiven wurde zusätzlich um eine möglichst diverse Auswahl von Expert:innen in den beiden Feldphasen erweitert. In der zweiten Feldphase trat dann eine theoretische Sättigung ein, weshalb diese Phase kürzer als die erste ausfiel. Die Interviews und Beobachtungen wurden anschließend transkribiert bzw. verschriftlicht und anhand der pragmatisch inspirierten Weiterentwicklung der Grounded Theory nach Anselm Strauss und Juliet Corbin (1996) analysiert und ausgewertet (siehe auch Atanisev/Kunkel 2020, S. 53ff.).⁸

Um eine bessere Einordnung der empirischen Ergebnisse in den drei Untersuchungsstädten bzw. den fünf einbezogenen Quartieren zu ermöglichen, wird kurz auf einige Gemeinsamkeiten, aber auch auf Unterschiede in ihrer Entstehung, Sozial- und Infrastruktur eingegangen. Die beiden Quartiere Aa und Ab der Stadt A zeigen trotz unterschiedlicher Größe in Fläche und Bevölkerung – Quartier Aa ist größer als Ab – Gemeinsamkeiten. Sie sind nicht nur geografisch am Stadtrand gelegen, sondern weisen auch einen statistisch hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund⁹ (ca. drei von fünf Personen) auf. Dies ist unter anderem durch ihre Etablierung als Wohnorte für Neuhinzukommende (z. B. Geflüchtete seit 2015) und Alteingesessene (z. B. Spätausgesiedelte in den 1990er-Jahren) in Stadt A zu erklären. Bei den Quartieren handelt es sich, abgesehen von kleineren Einkaufszentren und Marktplätzen, um reine Wohngebiete. Diese sind jedoch jeweils städtebaulich heterogen gestaltet, sodass sich von ruhig gelegenen bis zu stark frequentierten Gebieten, von Reihenhäusern bis zu Hochhaussiedlungen und von Grün- bis zu nachverdichteten Flächen fast alles finden lässt.

Auch die beiden Quartiere in Untersuchungsstadt B weisen eine lange und abwechslungsreiche Migrationsgeschichte auf. Charakteristisch hierfür ist der Zuzug von sog. ‚Gastarbeitenden‘, vor allem aus der Türkei, in den 1960er- und 1970er-Jahren. Der wirtschaftliche Niedergang in Stadt B zog in den letzten Jahrzehnten gravierende strukturelle Veränderungen nach sich. Durch die Ausweitung der EU-Freizügigkeit auf

8 Für eine ausführliche Darstellung der Methoden siehe Frevel (2020).

9 Nach der Definition des *Statistischen Bundesamtes* hat „eine Person (...) dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländer, (Spät-)Aussiedler und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer, (Spät-)Aussiedler oder eingebürgert ist“ (ebd. 2019, S. 19).

Rumänien und Bulgarien im Jahr 2014 wandelte sich auch der Zuzug nach Stadt B, der seither vor allem von Zuwanderung aus diesen beiden Ländern geprägt ist und die Wohnbevölkerung in den beiden Untersuchungsquartieren erheblich verändert. Vor Ausweitung der EU-Freizügigkeit hatten die meisten ausländischen Anwohner:innen in den Untersuchungsquartieren noch die türkische Staatsangehörigkeit, derzeit besitzt in Quartier Ba fast jede dritte Person die rumänische Staatsangehörigkeit und in Quartier Bb fast jede fünfte Person. Beide Quartiere in Stadt B sind städtebaulich jeweils durch eine stark befahrene Hauptstraße und größtenteils durch vierstöckige Mietreihenhäuser geprägt, in deren Erdgeschoss sich teilweise Lebensmittelläden und Imbisse befinden.

Bei Quartier Cb in Untersuchungsstadt C handelt es sich ebenfalls um ein Ankunftsquartier, das lange Zeit bei der dort nicht ansässigen Stadtbevölkerung verrufen war. Seit einigen Jahren weist das Quartier unter den Untersuchungsstädten eine besondere Dynamik auf, die durch eine enorme Aufwertung und Gentrifizierung gekennzeichnet ist. Damit geht zugleich eine Attraktivitätssteigerung einher, die zum Zuzug ökonomisch bessergestellter deutscher, aber vor allem auch neuer migrantischer Gruppen geführt hat. Diese Aufwertungsprozesse machen sich städtebaulich in Neubauten mit Eigentumswohnungen bemerkbar und verändern allmählich das Quartiersbild. Nach wie vor haben im Quartier Cb noch mehr als zwei Drittel der Bewohner:innen einen Migrationshintergrund und weisen im Durchschnitt eine deutlich jüngere Altersstruktur als die in der Gesamtstadt auf.

Theoretischer Rahmen von Konfliktdynamiken

Wie eingangs erwähnt, können vielfältige Quartiere nicht nur für Abwechslung und Bereicherung, sondern auch für Überforderung und Konfliktpotenziale in der Nachbarschaft stehen. Ein Erklärungsmodell für die dabei entstehenden Konfliktdynamiken stellt die von Elias und Scotson (1990) in den 1960er-Jahren entwickelte Etablierten-Außenseiter-Theorie¹⁰ dar. Im Mittelpunkt dieser figurationssoziologischen Analyse steht die durch Zuwanderung ausgelöste Veränderung der Machtbalance in der Nachbarschaftskonstellation, weshalb diese auch als eine „Theorie der Machtbezie-

10 In Anlehnung an Elias' und Scotsons ursprüngliche theoretische Formulierung werden im Folgenden die Begriffe ‚Etablierte‘ und ‚Außenseiter‘ nicht gegendert.

hungen“ (Treibel 2009, S. 156) bezeichnet werden kann. Macht stellt dabei nicht etwas Statisches dar, das eine Gruppe besitzt, sondern vielmehr etwas Relationales, das sich aus den reziproken Beziehungen der Beteiligten ergibt. Figurationen beschreiben folglich das komplexe Beziehungsgeflecht von Menschen, die in einer wechselseitigen Abhängigkeit zueinanderstehen (vgl. ebd., S. 139). Die Machtbalancen können in diesen Beziehungsgeflechten variieren, sodass ihnen eine gewisse Konflikthaftigkeit per se inhärent ist. Während beispielsweise Außenseiter ihre Position verbessern wollen, sind Etablierte stets darum bemüht, ihre Position zu wahren (vgl. Elias/ Scotson 1990, S. 249). Außenseiter und Etablierte stehen also in einem wechselseitigen Interdependenzverhältnis, in dem sich die Höherstellung der Etablierten erst aus der Anwesenheit der Außenseiter ergibt. Die Außenseiter wiederum sind in ihrer Selbstwahrnehmung vom Fremdbild der Etablierten beeinflusst (vgl. ebd., S. 14). Das dabei zum Vorschein kommende Machtgefälle zwischen Etablierten und Außenseitern beruht jedoch nicht ausschließlich auf sozialstrukturellen Merkmalen.

In ihrer klassischen Studie *The Established and the Outsiders* aus den 1950er-Jahren, die in einer englischen Gemeinde mit dem Pseudonym *Winston Parva* durchgeführt und erstmalig im Jahr 1965 veröffentlicht wurde, stellten Elias und Scotson keine signifikanten Unterschiede zwischen den ‚Alten‘ sowie den stigmatisierten und ausgegrenzten ‚Neuen‘ fest: Beide Gruppen hatten die gleiche ethnische Herkunft, einen vergleichbaren Bildungsstand und ein ähnliches Einkommen. Lediglich die Wohndauer – das „soziologische Alter“ – unterschied sich. Folglich setzten sie das soziologische Alter in den Mittelpunkt und führten das beobachtete Machtgefälle in der Gemeinde auf den Grad der Kohäsion und der sozialen Kontrolle zurück, die bei der ‚älteren‘ Gruppe stärker ausgeprägt war als bei der ‚neueren‘. Wenngleich in der ursprünglichen Studie eine ethnisch homogene Gemeinde untersucht wurde, schlussfolgerten Elias und Scotson, dass es sich bei ethnisierten Beziehungen im Grunde um Etablierte-Außenseiter-Beziehungen handelt (vgl. Elias/ Scotson 1990, S. 26) und erkannten darin einen grundlegenden sozialen Mechanismus zur Erklärung von Gruppenkonstellationen. Nach wie vor besitzt die Etablierte-Außenseiter-Figuration, wie im Folgenden noch gezeigt werden soll, analytische Relevanz. Angesichts neuer theoretischer und empirischer Erkenntnisse erscheint allerdings eine Modifikation des Modells zur Analyse lokaler ethnischer Konflikte unumgänglich (vgl. Hüttermann 2010, S. 47).

Zunächst gilt es zu konstatieren, dass aufgrund der mittlerweile langen Zuwanderungsgeschichte Deutschlands gängige Etablierte-Außenseiter-Konstellationen nicht so eindeutig auf Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund anzuwenden sind (vgl. Freiheit/Sutterlüty 2015, S. 232). Die soziale Mobilität hat zur Konsequenz, dass Zugewanderte und vor allem ihre Nachkommen nicht bloß soziale Außenseiter sind, sondern zunehmend auch zum Kreis der sozial Etablierten zählen; jedoch nimmt die Konflikthaftigkeit dadurch eher zu als ab (vgl. El-Mafaalani 2018, S. 80ff.). Entgegen dem Postulat der Assimilationstheorien ist Gleichheit nicht mit Konfliktlosigkeit verbunden, „sondern [mit] einer Konkurrenz um das Gleiche“ (Neckel 1997, S. 255). Entscheidend für die Konkurrenz ist zudem weniger die Auflösung sozialer Ungleichheit zwischen den verschiedenen Gruppen, sondern dass auf dem Weg zur Gleichheit um das Gleiche konkurriert wird, nämlich um Mitsprache, Anerkennung und Zugehörigkeit. Auf Quartiersebene werden dementsprechend häufiger lokale Konflikte und Aushandlungsprozesse unmittelbar sichtbar, da immer mehr Gruppen diese Rechte für sich beanspruchen und damit eine neue Normalität postmigrantischer Gesellschaften abbilden. Diese postmigrantische Gesellschaft ist dabei keinesfalls – wie der Begriff suggeriert – durch einen abgeschlossenen Migrationsprozess charakterisiert, sondern vielmehr durch veränderte gesellschaftliche Konflikte, Narrative, Identitätspolitik sowie durch soziale und politische Transformationen, die nach erfolgter Migration einsetzen (vgl. Foroutan 2018, S. 15). Dominierte in diesem Zusammenhang in der Migrations- und Stadtforschung lange Zeit noch eine problemzentrierte Defizitperspektive, so wird nach der postmigrantischen Perspektive das Auftreten von Konflikten unter dem Schlagwort „Integrationsparadox“ (Treibel 2017; El-Mafaalani 2018) zusehends als ein Zeichen gelungener Integration gedeutet. Integrationserfolge führen demnach dazu, dass Migrant:innen und deren Nachkommen zur ernstzunehmenden Konkurrenz von ‚Einheimischen‘ werden (vgl. Treibel 2017, S. 159). Die daraus resultierenden Konflikte können demnach im Sinne einer Erweiterung des Elias’schen Figurationsmodells als eine Veränderung bestehender hierarchischer Ordnung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund verstanden werden. Konflikte resultieren demnach nicht nur aus der bestehenden Etablierten-Außenseiter-Ordnung, sondern aus der Verschiebung dieser hergebrachten Disparitäten.

Angesichts dieser Veränderungen erscheint eine Modifikation des Figurationsmodells auch hinsichtlich der Rolle des soziologischen Alters bzw. der Wohndauer notwendig, denn insbesondere bei Gentrifizierungsprozessen scheint dieses Kriterium eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Freiheit/Sutterlüty 2015, S. 233). Auch der Zugang zu Ressourcen und das mitgebrachte soziale Kapital sind entscheidend: So kann der gut situierte ‚Neue‘ im Vergleich zum abgehängten ‚Alten‘ kaum als Außenseiter bezeichnet werden, wodurch generelle Fragen darüber aufkommen, wer hier der Etablierte und wer der Außenseiter ist. Ein weiterer Punkt betrifft die Akzentuierung ethnischer Differenzen auch zwischen verschiedenen Migrant:innengruppen, die in einigen Fällen das soziologische Alter zu überschatten scheinen (vgl. Treibel 1993). Allerdings zeigen empirische Untersuchungen auch, dass insbesondere die Kombination aus soziologischem Alter, ethnischer Grenzziehung und Stigmatisierung enorm wirkmächtige Zuschreibungsprozesse gegenüber einer anderen ethnischen Außenseitergruppe in Gang setzen kann (vgl. Atanisev/Haverkamp 2021). Ausgehend von diesen Überlegungen sollen im Folgenden verschiedene Konfliktfigurationen in den drei Untersuchungsstädten dargestellt werden.

Konfliktfigurationen in Zeit und Raum

In den Quartieren der Stadt A fallen vor allem zwei relevant gemachte Konfliktfigurationen auf: Einerseits lässt sich eine Konfliktfiguration entlang unterschiedlicher Ethnien und andererseits eine entlang von unterschiedlichen Verhaltensweisen feststellen. Anhand dieser unterschiedlichen Konfliktfigurationen kann herausgestellt werden, dass nicht nur das soziologische Alter nach Elias und Scotson Einfluss auf die Figurationen von Außenseitern und Etablierten hat. Vielmehr zeichnet sich ein differenzierteres Bild dieser Figurationen in den untersuchten Quartieren der Stadt A ab.

Die in den Quartieren von Stadt A zu beobachtende Konfliktfiguration entlang unterschiedlicher Ethnien kann anhand mehrerer Interviewzitate veranschaulicht werden. In Quartier Aa stellt ein Interviewter beispielsweise Konfliktlinien zwischen „*Türken*“ und „*Kurden*“ bzw. „*Griechen*“ explizit heraus:

„Kurden haben nichts mit Türken zu tun. Die waren ja damals noch- also heutzutage ist das unterschwellig, ich weiß das, das Türken und Kurden sich nicht verstehen, also- aber damals haben die das ausgelebt, richtig ausgelebt. Oder Türken und Griechen, wissen wir auch, ist ein Problem“ (AaK1, Z. 250–254).

Der Interviewte essentialisiert gewissermaßen die genannten drei ethnischen Zugehörigkeiten und die vermeintlich inhärente Konflikthaftigkeit zwischen ihnen: Sie standen und stehen, wenngleich heutzutage abgeschwächt, immer noch im Konflikt miteinander. Das soziologische Alter scheint hierbei keine (zentrale) Rolle zu spielen: Die Zuwanderung der sog. (ehemaligen) Gastarbeitenden, die das Quartier Aa prägen, begann mit dem Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Griechenland (1960) bzw. der Türkei (1961) nahezu zeitgleich (vgl. Oltmer 2018, S. 11). Die hier im Vordergrund stehende (gegenseitige) Zuschreibung von negativen Eigenschaften zwischen unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeiten verdeutlicht ein weiteres Interviewzitat aus demselben Quartier: „Aber es gibt auch klare Trennungslinien. Die Araber, die Kurden sind dreckig, [nachahmende Laute], Kosovo, mhh, so“ (AaK2, Z. 669–670). Die von Dritten vorgenommene Etikettierung als „dreckig“ ahmte die Interviewte zur Verdeutlichung nach. Allerdings sind die damit verbundenen Metaphern der Unreinheit und des Abfalls hierbei keinesfalls beliebig gewählt, sondern werden oft zur Ab- und Ausgrenzung benutzt. Diese Etikettierung verwendeten auch die Etablierten gegenüber den Außenseitern in der *Winston Parva*-Studie. Laut Elias und Scotson handelt es sich um eine verallgemeinerbare Beobachtung, dass etablierte Gruppen die Außenseitergruppen oft nicht nur als Gesetzes- und Normenübertretende, sondern auch als „nicht besonders sauber“ (Elias/Scotson 1990, S. 22) stigmatisieren. Bei besonders großen Machtdifferenzialen zwischen Etablierten und Außenseitern können letztere sogar als „kaum mehr menschlich“ (ebd., S. 23) betrachtet werden. Überdies geht „dreckig sein“ über eine Verunreinigung hinaus und bedeutet eine Gefahr der Ansteckung bzw. Befleckung, die es zu vermeiden gilt (vgl. ebd., S.

23).¹¹ Die bestehenden Konfliktlinien werden somit rhetorisch und metaphorisch verstärkt. Nach der Etablierte-Außenseiter-Theorie kann die Etikettierung als „dreckig“ auch dahingehend gefasst werden, dass die negativsten ‚Eigenschaften‘ von Angehörigen einer Gruppe der gesamten Gruppe zugeschrieben werden und diese abwerten, wie beispielsweise die Gruppen der „Araber“ oder „Kurden“ (vgl. Elias/Scotson 1990, S. 13).

Die zweite relevant gemachte Konfliktfiguration organisiert sich entlang als störend empfundener bzw. devianter Verhaltensweisen. In Quartier Ab wird dies vor allem innerhalb der nicht-deutschen Bevölkerung beobachtet. Dabei geht es um Nichtdeutsche, die Drogen bzw. Alkohol konsumieren und/oder mit Drogen handeln sowie Lärm und Müll verursachen. Geflüchtete Interviewte betonten mehrfach, dass sie keinen Kontakt „mit den Leuten hier“ haben (wollen), und kritisierten die hohe Konzentration von nichtdeutschen Bewohner:innen in ihrem Wohngebiet, was ihrer Meinung nach Verschmutzung und Stress bedeute: „*Alle Länder kommen. Aber wegen ihnen ist es immer schmutzig, sie sprechen immer sehr laut, haben Stress*“ (AbB2, Z. 65–66). Ein interviewter Geflüchteter führt die mit den „Ausländern“ assoziierten Problematisierungen auf eine fehlende Integration zurück: „*Die [die neu nach Deutschland kommen] verstehen nicht diese Kultur von Deutschland, sondern die ver-, es läuft wie ihre Kultur, ist wie ihre Heimat. Das ist die Probleme*“ (AbB1, Z. 364–366). Hier werden diejenigen, die die „Kultur von Deutschland“ nicht verstehen, denen gegenübergestellt, die sie verstehen. Dabei spielt das soziologische Alter nur bedingt eine Rolle: Zwar bezieht sich der Interviewte in diesem Zitat auf Personen, die neu nach Deutschland kommen, jedoch ist er selbst erst seit Kurzem in der Bundesrepublik, stellt sich im Gespräch jedoch als jemand dar, der lernfähig, -willig und anpassungsfähig ist. Hieran kann man auch die Kritik an Elias’ und Scotsons Etablierten-Außenseiter-Modell festmachen: Nicht immer ist die zeitliche Komponente für die (Konflikt-)Figuration entscheidend.

Dass gewisse Verhaltens- und Umgangsweisen der Anwohner:innen im Quartier Auseinandersetzungen und Konflikte fördern, beobachtet

11 Die Sozialanthropologin Mary Douglas beschäftigt sich in ihrem Hauptwerk *Purity and Danger* (1966) grundlegend mit (Un-)Reinheit und Schmutz, die immer auch Unordnung implizieren. Am Beispiel von religiösen Ritualen und Vorschriften zeigt Douglas auf, wie, im symbolischen Sinn, Schmutz unrein machen oder ansteckend sein könne, weshalb Schmutz und das Unreine vom Reinen bzw. vom Heiligen getrennt werden müssten (vgl. Douglas 1985, S. 19ff.).

ebenfalls eine Expertin, nach der „dieser Bruch“ nicht zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund verlaufe, sondern entlang von Verhaltensweisen:

„Dieser Bruch geht nicht durch die, durch Deutsche, durch deutsche Familien und Familien mit Migrationshintergrund, sondern eher so Nutzung der Infrastruktur, wie gehe ich mit Sperrmüll, mit Müll um? Wie verlasse ich den Spielplatz, wie laut bin ich, nehme ich Rücksicht, nehme ich nicht Rücksicht? Und das geht Familien mit Migrationshintergrund genauso auf den Wecker wie deutschen Familien“ (AbK1, Z. 522–527).

Diese Positionen müssen, wie im obigen Beispiel, nicht ethnisch akzentuiert sein. Allerdings werden Incivilities¹² wie Müll und Lärmbelästigung in anderen empirischen Fällen zur Hervorhebung kultureller oder ethnischer Differenzen herangezogen, insbesondere dann, wenn eine neue Migrant:innengruppe in das Quartier zieht und das hiesige „Müllsystem“ noch nicht beherrscht, wie eine Sozialarbeiterin in Stadt B am Beispiel von Roma schildert:

„Und dann hab ich die [Roma], die keine Schulbildung haben, weil sie nie eine genießen durften, oder höchstens zwei Jahre, die überall extremst ausgegrenzt wurden, die in Orten leben, wo es keine Müllsysteme, keine Schulen, denen wir den Titel Schule verleihen würden, gibt. Wo das ganze System sehr, sehr weit weg von unseren Systemen ist“ (BbW1, Z. 185–190).

Der Müllproblematik, die in allen Untersuchungsstädten präsent ist, wird dabei durch die Verschränkung zweier Aspekte eine besondere Rolle zuteil: Es geht weniger um die konkrete Müllproblematik, sondern auf einer symbolischen Ebene um die Aushandlung sozialer Ordnung und Zugehörigkeit zum Quartier, die unter anderem über das Müllnarrativ funktioniert. An konkreten Handlungen wie der Mülltrennung wird die positive Bewertung der eigenen Verhaltensweisen durch Lobklatsch und die Abwertung der Außenseiter durch Schimpfklatsch verstärkt, um Etablierte- und Außenseiter-Positionen zu markieren (vgl. Elias/Scotson 1990,

12 Incivilities' beschreiben im kriminologischen Kontext eine ganze Reihe von „Verhaltensweisen und deren sichtbare physische Spuren, die die Regeln ‚zivilisierten‘ Verhaltens in der Nachbarschaft verletzen“ (Oberwittler u. a. 2017, S. 184).

S. 166ff.). Dieses Zusammenspiel aus soziologischem Alter, ethnischer Grenzziehung und Stigmatisierung wird empirisch vor allem in Quartieren sichtbar, in denen eine neue unterlegene Gruppe in das Quartier zieht und die interethnischen Figurationen verändert. So beschreiben zwei türkischstämmige Bewohnerinnen des Quartiers Bb zunächst eine sich anbahnende Konfliktsierung, die aus dem Aufstieg der ehemals außenseitigen türkischstämmigen Bevölkerung im Quartier resultiert, aber durch das Hinzukommen einer neuen Gruppe in den Hintergrund rückt. So beschreibt eine Anwohnerin, die zugleich Inhaberin eines Lebensmittel Ladens ist, anhand ihrer eigenen Biografie den Integrationserfolg der türkischstämmigen Bevölkerung, die zusehends von Arbeitnehmer:innen und Mieter:innen zu Geschäftsleuten und Vermieter:innen aufsteigt. Trotzdem gäbe es nach wie vor Deutsche, welche die Interviewte als randständige „Ausländerin“ wahrnehmen. Hüttermann spricht hier vom „avancierten Fremden“ (Hüttermann 2000), der die Veränderung alter Machtpositionen verkörpert. Der Fremde avanciert nicht konfliktfrei zum Konkurrenten und nicht ohne entscheidende Gegenwehr der alten Etablierten, die insbesondere durch ethnische Grenzziehungen zum Ausdruck kommt. So erzählt die Bewohnerin von der regelmäßigen Erfahrung, trotz ihres soziologischen Alters, auf ihr vermeintliches „Fremdsein“, ihre nicht vollwertige Zugehörigkeit, verwiesen zu werden:

„[Man] ist eine Randgruppe, absolut, ja. (...) Ich bezeichne mich zum Beispiel immer noch als [Name der Stadt]. Weil ich da groß geworden bin. (...) Da ist unbedingt ein Bezug, also schon ein Heimatgefühl, aber man wird immer wieder sehr freundlich daran erinnert: Es ist nicht deins. (...) Also Heimatgefühl ja und trotzdem noch, dass man von vielen Biodeutschen dann noch [zu hören] bekommt, so nach dem Motto: Och ne, ihr seid ja Ausländer. Eigentlich gehört ihr hier nicht hin“ (BbK2, Z. 367–372).

Dieser Verweis auf die nicht vollwertige Zugehörigkeit kann als defensive Reaktion der alten Etablierten verstanden werden, die ihren vorrangigen Zugang zu Ressourcen und Privilegien im Quartier bedroht sehen und zugleich als Versuch, alte Hierarchien von Inländer:innen und Ausländer:innen wiederherzustellen (vgl. Treibel 2017, S. 160).

In Quartier Bb werden diese sich anbahnenden Konfliktsierungen zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Deutschen aufgrund der Veränderung der Etablierten-Außenseiter-Ordnung durch das Hinzukommen einer neuen

unterlegenen Gruppe in den Erzählungen der Interviewten jedoch in den Hintergrund gerückt: „[Wenn es um die Rumänen geht], da sind sich alle einig. Das ist das einzige Thema, wo sich Deutsche und Türken und Italiener, Russen und hast du nicht gesehen, einig sind“ (BbK2, Z. 2126–2129). Zwar stellt die Aufsteigergruppe für die alten Etablierten ein gewisses Bedrohungspotenzial dar, doch führt das Hinzukommen der rumänischen Zugezogenen dazu, dass sich ‚alte‘ und ‚neue‘ Deutsche verbünden und eine neue Außenseitergruppe mit stigmatisierenden Zuschreibungen adressieren. Diese stigmatisierenden Zuschreibungen entfalten ihr diskriminierendes Potenzial besonders bei dem Teil der Rumän:innen, die zugleich Roma sind. In den Zuschreibungen verknüpfen sich folglich antiziganistische Vorurteile mit einem „Neo-Rassismus“ (Balibar 1992), der die Ausgrenzung nicht mehr ausschließlich mit rassistischen Begründungsmustern legitimiert, sondern mit neoliberalen Rationalitätslogiken, wenn beispielsweise die vermeintliche Arbeitslosigkeit der rumänischen Zugezogenen thematisiert wird:

„Irgendwann haben die ehemaligen Gastarbeiter gesagt, wir lassen uns nicht mit denen auf eine Stufe stellen. Wir sind hier hingekommen, um zu arbeiten. Wir waren nicht arbeitslos. Wir haben keine Leistung bekommen für das Nichtstun. Wir haben für unser Geld gearbeitet. Also da kommen dann wirklich Schluchten auf, kann ich auch total verstehen. Also mich hat letztens versucht, einer mit Rumäninnen gleichzusetzen, wo ich dann gesagt hab: ey, jetzt mach mal einen Punkt. Meine Eltern haben noch nie Arbeitslosengeld oder Sonstiges bezogen. Die haben gearbeitet. Und wir arbeiten bis heute. Ich war in meinem Leben nur zwei Monate arbeitslos. Also und da fühlt man sich dann angegriffen“ (BbK2, Z. 307–310).

Die Abgrenzung der türkischstämmigen Community kann in diesem Sinne auch als Sorge vor dem Verlust der neugewonnenen Privilegien und Ressourcen verstanden werden. Dass sich die Verhältnisse umkehren können, wird in Stadt C, vor allem in Quartier Cb, deutlich: Hier grenzen sich die Neuzugezogenen von den ‚alten‘ Bewohner:innen ab. Seit langem ist Quartier Cb ein Ankunftsquartier, das bei der dort nicht ansässigen Stadtbevölkerung in Verruf ist. Den schlechten Ruf des Quartiers erklären die Interviewten mit den hohen Migrationszahlen und einem früher hohen Anteil an Personen, die idealtypisch der sog. Arbeiterschicht zugeordnet werden. Sie erwähnen jedoch explizit keine Konflikte, die daraus im Quartier entstanden sind, vielmehr führe dies zu

einer Stigmatisierung von außen. Laut einem Anwohner in Cb beeinflusst die schlechte Außenwahrnehmung das Verhältnis der Zugezogenen zu den Alteingesessenen:

„Und so entstehen Vorurteile von Neuzugezogenen. Und gerade für mich als [Funktion] ist es immer dramatisch, zu hören: Ja, da muss ich wegziehen oder mein Kind in eine Privatschule geben. Da sage ich: Ja wieso das dann? Es gibt überhaupt keinen Grund. (...) Weil sie gehört haben, da wird kein Deutsch gesprochen und die kommen nicht mit und so viele Ausländer und deutsches Kind und so“ (CbK1, Z. 1109–1115).

„Die Eltern wollten das erst gar nicht, weil bildungsfern, die haben Angst davor. (...) Diese Vorurteile sind ja eigentlich weniger wegen der schulischen Leistung, sondern man möchte sich mit den Milieus vielleicht nicht so mischen, man hat so Angst und diese Vorurteile“ (CbK1, Z. 1217–1222).

Bildungssegregation¹³ verschränkt sich mit dem wahrgenommenen Image des Quartiers als „migrantisch“, „Arbeitsviertel“ und „bildungsfern“. Dies spielt eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und Verfestigung von Vorurteilen, was die weitere Stigmatisierung des Quartiers perpetuiert. Die Interviewten thematisieren folglich die Wahrnehmung vom „alten“, „abgehängten“ Quartier Cb, von dem sich die Neuzugezogenen distanzieren wollen. Aus der Stigmatisierung eines Quartiers ergeben sich also nicht nur Abgrenzungstendenzen von außerhalb, sondern auch innerhalb der Bewohner:innen eines Quartiers. In diesem Fall wirkt die Stigmatisierung von außen als Katalysator der negativ wirksamen Prozesse innerhalb des Quartiers. Bildungssegregation stellt hier eine Form der sozialen Differenzierung unter den Bewohner:innen des Quartiers dar, um sich von den anderen „unerwünschten“ Bewohner:innen zu distanzieren. Diese Abgrenzungstendenzen können negative Folgen nach sich ziehen, besonders in Bezug auf die Beibehaltung und Ausbildung funktionierender sozialer Netzwerke und Nachbarschaftsbeziehungen. Diese Entwicklung sprach ein Interviewter als eine stark medial geprägte Zuschreibung von außen an:

13 Unter Bildungssegregation wird die räumlich ungleiche Verteilung von Bildungsressourcen und -chancen verstanden (vgl. Terpoorten 2014, S. 33).

„Das sind die im [Name] Viertel und die im alten Quartier. Und an der Grenze, und das steht dann auch in der Zeitung drinnen, da sind die Neureichen, Besserverdienenden, die wollen nichts mit dem Quartier nichts zu tun haben und das sind die anderen. Das steht in der Presse so drinnen, stimmt aber gar nicht. Ja, also, wenn eine Kita an der Grenze- heißt, wenn es schon Grenze heißt, ist das schon- (...) und da gucken die aus dem [Name] Viertel ins Quartier runter“ (CbK1, Z. 1180–1186).

Die vom Interviewten beschriebene Dichotomie eines Innen und Außen des Viertels bestätigen weitere Interviews und ethnografische Feldgespräche nicht, vielmehr kommt in ihnen eine diskursive Fragmentierung und Gegenüberstellung bestimmter Personengruppen im Quartier zum Ausdruck. Das gewählte Beispiel der Bildungssegregation reproduziert in seinem narrativen Charakter gar das Bild vom ‚alten‘ und ‚neuen‘ Quartier, das im öffentlichen Bewusstsein verankert ist und medial aufrechterhalten wird. Somit verstärkt das negative Image des Quartiers eine temporäre Konstellation von Neuzugezogenen versus Alteingesessenen. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die Frage, wer Außenseiter und wer etabliert ist, einem Wandel unterliegt und nicht zeitlich, sondern perspektivisch zu verstehen ist. In Quartier Cb sind die (migrantischen) Neuzugezogenen nicht Außenseiter, weil sie ein viel höheres soziales Kapital mitbringen und es einzusetzen wissen – sie sind finanziell gut gestellt, organisieren sich, haben Beschwerdemacht und setzen ihre Interessen durch. Die Ausgrenzung betrifft demgemäß die alteingesessene, überwiegend migrantische Bevölkerung. Dabei dient die ethnischkulturelle Akzentuierung dazu, Ausgrenzungsprozesse im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels zu verstärken.

Schlussbemerkungen

Die Ergebnisse aus 34 Interviews mit unterschiedlichen Akteur:innen veranschaulichen die Vielgestaltigkeit des Lebens in fünf ethnisch vielfältigen Quartieren der drei Untersuchungsstädte A, B und C. Dabei erwies sich der qualitative Forschungsansatz als methodisch adäquates Vorgehen, um die Heterogenität der Konfliktfigurationen migrantisch geprägter Nachbarschaften zu rekonstruieren. Der Fokus auf die Wahrnehmungsstrukturen der Befragten ermöglichte die Analyse der subjektiven Sinngebungen und Deutungen von konfliktiven Aushandlungsprozessen in der Nachbarschaft.

Differenzen zeigen sich schon zwischen den Untersuchungsstädten: Stadt A ist in einer stabilen Wirtschaftsregion angesiedelt, Stadt B ist mit

einem jahrzehntelangen wirtschaftlichen Niedergang und Strukturwandel konfrontiert und Stadt C zieht als prosperierende Großstadt gut situierte Akademiker:innen aus dem In- und Ausland an. Dementsprechend divers fällt die Zuwanderung in den ethnisch vielfältigen Quartieren der Untersuchungsstädte aus. Augenfällig ist dieser Kontrast zwischen den Städten B und C: Während in Stadt B die Armutszuwanderung aus Südosteuropa dominiert, fällt in Stadt C die Zuwanderung von Migrant:innen mit hohem Sozialkapital auf. In Stadt A sind die untersuchten Quartiere Ankunftsorte für Zugewanderte aus aller Welt, die sich dort vorübergehend oder (un-)gewollt dauerhaft niederlassen. Allerdings eint die drei Untersuchungsstädte sowohl eine Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch ein Wandel der Zuwanderung in den letzten zehn Jahren.

Auf lokaler Ebene wirken sich diese Veränderungen auf das Nachbarschaftsgefüge aus und haben ein gewisses Konfliktpotenzial. Für die auftretenden Konfliktdynamiken bietet die Etablierte-Außenseiter-Theorie von Elias und Scotson einen theoretischen Anknüpfungspunkt. Diesbezüglich ergeben sich aus dem empirischen Material in den fünf Quartieren mit Ethnie und Verhalten zwei grundlegende Konfliktfigurationen. Allerdings greift das Erklärungsmodell für die identifizierten Konfliktfigurationen im Wechselspiel von soziologischem Alter, ethnischer Grenzziehung und Stigmatisierung in einer Zweier- und Dreierkonstellation zu kurz. In einer Zweierkonstellation bleibt die Etablierten-Außenseiter-Ordnung nur dann bestehen, wenn Nachbar:innen ohne Migrationshintergrund ihr Deutschtum als essentialisierendes Merkmal verstehen und damit ihre bröckelnde Machtposition festigen möchten. Diese fragile Ordnung kehrt sich jedoch um, wenn Altetablierte und Neuetablierte mit gutsituierten Neuankömmlingen mit und ohne Migrationshintergrund konfrontiert sind. Diese Neuhinzugekommenen verfügen über hohes Sozialkapital und wissen ihre Interessen durchzusetzen, sodass eine ‚Neuzugezogene-Etablierte-Außenseiter-Figuration‘¹⁴ entsteht. Aber auch unter soeben zugewanderten Ausländer:innen findet eine Abgrenzung nach Integrationswillen statt: Außenseiter sind danach diejenigen, die sich nicht integrieren wollen. Eine ‚Alt- und Neuetablierte-Außenseiter-

14 Gemeint ist hier eine Dreierkonstellation aus Neuzugezogenen, die sozioökonomisch bessergestellt sind als die bereits im Quartier etablierten Bewohner:innen, diesen Etablierten sowie den Außenseitern

Ordnung‘ lässt sich indessen beobachten, wenn sich Einheimische mit und ohne Migrationshintergrund zusammentun und frisch Zugewanderte als Außenseiter diskriminieren. Weitere Konfliktisierungen und Konfliktfigurationen liegen nahe, lassen sich aber dem vorliegenden empirischen Material nicht entnehmen. Es lässt sich aber festhalten, dass die beständigen Veränderungen bestehende (Macht-)Verhältnisse verändern und in der Folge neue Aushandlungen notwendig machen: Aus Außenseitern können Neuetablierte und aus Altetablierten wiederum Außenseiter werden.

Hieraus ergibt sich, dass Elias‘ und Scotsons Etablierten-Außenseiter-Modell auch mehrere Jahrzehnte nach seiner Konzeption in migrations- und devianzsoziologischen Untersuchungen anschlussfähig ist.¹⁵ Die in diesem Beitrag herausgearbeiteten Konfliktfigurationen in ethnisch diversen Nachbarschaften zeigen jedoch, dass das ursprüngliche Modell zu erweitern und damit zu modifizieren ist. Das für Elias und Scotson zentrale Differenzmerkmal des soziologischen Alters kommt in den beiden identifizierten Konfliktfigurationen „unterschiedliche Ethnien“ und „unterschiedliche Verhaltensweisen“ viel weniger Relevanz zu. Die Etablierten-Außenseiter-Figuren stellen sich entsprechend dem empirischen Material in den untersuchten Quartieren also wesentlich differenzierter dar: In einer migrantisch geprägten Gesellschaft spielen weitere Merkmale wie Ethnie und als abweichend etikettierte Verhaltensweisen eine Rolle für Konfliktisierungen. In den Quartieren der drei Untersuchungsstädte weisen die hier beschriebenen Konfliktfigurationen unterschiedliche Facetten auf. Weiterführende Studien lassen daher erwarten, dass es weitere Ausprägungen in anderen ethnisch vielfältigen Nachbarschaften gibt. Insofern ergänzen die theoretischen Erkenntnisse aus dieser Studie das klassische Etablierten-Außenseiter-Modell von Elias und Scotson für die künftige Forschung.

15 Neben der Etablierten-Außenseiter-Figuration eröffnet das reichhaltige empirische Material weitere interpretative Perspektiven. Gerade wenn es um Machtgefälle geht, kommt das Konzept des ‚Othring‘ (vgl. Gingrich 2011, S. 323) ins Spiel, nach dem Migrant:innen durch Stereotypisierung (als einen Akt der steten Grenzziehung) zu ethnisierten ‚Anderen‘ stilisiert werden. Weitergehend erscheint der Versuch vielversprechend, die ethnische Linse im Sinne einer skeptisch-selbstreflexiven Ethnizitätsoptik abzulegen, um der ‚Banalität ethnischer Differenzierung (...), die (...) wichtig für das Verständnis von routinisierten Einwanderungskontexten in diversen Großstädten ist‘ (Nieswand 2014, S. 290), nachzugehen.

Referenzen

- Atanisev, Kaan/Haverkamp, Rita (2021): „Die Enkel der Osmanen“ – Ausgrenzung, Diskriminierung und Illegalisierung von „Tagelöhnern“ im Münchner Bahnhofsviertel. In: *Soziale Probleme* 32. Jg., H.1, S. 45-66. <https://doi.org/10.1007/s41059-021-00082-5>
- Atanisev, Kaan/Kunkel, Fynn (2020): Kommunale Kriminalprävention im Kontext migrantisch geprägter Quartiere. In: Haverkamp, Rita/Langlet, Franca (Hrsg.): *Auf den Spuren der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland*. Symposium am 11. Februar 2020. Band 44. Universität Tübingen: Institut für Kriminologie, S. 51–60
- Balibar, Étienne (1992): Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg, S. 23–38
- Douglas, Mary (1985): *Reinheit und Gefährdung: eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu*. Berlin
- El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1990): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt (Main)
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1965): *The established and the outsiders. A sociological enquiry into community problems*. London
- Foroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive. Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Hill, Marc/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen - Ideen - Reflexionen*. Bielefeld, S. 15–28
- Freiheit, Manuela/Sutterlüty, Ferdinand (2015): Wer war zuerst da? Zur Dynamik ethnischer Konflikte nach Norbert Elias und John L. Scotson: ‚Etablierte und Außenseiter‘. In: Reuter, Julia/Mecheril, Paul (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien*. Wiesbaden, S. 231–244
- Frevel, Bernhard (2020): Working Paper Nr. 3. Methodisch-theoretisches Vorgehen im Forschungsprojekt migsst. Münster
- Fuchs, Martin (2007): Diversity und Differenz: konzeptionelle Überlegungen. In: Krell, Gertraude/ Riedmüller, Barbara/Sieben, Barbara/Vinz, Dagmar (Hrsg.): *Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze*. Frankfurt (Main), S. 17–34

- Hüttermann, Jörg (2010): Entzündungsfähige Konfliktkonstellationen. Eskalations- und Integrationspotentiale in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft. Weinheim
- Hüttermann, Jörg (2000): Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: Zeitschrift für Soziologie, 29. Jg., H. 4, S. 275–293
- Korte, Hermann (1984): Die etablierten Deutschen und ihre ausländischen Außenseiter. In: Gleichmann, Peter/Goudsblom, Johan/Korte, Hermann (Hrsg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2. Frankfurt (Main), S. 261–279
- Neckel, Sighard (1997): Die ethnische Konkurrenz um das Gleiche. Erfahrungen aus den USA. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt (Main), S. 255–275
- Oberwittler, Dietrich/Janssen, Heleen/Gerstner, Dominik (2017): Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: Soziale Probleme 28. Jg., H. 2, S. 181–205
- Oltmer, Jochen (2018): „Neue Migrationen“ und „Alte Migrationen“. Der Wandel der bundesdeutschen Migrationsverhältnisse. In: Ceylan, Rauf/Ottersbach, Markus/Wiedemann, Petra (Hrsg.): Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation. Wiesbaden, S. 7–32
- Schnur, Olaf (2008): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden, S. 19–51
- Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018. Wiesbaden
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim
- Terpoorten, Tobias (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet. ZEFIR Materialien Band 3. Bochum
- Treibel, Annette (2017): Neue Machtverhältnisse im Einwanderungsland Deutschland? Etablierte und Außenseiter revisited. In: Ernst, Stefanie/Korte, Hermann (Hrsg.): Gesellschaftsprozesse und individuelle Praxis.

- Vorlesungsreihe zur Erinnerung an Norbert Elias. Wiesbaden, S. 145–165
- Treibel, Annette (2009): Figurations- und Prozesstheorie. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hrsg.): Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden, S 133–160
- Treibel, Annette (1993): Transformationen des Wir-Gefühls. Nationale und ethnische Zugehörigkeiten in Deutschland. In: Blomert, Reinhard/Kuzmics, Helmut/Treibel, Annette (Hrsg.): Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus. Frankfurt (Main), S. 313–345
- Weber, Max (1985): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen

Leipzigs Konflikt um eine Ahmadiyya-Moschee – Ein Lehrstück „gelingender Integration“?

Konflikte als Zeichen der Integration und der Streit um einen Moscheebau

Viele westliche Gesellschaften durchlaufen heute einen Transformationsprozess, der durch Diversifizierung und Pluralisierung ihrer Bevölkerungen, aber auch durch verschiedene Krisen und Phänomene der Entsicherung geprägt ist (Heitmeyer 2018; Foroutan 2019; Butterwegge 2020). Die Folgen sind Anspannung und Verunsicherung, eine verstärkte Wahrnehmung der Ungleichheiten und nicht zuletzt Konflikte. Bei Letzteren steht vor allem Migration als Marker des Wandels im Zentrum.

Mit *Das Integrationsparadox* des Soziologen Aladin El-Mafaalani erschien 2018 ein Buch, das sich bemüht, einige dieser Beobachtungen zu revidieren, und das insbesondere der Diagnose der Spaltung widerspricht. Der Autor kontert diese Einschätzung mit der Feststellung, dass gerade vermehrte Konflikte im Wesentlichen Zeichen gelingender Integration seien (El-Mafaalani 2018, S. 17). Gemäß seiner These sind sie Bestandteil eines erfolgreichen Annäherungsprozesses, einer Öffnung und Zeichen dafür, dass „Integration gelingt“ (ebd., S. 25). Als Belege hierfür führt er die stärkere Berücksichtigung von Minderheiten und neue Beteiligungsmöglichkeiten an, und nicht zuletzt, dass wir so intensiv über Beides streiten.

Stellt die Betonung des integrativen Potenzials von Konflikten eine wichtige konflikttheoretische Ergänzung dar, droht doch eine weitere, wenngleich andere Vereinfachung, wie konkrete Konflikte zeigen können. Entgegen der gelegentlichen Fortschrittsmetaphorik im *Integrationsparadox* wird anhand von einigen Konflikten leicht ersichtlich, dass selbst nach Jahren der positiven Entwicklung Konfliktergebnisse noch immer offen und sogar prekär sein können. Selbst mancher auf gesellschaftlicher Ebene erzielte Integrationserfolg ist insofern weiter ambivalent, besonders, wenn man die sozialen Folgekosten berücksichtigt (Heitmeyer

2018). Am besten lassen sich Offenheit und Ambivalenz aber vielleicht an solchen Konflikten zeigen, in denen Migration (vermeintlich) im Mittelpunkt steht.

Das Forschungsprojekt *MigraChance* hat solche Konflikte seit 2018 untersucht.¹ Neben Integrationserfolgen wurden dabei ebenso schwankende, noch prekäre Konfliktergebnisse sichtbar. Deren Gründe lassen sich in der Konflikteigendynamik verorten, hängen aber auch mit dem erweiterten Kontext zusammen. So zeigt ein noch unabgeschlossener Moscheebaukonflikt in Leipzig bis heute diese Prekarität oder Ambivalenz. Zu Beginn dieses Konflikts reichte das bloße Bekanntwerden einer Bauvoranfrage aus, um eine äußerst eskalative Dynamik zu entzünden, mit Protesten vor Ort und in den Sozialen Medien, die Unsicherheiten und Ängste, aber auch Vorurteile und rassistische Einstellungen zutage brachten. Nach acht Jahren Konflikt und einigen Integrationserfolgen ist die Moschee nach wie vor nicht errichtet und der Konflikt nur oberflächlich beruhigt.

Unsere Analysen machten verschiedene Einflüsse auf den Konflikt sichtbar. Erkennbar wurde z. B., dass Migration nicht nur eine „zentrale Schnittstelle“ darin ist (El-Mafaalani 2018, S. 206), sondern von organisierten Gegnern gezielt als Narrativ instrumentalisiert wird, um Bedrohungsgefühle und „Migrationspanik“ (Bauman 2016) zu schüren. Der Erfolg solcher Versuche lässt sich sozialwissenschaftlich etwa dadurch erklären, dass darin an verbreitete Unsicherheiten und Anomiegefühle angeschlossen werden kann. Letztere, so Wilhelm Heitmeyer (2018), nehmen infolge verbreiteter Desintegrationserfahrungen und -ängste stetig zu (s. hierzu auch: Heitmeyer/Imbusch 2012; Heitmeyer/Anhut 2000). Das stärkt die Attraktivität autoritärer Politikangebote, die mit ‚einfachen Lösungen‘ und mit einer zunehmend radikaleren Abwehr ‚Fremder‘ aufwarten (Heitmeyer u. a. 2020; Decker/Brähler 2020). Dass sie damit an eine verunsicherte ‚Mitte‘ anschließen können, zeigt der Leipziger Moscheebaukonflikt.

1 Die präsentierten Ergebnisse stammen aus dem BMBF-Projekt *MigraChance* (Laufzeit 2018 bis 2021), das in Leipzig, Gelsenkirchen und Bebra (Hessen) migrationsbezogene Konflikte und deren Auswirkungen auf kommunale Settings und Institutionen untersucht. Koordiniert durch die *Fachhochschule Erfurt* (FE Stadt- und Raumplanung) wird es im Verbund mit der *Westfälischen Wilhelms-Universität Münster* (Institut für Politikwissenschaften) und dem *Helmholtzzentrum für Umweltforschung Leipzig* (Dpt. Stadt- und Umweltoziologie) durchgeführt.

Vor dessen Darstellung soll zuerst genauer auf El-Mafaalanis Argumentation eingegangen und geprüft werden, wo sich darin aus konflikttheoretischer Sicht Leerstellen ergeben. Im Anschluss stelle ich eine Fallstudie zum Leipziger Konflikt um eine *Ahmadiyya*-Moschee vor. Zunächst wird die Methodik erörtert, dann folgen eine Konfliktskizze sowie Analysen zum Zusammenhang zwischen dem Migrationsnarrativ und den lokalen Anomiegefühlen. Das Fazit fasst die Ergebnisse nochmals zusammen und weist auf spezifische Herausforderungen des lokalen Kontexts hin.

Das Integrationsparadox und ein konstruktiver Umgang mit Konflikten

Gemäß der Grundaussage von *Das Integrationsparadox* sollen wir Konflikte nicht als Probleme begreifen, sondern geradezu als Lehrstücke gelingender Integration: „Was man sich bewusst machen muss“, so El-Mafaalani (2018), „ist die Tatsache, dass der Konflikt deshalb entsteht, weil sich die Konfliktparteien in einer Beziehung zueinander befinden, die es zuvor überhaupt nicht gegeben hat“ (ebd., S. 81). Konflikte seien „Ausdruck des Zusammenwachsens“ sowie „Treibstoff für Fortschritt und Innovation“ (ebd., S. 152), womit überholte Grenzen durchbrochen und das gesellschaftliche Band durch erstrittene Reformen neu geknüpft werde. Daher fordert El-Mafaalani nicht bei den negativen Aspekten stehen zu bleiben, sondern, „die positiven Seiten der Konflikte [zu] sezieren“. Sie mögen wie Zumutungen erscheinen, seien aber letztlich Signale einer Weiterentwicklung, die zu jenem „Kitt“ führe, „der die Gesellschaft zusammenhält“ (ebd., S. 230).

Wenngleich für El-Mafaalani, so die Einschätzung von Großmann u. a., Konflikte somit vorrangig als „Hoffnungsträger“ gelten (Großmann u. a. 2021), diskutiert der Autor selbst auch Gegenargumente unter diesem Licht. Gleich zu Anfang betont er, dass die heutige Ausgangslage deshalb angespannt und konfliktär wirke, weil die „erwachsenden Widerstände (...) stärker wahrgenommen werden, als die ihnen zugrunde liegenden positiven Entwicklungen“ (El-Mafaalani 2018, S 17). Wir haben es also vor allem mit einem Wahrnehmungsproblem zu tun. Das, so El-Mafaalani, gelte noch für den zweiten Einwand, der auf enttäuschte Erwartungen rekurriert. Es lasse sich nämlich beobachten, dass Erwartungen an Integrationserfolge viel schneller wachsen, „als die Realität hinterherkommen kann“. Infolge würden „reale Verbesserungen“ durch

die „Inflation der Erwartungen“ zu schnell entwertet, obwohl Reformen gelängen (ebd., S. 35).

Als dritten und entscheidendsten Einwand diskutiert El-Mafaalani zuletzt verschiedene „Schließungstendenzen“, v. a. Rechtspopulismus und -extremismus, Nationalismus und Islamismus (ebd., S. 205ff.), deren Ziele gewiss Gegenteile der offenen Gesellschaft verkörpern. El-Mafaalani zeigt sich überzeugt, dass sie den Integrationserfolg nicht aufhalten können. Seinen Optimismus begründet er damit, dass Schließungen letztlich bloß Reaktionen auf diesen Erfolg seien. Als „Tendenzen“ seien sie zu schwach, zu temporär und zu begrenzt, um die schon „weitgehend realisierte“ Öffnung der Gesellschaft zu gefährden (ebd., S. 14). Insofern sei es wichtig, eine andere Perspektive auf Konflikte einzunehmen und einen „konstruktiven Umgang“ mit ihnen zu suchen (ebd., S. 230).

Unterdessen können gegen diese Argumentation einige Einwände geltend gemacht werden. Sie ergeben sich einmal mit Blick auf das Fortschrittsdenken, dem, wie gesagt, ein offener, häufig ambivalenter Konfliktprozess gegenübersteht. Doch auch hinsichtlich der „Schließungstendenzen“ ist zu sagen, dass Rechtspopulismus und Nationalismus in den letzten Jahren viele Erfolge verbuchten, denkt man nur an verschiedene Gesetzesverschärfungen. So wurden in vielen Ländern die Einreisebestimmungen zunehmend restriktiver. Oftmals nahmen hier rechtspopulistische Parteien, auch ohne politische Mehrheit oder Regierungsbeteiligung, diskursiv Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse (Bauman 2016, S. 87ff.). Spätestens das Jahr 2015 erscheint mit Blick auf Integrationsfortschritte als regelrechte „Bremse“ (Foroutan/Hensel 2020, S. 171), in welchem auf beinahe „jeden emanzipativen Schritt“ auch „ein reaktiver“ folgte (ebd., S. 232). Vor diesem Hintergrund warnte bereits Bauman vor der Gefahr einer negativen Aufmerksamkeitsakkumulation auf das Thema ‚Migration‘, womit sich diverse Unsicherheiten und Ängste bündeln ließen (Bauman 2016, S. 30ff.). Ähnlich versteht Foroutan Migration als ein „Metanarrativ“, als scheinbar „alles erklärende Kategorie“, mittels derer Problemlagen verwischt und von anderen Erklärungen abgelenkt werde (Foroutan 2019, S. 12, 31f.).

Dass El-Mafaalani derartige Einwände wenig diskutiert,² hat m. E. damit zu tun, dass er die Gegner³ der offenen Gesellschaft kaum näher analysiert. So lässt er z. B. unscharf, wer sich hinter „Alteingesessenen“ und „ehemals privilegierten Gruppen“ konkret verbirgt (ebd. 2018, S. 16; 221). Nur einmal differenziert er etwas genauer zwischen „Menschen, die sich ökonomisch unter Druck fühlen“ („oftmals ehemalige Wähler linker Parteien“) und Angehörigen „der Mittel- und Oberschicht, die sich kulturell“ bedroht sehen (ebd.).

Dagegen macht Heitmeyer seit Langem auf die wachsende Empfänglichkeit verschiedener Milieus für jene Schließungstendenzen aufmerksam und führt dies auf verschiedene „Entsicherungen“ zurück. Darunter versteht er staatlich-ökonomische Deregulierungen, aber auch „Signalerignisse“ wie die Hartz-Reformen, terroristische Anschläge und die letzte Finanzkrise. Zum Teil schon vorhandene Unsicherheiten wurden so weiter verstärkt und Ängste vor Desintegration und Kontrollverlusten lösten bei einigen Menschen eine regelrechte „Orientierungsanomie“ aus (Heitmeyer 2018, S. 167). Viele Gruppen seien heute empfänglich für die antiliberalen und fremdenfeindlichen Politiken neurechter Parteien und wenden sich enttäuscht vom politischen ‚Establishment‘ ab (ebd., S. 94). Bauman sieht gar eine „anxious class“ entstehen, deren Leben vom Gefühl permanenter Unsicherheit bestimmt werde (Bauman 2016, S. 52).

Fallstudie zum Konflikt um einen geplanten Moscheebau in Leipzig

Im Folgenden gehe ich der Annahme weiterhin ambivalenter, ja prekärer Integrationsergebnisse am Beispiel des Leipziger Konflikts um den geplanten Bau einer *Ahmadiyya*-Moschee im Stadtteil Gohlis nach, dessen Verlauf ich zunächst darstelle. Unser Konfliktbericht (Krahmer u. a. 2020, S. 77ff.) deutet an, dass bis dato erreichte Erfolge weiter als gefährdet gelten müssen. Inwiefern das mit dem angesprochenen Anomieerleben

- 2 Nur an einer Stelle gibt er entsprechende Hinweise, ohne jedoch deren Konsequenz für seine Hauptthese zu prüfen. So schreibt El-Mafaalani von zwei „mögliche[n] Ebenen einer Verschärfung des Konfliktpotentials“ in offenen Gesellschaften und nennt dann „ökonomische“ und „kulturelle Konflikte“ (El-Mafaalani 2018, S. 207). Zwar erkennt er deren Sprengkraft an, sieht den konstruktiven Umgang mit Konflikten aber offenbar dadurch nicht gefährdet.
- 3 Dieser Text bemüht sich, außer im Fall von Kollektiva und Komposita („Gegner“ oder „Bürgerforum“), um eine gendergerechte Sprache.

und besagtem reduktionistischen Migrationsnarrativ im Zusammenhang steht, möchte ich im Anschluss klären.

Zur Methode

Grundlage meiner Untersuchung ist eine Konfliktanalyse, die im Rahmen des Forschungsprojekts *MigraChance* (2018–2021) durchgeführt wurde. Im Projekt werden Konflikte als Herausforderung, aber auch – wie bei El-Mafaalani (2018) – als Chance begriffen, wobei es zunächst darum geht, deren Spezifik anhand von Akteursinteraktionen, beobachtbarer Dynamik sowie verschiedener Einflüsse (z. B. sozialhistorische, narrative) aufzuklären.

In Leipzig wurden zwei unabgeschlossene Konflikte für die Analyse ausgewählt: ein Konflikt um den Leipziger Migrantenbeirat⁴ und ein Konflikt um den geplanten Bau einer *Ahmadiyya*-Moschee. Für beide Konfliktfälle wurde das historisch-geographische Setting und die jüngere Migrationsgeschichte erarbeitet (Krahmer u. a. 2020, S. 187ff.). Im Anschluss wurden über öffentlich zugängliche Dokumente, Medienberichte und Interviews Daten erhoben, die uns Auskunft zu Anlass, Ausbruch, Verlauf, Dynamik und Beteiligte des Konflikts gaben.

Beim Moscheebaukonflikt konzentrierte sich die Erhebung auf den Zeitraum von September 2013 bis Ende 2019. Ausgewertet wurden Bauzeichnungen und Lagebeschreibungen sowie Dokumente aus dem Stadtarchiv (Ratssitzungen, Informationsveranstaltungen), aber auch lokale und überregionale Zeitungsberichte, Nachrichtenreportagen und weiteres Video- und Tonmaterial (z. B. der Mitschnitt eines Bürgerforums). Um die Perspektiven nichtorganisierter Konfliktbeteiligter einbeziehen zu können, wurden zudem Reaktionen in den Sozialen Medien (*Facebook*, Kommentarspalten auf *YouTube*, Onlinezeitungen) gesammelt. Wichtige Einblicke erlaubten v. a. neun qualitative, leitfadengestützte Interviews, die mit Vertreter*innen aus der Lokalpolitik, von Initiativen, Vereinen und städtischen Ämtern sowie der *Ahmadiyya* geführt wurden. Die Gegner des Bauvorhabens verweigerten uns leider das Gespräch oder verwiesen bloß auf frühere Statements, weshalb deren Konfliktansichten deutlich weniger im Detail erhoben werden konnten (Krahmer u. a. 2020, S. 7f.).

4 Darstellung und Analyse dieses Konflikts, der in den 1990ern begann und 2009 zur Bildung eines Beirats führte, sind im angesprochenen Bericht enthalten (Krahmer u. a. 2020, S. 15ff.).

Alle Daten wurden formal-inhaltlich nach der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) ausgewertet. Das Material dazu wurde auf ausgewählte Aspekte hin semantisch kodiert (Akteursbeziehungen, Dynamik, Konfliktformen, Rolle der Migration) und inhaltlich analysiert. Hauptziel war eine möglichst lückenlose Darstellung der Konfliktentwicklung sowie die Analyse der dabei bestimmten Einflüsse.

Bisheriger Konfliktverlauf

Bereits 2006 bemühte sich die *Ahmadiyya Muslim Jamaat*⁵ in Leipzig um die Errichtung einer Moschee für ihre Gemeinde. Zunächst hatte sie versucht, diese in der Peripherie zu errichten. Seit 2013 plant sie den Bau der (mit 170 qm relativ kleinen) Moschee im nordwestlich vom Zentrum gelegenen Leipziger Stadtteil Gohlis. Für die Gemeinde gehört das Bauvorhaben zum *100-Moscheen-Projekt*, mit dem man den rund 45.000 Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft in Deutschland religiöse Zentren und die Möglichkeit bieten möchte, „aus den Hinterhöfen“ hervorzutreten (Tonmitschnitt Bürgerforum 7.11.2013). Gohlis selbst ist durch klassisch-moderne, gründerzeitliche Bauten geprägt, seine Bevölkerung gehört überwiegend der Mittelschicht an und wird als ‚weiß‘ gelesen. Migrantisches Leben spielt eine eher untergeordnete Rolle. Nur Gohlis-Süd weist einen etwas höheren Migrationsanteil auf (12,1 %; Stadt Leipzig 2013, S. 7).

Der Konflikt um die Moschee entzündete sich, als die Bauvoranfrage bekannt wurde, wobei besonders die dynamische erste Phase stark vom Gegenprotest dominiert war. Nachdem die *BILD-Zeitung* am 27. September 2013 unter dem Titel „*Baupläne für Moschee in Gohlis!*“ über das Vorhaben berichtet hatte (BILD 2013), wurde bald von diversen Seiten Kritik geübt. Anwohner*innen befürchteten Nachteile durch Lärmbelästigung, Parkplatzmangel oder Schlägereien und taten das in Leserbriefen und den Sozialen Medien kund. Besonders ablehnend waren organisierte Akteure, z. B. die lokale CDU, deren Vorstand Bedenken gegen

5 Die *Ahmadiyya* ist eine im 19. Jahrhundert im pakistanischen Punjab entstandene messianische islamische Religionsgemeinschaft. Ihre Mitglieder werden von diversen muslimischen Organisationen der Häresie bezichtigt und in Bangladesh, Pakistan sowie Saudi-Arabien ebenso staatlich verfolgt (Friedmann 2009). In Deutschland ist die *Ahmadiyya* die erste als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannte islamische Glaubensgemeinschaft (Spielhaus/Herzog 2015). Kritische Diskussionen halten aufgrund des besonderen missionarischen Engagements und der wertkonservativen Haltung an.

das „städtebauliche Konzept“ und „den Hintergrund der Antragsteller“ vorbrachte (BILD a. a. O.). In einer Presseerklärung wurde behauptet, die *Ahmadiyya* verhalte sich „offensiv missionarisch“ und sei deshalb eine Gefahr für eine nahe Schule (CDU Leipzig-Nord 2013). Ebenso trat die rechtsextreme NPD in Gohlis auf und versuchte, an den Protest der Anwohner*innen anzuschließen. Sie warnte vor ‚Überfremdung‘ und ‚Islamisierung‘ und kündigte an, die „*muslimische Landnahme*“ nicht hinzunehmen (NPD Sachsen 16.10.2013).

Schließlich wurde die Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Moschee auf einer Anwohner*innenversammlung angekündigt (Der Kreuzer 2013). In der Nacht zum 18. Oktober 2013 kam es zur Bildung von *Gohlis sagt Nein*, einer Initiative, die zunächst anonym auf *Facebook* agierte und die reklamierte, den „*Protest aus der Mitte des Volkes*“ zu vertreten und vor einem „*minarett-bewehrten*“ Bau und dem Islam warnte. Die von ihr gestartete Anti-Moschee-Petition fand breite Zustimmung (Gohlis sagt nein 2013). Am 30. Oktober 2013 wiederum gründete sich mit *Dialoge für Gohlis* eine Initiative, die sich gegen die Anti-Moscheestimmung wandte und für eine „*Versachlichung der Debatte*“ eintrat (Bürgerverein Gohlis 2017, S. 349).⁶ Außerdem wurde eine Petition („Leipzig sagt ja!“) initiiert, die Stimmen *für* den Moscheebau sammelte (ebd., S. 349).

In der Folgezeit versuchten die organisierten Gegner wiederholt an Vorurteile, Bedenken und diffuse Ängste insbesondere ‚besorgter Bürger‘⁷ anzuschließen. Darunter gehörten viele der lokalen Mittelschicht an (Interview *Dialoge für Gohlis*, Mai 2019), in der die umfassenden Veränderungen der letzten Jahrzehnte Unsicherheiten und Frustration ausgelöst hat. Nicht nur die organisierten Moscheegegner adressierten diese Gruppe, auch die Stadtverwaltung war dazu gewillt und appellierte an

6 Die Initiative *Dialoge für Gohlis* machte sich für freie Religionsausübung stark, wollte aber auch skeptischen Bürger*innen ein Gesprächsangebot machen. Ab 2014 führte sie verschiedene Veranstaltungen, darunter ein regelmäßiges Erntedankfest, durch.

7 „Besorgte Bürger“, ursprünglich eine Selbstbezeichnung aus dem Kontext der *Pegida*-Proteste (deshalb ungenderter und in ‚), wurde im Anschluss in diversen Kontexten verwendet, um nicht-organisierte Anwohner*innen zu bezeichnen, die u. a. gegen Geflüchtetenunterkünfte protestierten. In der Literatur wird der Begriff uneinheitlich verwendet. Differenzen bestehen hinsichtlich der sozialstrukturellen Verortung, der Organisationsstrukturen sowie mit Blick auf die Robustheit rechtsextremer Einstellungen. Ich verstehe sie hier als bloße „Quasi-Gruppe“ (Dahrendorf 1972, S. 35), zusammengesetzt aus Menschen mit unterschiedlichen Motivlagen, die für die Positionen organisierter Moscheegegner empfänglich sind.

deren Toleranz und Weltoffenheit (Leipziger Volkszeitung 10.10.2013). Zwar betonte sie dabei, deren Sorgen ernst zu nehmen, machte aber auch deutlich, dass gegen die Moschee (die unter das Recht auf freie Religionsausübung fielen) nichts unternommen werde.

Vor diesem Hintergrund hatten die organisierten Gegner mehr Erfolg bei ihren Anschlussversuchen bei den protestierenden Anwohner*innen, wie zwei Konfliktmanifestationen deutlich machten: Die NPD bemühte sich um Anschluss ins bürgerliche Protestspektrum und mobilisierte für den 2.11.2013 unter dem Motto ‚Schöner leben ohne Moscheen!‘ zu einer Großkundgebung und der bürgerliche Protest schloss sich ihr an. Der ebenfalls organisierte Gegenprotest gegen die NPD und für die „*offene Gesellschaft*“ stieß bei den ‚Besorgten‘ auf keine positive Resonanz (Nagel 2013). Beim Bürgerforum am 7.11.2013 traten einige ‚Besorgte‘ nochmals offensiver auf und machten deutlich ihrer Empörung Luft. Der Stadtverwaltung wurde vorgeworfen, sie unterdrücke die freie Meinungsäußerung und habe „*keine Ahnung, was in der Stadt passiert*“ (Tonmitschnitt Bürgerforum, November 2013). Vergleiche zur DDR-Diktatur wurden gezogen und damit gedroht, die kulturelle Identität notfalls selbst zu verteidigen. Während einige Bürger*innen zu differenzieren und zu beschwichtigen versuchten, heizten Vertreter*innen der organisierten Gegnerschaft die Stimmung weiter an, die an jenem Abend „*extrem vergiftet*“ wirkte (Interview Dialoge für Gohlis, Mai 2019).

Die fortschreitende Eskalation erlebte allerdings relativ abrupt ein Ende, als in der Nacht zum 15.11.2013 ein Anschlag auf das Baugelände verübt wurde. Dort waren fünf Schweineköpfe aufgespießt und Blut sowie brennende Mülltonnen hinterlassen worden. Die erregte, auch internationale Aufmerksamkeit wirkte sich hier deeskalativ aus, was zu einer Wende im Konfliktgeschehen führte: Außer der Stadtspitze distanzieren sich damals viele protestierende Anwohner*innen und sogar die moscheekritische lokale CDU vom Anschlag.

Die Situation beruhigte sich jedoch nur kurz. Nachdem die Initiative *Dialoge für Gohlis* ihre Petition an den Bürgermeister überreicht hatte, versuchte das im April 2014 auch *Gohlis sagt nein*. Obwohl die Übergabe misslang⁸, wurde damit deutlich, dass der Konflikt längst nicht beigelegt war. Während die Stadtverwaltung im September 2014 den positiven

8 Die Petition sollte von früheren NPD-Mitgliedern übergeben werden. Der Bürgermeister verweigerte die Annahme

Bescheid zur Voranfrage veröffentlichte, blieb die Situation auch danach angespannt. Die Verwaltung hatte ein Jahr für ihre Einschätzung gebraucht und den Gegnern gab zusätzlich Auftrieb, dass die den Bau befürwortende SPD bei der Kommunalwahl 2014 geschwächt worden war. Dagegen konnte die CDU Stimmen hinzugewinnen – mutmaßlich auch durch das Aufgreifen der Stimmung gegen Zuwanderung – und mit der AfD kam eine Partei in den Stadtrat, die Migration sowie den Moscheebau pauschal ablehnte. Ab 2015 gab es zudem mit *Legida* einen Leipziger Ableger von *Pegida*, der mit migrations- und islamfeindlichen Demonstrationen unter den ‚Besorgten‘ zu mobilisieren versuchte. Da Anwohner*innen versucht hatten, den Bau mit Klagen zu verhindern, musste ein geplanter Architekturwettbewerb zur Moschee auf Mitte 2015 verschoben werden. Es folgten weitere Eskalationen im Konflikt. Im November 2015 wurde das Wohnhaus eines Leipziger Bloggers angegriffen, der die Petition ‚Leipzig sagt ja!‘ initiiert hatte (Leipziger Internetzeitung, 13.11.2015). Im Februar 2016 erfolgte ein weiterer Anschlag mit einem toten Schwein auf das Gelände des geplanten Moscheebaus. Als, nach mehrfacher Verschiebung, der Bauantrag zur Moschee schließlich am 8.5.2019 eingereicht wurde, reagierte die AfD mit der Warnung vor einer „*Konzentration von radikalen Moslems*“ (AfD 2019).

Dass der Konflikt bis heute allenfalls „eingefroren“ ist (Interview Dialoge für Gohlis, Mai 2019), lässt sich mit Vorurteilen und Verunsicherungen in der Bevölkerung sowie mit nach wie vor auf Resonanz treffenden Mobilisierungsversuchen organisierter Moscheebaugegner erklären. War die Leipziger NPD zuvor kaum noch sichtbar gewesen, hoffte sie, durch den Konflikt Einfluss zurückzugewinnen.⁹ Sie warnte wiederholt vor ‚Überfremdung‘, ‚Islamisierung‘ und „*westdeutschen Verhältnissen*“ (Spiegel TV 2013), wobei sie sich zunutze machte, dass in Ostdeutschland vielfach bis heute Erfahrungen mit Migration¹⁰ und dem Islam fehlen.

9 Anders als im umliegenden ländlichen Raum blieben die Erfolge der NPD in Leipzig begrenzt, selbst wenn sie es vermochte, 2009 zwei Sitze im Stadtrat zu erlangen und im Stadtteil Altlinde ein „Bürgerbüro“ eröffnete (Chronik.LE 2012, S. 34ff.). Nicht nur die starke linke Szene der Stadt ist dafür verantwortlich, sondern auch der Aktionismus Junger Nationaldemokraten und freier Kameradschaften, der Spannungen und Konflikte innerhalb der Partei auslöste und die lokale Tätigkeit wiederholt ins Stocken brachte. Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte (ebd., S. 18ff.) und den Moscheebau schienen daher willkommene Anlässe, um an Anwohner-sorgen anzuschließen.

10 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der ostdeutschen Bevölkerung betrug 2019 circa 8,2 % (ohne Berlin; vgl. bpb 2020).

So behauptete sie, Leipzig werde „*nicht bunt und schöner, sondern verkommen*“ (NPD a. a. O.). Auch *Gohlis sagt nein* rekurrierte auf die moscheekritische Stimmung im bürgerlichen Lager. Wieder und wieder wurde vor dem radikalen Islam gewarnt. Die lokale CDU, die schon anfangs vor einer „*offensiv missionarischen*“ *Ahmadiyya* gewarnt hatte, blieb bei ihrer Kritik. Sah sie zunächst ein „*Spannungsfeld zur baulichen und kulturellen Umgebung*“ (CDU Leipzig Nord 2013) entstehen, waren es später „*bodenrechtliche Spannungen*“ und drohende „*Unruhe*“ in Gohlis (CDU 2014), womit die Ablehnung des Moscheebaus begründet wurde. Die ab 2014 im Stadtrat sitzende AfD forderte sogar eine „*Volksabstimmung*“ über den Bau (BILD 2014) und behauptete, dass „*Widersprüche besorgter Bürger*“ weiter übergangen würden (AfD 2015).

Feldübergreifende Einflüsse: Anomieerleben und Migrationsnarrativ

Im Folgenden soll der Konflikt genauer mit Blick auf die Frage der Anschlussfähigkeit der Anti-Moscheebau-Mobilisierung und unter Einbeziehung spezifischer Einflussfaktoren diskutiert werden. So konnte in unseren Analysen herausgearbeitet werden, dass Anomie in diesem Konflikt eine bedeutende Rolle spielt. Anomieerleben bezieht sich auf den Wegfall von Sicherheiten, auf drohende Armut und Abstiegsängste, aber auch auf wahrgenommene oder befürchtete Entwertungen von Normen und Regeln, was Gefühle des Orientierungsverlusts auslösen kann. Grundlegende Unsicherheiten und Verunsicherungen lassen sich auf spezifisch regionale, aber auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen rückbeziehen (dazu: Hüttermann 2018; Heitmeyer 2018). Im Konfliktkontext bildeten diese schon anfangs die Basis für ein feindseliges Klima sowie die Anchlussfolge organisierter Gegner des Moscheebaus. Letztere rekurrierten dabei auch auf politische Enttäuschungserfahrungen sowie auf ein Narrativ, das einer stark reduktionistischen und negativen Darstellung von Migration (und Islam) Vorschub leistete. Dabei konnten sie an gesamtgesellschaftliche Diskurse anschließen (Hafez/Schmidt 2020). Gerade das Zusammenwirken von „Orientierungsanomie“ (Heitmeyer 2018, S. 167) und fortgesetzter Anti-Moscheebau-Mobilisierung der organisierten Gegner – die im konkreten Fall die oben erwähnten „Schließungstendenzen“ (El-Mafaalani) verkörpern – kann erklären, warum das Konfliktpotenzial im Moscheebaukonflikt nicht abgeebbt und keine nachhaltige Entspannung eingetreten ist.

Anomieerleben

Erklärungsversuche für Anomie setzen im vorliegenden Fall in der jüngeren Vergangenheit, d. h. in der Nachwendezeit, an. Damals, so der Historiker Philipp Ther (2019), erlebte Ostdeutschland „die radikalsten Reformen im postkommunistischen Europa“. Sie wirkten wie eine „Schocktherapie“ und lösten neben Desintegrationserfahrungen auch Ängste aus (ebd.). Schon klassische Anomiestudien halten fest, dass rapider und einschneidender Wandel hohe soziale Folgekosten und Verunsicherungen mit sich bringt (Durkheim 1973) und sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt auswirkt (Bohle u. a. 1997). In Leipzig wurde durch den Systemwechsel und die anschließende Deindustrialisierung ein dramatischer Schrumpfungsprozess eingeleitet, mit Arbeitsplatzverlusten, Abstieg, Armut und Abwanderung (Rink/Kabisch 2012). Für Betroffene führten die Verwerfungen zu anhaltender Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und v. a. zu einem Gefühl, das eigene Schicksal nicht steuern zu können. Eine sich anschließende Phase neuen Wachstums brachte die Probleme kaum zum Verschwinden. Nur ein geringer Teil der Stadtbevölkerung profitierte davon, und neue Arbeitsplätze entstanden v. a. im Niedriglohnsektor (Budnik u. a. 2017, S. 42). Infolge waren auch viele Mittelschichtshaushalte von Prekarisierung bedroht. Leipzig galt noch Jahre nach der Wiedervereinigung als „Armuts-hauptstadt“ (Spiegel Online 2010).

Gibt es auch keine direkte Kausalität, die von Unsicherheit und Anomieerleben zu autoritärer Orientierung oder Fremdenfeindlichkeit führt (Heitmeyer 2018, S. 154f.), lassen sich dennoch Zusammenhänge zwischen Orientierungsanomie und einem zunehmenden „Vorrat an gruppenbezogen-menschenfeindlichen Einstellungen“ feststellen (ebd., S. 117). Zu den Nachwenderlebnissen kamen weitere Krisenerfahrungen hinzu, wie die durch verstärkte „globale ökonomische Integration“ ausgelöste Deregulierung, aber auch ständig steigender Leistungs- und Flexibilisierungsdruck (ebd., S. 40). In vielen Milieus wurden durch diese „Entsicherungen“ und die oben erwähnten „Signalereignisse“ (ebd. S. 91ff.) Gefühle „existentieller Unsicherheit“ ausgelöst, aber auch eine daran anschließende Suche nach neuen Sicherheiten – einem „Anker“ (Bauman 2016, S. 27). In einigen Regionen, darunter Teilen Ostdeutschlands, deuteten sich infolge Verbindungen zwischen „Verunsicherung, Orientierungslosigkeit und Forderungen nach autoritärem Durchgreifen“ an (Heitmeyer 2018, S. 142ff.). Die Bündelung von „Wutpotentialen“ speiste sich dabei häufig auch aus „Enttäuschungen“ über die Politik (ebd., S. 94, 98).

Im besprochenen Konflikt manifestiert sich das darin, dass Moscheegegner wiederholt Vergleiche mit der DDR-Diktatur zogen oder behaupteten, der Moscheebau werde ‚über die Köpfe der Bürger hinweg‘ entschieden. Neben Unsicherheiten spielte insofern auch Politikverdrossenheit, vermittelt durch das Gefühl, Entscheidungen würden nicht aus demokratischen Aushandlungen hervorgehen, eine gewichtige Rolle (vgl. Crouch 2005).

Wehrte sich ein Teil der Protestierenden auch aus Sorge um Veränderungen in der eigenen Nachbarschaft gegen die Moschee, waren die organisierten Gegner insbesondere bestrebt, an Anomie- und Desintegrationsgefühle anzuknüpfen. Wiederholt wurde auf den *„Willen der Anwohner“* rekurriert (Gohlis sagt nein 2013; CDU 2013). Später griff auch die AfD die Forderung nach Mitsprache der Bürger*innen mittels Volksabstimmung auf und rekurrierte v. a. auf einen in Ostdeutschland beobachteten *„Transformationsfrust“* (Foroutan/Hensel 2020, S. 139). Mit ihrer Forderung verließ sie, neben der NPD, am deutlichsten den Boden des grundgesetzlichen Konsenses, wonach das Recht auf freie Religionsausübung nicht verhandelbar ist. Doch auch andere zeigten sich prinzipiell bereit, die Enttäuschungen mit *„dem langen Schatten der Nachwendzeit“* (Köpping 2018, S. 65) zu verknüpfen.¹¹

Migrationsnarrativ

Doch nicht nur über das Anomieerleben suchten organisierte Gegner den Anschluss an das Protestpotenzial. Zusätzlich stützten sie sich auf ein Narrativ, wonach Migration eine akute und bedrohliche Gefahr darstelle. Symptomatisch war, dass hier weder sonderlich präzise (mit Blick auf das tatsächliche Migrationsgeschehen), noch differenziert (z. B. hinsichtlich des Islams) vorgegangen und zudem die Bereiche der Religion und Migration bedenkenlos vermischt wurden (was nach 9/11 vielfach zu beobachten ist; Hüttermann 2018, S. 74ff.). Die im Kern migrationskritischen bzw. -feindlichen Facetten der Debatte und dass ‚der Islam‘ heute nahezu das Medium einer Debatte über ungewollte Zuwanderung geworden ist, findet in El-Mafaalanis Darstellung der Anerkennungsbestrebungen muslimischer Minderheiten kaum Beachtung. Beim Leipziger Moscheebaukon-

11 Dass auch Anerkennungsdefizite gegenüber Westdeutschland eine Rolle spielten, wurde an der Kritik gegen den Bürgermeister deutlich, *„nicht von hier“* zu sein (Tonmitschnitt Bürgerforum 7.11.2013).

flikt äußerte sich dies darin, dass die Baugegner den Islam bis zuletzt gezielt instrumentalisierten, um Muslim*innen als ‚anders‘ zu präsentieren, vor ihnen zu warnen und so die „Migrationspanik“ (Bauman 2016) in der Stadt anzuheizen. So argumentierte die CDU kulturell und problematisierte eine „offensiv missionarische“ Haltung der *Ahmadiyya*. Ähnlich bekräftigte *Gohlis sagt nein*, der Stadtteil „verträgt“ keine Moschee und die AfD warnte vor einer angeblichen „Großmoschee“. Unbeachtet blieb dabei, dass die *Ahmadiyya* bereits seit den 1990er-Jahren in Leipzig ansässig ist (Interview Ahmadiyya, 2019).

Ziel der Moscheegegner war, so die Analyse, eine von Foroutan beschriebene „Normabsenkung“ (Foroutan 2019, S. 179f.), die eine Ungleichbehandlung der religiösen Minderheit rechtfertigen sollte. Den organisierten Gegnern kam dabei entgegen, dass in der Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren „Zweifel an der Gültigkeit von Kernnormen“ (Heitmeyer 2018, S. 98,102) deutlich gewachsen waren und sich das Ansehen von Muslim*innen kontinuierlich verschlechtert hatte (Decker u. a. 2016, S. 50f.). Das bestätigt der Sachsenmonitor von 2016, demzufolge 58 % der Befragten ihr Land als „im gefährlichen Maße ‚überfremdet‘“ bewerten (Sächsische Staatskanzlei 2021). Auch laut der aktuellen Mitte-Studie glaubt ein stabiles Fünftel der dort Befragten an eine „Islamverschwörung“ (Zick/Küpper 2021, S. 237ff.). Den organisierten Moscheegegnern fiel es vor diesem Hintergrund relativ leicht, eine Konfrontation zwischen ‚Deutschen‘ bzw. ‚Christen‘ und ‚Moslems‘ zu konstruieren.

Auch wenn sich einige Gegner im Verlauf des Konflikts zurückzogen, blieb die Anschlussfähigkeit ihrer Diskurse erhalten. *Gohlis sagt nein* mobilisierte ab 2015 für die *Legida*-Proteste, in denen das Narrativ ‚gefährlicher Fremder‘ weiter gepflegt wurde. In mehr als vierzig Demonstrationen wurde gegen Migration und ‚den Islam‘ protestiert, was das gesellschaftliche „Klima“ in der Stadt nachhaltig veränderte (Chronik.LE 2016, S. 9). War es der NPD 2014 nur knapp gelungen, einen Sitz im Stadtrat zu verteidigen, trat in der Folgezeit verstärkt die AfD an ihre Stelle (IslamiQ 2014; Chronik.LE 2020, S. 64). Bis heute finden ihre migrations- und islamfeindlichen Äußerungen Zuspruch und 2017 gelang es der Partei gar, die CDU als stärkste Kraft im Land abzulösen. Vor dem Hintergrund, dass die Resonanz für autoritäre Politikangebote in der ‚bürgerlichen Mitte‘ seitdem sogar gewachsen ist (Heitmeyer 2018, S. 326) und sich ‚Besorgte‘ vor Ort kaum umstimmen ließen,

sondern wohl eher mehrheitlich „in ihre Frustration zurückgezogen“ haben (Interview Dialoge für Gohlis, Mai 2019), kann kaum von einer Entspannung des Konflikts ausgegangen werden.

Ein Desintegrationsparadox? – Vorläufiges Fazit zum Moscheebaukonflikt

Zu Beginn hatte ich auf eine gewisse Vereinfachung in El-Mafaalanis Buch *Das Integrationsparadox* hingewiesen, insofern der Autor Konflikte um Migration mehrheitlich als Lehrstücke „gelingender Integration“ und „Ausdruck des Zusammenwachsens“ begreift. Seine progressive Metaphorik steht jedoch erkennbar in Spannung zur Mehrdeutigkeit und Ambivalenz konkreter und teils lang andauernder Konfliktverläufe. Der Leipziger Moscheebaukonflikt machte deutlich, dass dem spezifischen Kontext, fortbestehenden Unsicherheiten, anomischen Zuständen, aber auch Vorbehalten gegenüber Migration mehr Beachtung geschenkt werden sollte, insbesondere wenn sie an vorherrschende Diskurse anschließbar sind.

Dass die organisierten Gegner im analysierten Konfliktfall kein Interesse am konstruktiven Umgang mit dem Konflikt haben, dürften die Darstellungen verdeutlicht haben. Ein Integrationserfolg steht im Falle des Leipziger Moscheebauprojekts nach wie vor aus und noch hat sich in Gohlis kein breiter Dialog, kein gemeinsamer „Tisch“ – im Sinne El-Mafaalanis – etabliert, „der alles zusammenhält“ (El-Mafaalani 2018, S 156). Solange die Gegner der offenen Gesellschaft deutungsmächtig bleiben und migrationsfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung verbreiten (Sächsische Staatskanzlei 2021), ist eine neue Eskalation auch in diesem Konflikt nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund geht von dem mittlerweile eingereichten Bauantrag, vom derzeitigen scheinbaren Desinteresse der Moscheegegner und von regelmäßigen interreligiösen Veranstaltungen im Stadtteil womöglich gar ein trügerisches Signal aus: Statt um eine wirksame Beruhigung des Konflikts könnte es sich vielmehr um eine Art *Desintegrationsparadox* handeln, d. h. eine Umkehr des oben erwähnten Wahrnehmungsproblems. Dabei würden in Gohlis nicht die fortbestehenden Widerstände, sondern eben die Erfolge im Konflikt sehr viel „stärker wahrgenommen“ als sie tatsächlich sein dürften.

Waren die Mobilisierung gegen die NPD, der Aufbau eines „Netzwerks zivilgesellschaftlicher Initiativen“ (Interview Dialoge für Gohlis, Mai 2019)

sowie der durchgeführte Architekturwettbewerb erfolgreiche prodemokratische, pluralistische Signale der Stadtgesellschaft, so bedarf es zur Stabilisierung solcher Erfolge dennoch auch der Offenheit und des breiten Rückhalts in der Bevölkerung. Andernfalls stoßen derartige Integrationseffekte wohl bald schon auf neue Grenzen. Bemühungen auf städtischer Ebene allein können das nicht erreichen, wie die weiter bestehende Empfänglichkeit der Bevölkerung für autoritäre Politikangebote und eine verbreitete Politikverdrossenheit zeigen. Vielmehr bedarf es der Anstrengung auf ganz unterschiedlichen Ebenen und eines politischen Handelns, das sich nicht bereit zeigt, ‚Normalitätsverschiebungen‘ nach Rechts hinzunehmen. Ebenfalls scheinen Antworten auf die verbreiteten Unsicherheiten und Orientierungsängste nötig – auch, um der seit Jahren hohen ‚Aufmerksamkeitsakkumulation gegenüber Migration‘ (Foroutan 2019, S 32) zu begegnen. Solange jedenfalls deren negative Rahmung mächtig bleibt und auf einen potenziell großen sozialen Resonanzraum stößt, ist kaum abschließend zu beurteilen, ob sich der anfangs erwähnte Transformationsprozess tatsächlich auf dem Weg zu weiterer Öffnung befindet oder nicht vielmehr „in Richtung *geschlossener Gesellschaften*“ (Heitmeyer 2018, S. 147).

Referenzen

- AfD (2015): Facebook-Eintrag vom 29.6.2015. www.facebook.com/afdleipzig/photos/a.253896744777912/477944172373167 (abgerufen am 28.7.2021)
- AfD (2019): Facebook-Eintrag vom 9.5.2019. www.facebook.com/AfD.Sachsen/posts/2010096762452831 (abgerufen am 28.7.2021)
- Bauman, Zygmunt (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin
- BILD (2013): Baupläne für Moschee in Gohlis! www.bild.de/regional/leipzig/moschee/bauplaene-fuer-moschee-gebetshaus-in-gohlis-32569730.bild.html (abgerufen am 11.8.2021)
- BILD (2014): Volksabstimmung zum Moscheebau. www.bild.de/regional/leipzig/moschee/volksabstimmung-zum-moschee-bau-37573040.bild.html (abgerufen am 13.8.2021)
- Bohle, Hans Hartwig (1997): Anomie in der modernen Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In: Heitmeyer, Wilhemn (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt (Main), S. 29–65
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2020): Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i (abgerufen am 10.8.2021)
- Budnik, Maria/Grossmann, Katrin/Haase, Annegret/Haid, Christian/Hedke, Christoph/Kullmann, Katharina/Wolff, Manuel (2017): DIVERCITIES: Living with Urban Diversity – The Case of Leipzig, Germany. Utrecht
- Bürgerverein Gohlis (2017): 700 Jahre Gohlis 1317–2017. Ein Gohliser Geschichtsbuch. Beucha
- Butterwegge, Christoph (2020): Ungleichheit in der Klassengesellschaft. Köln
- CDU Leipzig (2014): Bauvorhaben Moschee in Gohlis: Prüfergebnisse zur Notwendigkeit eines Bebauungsplanverfahrens und zum Risiko bodenrechtlicher Spannungen. Anfrage v. 30.4.14. Nr. V/F 1150. [https://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/docid/1ABC8C30B72AFA18C1257CCA002CA7B7/\\$FILE/V-f-1150.pdf](https://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/docid/1ABC8C30B72AFA18C1257CCA002CA7B7/$FILE/V-f-1150.pdf) (abgerufen am 13.8.2021)
- CDU Leipzig-Nord (2013): Pressemitteilung vom 17.10.2013. Leipzig

- Chronik.LE (2012): Leipziger Zustände 2012. Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig. Leipzig
- Chronik.LE (2016): Leipziger Zustände 2016. Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig. Leipzig
- Chronik.LE (2020): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung. Sonderausgabe Leipziger Zustände. Leipzig
- Crouch, Colin (2005): Postdemocracy. Cambridge
- Dahrendorf, Ralf (1972): Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. München
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie. Gießen
- Der Kreuzer (2013): Wir sind nicht rechts, aber ... In Gohlis formiert sich Widerstand gegen eine Moschee. <https://kreuzer-leipzig.de/2013/10/17/wir-sind-nicht-rechts-aber/> (abgerufen am 23.7.2021)
- Durkheim, Émile (1973): Der Selbstmord. Neuwied
- El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln
- Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (2015): Ahmadiyya. Berlin. www.ezw-berlin.de/downloads/Flyer_Kompakt-Information_Ahmadiyya.pdf (abgerufen am 26.10.2021)
- Foroutan, Naika (2019): Die Postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld
- Foroutan, Naika/Hensel, Jana (2020): Die Gesellschaft der anderen. Berlin
- Friedmann, Yohanah (2009): Ahmadiyah. The Oxford Encyclopedia of the Islamic World. www.oxfordreference.com/view/10.1093/acref/9780195305135.001.0001/acref-9780195305135-e-0036 (abgerufen am 28.9.2021)
- Gohlis sagt Nein (2013): Keine Moschee in Leipzig-Gohlis. www.openpetition.de/petition/online/keine-moschee-in-leipzig-gohlis-buergerinitiative-gohlis-sagt-nein (abgerufen am 21.7.2021)
- Großmann, Katrin/Roskamm, Nikolai/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Kersting, Norbert/Krahmer, Alexander/Messer-

- schmidt, Sven/Müller, JulianDavid/Resch, Sina (2021): Konflikte als Hoffnungsträger. Auseinandersetzungen um die postmigrantische Gesellschaft. In: Neue politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft 2021. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s42520-021-00390-y.pdf>
- Hafez, Kai/Schmidt, Sabrina (2020): Rassismus und Repräsentation: Das Islambild deutscher Medien im Nachrichtenjournalismus und im Film. www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/bewegt-bild-und-politische-bildung/314621/islambild-deutscher-medien (abgerufen am 23.7.21)
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim/München
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2012): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin
- Hüttermann, Jörg (2006): Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole. Weinheim
- Hüttermann, Jörg (2018): Figurationsprozesse der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten. Bielefeld
- IslamiQ (2014): Fischen am rechten Rand? AfD fordert Volksabstimmung zum Moscheebau. www.islamiq.de/2014/09/11/fischen-rechten-rand-afd-fordert-volksabstimmung-zum-moscheebau/ (abgerufen am 23.7.2021)
- Köpping, Petra (2018): Integriert doch erst mal uns! – Eine Streitschrift für den Osten. Berlin
- Krahmer, Alexander/Haase, Annegret/Intelmann, Dominik (2020): Migrationsbezogene Konflikte und institutioneller Wandel in Leipzig – mit einem Anhang zur lokalen Migrationsgeschichte. www.migrachance.de/publikationen (abgerufen am 12.6.2021)
- Leipziger Internetzeitung (13.11.2015): Dialoge für Gohlis verurteilen Anschlag auf Martin Meißner. www.l-iz.de/melder/wortmelder/2015/11/dialoge-fuer-gohlis-verurteilen-anschlag-auf-martin-meissner-115695 (abgerufen am 10.7.2021).
- Leipziger Volkszeitung (10.10.2013): „Kein Protzbau“: Moschee in Leipzig-Gohlis mit zwei Zier-Minareten – Stadt wirbt um Toleranz. www.lvz.de

- de/Leipzig/Lokales/Kein-Protzbau-Moschee-in-Leipzig-Gohlis-mit-zwei-Zier-Minarettten-Stadt-wirbt-um-Toleranz-abgerufen: 12.6.2021)
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. Aufl., Weinheim
- Nagel, Juliane (2013): Bürgerinitiative & NPD gegen geplante Moschee in Leipzig-Gohlis. <https://jule.linxxnet.de/npd-will-gegen-moschee-in-leipzig-gohlis-demonstrieren-09-11-2013/> (abgerufen am 28.7.2021)
- NPD (16.10.2013): Schöner leben ohne Moscheen! <https://npd-sachsen.de/schoener-leben-ohne-moscheen/> (abgerufen am 12.6.2021)
- Rink, Dieter/Kabisch, Sigrun (2012): Von der Schrumpfung zum Wachstum – Demographische und ökonomisch-soziale Entwicklungen. In: von Hehl, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der Stadt Leipzig. Leipzig, S. 842-852
- Sächsische Staatskanzlei (2021): Der Sachsenmonitor. www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-5656.html (abgerufen am 22.7.2021)
- Schmucker, Werner (2005): Sekten und Sondergruppen. In: Ende, Werner/Steinbach, Udo: Der Islam in der Gegenwart. München., S.712–732.
- Spiegel Online (2010): Großer Vergleich: Leipzig ist Deutschlands Armutshauptstadt. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grosser-vergleich-leipzig-ist-deutschlands-armutshauptstadt-a-703787.html (abgerufen am 21.7.2021)
- Spiegel TV (2013): Protest gegen Moschee-Bau in Gohlis-Leipzig. www.spiegel.tv/videos/158118-moscheebau-in-leipzig (abgerufen am 21.7.2021)
- Spielhaus, Riem/Herzog, Martin (2015): Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland: ein Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Stadt Leipzig (2013): Statistischer Quartalsbericht III/2013. Leipzig
- Ther, Philipp (2019): Leben in Ostdeutschland. Was lief da schief? In: Die Zeit, Nr. 40 vom 25. September 2019
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn

Lokaler Protest in der Migrationsgesellschaft: Konfliktdynamiken in zwei ostdeutschen Mittelstädten

Einleitung: Ein makroskopischer Blick auf lokale Konflikte

Konflikte sind ein fester Bestandteil demokratischer Gemeinweisen (Honneth 1994; Rancière 2002), die vom Streit unterschiedlicher Positionen leben. Ein zentraler Indikator für die Virulenz zentraler Konfliktfelder in demokratischen Gesellschaften ist Protest. *Fridays for Future*, *Black Lives Matter* und *Seebrücke*, aber auch *Pegida* oder die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie brachten in jüngster Zeit bisweilen zehntausende Menschen auf die Straßen der Republik und sie verkörperten dabei die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte im Umgang mit Klimawandel, Rassismus, Fragen gesellschaftlicher Integration oder der Corona-Pandemie.

Die Analyse von Protest kann so Auskunft darüber geben, wie sich gesellschaftliche Konfliktlagen im Zeitverlauf verändern, welche Themen im Mittelpunkt stehen, welche Akteure in den Vordergrund drängen und in welcher Form Positionen hervorgebracht werden. Dabei ist Protest nicht allein Indikator gesellschaftlicher Problemwahrnehmungen, sondern gleichsam ein Modus der Artikulation von Interessen im öffentlichen Raum.

In diesem Beitrag widmen wir uns der Analyse von migrationsbezogenen Protesten. Studien zeigen, dass das Thema Migration in Deutschland und in ganz Europa in den letzten Jahren verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen geworden ist (de Wilde u. a. 2019; Hutter 2014a). Besonders betont wurde dabei eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, in der sich Vorstellungen von einer offenen, pluralen Gesellschaft auf der einen Seite und die Verteidigung nationaler Identitäten und vermeintlich homogener Gemeinwesen auf der anderen Seite zunehmend unversöhnlich gegenüberstehen. Es gibt Indizien dafür, dass gesellschaftliche Konflikte um Migration in Deutschland mit dem starken Anstieg an Asylanträgen ab dem Spätsommer 2015 an Schärfe

gewonnen haben (Grande 2018; Rucht 2018). Allerdings liegen systematische empirische Befunde bislang nur zu Entwicklungen des Protestgeschehens auf *nationaler* Ebene und nur bis Ende 2015 vor (ebd.). Unser Kapitel leistet einen Beitrag dazu, diese Lücke zu schließen, indem migrationsbezogene Proteste im *lokalen* Raum 2014 und 2018 in den Blick genommen werden (vgl. auch Steinhilper/Sommer i. E.). Untersucht werden Konflikt dynamiken in zwei ostdeutschen Mittelstädten, Neuruppin in Brandenburg und Plauen in Sachsen. Im Vergleich der beiden Sozialräume lassen sich überregionale Muster und lokale Unterschiede in Konflikten um Migration rekonstruieren.

Der Beitrag präsentiert Ergebnisse einer Protestereignisanalyse (Hutter 2014b) auf Basis von Lokalzeitungsberichten und liefert erstmalig für den deutschen Kontext quantitative Befunde zu grundlegenden Fragen lokaler Proteste um Migration im lokalen Raum:

- Wie hat sich das Protestgeschehen seit 2015 verändert? Ist eine Zunahme der Protestaktivität im Sinne einer Politisierung der (Zivil-) Gesellschaft zu beobachten?
- Welchen Stellenwert hat das Thema Migration für das lokale Protestgeschehen?
- Zeigt sich im Protestgeschehen eine zunehmende Polarisierung rund um das Thema Migration?

Dieser Fokus und die zugrunde liegenden Daten ermöglichen es, lokale Konflikt dynamiken aus der Vogelperspektive zu erfassen und damit systematisch Muster im Zeitverlauf und im räumlichen Vergleich zu identifizieren. Der Beitrag ergänzt und kontextualisiert so die vertiefenden Einzelfallstudien zu konkreten Konfliktinteraktionen in diesem Band.

Die Analyse von Protest im lokalen Kontext

Als sichtbarer Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte ist die Erforschung von Protest ein zentraler Gegenstand der politischen Soziologie (Jasper 2014; della Porta/Diani 2009). Auch in Deutschland ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine methodisch und disziplinär vielfältige Protestforschung entstanden (Roth/Rucht 2019). Dennoch ist der empirische Forschungsstand zu Protest dynamiken in Deutschland allgemein und mit Fokus auf migrationsbezogene Proteste im Besonderen lückenhaft. Systematische em-

pirische Studien untersuchen Protest primär auf nationaler Ebene (Rucht 2001) und im internationalen Vergleich (Kriesi u. a. 1992; 2012; 2019) oder fokussieren auf einzelne Protestgroßereignisse und -bewegungen wie *G20* oder *Fridays for Future* (Haunss u. a. 2017; Haunss/Sommer 2020). Vor allem die lokale Ebene von Protest ist, abgesehen von qualitativen Fallstudien und einem Fokus auf Großstädte (Mayer 2008; Pfeiffer 2011; Geiling 1996), in Deutschland kaum erforscht. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung prägen bundesweite, überregionale Großdemonstrationen das Bild. Systematisch quantifizierende Aussagen über grundlegende Fragen zu Konfliktodynamiken im lokalen Raum sind bislang kaum möglich.

Diese Leerstelle ist besonders bemerkenswert, da die lokale Ebene der Sozialraum ist, in dem sich Alltagshandeln überwiegend verortet, wo sich Menschen vernetzen und sozialisiert werden, wo kollektive Identitäten entstehen und gesellschaftliche Problemlagen konkret erfahrbar werden (Lefebvre 1984). Vergleichende Studien auf nationaler und überregionaler Ebene zeigen, dass lokale Ereignisse und Missstände in der unmittelbaren Nachbarschaft vor Ort häufig den Ausgangspunkt für Protest bilden (Rucht/Roth 2008; Hocke 2002). Auch in Bezug auf das Thema Migration sind es oft konkrete politische Entscheidungen vor Ort, wie die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften, die einen Einfluss darauf haben, ob Konflikte entstehen und wie sie ausgetragen werden (Aumüller u. a. 2015, S. 121ff.).

Dass wenig systematisch vergleichendes Wissen über Protest im lokalen Kontext existiert, liegt u. a. an der komplizierten Datenlage. Vielerorts besteht *erstens* kein Zugang zu von Ordnungsbehörden erhobenen Protestdaten, *zweitens* erheben diese Behörden regional sehr unterschiedliche Informationen und *drittens* würde eine Analyse dieser Daten Protest auf wenige Ausdrucksformen verengen, nämlich in erster Linie auf angemeldete Veranstaltungen und Kundgebungen nach dem Versammlungsgesetz (VersammlG). Auf der nationalen Ebene wurden deshalb in arbeitsaufwendigen Projekten auf Basis von überregionalen Zeitungsberichten (Rucht 2001; Hutter 2014a) und Agenturmeldungen (Kriesi u. a. 2019) standardisierte Daten zu Protesten in Deutschland erhoben.

Der Rückgriff auf Tageszeitungen oder Agenturmeldungen führt trotz der oben genannten Vorteile gegenüber Administrativdaten allerdings zu einer konzeptionellen Einschränkung: Es werden nicht alle Proteste erfasst, die real stattfinden, sondern nur solche, über die medial berichtet wird. Die Methode ist somit anfällig für eine Selektion der

Protestereignisse nach einer medienimmanenten Logik, in der der Nachrichtenwert eine wichtige Rolle spielt (Earl u. a. 2004; Hocke 2002). Existierende Forschungsarbeiten auf der Grundlage von überregionalen Tageszeitungen liefern so zwar wichtige Erkenntnisse über die Entwicklung von Konfliktdynamiken auf nationaler Ebene; belastbare Analysen zu Konfliktdynamiken im lokalen Raum sind auf dieser Grundlage aber nicht möglich, da überregionale Zeitungen nur selten und selektiv über kleinere Proteste jenseits der urbanen Zentren berichten (Hocke 2002). Für ausgewählte Protestformen wie politische Gewalt gegen Geflüchtete (Benček/Strasheim 2016) oder rechtsextreme Demonstrationen (Kanol/Knoesel 2021) bestehen umfassendere Datensätze auf Basis von Polizeidaten oder Parlamentsanfragen, aber auch sie erlauben bislang keine umfassende Analyse von Protesten um Migration, die sowohl solidarische als auch ausgrenzende Proteste und deren Zusammenspiel erfassen.

Um differenzierte Analysen auf lokaler Ebene zu ermöglichen und das Potenzial von Protestereignisanalysen im lokalen Raum auszuloten, wurden am *DeZIM-Institut*¹ auf Basis von Lokalzeitungen zunächst exemplarisch für zwei ostdeutsche Mittelstädte alle Protestereignisse erhoben, über die in der lokalen Tageszeitung berichtet wurde. Der Rückgriff auf lokale Medien erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch kleinere Protestereignisse mit primär lokaler Bedeutung erfasst werden. Analog zu Rucht (2001) wurde eine Protestdefinition zugrunde gelegt, die eine Bandbreite an Protestformen (von Kundgebungen und Petitionen bis hin zu Flashmobs, politisch motivierten Sachbeschädigungen und Streiks) umfasst. In der Analyse wurde auf eine Kombination von automatisierten und manuellen Erhebungsmethoden zurückgegriffen. In einem ersten Schritt wurden sämtliche (digitalen) Ausgaben der jeweiligen Lokalzeitungen mit Hilfe zentraler Suchbegriffe nach möglichen Protestereignissen in den beiden Städten durchsucht. Die automatisierte Vorauswahl relevanter Artikel wurde im zweiten Schritt manuell geprüft und anschließend zentrale Eigenschaften der identifizierten Protestereignisse manuell kodiert.

1 Nähere Informationen zum Institut und zum Forschungsprofil der Abteilung *Konsens und Konflikt* finden sich unter www.dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/.

Dabei wurden zwischen 2014 und 2018 insgesamt 392 Protestereignisse in Plauen und 188 Protestereignisse in Neuruppin identifiziert.²

Die Analyse folgt der Logik eines strukturierten Fallvergleichs von zwei ostdeutschen Mittelstädten, die sich soziostrukturell ähnlich zusammensetzen, sich jedoch in ihren (partei-)politischen Kontexten unterscheiden: Plauen ist mit rund 65.000 Einwohner*innen die größte Stadt im sächsischen Vogtlandkreis. Die Stadt zeichnet sich durch eine – für ostdeutsche Mittelstädte übliche – geringe migrationsbezogene Pluralität aus (3,3 % ausländische Einwohner*innen in 2014) und hat mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen (Erwerbslosenquote 13,2 % im Jahr 2014).³ Im Sommer 2015 stieg, wie in den allermeisten deutschen Kommunen, auch in Plauen bzw. im umliegenden Vogtlandkreis die Zahl an Geflüchteten an, sie blieb jedoch mit einem Anteil von 1,2 % der Gesamtbevölkerung im Vogtlandkreis (2.735 Schutzsuchende) im Bundesvergleich (1,9 %) unterdurchschnittlich (DESTATIS 2017). Parteipolitisch ist die Stadt seit vielen Jahren von einer Mitte-Rechts-Mehrheit in der Lokal-, Kreis- und Landespolitik geprägt. Die rechtspopulistische Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) konnte in Plauen starke Stimmengewinne erzielen und erreichte bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2019 20 %.⁴ Das brandenburgische Neuruppin ist mit knapp 32.000 Einwohner*innen die größte Stadt im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Neuruppin teilt mit Plauen sowohl einen ähnlich geringen Anteil von Einwohner*innen ohne deutschen Pass (2,6 % im Jahr 2014), als auch eine für Deutschland vergleichsweise hohe Erwerbslosenquote (11,7 % im Jahr 2014). Auch in Ostprignitz-Ruppin stiegen die Asylantragszahlen im Jahr 2015 stark an, der Anteil an Schutzsuchenden lag etwas über dem des Vogtlandkreises, aber ebenso unter dem Bundesdurchschnitt (DESTATIS 2017). Parteipolitisch ist die Stadt im Gegensatz zu Plauen von einer Mitte-Links-Mehrheit auf Lokal-, Kreis- und Landesebene geprägt. Die AfD konnte bei der letzten Kommunalwahl 2019 mit 10,9 %,⁵

2 Die Analyse basiert auf einer Vollerhebung aller Ausgaben (je 1.512) des *Ruppiner Anzeigers* und der *Plauener Zeitung* im Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2018. Es wurden Protestereignisse zu allen Themen erfasst, um die relative Bedeutung von Migrationsthemen im Protestgeschehen einschätzen zu können. Für genauere Informationen zur Methode siehe Steinhilper/Sommer i. E.

3 Wenn nicht anders angegeben, basieren die Sozialstruktur-Daten auf dem kommunalen Statistikportal der *Bertelsmann-Stiftung*, verfügbar unter www.wegweiser-kommune.de.

4 www.plauen.de/de/rathaus/wahlen/wahlergebnisse/stadtratswahl2019.php.

5 www.neuruppin.de/verwaltung-politik/wahlen/stadtverordnetenvers.html.

im Vergleich zu anderen Orten in Brandenburg nur geringe Erfolge erzielen.

Angesichts der kleinen Fallzahl stehen die Befunde nicht repräsentativ für die Entwicklungen im lokalen Raum in Deutschland insgesamt. Die Daten erlauben es jedoch, Muster im Zeitverlauf und im Städtevergleich herauszuarbeiten und diese mit Blick auf die sich unterscheidenden lokalen Kontexte zu interpretieren.⁶ Der Analysezeitraum zwischen 2014 und 2018 wurde gezielt ausgewählt, um Entwicklungen vor und nach dem ‚Langen Sommer der Migration‘ 2015 nachzuvollziehen, der als Katalysator gesellschaftlicher Politisierung in Deutschland eingeschätzt wird (Grande 2018).

Lokale Konflikte um Migration in Plauen und Neuruppin

Im Folgenden präsentieren wir Befunde zur Protestentwicklung in Neuruppin und Plauen zwischen 2014 und 2018 anhand ausgewählter Hypothesen.

Hypothese 1: Die Zivilgesellschaft in Deutschland hat sich seit 2015 politisiert.

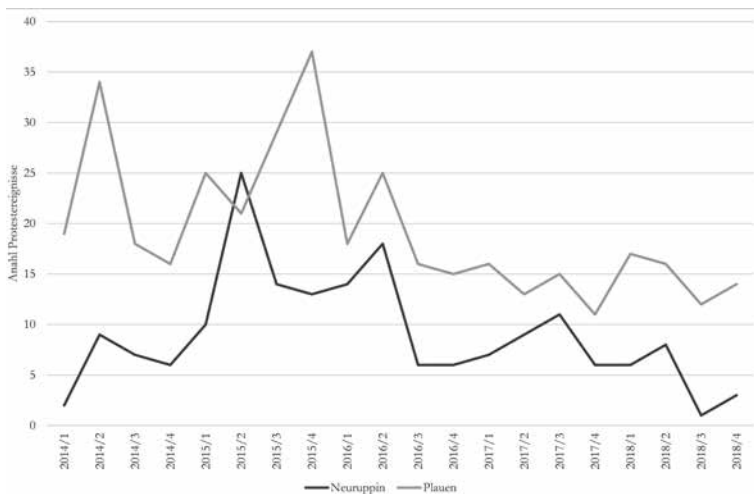
Zu Beginn steht die These einer zunehmenden gesellschaftlichen Politisierung in Deutschland. Die stark gestiegene Salienz von Migrationsthemen ab 2015, so die Vermutung, hat zu einem allgemeinen Politisierungsschub in der Zivilgesellschaft geführt, der sich in einer hohen Protestintensität seit 2015 niederschlägt (Grande 2018).

Zur Überprüfung dieser These ziehen wir die Anzahl der Protestereignisse sowie die Anzahl der Protestteilnehmenden im Zeitverlauf heran (Abb. 1 und 2). Abbildung 1 zeigt, dass die Protestaktivität in den Jahren 2015 und 2016 in beiden Städten in der Tat einen Höhepunkt erfährt. Es wird aber auch deutlich, dass es ab der zweiten Hälfte 2016 zu einer deutlichen Verringerung der Protestereignisse kommt. Noch deutlicher

6 Angesichts der unterschiedlichen Größe der Städte – Plauen hat nahezu doppelt so viele Einwohner*innen wie Neuruppin – sind die absoluten Zahlen von Protestereignissen schwer vergleichbar. Wir betrachten aus diesem Grund nur die relative Entwicklung der Konfliktdynamiken. Aus theoretischer Sicht sind uns keine Argumente bekannt, warum Unterschiede in der Einwohner:innenzahl in dieser Größenordnung einen Einfluss auf die Protestdynamiken haben sollten. Somit sind in dieser Hinsicht keine systematischen Verzerrungen zu erwarten.

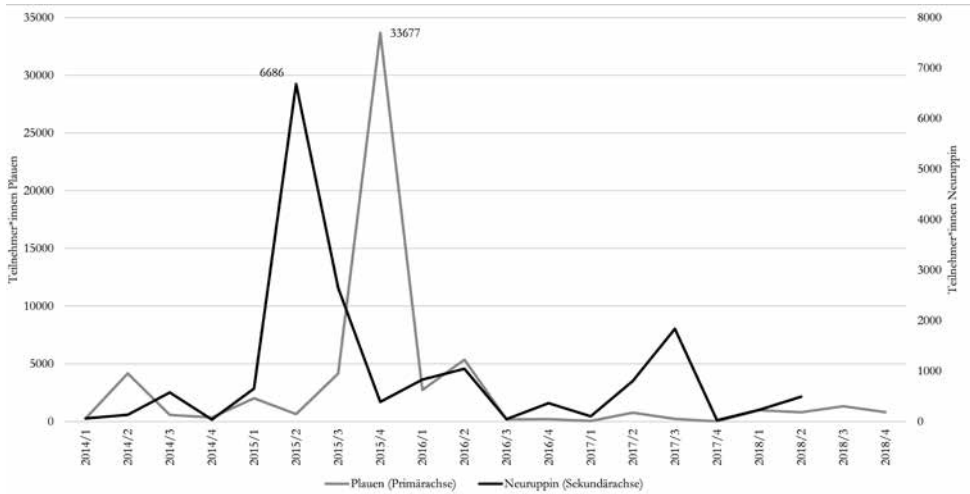
ist die Entwicklung mit Hinblick auf die Teilnehmer*innenzahlen bei den Protestereignissen in Abb. 2.⁷ Leicht versetzt ist im Jahr 2015 in beiden Städten ein absoluter Mobilisierungshöhepunkt zu erkennen, der in den Folgejahren aber nicht annähernd wieder erreicht wird. Insgesamt beobachten wir im Untersuchungszeitraum in den beiden ostdeutschen Städten nur eine temporär erhöhte Protestaktivität im ‚Langen Sommer der Migration‘. Entgegen der Vermutung einer langfristigen Wirkung mündet der sichtbare Politisierungsschub der Zivilgesellschaft um 2015 nicht in eine nachhaltige Verstärkung der allgemeinen Konfliktodynamiken.

Abb. 1: Anzahl Protestereignisse pro Quartal



7 Um Verzerrungen zu vermeiden, wurden Unterschriftenlisten und Petitionen für die Auswertung der Teilnehmer*innenzahlen nicht berücksichtigt.

Abb. 2: Protestteilnehmer*innen pro Quartal, Plauen (Primärachse) und Neuruppin (Sekundärachse)



Hypothese 2: Migration ist seit 2015 zum zentralen Thema gesellschaftlicher Auseinandersetzung geworden.

Die zweite Erwartung schließt unmittelbar an die erste an und nimmt die gesellschaftliche Salienz von Migrationsthemen in den Blick. Diese bilden den zentralen Kristallisationspunkt für eine zunehmend sichtbare gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Integration und Demarkation (Hutter/Grande/Kriesi 2016). Mit dem ‚Langen Sommer der Migration‘ 2015, so die Vermutung, hat sich die Bedeutung dieser Konfliktlinie und besonders die Rolle von Migrationsthemen im Konfliktgeschehen noch einmal deutlich verstärkt (Grande 2018).

Zur Überprüfung dieser Hypothese vergleichen wir den Anteil migrationsbezogener Proteste mit dem Anteil thematisch anders gelagerter Proteste.⁸ Die Abb. 3a (Plauen) und 3b (Neuruppin) zeigen einen deutlichen Anstieg und eine temporäre Dominanz migrationsbezogener Proteste zum Zeitpunkt 2015/2016. Deren Anteil geht jedoch Ende 2016 in

8 In beiden Städten wird zu einer großen Bandbreite an Themen protestiert, darunter gegen die Abholzung eines Stadtforges oder gegen die Erhöhung von Abfallgebühren (Plauen) sowie gegen Massentierhaltung oder Haftbedingungen in der lokalen Justizvollzugsanstalt (Neuruppin).

beiden Städten wieder zurück und pendelt sich auf dem Niveau von vor 2015 ein.

Neben diesen Parallelen verdeutlicht der Vergleich auch lokale Unterschiede. In Neuruppin spielen Migrationsthemen, zumindest in relativen Zahlen, bereits vor 2015 eine Rolle im lokalen Protestgeschehen. In Plauen dagegen zeigt sich erst ab der zweiten Hälfte 2015, also parallel zum ‚Langen Sommer der Migration‘, eine sichtbare Zunahme der konfliktiven Aushandlung von Migrationsthemen. Zu dem deutlichen Anstieg migrationsbezogener Proteste in Plauen, die zwischen dem dritten Quartal 2015 und dem ersten Quartal 2016 mehr als 50 % aller Protestereignisse ausmachen, tragen insbesondere Proteste von Bündnissen und Parteien wie *Wir sind Deutschland*⁹, *NPD* und *III. Weg* bei, die gegen eine liberale Asylpolitik und die Aufnahme von Geflüchteten vor Ort mobilisieren (siehe auch Abb. 4b unten). Auch die hohen Teilnehmer*innenzahlen im Protestgeschehen in Plauen insgesamt sind in erster Linie auf die Kundgebungen der Protestbewegung *Wir sind Deutschland* zurückzuführen, die über einen längeren Zeitraum bisweilen Tausende mobilisierte.

Auch in Neuruppin spielen Konflikte um Migration in diesem Zeitraum eine wichtige Rolle; hinter dem Anstieg an Protestereignissen und Teilnehmer*innenzahlen verbergen sich dort jedoch in erster Linie Gegenproteste gegen einen Neonazi-Aufmarsch unter dem Motto ‚Tag der deutschen Zukunft‘ am 6. Juni 2015 und somit gesellschaftliche Positionen, die sich für Offenheit und Toleranz einsetzen.¹⁰

9 Bei *Wir sind Deutschland* handelt es sich um eine Bürgerinitiative, die seit August in Konkurrenz zu *Pegida* regelmäßig Demonstrationen in mehreren sächsischen Städten, u. a. auch in Plauen, veranstaltete.

10 Für weitere Ausführungen siehe Abschnitt „Der Lokale Kontext als Konfliktfeld“.

Abb. 3a: Migrationsbezogene Protestereignisse pro Quartal, Plauen

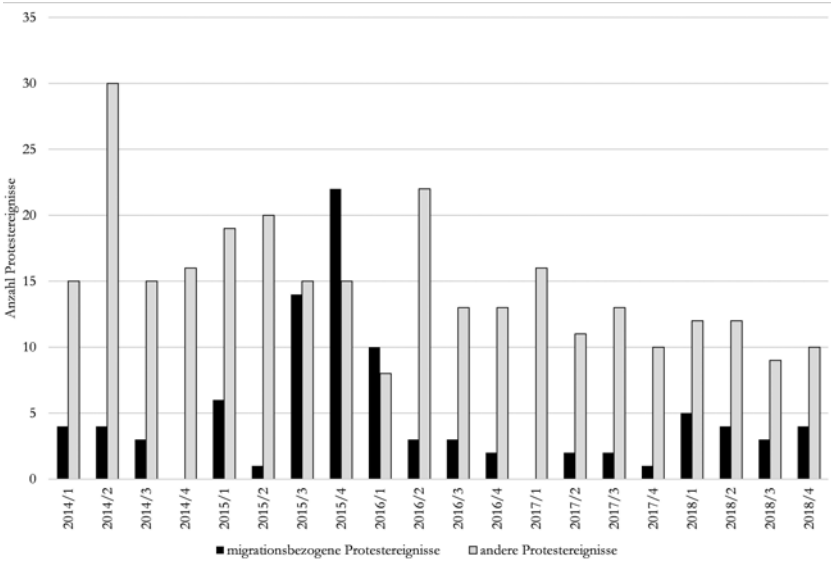
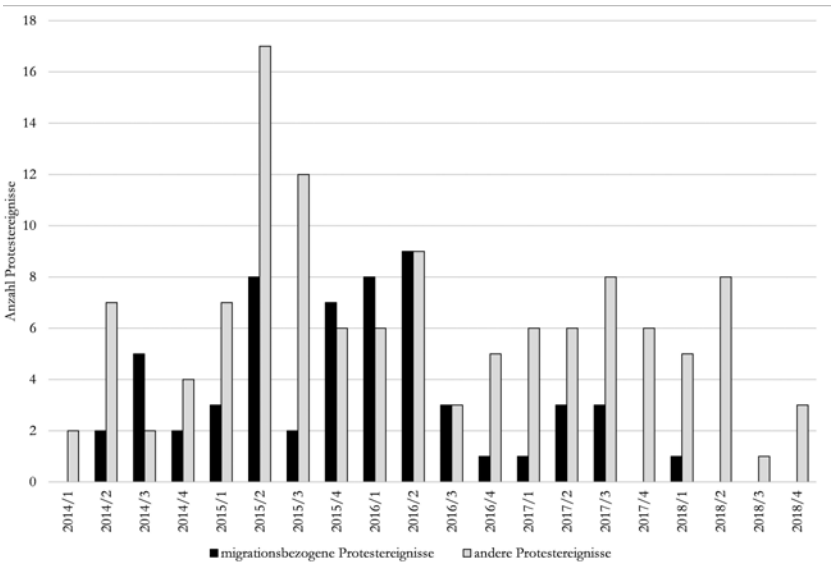


Abb. 3b: Migrationsbezogene Protestereignisse pro Quartal, Neuruppin



Hypothese 3: Lokale Proteste zu Migrationsthemen sind seit 2015 zunehmend polarisiert.

Die aktuelle Bedeutung der Konfliktlinie Integration vs. Abgrenzung ist mit einer weiteren Erwartung verknüpft, die zuvor allenfalls angedeutet wurde. Eng verbunden mit der These einer *Politisierung* der Zivilgesellschaft, im Sinne eines hohen Protestniveaus, ist die einer zunehmenden *Polarisierung* gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse um Migration (Zick/Küpper/Berghan 2019). Polarisierung verstehen wir hier als zunehmende gesellschaftliche Konflikthaftigkeit, die sich durch die gleichzeitige Artikulation gegensätzlicher Positionen im Protestgeschehen zeigt.

Mit Blick auf die Daten der Protestereignisanalyse lässt sich die These der zunehmenden Polarisierung von Migrationsthemen in die Erwartung eines parallelen Musters von Protesten für und gegen Migration übersetzen: Die auffallend parallele Entwicklung von promigrantischen und migrationsfeindlichen Protesten in Plauen und Neuruppin in Abb. 4a, insbesondere in den Jahren 2015/2016, scheint diese Erwartung zunächst zu bestätigen. Allerdings verrät der genauere Blick auf die beiden Städte auch hier lokale Unterschiede. Während in Plauen (Abb. 4b) Positionen gegen Zuwanderung stärkere Mobilisierungserfolge mit sich bringen, gibt es in Neuruppin (Abb. 4c) eine deutliche Mehrheit promigrantischer Protestereignisse. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn auch Protestereignisse berücksichtigt werden, denen in der medialen Berichterstattung kein direkter Bezug zu Migrationsthemen zugewiesen wird, die aber als nationalistische, faschistische oder rechtsradikale bzw. als antinationalistische, antifaschistische oder antirassistische Proteste in das grobe Muster der oben beschriebenen Spaltungslinie zwischen Abgrenzung vs. Integration fallen. Vor diesem Hintergrund werden diese in den Abb. 4b und 4c gesondert ausgewiesen. Obwohl beide Städte ein ähnlich (niedriges) Niveau migrationsbedingter Vielfalt aufweisen und auch im ‚Langen Sommer der Migration‘ ab 2015 vor vergleichbaren asylpolitischen Herausforderungen standen, unterscheidet sich das Konfliktgeschehen in dieser zentralen Dimension. Folglich ist auch die These einer gesellschaftlichen Polarisierung in der Auseinandersetzung um Migrationsfragen differenziert zu betrachten, da deren Ausprägungen lokal stark variieren.

Abb. 4a: Anzahl pro- und antimigrantischer Protestereignisse, Plauen und Neuruppin

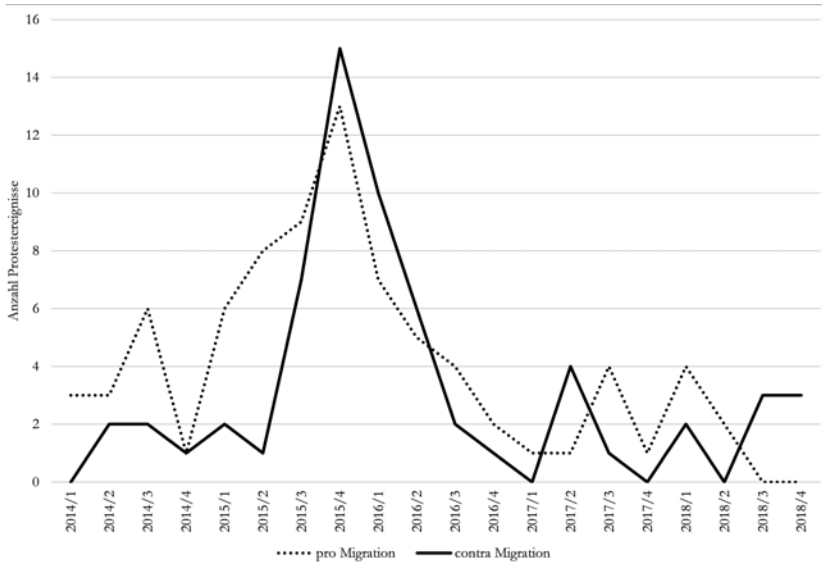


Abb. 4b: Anzahl pro- und anti-migrantischer Protestereignisse, Plauen

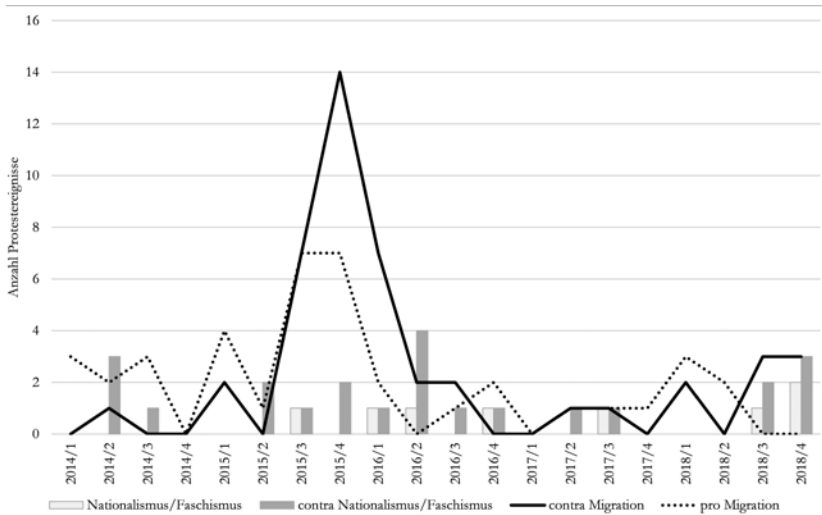
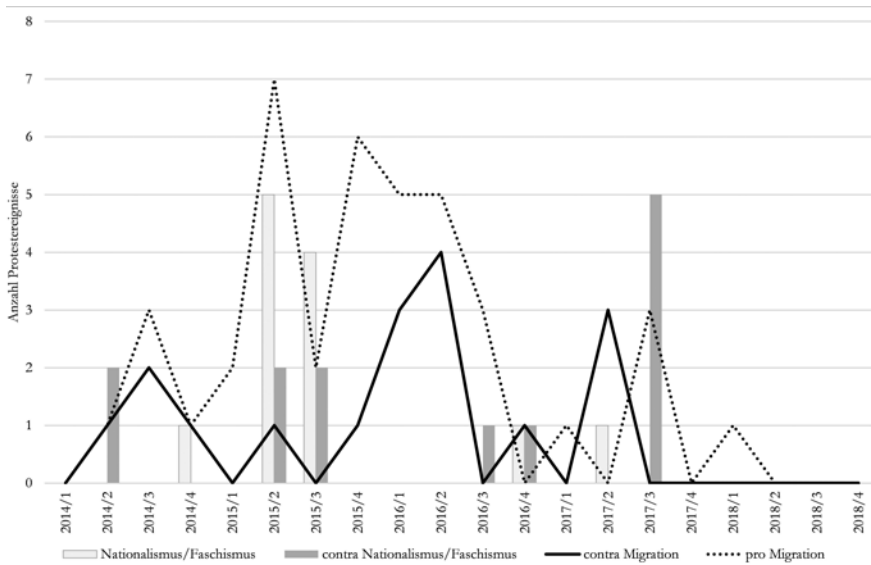


Abb. 4c: Anzahl pro- und anti-migrantischer Protestereignisse, Neuruppin



Der lokale Kontext als Konfliktfeld

Auf den ersten Blick haben Neuruppin und Plauen vieles gemeinsam. Beides sind ostdeutsche Mittelstädte, die soziostrukturellen Bedingungen ähneln sich in grundlegenden Dimensionen wie dem Erwerbsebene, beide Stadtgesellschaften hatten bis 2015 vergleichsweise wenig Berührungspunkte mit Menschen nicht-deutscher Herkunft und waren im ‚Langen Sommer der Migration‘ mit vergleichbaren asylpolitischen Herausforderungen konfrontiert.

Tatsächlich zeigen die Ergebnisse der Protestereignisanalyse zunächst gemeinsame Entwicklungslinien rund um das Jahr 2015: Sowohl in Neuruppin als auch in Plauen erreicht die allgemeine Protestaktivität in diesem Zeitraum einen Höhepunkt, nimmt ab der zweiten Jahreshälfte 2016 aber in beiden Städten relativ bald wieder ab. Ebenso geht in beiden Städten der zwischenzeitlich hohe Anteil migrationsbezogener Proteste ab Ende 2016 auf das Niveau von vor 2015 zurück.

Im Vergleich der beiden Städte zeigen sich neben diesen Gemeinsamkeiten aber starke lokale Unterschiede: Während in Neuruppin promigrantische Proteste überwiegen, ist die Situation in Plauen stärker von

Protestereignissen geprägt, die sich dezidiert gegen Migration bzw. eine liberale Migrationspolitik richten. Obwohl der plötzliche Anstieg schutzsuchender Menschen im Jahr 2015 beide Städte vor ähnlich große Herausforderungen gestellt hat, unterscheiden sich lokale Konflikte um Migration in dieser zentralen Dimension. Auf individuelle Einstellungen abzielende Ansätze der Sozialpsychologie, die Unterschiede im migrationsbezogenen Konfliktgeschehen, z. B. unter Rückgriff auf den individuellen Kontakt zu Geflüchteten zu erklären suchen, scheinen im vorliegenden Fall wenig vielversprechend.

Stattdessen kann der makroskopische Blick auf den lokalen Kontext der Konflikte dabei helfen, diese Unterschiede im Protestgeschehen zu ergründen.¹¹ Eine mögliche Erklärung für die Muster in Neuruppin und Plauen sind unterschiedliche politische Kontextbedingungen und damit das, was in der Forschung zu sozialen Bewegungen als politische Gelegenheitsstruktur beschrieben wird. Tarrow zufolge sind es die „[c]onsistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment that provide incentives for people to undertake collective action“ (Tarrow 2011, S. 32).

In Neuruppin bieten die seit Jahren bestehenden linken Mehrheiten in der Stadt und die vergleichsweise geringe Bedeutung der migrationskritischen AfD politische und diskursive Gelegenheitsstrukturen, die promigrantische Mobilisierungen begünstigen (Koopmans 2004). Der Zuzug von Geflüchteten stellte auch in Neuruppin eine große gesellschaftliche Herausforderung dar, die bisweilen Verunsicherung und Ängste mit sich brachte. Promigrantische Positionierungen politischer Entscheidungsträger*innen haben aber schnell zu einer vergleichsweise solidarischen gesellschaftlichen Grundstimmung beigetragen, die Menschen motiviert oder darin bestätigt hat, sich für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten und gegen die Stimmungsmache von rechts einzusetzen. Sie boten „diskursive Gelegenheiten“ (Koopmans/Olzak 2004), sich in der gesellschaftlichen Debatte um Migration sichtbar zu

11 Eine systematische Analyse derartiger Kontextfaktoren ist erst mit der Ausweitung der Fälle (bzw. Städte) sinnvoll. Diese Ausweitung auf 12 bis 16 Städte ist derzeit in Arbeit.

positionieren und auf die Straße zu gehen. In Interviews¹² mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde vor allem die positive Rolle des langjährigen Bürgermeisters, der sich offen gegen rechts und für die Aufnahme von Geflüchteten aussprach (u. a. Döbber 2020) und dessen Wertschätzung für zivilgesellschaftliches Engagement betont:

„Die Zusammenarbeit konkret zwischen dem Bürgermeister und dem Aktionsbündnis ‚Neuruppin bleibt bunt‘ ist vorbildlich. Beispiel: [Anlässlich der Gegenproteste gegen einen NPD-Aufmarsch] war der Bürgermeister (...) nach einer Viertelstunde Vorort und hat mit mir da die Transparente gehalten. Das ist ein Beispiel dafür, dass der sich bekennt. (...) Das zahlt sich aus“.¹³

Die guten Beziehungen zwischen städtischen Akteuren und der organisierten Zivilgesellschaft in Neuruppin reichen, ebenso wie der im Vergleich zu Plauen in Migrationsfragen liberalere Grundkonsens der Stadtgesellschaft, bis mindestens in das Jahr 2007 zurück, als sich anlässlich der Planungen eines rechtsextremen Aufmarschs das Bündnis *Neuruppin bleibt bunt* formierte, in dem sich Stadt und Zivilgesellschaft seither gemeinsam gegen Rechtsradikalismus und für gesellschaftliche Vielfalt engagieren. Die Bedeutung dieser kollektiven Erfahrungen der lokalen Zivilgesellschaft sind Teil der politischen Gelegenheitsstrukturen vor Ort und schließen an einen weiteren Strang der Bewegungsforschung an, der sich mit der Herausbildung kollektiver Identitäten befasst (Polletta/Jasper 2001). Lokale Mobilisierungsgeschichten prägen oftmals über Jahre hinweg Konfliktdynamiken vor Ort. Geteilte Erfahrungen – und insbesondere *positive* Erfahrungen, wie der erfolgreiche Protest gegen die Aufmärsche rechtsradikaler Gruppen in Neuruppin – schweißen zusammen und die daraus entstandenen Netzwerke lokaler Akteure sind im Falle neu auftretender Konfliktdynamiken oft für neuerliche Mobilisierungswellen reaktivierbar. In Neuruppin konnten promigrantische Akteure im ‚Langen Sommer der Migration‘ schnell reagieren. Die (historische)

12 Die qualitativen Interviews wurden im Rahmen der Projekte *Die aktivierte Zivilgesellschaft* (www.aktivzivil.de) und *Konflikte um gesellschaftliche Teilhabe* (vgl. www.dezim-institut.de) durchgeführt und dienen hier in erster Linie der exemplarischen Illustration. Die Interpretation im Folgenden wird darüber hinaus auf Analysen der zivilgesellschaftlichen Netzwerke in Neuruppin und Plauen gestützt (Hoffmann/Steinhilper/Bauer i. E.).

13 Interview mit einem zentralen Akteur der lokalen Zivilgesellschaft, geführt im Rahmen des Projekts *Die aktivierte Zivilgesellschaft* (www.aktivzivil.de) am 30.09.2020 in Neuruppin.

Bedrohung durch rechte Proteste wurde für einen Teil der Stadtgesellschaft zum gemeinsamen Bezugspunkt für das kollektive Engagement für Geflüchtete.

Neben dem Bündnis *Neuruppin bleibt bunt* spielen gemeinsame Erfahrungen in der Bürger*innenbewegung *Freie Heide*, die in den 2000er-Jahren erfolgreich gegen den *Truppenübungsplatz Wittstock* (auch: ‚Bombodrom‘ genannt) protestierte, eine zentrale Rolle für den Zusammenhalt und die Mobilisierungskraft der lokalen Zivilgesellschaft. In den Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort wird immer wieder auf deren Bedeutung für die kollektive Politisierung und die Vernetzung unterschiedlicher Teile der lokalen Zivilgesellschaft verwiesen:

„was hier in der Gegend noch stabilisierend wirkt, ist die Erfahrung dieses Projekts Freie Heide (...) das hat eine Langfristwirkung gehabt, dass dieser Jahrzehnte lange Protest sich am Ende positiv gewendet hat (...) da wird öfter mal drauf rekurriert, dass man sagt, wir haben die Freie Heide erkämpft und wir haben die Erfahrung, dass das auch gut ausgehen kann.“¹⁴

In Plauen ist die lokale Gelegenheitsstruktur für promigrantische Mobilisierungen insgesamt weniger günstig als in Neuruppin und in der Tat ist das Protestgeschehen rund um das Jahr 2015 im Vogtland wesentlich stärker von Akteuren geprägt, die sich gegen eine liberale Migrationspolitik richten. Seit Jahren sind rechtsextreme Akteure in Plauen aktiv, seit 2016 vorwiegend gebündelt in der Kleinstpartei *III. Weg* (Ruf 2019).¹⁵ Darüber hinaus formierte sich im Herbst 2015 die Protestbewegung *Wir sind Deutschland*, die angesichts ihrer Heterogenität nicht als rechtsextrem einzustufen ist, aber nachweislich nationalistische und antimigrantische Positionen integrierte (Ortgies/Rafael 2015; Middeke 2016). Gleichzeitig haben politische Amtsträger*innen in Plauen klare Positionierungen gegen diese Mobilisierungen geschaut. Dies gilt sowohl für konkrete Maßnahmen gegen den rechtsextremen *III. Weg* (Ruf 2019) als auch für *Wir sind Deutschland*, für deren Positionen Plaunens Oberbürgermeister dezidiertes Verständnis äußerte (Müller 2015). Die im Vergleich

14 Interview mit einem zentralen Akteur der lokalen Zivilgesellschaft, geführt im Rahmen des Projekts *Die aktivierte Zivilgesellschaft* (www.aktivzivil.de) am 30.09.2020 in Neuruppin.

15 Ein jüngstes Beispiel für die verbreitete Akzeptanz rechtsradikaler Positionen in Plauen ist der gemeinsame Beschluss von *CDU*, *AfD* und der neonazistischen Partei *III. Weg*, das lokale *Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage* nicht weiter zu fördern (Röhlig 2021). Siehe auch Ruf (2015; 2019).

zu Neuruppin deutlich schwächere Abgrenzung zu rechten und migrationsfeindlichen Akteuren vor Ort scheint auch die Dominanz derartiger Positionen im Protestgeschehen zu begünstigen, während sich prominente Akteure weniger ermutigt fühlen, ihre Anliegen auf die Straße zu bringen:

„Mit der sogenannten Flüchtlingskrise und Pegida und der AfD so weiter (...) ist diese Abgrenzung gegen rechts irgendwie zerfasert. Da gab es lange Diskussionen darüber, ist die AfD jetzt bürgerlich? Sind das nur besorgte Bürger? (...) ich denke schon, dass dieses rechtsextremistische Gedankengut schon sehr in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.“¹⁶

Gleichzeitig ist in Plauen ein gemeinsamer Identitätsanker für die progressive Zivilgesellschaft, vergleichbar etwa mit der Mobilisierungsgeschichte in Neuruppin, in den Interviews mit Engagierten vor Ort nicht erkennbar. Kollektive Erfahrungen, die sich positiv auf die Vernetzung und den Zusammenhalt lokaler Gruppen und deren Protestbereitschaft auswirken könnten, fehlen innerhalb der Zivilgesellschaft ebenso wie im Verhältnis mit den städtischen Akteuren vor Ort. Im Gegenteil ist das lokale Engagement gegen rechts in Plauen zersplittert, in eine eher kirchlich-bürgerliche Plattform und ein Bündnis dezidiert linker Akteure, die sich in Strategie und Positionen deutlich voneinander unterscheiden und übergreifende Protestmobilisierungen erschweren:

„Wenn wir sagen, wir wollen was gegen die Nazis machen, dann müssen wir zusammenhalten. Und das hat sich letztes Jahr abgezeichnet, dass das schwierig werden könnte, weil halt so unterschiedliche Standpunkte (...) da gewesen sind.“¹⁷

Somit wirken in Plauen zwei Faktoren zusammen, die lokale Protestmobilisierungen für eine in Migrationsfragen offene Gesellschaft erschweren: die mangelnde Rückendeckung durch lokale Entscheidungsträger*innen sowie eine ausgeprägte Fragmentierung innerhalb der progressiven Zivilgesellschaft. Insgesamt zeigen die unterschiedlichen Konfliktkonstellationen

16 Interview mit der Vertreterin eines Bündnisses, das sich in Plauen gegen Rechtsradikalismus engagiert, geführt im Rahmen des Projekts *Konflikte um gesellschaftliche Teilhabe* des DeZIM-Instituts am 13.10.2020 in Plauen.

17 Interview mit einem Gewerkschaftsvertreter, geführt im Rahmen des Projekts *Konflikte um gesellschaftliche Teilhabe* des DeZIM-Instituts am 19.10.2020 in Plauen.

tionen in den beiden untersuchten Städten, dass – neben globalen und bundesweiten Entwicklungen, wie den starken Fluchtbewegungen nach Europa um 2015 – auch lokale politische Kontexte das (migrationsbezogene) Protestgeschehen entscheidend prägen.

Fazit und Ausblick

Angesichts tiefgreifender sozialer Spannungen in Deutschland kommt der systematischen Analyse von Konfliktdynamiken eine zentrale Bedeutung zu. Die hier präsentierten explorativen Ergebnisse einer Protestereignisanalyse auf Basis lokaler Zeitungsberichte in den zwei ostdeutschen Mittelstädten Plauen und Neuruppin zeigen zentrale gemeinsame Entwicklungslinien rund um den ‚Langen Sommer der Migration‘ 2015: Während der verstärkten Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland erreicht die Protestaktivität sowohl in Neuruppin als auch in Plauen einen Höhepunkt. Dieser sichtbare Politisierungsschub der organisierten Zivilgesellschaft mündet allerdings nicht in eine nachhaltige Verstärkung der Konfliktdynamiken; schon ab der zweiten Jahreshälfte 2016 ist eine deutliche Verringerung der allgemeinen Protestaktivität erkennbar. Auch der zwischenzeitlich hohe Anteil migrationsbezogener Proteste geht ab Ende 2016 auf das Niveau von vor 2015 zurück. Somit lässt sich die Phase rund um das Jahr 2015 als migrationsbezogene Protestwelle betrachten, die sich allerdings, wie für Konfliktdynamiken üblich (Koopmans 2006), nicht auf einem hohen Niveau stabilisiert, sondern nach einer Zeit wieder abebbt. Die diachrone Perspektive zeigt, dass im kommunalen Sozialraum des unmittelbaren Alltagshandelns die Konfliktstrukturen von einer vielfältigen Themenpalette geprägt sind und Migrationsthemen nur temporär die Konfliktmuster dominieren.

Im Vergleich der beiden Städte zeigen sich neben diesen Gemeinsamkeiten aber auch starke lokale Unterschiede im Protestgeschehen. Während in Neuruppin promigrantische Proteste überwiegen, ist das Konfliktgeschehen in Plauen stärker von Protestereignissen geprägt, die sich dezidiert gegen eine liberale Migrationspolitik richten. Dieser Befund unterstreicht, dass neben überregionalen Entwicklungen, wie der massiven Zunahme der Fluchtmigration im Jahr 2015, auch lokale soziale und politische Kontexte das Protestgeschehen entscheidend mitprägen. Sie bilden politische und diskursive Gelegenheiten für Protestakteure, sich in der gesellschaftlichen Debatte um Migration zu positionieren und

auf die Straße zu gehen. Für das Protestgeschehen scheint es einen Unterschied zu machen, ob und wie sich politische Entscheidungsträger*innen aktiv für eine offene und plurale Stadtgesellschaft stark machen. Darüber hinaus prägen kollektive Mobilisierungserfahrungen den städtischen Zusammenhalt und lokale Netzwerkstrukturen, die sich wiederum auf das Mobilisierungspotenzial vor Ort auswirken. Die Relevanz dieser und weiterer lokaler Kontextbedingungen wird in der Gegenüberstellung der beiden ostdeutschen Sozialräume Plauen und Neuruppin besonders deutlich.

In der öffentlichen Debatte dominiert gemeinhin das pauschalisierende Bild weitverbreiteter, antimigrantischer Einstellungen und Protestmobilisierungen in ostdeutschen Regionen, nicht zuletzt jenseits der Großstädte (Süddeutsche Zeitung 2018). Ohne die erwiesene Häufung rassistischer Übergriffe in den ostdeutschen Bundesländern in Abrede zu stellen (Jäckle/König 2016), zeigt das Beispiel Neuruppin, dass diese Entwicklungen keineswegs einheitlich, sondern lokale Konfliktstrukturen vielschichtig sind. Regionale und lokalspezifische Perspektiven auf Protest und Konflikt können die Vogelperspektive der Analyse nationaler Protestmuster ergänzen und dazu beitragen, die lokalen Dynamiken lokaler Konflikte um Migration empirisch zu differenzieren und zentrale Erklärungsfaktoren zu identifizieren.¹⁸

18 Um das Wissen über lokale Konfliktstrukturen in der deutschen Migrationsgesellschaft weiter zu systematisieren und Erklärungsfaktoren für lokale Variationen im migrationsbezogenen Protestgeschehen systematisch zu testen, wird die Untersuchung zukünftig auf weitere Mittelstädte ausgeweitet sowie der Untersuchungszeitraum bis Ende 2020 verlängert um zusätzlich Veränderungen in lokalen Konfliktstrukturen im Zuge der COVID-19-Pandemie zu erfassen (vgl. www.dezim-institut.de).

Referenzen

- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart
- Benček, David/Strasheim, Julia (2016): Refugees Welcome? A Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany. In: *Research and Politics*, 3. Jg., H. 4, S. 1–11
- della Porta, Donatella/Diani, Mario (2009): *Social Movements: An Introduction*. Hoboken
- DESTATIS (2017): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Schutzsuchende Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Wiesbaden. www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00041272/2010240167004_ueberarbeitet20122018.pdf
- Döbber, Christian (2020): Moria-Flüchtlinge? Ja bitte! Das Integrations-Geheimnis einer ostdeutschen Kleinstadt. In: *Der Focus*, 9. Oktober 2020. www.focus.de/perspektiven/gesellschaft-gestalten/bei-uns-darf-jeder-seine-meinung-sagen-frueher-npd-hochburg-jetzt-fluechtlings-stadt-wir-koennen-menschen-aus-moria-gut-gebrauchen_id_12463610.html
- Earl, Jennifer/Martin, Andrew/McCarthy, John D./Soule, Sarah A. (2004): The use of newspaper data in the study of collective action. In: *Annual Review of Sociology*, 30. Jg., S 65–80
- Geiling, Heiko (1996): *Das andere Hannover: Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Grosstadt*. Hannover
- Grande, Edgar (2018): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31. Jg., H. 1–2, S 52–59
- Haunss, Sebastian/Daphi, Priska/Gauditz, Leslie/Knopp, Philipp/Micus, Matthias/Scharf, Philipp/Schmidt, Stephanie/Sommer, Moritz/Teune, Simon/Thurn, Roman/Ullrich, Peter/ Zajak, Sabrina (2017): *#NoG20. Ergebnisse der Befragungen von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes*. Berlin
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.) (2020): *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel*. Bielefeld
- Hocke, Peter (2002): *Massenmedien und lokaler Protest. Eine empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bewegungshochburg*. Wiesbaden

- Hoffmann, Matthias/Steinhilper, Elias/Bauer, Katharina (i.E.): Relational Patterns of Local Protest: Digital Networks of Migration-Related Contention in Middle-Sized German Towns, unveröff. Ms.
- Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt (Main)
- Hutter, Swen (2014a): Protesting Culture and Economics in Western Europe: New Cleavages in Left and Right Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Hutter, Swen (2014b): Protest Event Analysis and Its Offspring. In: della Porta, Donatella (Hrsg.): Methodological Practices in Social Movement Research. Oxford, S. 335–367
- Hutter, Swen/Grande, Edgar/Kriesi, Hanspeter (2016): Politicizing Europe: Integration and Mass Politics. Cambridge
- Jäckle, Sebastian/König, Pascal D. (2016): The dark side of the German ‚welcome culture‘: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. In: West European Politics, 40. Jg., H. 2, S. 223–251
- Jasper, James M. (2014): Protest: A Cultural Introduction to Social Movements. Oxford
- Kanol, Eylem/Knoesel, Johanna (2021): Right-Wing Extremist Mobilization in Germany. <https://data.gesis.org/sharing/#!/Detail/10.7802/2256>
- Koopmans, Ruud (2004): Migrant mobilisation and political opportunities: variation among German cities and a comparison with the United Kingdom and the Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30. Jg., H. 3, S. 449–470
- Koopmans, Ruud (2006): Protest in Time and Space: The Evolution of Waves of Contention. In: Snow, David A./ Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, S. 19–46
- Koopmans, Ruud/Olzak, Susan (2004): Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany. In: American Journal of Sociology, 110. Jg., H. 1, S. 198–230
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Swen/Wüest, Bruno (2012): Political Conflict in Western Europe. Cambridge
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marc G. (1992): New social movements and political opportunities in Western Europe. In: European Journal of Political Research, 22. Jg., H. 2, S. 219–244

- Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine/Wüest, Bruno/Hausermann, Silja (Hrsg.) (2019): *Contention in Times of Crisis*. Cambridge
- Lefebvre, Henri (1984): *Everyday Life in the Modern World*. Piscataway
- Mayer, Margit (2008): *Städtische Soziale Bewegungen*. In: Rucht, Dieter/Roth, Roland (Hrsg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch. Frankfurt (Main), S. 293–318
- Middeke, Elsa (2016): Student legt Studie über WsD-Protestgruppe vor. In: *Plauener Zeitung*, 24.05.2016
- Müller, Manuela (2015): Demo-Welle: Plauens OB kritisiert die große Politik. In: *Plauener Zeitung*, 01.10.2015
- Ortgies, Jan/Rafael, Simone (2015): Sind denn wenigstens „Wir sind Deutschland“ in Plauen „Besorgte Bürger_innen“? In: *Bell Tower News*. Netz für digitale Zivilgesellschaft. www.belltower.news/sind-denn-wenigstens-wir-sind-deutschland-in-plauen-besorgte-buerger_innen-40494/
- Pfeiffer, Zara (Hrsg.) (2011): *Auf den Barrikaden. Proteste in München seit 1945*. München
- Polletta, Francesca/Jasper, James (2001): *Collective Identity and Social Movements*. In: *Annual Review of Sociology*, 27. Jg., S. 283–305
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen*. Politik und Philosophie. Frankfurt (Main)
- Röhlig, Marc (2021): CDU stimmt mit AfD und Neonazi-Partei gegen Demokratieprojekt. In: *Der Spiegel*, 02.04.2021. www.spiegel.de/politik/deutschland/plauen-cdu-streicht-geld-fuer-demokratieprojekt-mit-stimmen-von-afd-und-iii-weg-a-1c72fced-a212-4cb6-92f2-6c029c093ad4.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2019): *Bewegung in der Bewegungsforschung*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32. Jg., H. 1, S. 98–104
- Rucht, Dieter (2018): *Mobilization Against Refugees and Asylum Seekers in Germany: A Social Movement Perspective*. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. Cham, S. 225–245
- Rucht, Dieter (Hrsg.) (2001): *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt (Main)
- Rucht, Dieter/Roth, Roland (2008): *Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz*. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter

- (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt (Main), S. 635–668
- Ruf, Christoph (2019): Eine Nazipartei macht sich in Plauen breit. In: Der Spiegel, 30. April 2019. www.spiegel.de/panorama/justiz/rechtsextremismus-wie-sich-eine-kleine-nazi-partei-in-plauen-breitmacht-a-1265171.html
- Ruf, Christoph (2015): Jugendklub zu, Nazis laden auf. In: Der Spiegel, 4. Oktober 2015. www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/plauen-imvogtland-wie-eine-region-mit-fluechtlingen-umgeht-a-1055127.html
- Steinhilper, Elias/Sommer, Moritz (i. E.): Lokale Konflikt dynamiken in der Migrationsgesellschaft Ergebnisse einer Protestereignisanalyse in zwei ostdeutschen Mittelstädten. DeZIM Research Note. Berlin
- Süddeutsche Zeitung (2018): Viele Demonstranten ziehen durch Köthen, 16. September 2018. www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-viele-demonstranten-ziehen-durch-koethen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180916-99-980971
- Tarrow, Sidney (2011): Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics. Cambridge: Cambridge
- de Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.) (2019): The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism. Cambridge
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn

Konfliktbearbeitung

Lokale Konfliktbearbeitung in der Einwanderungsgesellschaft: multimodale (sozial-)pädagogische Praxis in einem komplexen Arbeitsfeld

Einleitung

Infolge der fluchtbedingten Zuwanderung der Jahre 2015/2016 wurden der bundesdeutschen Gesellschaft in verstärktem Maße Polarisierungs- und Spaltungstendenzen rund um die Themen ‚Migration‘ und ‚Flucht‘ bescheinigt. Die Einstellungsforschung diagnostizierte eine zunehmend „gespaltene“ und „zerrissene“ Gesellschaft (Decker/Kiess/Brähler 2016, S. 95ff.; Zick 2016) sowie die Etablierung „vorurteilsgebundener“ und „antidemokratisch-autoritärer“ Milieus, die sich entlang ausländerfeindlicher, ethnozentristischer, antisemitischer und chauvinistischer Einstellungsmuster, autoritärer Orientierungen, gewachsener Gewaltakzeptanz und -bereitschaft sowie nur geringem Vertrauen in demokratisch-rechtsstaatliche Institutionen konstituieren (Decker/Brähler 2016).

Auf politischer Ebene schlugen sich diese gesellschaftlichen Stimmungen u. a. nieder in verschärften Debatten um Zuwanderungskriminalität (Hestermann/Hoven 2019) und in der besonderen Stigmatisierung der Gruppe der jungen männlichen Geflüchteten (Scherr/Breit 2021), des Weiteren in den Wahlerfolgen der *Alternative für Deutschland* (AfD) (Richter/Salheiser/Quent 2019, S. 8; Klein/Müller 2016, S. 190f.), in fremdenfeindlichen und rechtsextremen Protesten von *Pegida*, *seinen verschiedenen lokalen* „-gida“-Ablegern oder sog. ‚Nein zum Heim‘-Gruppen sowie in rassistisch motivierten Straftaten auf (neu-)zugewanderte Menschen. Exemplarisch hierfür steht der drastische Anstieg von politisch rechts motivierten Straftaten gegen Asylunterkünfte von 199 im Jahr 2014 auf 1.031 im Jahr 2015 bzw. 995 im Jahr 2016 und der ebenfalls massive Anstieg entsprechender Gewaltverbrechen, deren Zahl von 28 im Jahr 2014 auf 177 (2015) anstieg und mit 169 Gewalttaten auch 2016 auf hohem Niveau verblieb (Bundeskriminalamt 2017, S. 39). Die gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte um Zuwanderung und Flucht

manifestierten sich demnach auch und in besonderem Maße in lokalen Konflikträumen.

Aus Sicht der *Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention* (AFS) am *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) in Halle,¹ die sich mit menschenfeindlichen und antipluralistischen Phänomenen im Jugendalter sowie deren pädagogischer Bearbeitung befasst, stellen diese konflikthafter lokalen Entwicklungen in doppelter Hinsicht eine besondere Herausforderung dar: Erstens werden konflikthafter Sozialräume und damit auch Deutungen und Verhandlungen von migrationsbezogenen Konfliktthemen für junge Menschen lebensweltlich erfahrbar. Lokale Konflikte um Migration sind somit auch „Orte des informellen Lernens“ (Deinet 2002, S. 37) und damit sozialisatorisch relevant. Zweitens waren und sind um das Thema Migration polarisierte lokale Öffentlichkeiten sowie sozialräumliche Konflikte für damit konfrontierte Akteure aus Bildungs-, Sozial- und Präventionsarbeit mitunter mit Handlungsunsicherheiten verbunden². Hiervon lässt sich aus praxisorientierter Perspektive ein spezifischer Bedarf nach Orientierungs- und Handlungswissen im Umgang mit diesen Konfliktphänomenen ableiten.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2015 in der AFS ein längerfristig angelegter Arbeitsschwerpunkt zum Thema initiiert.³ Ziel war es, Praxissichten der Sozial-, Bildungs- und Präventionsarbeit auf aktuelle lokale Konfliktphänomene in der Migrationsgesellschaft sowie Möglichkeiten der konstruktiven Bearbeitung solcher Konflikte zu erforschen. Nach ersten Feldannäherungen, u. a. durch zwei Fachveranstaltungen mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis⁴, wurde die qualitative Studie *Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft* (BloK) initiiert.

1 Die AFS wird vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ gefördert. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

2 Solche Bedarfe und Handlungsunsicherheiten wurden an verschiedenen Stellen, u. a. im Rahmen von Vorträgen und in Workshops von Fachkräften artikuliert (Hohnstein/Paßlack 2020, S. 25).

3 An den Arbeiten in diesem Forschungsprojekt waren neben der Autorin bis 2019 Michaela Glaser und 2019 Jens Paßlack sowie die studentischen Hilfskräfte Pauline Betche, Kim Lang, Jérôme Serrière und Linda Zapfe beteiligt.

4 Hierzu zählen das von der AFS veranstaltete Werkstattgespräch *Sozialräumliche Konflikte um Flüchtlingseinwanderung. Neue Herausforderungen für die Mobile Beratungsarbeit?* am 5. und 6. Dezember 2016 in Halle (Saale) sowie der AFS-Workshop *Bearbeitung lokaler Konfliktkonstellationen im Kontext von Migration und Integration* am 24. und 25. September 2018 in Weimar.

Sie verfolgt das Ziel, unterschiedliche Facetten (sozial-)pädagogischer Konfliktbearbeitung bei migrationsbezogenen sozialräumlichen Konfliktphänomenen zu explorieren und zu systematisieren.

Im Zentrum dieser empirischen Studie stand zum einen die Frage, welche lokalen Konflikte in der Migrationsgesellschaft in der (sozial-)pädagogischen Praxis als solche wahrgenommen werden und wie diese Konflikterscheinungen analysiert und gedeutet werden. Zum anderen wurde untersucht, mit welchen Ansätzen und Handlungsprinzipien diese Konflikte bearbeitet werden, welche Vorgehensweisen in der Praxis Anwendung finden, was zum Gelingen der Arbeit beiträgt und welche Herausforderungen sichtbar werden.⁵

In diesem Beitrag wird zunächst die methodische Anlage der Studie vorgestellt. Anschließend wird dargestellt, welche Handlungsweisen in der Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft angewendet werden. Herausgearbeitet werden drei zentrale Handlungsmodi in der Konfliktbearbeitung: ein dialogischer, ein auf die Förderung von Konfliktkompetenzen und ein auf spezifische Konfliktdimensionen ausgerichteter Handlungsmodus. Diese Modi werden entlang der ihnen jeweils zugrunde liegenden Problembeschreibungen, Ziele und Vorgehensweisen herausgearbeitet und unter Einbeziehung der damit in der Praxis gewonnenen Erfahrungen sowie fachlicher Debatten diskutiert.

Methodisches Vorgehen und Sample

In der methodologisch dem Forschungsansatz der Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996; Strauss 1994) folgenden BloK-Studie wurden zunächst im Jahr 2018, entlang unserer Leitfrage nach der Ausgestaltung pädagogischer Praxis der Konfliktbearbeitung, Angebote der Konfliktbearbeitung mittels Internet und Schneeballrecherchen in unterschiedlichen (sozial-)pädagogischen Handlungsfeldern zusammengetragen. Für eine anschließende qualitative Befragung wurden interessante Angebote identifiziert und in Kurztelefonaten kontaktiert.⁶ Besonderes Augenmerk

5 Der Dank der Autorin gilt den Institutionen sowie den Fachpraktikerinnen und -praktikern, die zu Forschungszwecken vertrauensvoll tiefe Einblicke in ihre Arbeit gewährt haben.

6 Erfragt wurde, ob Fachkräfte in ihrer Arbeit mit Konflikten mit Bezügen zu den Kategorien ‚Migration‘ und ‚Religion‘ konfrontiert sind und diese als Arbeitsgegenstand begreifen. Weiter erfragt wurde, ob dabei ein allparteilicher Ansatz verfolgt wird und welche Vorgehensweisen zur Bearbeitung von lokalen Konflikten genutzt werden. Damit erfolgte die ‚Fallwerdung‘ unter Einbeziehung von Praxiseigendefinitionen.

galt dabei – unter dem Eindruck polarisierter Ortsgesellschaften sowie antipluralistischer, gruppenabwertender und auch rechtsextremer Konfliktfacetten – insbesondere den Möglichkeiten und Grenzen allparteilich orientierter, d. h. multiperspektivischer, nicht-anwaltschaftlicher Konfliktbearbeitung (Hohnstein/Paßlack 2020, S. 25). Gesammelt wurden daher anschließend diejenigen Angebote, die vom eigenen professionellen Anspruch her „Konflikte um Migration und Religion“ bearbeiten und dabei allparteiliche Perspektiven vertreten. Aus dieser Gruppe wurden wiederum theoretisch-kontrastierend die Erhebungsfälle ausgewählt und im Verlauf der Feld- und Analysephase um weitere kontrastierende, aber auch ähnliche Fälle ergänzt. So wurden verschiedene konzeptionelle und handlungspraktische Angebotsformate zur Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft erfasst, die unterschiedlichste Bereiche (sozial-)pädagogischer Arbeit repräsentieren.⁷ Von September 2018 bis Dezember 2020 wurden 16 leitfadengestützte, erzählgenerierende Einzel- (8) und Gruppeninterviews (8) geführt. Die Datenanalyse erfolgte Grounded-Theory-orientiert mittels offener, axialer und selektiver Kodierprozesse am Einzelfall und fallvergleichend (Strauss 1994, S. 90ff.).

Die kodierend herausgearbeiteten Kategorien wurden im axialen Kodierprozess zueinander in Beziehung gesetzt, dimensioniert und gruppiert. Auf diese Weise konnten unterschiedliche Handlungsweisen bzw. Modi der (sozial-)pädagogischen Konfliktbearbeitung analytisch herausgearbeitet werden. Diese folgen einer je eigenen Handlungslogik, die sich aus verschiedenen Kategorien – aus *Problemdeutungen*, davon abgeleiteten *Zielsetzungen* der Konfliktbearbeitung sowie den darauf bezogenen *Handlungsstrategien* und *Vorgehensweisen* rekonstruieren lässt.

7 Im Sample finden sich Angebote (Anzahl im Folgenden in der Klammer) der politischen Bildungsarbeit (1), Gemeinweisen-/Quartiersarbeit (2) und Sozialen Arbeit (1), der Kinder- und Jugendhilfe (1), der konstruktiven Konfliktbearbeitung und Mediation (5), der Gemeinwesenberatung (3) und Prävention/Demokratieförderung (3). Die untersuchten Angebote befinden sich mehrheitlich in zivilgesellschaftlicher (10) bisweilen aber auch in kommunaler (5) bzw. Mischträgerschaft (1) und sind bis auf vier dauerfinanzierte Ausnahmen projektfinanziert und damit in ihrer Laufzeit befristet. Ein Angebot erwies sich erst im Interviewkontext als nicht erhebungsrelevant und wurde daher nicht in die Analyse einbezogen.

Handlungsmodi in der Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft

Unsere Analysen ergeben, dass in der (sozial-)pädagogischen Bearbeitung von lokalen Konfliktgeschehen in der Migrationsgesellschaft drei zentrale Handlungsmodi rekonstruiert werden können.⁸ Im ersten Modus werden Konflikte dialogisch bearbeitet, im zweiten Modus werden Konfliktkompetenzen gefördert und im dritten unterschiedliche Konfliktdimensionen adressiert. Diese Modi (sozial-)pädagogischer lokaler Konfliktbearbeitung werden im Folgenden vorgestellt und charakterisiert.

Dialogische Konfliktbearbeitung

Ein erster, in der Praxis vielfach vertretener Modus ist dialogische Konfliktbearbeitung. Sie folgt der demokratieorientierten Idee, dass divergierende Interessen und daraus resultierende gesellschaftliche Konflikte kommunikativ verhandelbar sind, und dass ein Konsens oder zumindest eine Annäherung unterschiedlicher Interessengruppen sowie eine Depolarisierung und Pluralisierung von Konfliktpositionen prinzipiell möglich ist.

In lokalen Konflikten mit Migrationsbezug, v. a. um die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften, wurden dialogische Ansätze der Konfliktbearbeitung vermehrt kommunal nachgefragt (u. a. Nettelblatt 2021, S. 92). In der Praxis der von uns untersuchten Angebote finden sich dialogische Verfahren vor allem mit interventiven Zielsetzungen, mit denen bereits eskalierte Konflikte bearbeitet und befriedet werden sollen.

Insbesondere größere Bürgerversammlungen waren in den letzten Jahren ein viel genutztes Instrument von Kommunen, wenn es um die Vermittlung von und die Sensibilisierung für kommunale Entscheidungen in Konflikten rund um das Thema Migration oder um die Bewältigung von mit diesen Entscheidungen vielerorts einhergehenden migrations- und islamkritischen Protesten ging. Solche Veranstaltungen wurden von einigen Mitarbeitenden (sozial-)pädagogischer Angebote geplant und moderiert. Dabei wurde deutlich, dass deren Durchführung ein hohes Maß

8 Zugunsten der Wahrung der Anonymität der Interviewten bzw. der erforschten Projekte wird in den folgenden Ausführungen auf die Benennung einzelner Fälle in den rekonstruierten Praxisformaten zumeist bewusst verzichtet.

an Professionalität erfordert und mit zahlreichen Herausforderungen verbunden ist. So verfolgten kommunale Verantwortliche das Ziel, über Sachverhalte zu informieren und für bereits (auf anderen politischen Ebenen) getroffene Entscheidungen zu werben, während migrationskritische Akteure solche Entschlüsse grundsätzlich anzufechten und z. B. Bauvorhaben zu verhindern suchten. Angesichts dessen bergen insbesondere offene Großveranstaltungen ein hohes Polarisierungs- und Eskalationsrisiko. Zudem können Dialoge mit Bürgerinnen und Bürgern immer auch Räume zur Artikulation antipluralistischer Positionen eröffnen und damit zur Normalisierung rassistischer und rechtsextremer Diskurse beitragen.

Nicht nur, aber auch in kritisch-reflexiver Auseinandersetzung mit den Chancen und Grenzen großformatiger Dialogveranstaltungen konzipieren einige Angebote auch kleinformatigere Kommunikationsräume. Auf diese Weise sollen divergierende Sichtweisen unterschiedlicher Menschen berücksichtigt werden, ohne ein breites Forum für eine politische Instrumentalisierung zu bieten.

Des Weiteren finden sich in zwei Angeboten Versuche einer *Thérapie Sociale* – eines Gesprächsformats, das an längerfristigen gruppentherapeutischen Formaten angelehnt ist und vom französischen Sozialpsychologen Charles Rojzman entwickelt wurde. Er adressiert bereits konzeptionell das konflikthafte Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft und möchte auch der emotionalen Ebene von Konflikten Raum geben (Rojzman 1997). Er wurde z. B. in Auseinandersetzung mit einem Konflikt um Jugendgewalt auf einem Spielplatzgelände sowie im Kontext von Konflikten um Geflüchteteinrichtungen angeregt, jedoch konstituierten sich in den hier vertretenen Fällen keine bzw. keine dauerhaften Gesprächsgruppen.

Angebote mit einem entsprechenden Kompetenzprofil verfolgen darüber hinaus einen Mediationsansatz. Hier werden (persönlich adressierbare) Konfliktparteien von einer neutralen Person dabei begleitet, eigenverantwortlich und in einem strukturierten, geschützten Verfahren eine für alle Beteiligten akzeptable Übereinkunft für die Beilegung ihres Konflikts anzustreben. Dazu wird zunächst eruiert, inwieweit überhaupt Möglichkeiten einer Konfliktlösung bestehen. Die Erfahrungen der Praxis zeigen, dass dies in vielen Fällen nicht möglich ist, da die Konflikte z. B. schon so eskaliert sind, dass „*die Personen eigentlich nicht mehr miteinander sprechen wollen*“ (Int. 8:232–233) oder die Interessen von Konfliktgruppen derart divergieren, dass eine für alle Parteien akzeptable

Konfliktlösung kaum möglich ist. Weiter erschwerend kommt hinzu, dass einzelne Konfliktgruppen eigene Interessen durchsetzen möchten und von den Angeboten Unterstützung dafür erwarten, nicht aber zu Zugeständnissen bereit sind.

Kommen mediative Verfahren aber zustande, wird mit den Beteiligten unter professioneller Begleitung durch die Mitarbeitenden der (sozial-)pädagogischen Angebote die Komplexität von Konflikten analysiert. Die je eigenen Rollen und Erwartungen im Konflikt werden kritisch reflektiert, zu den Interessen anderer Beteiligter ins Verhältnis gesetzt, die eigene Handlungsfähigkeit erweitert und der Weg zur Konfliktlösung eigenständig miterarbeitet. Je nach Konflikt wird dazu auch der physische Konflikttraum begangen und auf Konfliktpotenziale, Unsicherheitsgefühle usw. hin befragt.

Nicht alle Konflikte lassen sich jedoch auf diese Weise nachhaltig lösen. Lärmkonflikte im öffentlichen Raum z. B. lassen sich eventuell nur deeskalieren und beruhigen, jedoch nicht dauerhaft auflösen, da die diesen Konflikten zugrunde liegenden konfligierenden Nutzungsinteressen weiterbestehen oder neue Nutzengruppen alte und neue Konflikte aufleben lassen. Zumindest können aber, wie für zwei Fälle rekonstruiert wurde, Verabredungen über eine zukünftige friedliche Beschwerde- und Konfliktkommunikation getroffen werden und so Wege für den Umgang mit Konflikten aufgezeigt werden.

Förderung von Konfliktkompetenzen

Die Fähigkeit, mit eigenen oder fremden Konflikten eigenständig umzugehen, wird von (sozial-)pädagogischen Mitarbeitenden der Angebote als Schlüsselkompetenz in Konflikten erachtet (s. hierzu auch Kreuser/Robrecht/Erpenbeck 2012, S. 21). Ein zweiter Modus in der Konfliktbearbeitung ist daher kompetenzorientiert und zielt auf die Förderung von Konfliktkompetenzen bei unterschiedlichen adressierten Gruppen.

Einmal gilt hier die Aufmerksamkeit der Angebote potenziellen Konfliktgruppen. Sie sollen darin unterstützt werden, aktuelle bzw. zukünftige Konflikte eigenständig zu bewältigen. Dabei finden sowohl systematisch angelegte, als auch situative Maßnahmen aus dem Spektrum der Konflikt- und Gewaltprävention Anwendung. In drei Fällen adressieren Mitarbeitende der (sozial-)pädagogischen Angebote dabei speziell junge (männliche) Geflüchtete. Kritisch zu diskutieren ist dies insofern, als der

Arbeit mit der bereits marginalisierten Gruppe der Neuzugewanderten einseitige Problemzuschreibungen inhärent sind. Geflüchtete junge Männer werden in diesem Zusammenhang als besonders belastete Risikogruppe von gewaltpräventiven Maßnahmen markiert.

Diskutiert wird außerdem das Thema „urbane Kompetenz“, also die Fähigkeit, die in stark differenzierten Stadtgesellschaften auftretenden Widersprüche, Alltagsirritationen und Herausforderungen eigenständig einzuordnen und bewältigen zu können, ihnen ambiguitätstolerant zu begegnen und ihre Bearbeitung nicht an übergeordnete Institutionen wie Ordnungs- und Sicherheitsbehörden zu delegieren (Schönig 2016). Hier zeigt sich aus Sicht von Fachkräften in den verschiedenen untersuchten Angeboten ein deutlicher Entwicklungsbedarf. Beklagt wird die geringe Bereitschaft etablierter Bürgerinnen und Bürger, mit ihrem Beschwerdethema auf die Gegenseite im persönlichen Gespräch zuzugehen und ihre Konflikte selbstständig zu lösen, anstatt Polizei, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadtverwaltung oder Wohnungsverwaltungen mit der Regelung der Anliegen zu beauftragen. Perspektivisch seien, so z. B. eine Position im Fall 6, Maßnahmen gefragt, mit denen der Umgang mit Widerständen sowie eine demokratische Diskurskultur gestärkt werden könne.

Darüber hinaus richten sich sechs kompetenzfördernde Angebote an Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in ihrem beruflichen Alltag Konflikte beobachten oder damit konfrontiert werden. Sie seien der „*Schlüssel*“, so eine befragte Fachkraft, für eine stärkere Verankerung konstruktiver Konfliktbearbeitung, „*weil sie eben dran sind und weil die Leute ihnen vertrauen*“ (Int. 4:1184–1190). Ziel ist, Fachkräfte mit Konfliktbearbeitungs- und Mediationskompetenzen auszustatten und sie im Umgang mit den Konflikten der Adressatinnen und Adressaten zu stärken. Vor diesem Hintergrund werden Fortbildungen zum Thema Konfliktprävention, Deeskalation, Mediation und Moderation angeboten sowie fachliche Begleitung bei konkreten Konflikten. Dabei machen Mitarbeitende (sozial-)pädagogischer Angebote auch die Erfahrung, dass ihre Kursangebote ungenutzt bleiben. Denkbar ist, dass die adressierten Fachkräfte (neben üblichen Alltagshindernissen und strukturellen Problemen) bislang nicht ausreichend für die Relevanz des Themas Konflikt- und Konfliktbearbeitungskompetenz sensibilisiert sind. Dies spricht für eine stärkere Sensibilisierung von kommunalen Akteuren zu den Themen ‚Konflikt‘ und ‚Chancen konstruktiver Konfliktaustragung‘.

Fachkräfte in den Bereichen der Sozialen Arbeit, der Schule, der kommunalen Verwaltung, der Wohnungswirtschaft sowie innerhalb des Bereiches Ordnung und Sicherheit sollten verstärkt dabei unterstützt werden, Konflikte in ihrem Arbeitsumfeld zu erkennen, anzunehmen und konstruktiv zu bearbeiten.

Bearbeitung spezifischer Konfliktdimensionen

Als dritter Modus der Konfliktbearbeitung wurde die Arbeit an spezifischen Konfliktdimensionen herausgearbeitet. Wie rekonstruiert wurde, ist hier die zentrale Annahme, dass Konflikte als komplexe soziale Phänomene zu begreifen sind, die sich aus verschiedensten, überlagernden Interessen und gesellschaftlichen Problemkonstellationen konstituieren können. Im Fokus der Arbeit stehen daher die aus Sicht der Fachpraxis wichtigen, im Konfliktdiskurs gegebenenfalls auch hintergründigen Konfliktthemen und -dimensionen. Zu diesen in der Praxis als bedeutsam erachteten und bearbeiteten Konfliktdimensionen zählen die Diskurse um Migration, sozio-ökonomische Konfliktlinien, politische Desintegration, die Integration Neuzugewanderter, jugendliches Verhalten sowie rassistische Vorurteile und Rechtsextremismus.

Konfliktdiskurse um Migration

Eine solche von den Befragten wiederholt problematisierte Konfliktfacette ist der öffentliche Diskurs rund um lokale Konflikte um Migration. Angebote, die in der Bearbeitung dieser Dimension Schwerpunkte setzen, berücksichtigen in ihrer Arbeit, dass lokale Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft in gesellschaftliche Diskurse eingebettet sind und nehmen auf die prominente Rolle Bezug, die öffentlichen – und nicht zuletzt medialen – Diskursen um Migration in Konflikten und deren Eskalationen zukommt: Aus Sicht der Befragten seien Konfliktdiskurse häufig einseitig, „aufgebauscht“ [Int. 4:1825] und „diffamierend“ [Int. 03:351] und tragen lokal begrenzte Konflikte nach außen. Überregionale Formen der Berichterstattung werden dann, quasi als parasoziale Interaktion, erfahrbar und prägen nach Ansicht der Fachkräfte infolgedessen die öffentliche Meinung zu Konfliktgruppen und -orten nachhaltig. Sie befördern Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung, begünstigen die weitere Verbreitung von Gruppenstereotypen und Rassismus und wirken eskalierend auf den Fortgang von Konflikten auf lokaler Ebene zurück.

Eine skandalisierende Medienberichterstattung befeuert informelle lokale Kommunikationsnetzwerke sowie überregionale migrationsfeindliche Diskurse und begünstigt die politische Instrumentalisierung lokaler Konflikte, insbesondere von Seiten Rechtsextremer, die ein großes Interesse an der Ethnisierung und Instrumentalisierung von Konflikten in der Migrationsgesellschaft haben. Aber auch antirassistische Gruppen greifen parteiisch in einige dieser Konfliktkonstellationen ein, auch in Reaktion auf rechtsextreme Mobilisierung, und leisten auf diese Weise einer weiteren Polarisierung und Eskalation Vorschub.

Einige Fachkräfte problematisierten in diesem Zusammenhang z. B. die gesellschaftlichen Nachwirkungen der Übergriffe in der Kölner Silvesternacht im Jahr 2015, die Sicherheitsdebatten und damit auch den Umgang mit lokalen Konflikten um Migration stark geprägt hätten. Konfliktbearbeitung ist demnach Praxis in einem hochpolitisierten Feld, in dem sich „*diese ganzen Stimmungslagen und Debatten*“ (Int. 10:3091–3092) direkt niederschlagen. Hier manifestieren sich die Effekte von negativen, medial vermittelten ‚Stellvertreterkontakten‘ auf die Ausprägung von gruppenbezogenen Vorurteilen (Schemer/Meltzer 2020).

In fünf untersuchten Fällen findet im Kontext der Konfliktbearbeitung eine dezidierte Auseinandersetzung mit dieser diskursiven Konfliktebene statt. Die Mitarbeitenden der (sozial-)pädagogischen Angebote greifen selbst aktiv gestaltend in Konfliktdiskurse ein und bemühen sich um eine möglichst sachliche, deeskalierende und sensibilisierende Kommunikation. Vorurteilsbehaftete und skandalisierende Positionen sowie Falschinformationen werden in eigenen Stellungnahmen, in der kommunalen Gremienarbeit oder in Mediengesprächen zurückgewiesen und sachlich-abwägende Informationen entgegengestellt. Auch werden Fürsprecherinnen und Fürsprecher in der Kommune aktiviert, die sich mit einer demokratischen, deeskalierenden und antipolarisierenden Haltung im Diskurs positionieren.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Angebote ist eine informierte Politikberatung, da politischen Akteuren aus Sicht der Fachkräfte eine wichtige objektivierende Funktion innerhalb von Diskursdynamiken bei lokalen Konflikten zukommt. Gerade dort, wo sich kommunale Verantwortliche zurückhalten, so die Positionen von Fachkräften in den Angeboten 10 und 12, bestünde die Gefahr, dass sich Konfliktdiskurse verselbstständigen und von rechtsextremen Akteuren leichter zu instrumentalisieren seien. Der Konfliktbearbeitungsansatz der zu diesem Typus gehörenden

Angebote stellt politisch Verantwortliche daher auf einen souveränen Umgang mit Konfliktdiskursen ein, hilft bei der Einordnung migrationsfeindlicher Demonstrationsgeschehen und unterstützt sie in der Kommunikation kommunaler Handlungsfähigkeit, auch wenn Kommunen in Migrationsfragen keine vollumfassenden Gestaltungsspielräume besitzen. Hintergrund ist, dass eine kommunale Zurückweisung von Verantwortlichkeit Konfliktdiskurse weiter anheizen und die Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik – ‚denen da oben‘ – weiter verstärken kann.

Darüber hinaus steht insbesondere im Kontext von Konflikten mit überregionaler Bekanntheit das Bild der betroffenen Kommune selbst im Fokus von Öffentlichkeitsarbeit. So weisen einige Fachkräfte in Medieninterviews undifferenzierte Bilder homogen rechtseingestellter Ortsgesellschaften zurück, verweisen auch auf pluralistische Facetten in den betroffenen Kommunen und bieten differenzierte Informationen zur kommunalen Situation, ohne dabei kritische Aspekte und konkrete Verantwortlichkeiten zurückzuhalten. Dies soll auch einer Polarisierung der Stadtgesellschaft entgegenwirken und verhindern, dass sich konfliktrelevante Akteure aus einer Abwehrsituation heraus verschließen, sich zunehmend auch sachlichen Konfliktdiskursen verwehren und für konstruktive Konfliktbearbeitungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Soziale Lage im Wohnquartier

Eine weitere Dimension von Auseinandersetzungen sind soziale Ungleichheiten, die aus Sicht der von uns befragten Fachkräfte hinter vielen Konflikten um Migration stünden. Konflikte um Migration müssten daher immer auch im Kontext sozioökonomischer Differenz und den darin zugrunde liegenden und zugleich daraus resultierenden Abgrenzungen von Bewohnergruppen analysiert werden.

Fachkräfte konstruieren Konflikte vor diesem Hintergrund im Sinne von Elias und Scotson (1993) als Etablierten-Außenseiter-Konfliktfigurationen mit gut situierten, bürgerlichen Gruppen auf der einen Seite, die eine Abwertung ihres Umfelds und Eigentums durch Zuwanderung fürchten. Für solche Etabliertengruppen – so die Analyse von Fachkräften – konstituiert sich Zuwanderung im Quartier vor allem als Problem von Statusverlust und resultiert in Grenzziehungen, Stereotypisierungen bis hin zu Abwertungen von statusniedrigeren Bewohnergruppen oder Quartieren. Wiederkehrende Gegenstände artikulierter Kritik sind

dabei der „*nicht (...) angepasste Umgang mit Müll*“ (Int. 3:73–74) oder Lärmbelästigung.

In anderen Konstellationen konstituieren sich Konflikte um Migration um Sozialneidthematiken innerhalb sozial schwacher Quartiere: Anwohnerinnen und Anwohner beschwerten sich, so eine Fachkraft, „*Denen werden irgendwelche Wohnungen gegeben. Und dann sind die -, müssen die nur noch aufschließen, dann ist alles da und- Äh also haben wir auch ganz häufig gehört*“ (Int. 4:810–813). Die dahinterstehenden sozialen Probleme, wie der zunehmende Druck auf den Wohnungsmarkt, steigende Mietpreise oder begrenzte kommunale Ressourcen wie Kindergarten- und Schulplätze würden, so die Sicht von interviewten Fachkräften, einseitig ausgedeutet und Frust, Ängste und Überforderungen auf (neu-)zugewanderte Menschen projiziert.

In der Konfliktbearbeitung der Angebote werden daher soziale Konfliktlinien aufgegriffen. Zum einen werden als kurzfristige Maßnahme Anlässe für Anwohnerbeschwerden beseitigt, u. a. mittels Müllentsorgung und Umgestaltung des öffentlichen Raums. Zum anderen werden mittels Sozialer Arbeit langfristig die Lebensverhältnisse sozial marginalisierter, hier vor allem migrantisch markierter Menschen bearbeitet. Im Fokus stehen die strukturellen Rahmenbedingungen, z. B. die Wohnsituation der Menschen, ihr Zugang zu Arbeit und Bildung und ihre gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuellen Kompetenzen und Teilhabemöglichkeiten. Dadurch sollen soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen und damit auch stereotype Konflikt narrative angegangen und, so weit möglich, reduziert werden. Angesichts der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Einfluss zeigen sich Angebote der Konfliktarbeit auch mit grundsätzlicher allparteilicher Perspektive an dieser Stelle insofern parteilich, als sie für die Interessen benachteiligter Menschen in marginalisierten Quartieren eintreten und durch Lobbying soziokulturellen und ökonomischen Stereotypen entgegentreten.

Politische Desintegrationsprozesse in Kommunen

Eine andere Problemperspektive schließt an Deprivationstheorien an (vgl. Decker u. a. 2018, S. 98) und begreift die Konflikte als Ausdruck politischer Desintegration und wechselseitiger Entfremdung von Staat und Bürgerinnen und Bürgern, die sich seitens Politik und Verwaltung in Vermittlungsproblemen und seitens der Bürgerinnen und Bürger in mangelnder Selbstwirksamkeit und Entwertungsgefühlen manifestiert.

Vor allem Fachkräfte jener Angebote, die in den neuen Bundesländern wirken, arbeiten für ihre Konfliktfälle die Relevanz dieser Konfliktdimension heraus und schließen damit an Theorien zur spezifischen, durch Diktatur- und Transformationserfahrungen geprägten politischen Kultur in den ostdeutschen Ländern an (Pickel/Pickel 2020).

Aus Sicht von Befragten habe die Fluchtzuwanderung um 2015 politische Desintegrationsphänomene verstärkt sichtbar gemacht. Das Thema Migration sei zum Verbalisierungsraum für Gefühle allgemeinerer gesellschaftlicher Entfremdung und Exklusion geworden. Auch kommunale politische Verantwortliche zeichneten sich hier als (Re-)Produzentinnen und Produzenten von Entfremdungsgefühlen mitverantwortlich. So zitiert eine Fachkraft eine spezifische Situation bei einer Stadtratssitzung:

„Da sehen Sie mal, was wir hier für Probleme haben, hier auf dem Land, wir werden vergessen. Wir hören immer nur, es gibt kein Geld, es gibt (Bw1: Ja.) kein Geld, und dann kommt Frau Merkel und zieht 20 Milliarden (Bw1: Ja.) aus der Portokasse für die Geflüchteten. Was sollen wir denn da glauben?‘ Ähm und das habe ich ganz oft [gehört]-“ (Int. 9:1105–1111).

Bewusst oder unbewusst verstärken lokale Politikerinnen und Politiker mit solchen Äußerungen die Distanz zwischen den Menschen vor Ort und ‚denen da oben‘, forcieren den Vertrauensverlust von Bürgerinnen und Bürgern in die Politik.

Mitarbeitende in einigen Angeboten nehmen daher das „*System Gemeinde*“ (Int. 9:1431) in den Blick. Konflikthafte politische Interessenlagen und Entscheidungsprozesse werden analysiert, kommunalen Entscheidungsträgern zurückgespiegelt und gemeinsam reflektiert. Veränderungsimpulse werden innerhalb der Ortsgesellschaft identifiziert und Menschen in Kommunen motiviert, geeignete Veränderungsprozesse im Gemeinwesen einzuleiten, z. B. durch die Initiierung von Beteiligungsformaten oder die Bereitstellung von Quartiersbudgets. Dies setzt freilich voraus, dass sich Kommunen für entsprechende Beratungs- und Analyseprozesse durch externe Partnerinnen und Partner öffnen und bereit sind, sich kritisch-reflexiv mit der eigenen Rolle auseinanderzusetzen.

Andere Aktivitäten in den von uns untersuchten Fällen adressieren den diagnostizierten Rückzug der Menschen aus der Gesellschaft und bemühen sich, Menschen zu reaktivieren und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihre Sorgen, aber auch Ideen und Wünsche zu artikulieren und

dadurch gesellschaftliche Konflikte früh sichtbar zu machen. Hierzu werden kommunale Bürgerplattformen initiiert und aufsuchende demokratiepädagogische Aktivitäten, z. B. mobile Diskussions- und Demokratiemobile, initiiert und Bürger- und Stadtteildialoge, Zukunftswerkstätten oder Bürgerstammtische ins Leben gerufen. Auf diese Weise soll die „*Kommunikationsfähigkeit*“ und damit auch die „*Konfliktfähigkeit*“ der kommunalen Gesellschaft wiederhergestellt werden (Int. 11:2396, 2397).

Jugendliche als Konfliktgruppe

In den uns geschilderten lokalen Konflikten um Migration sind junge Menschen eine relevante Konfliktgruppe. Zum einen geht es bei den Konflikten um männliche, migrantisch markierte⁹ Jugendliche, die durch Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum sowie Straftaten in Erscheinung treten. Solche Konflikte um Jugendliche weisen ein besonderes Polarisierungs- und Eskalationspotenzial auf, da sie häufig überregionale Öffentlichkeit erfahren und für Rechtsextreme und migrationsfeindliche Gruppen ein willkommenes Mobilisierungspotenzial darstellen. Zum anderen manifestiert sich das Thema Jugend aus Sicht der befragten Fachkräfte aber auch im Kontext von Generations- und Nutzungskonflikten, u. a. dort, wo überalterte Nachbarschaften einen Generationswechsel erfahren oder Jugendliche sich öffentliche Räume und Infrastrukturen – wie z. B. Parks, Plätze (mit W-LAN), Bänke etc. – als Freiräume „erobern“ und „belagern“ (Int. 6:372) und damit Anwohnerbeschwerden provozieren. Dieser grundlegende Konflikt um deviantes oder schlicht adoleszentes Verhalten im öffentlichen Raum habe, so die Sicht einer Fachkraft, in den letzten Jahren „*seit 2015, noch vermehrt eben seit 2016, seit den ähm Vorfällen in Köln, Silvester*“ eine Ethnisierung erfahren (Int. 12:280–283). Junge, migrantisch markierte Menschen würden vor diesem Hintergrund in Konflikten im öffentlichen Raum zur Projektionsfläche von Unsicherheiten und Ängsten im Sozialraum, die wiederum in fremdenfeindlichen Diskursen um sog. „Messermigration“ (Hestermann/Hoven 2019) politisch instrumentalisiert werden.

Die von uns interviewten Fachkräfte zeigen sich sensibel gegenüber der politischen Tragweite solcher Konflikte und sind um sachliche

9 Menschen werden als ‚migrantisch markiert‘ bezeichnet, wenn sie aufgrund von Differenzmerkmalen wie Haut- oder Haarfarbe, Akzent oder Namen für Einwanderinnen und Einwanderer gehalten werden.

Einordnung bemüht. In ihren Analysen zu dieser Konfliktdimension wehren sie ethnisierende Deutungen des Konflikthaften mit Verweis auf adoleszenztheoretische Erklärungsmodelle ab. Sie begreifen das Jugendalter als Lebensphase der Erprobung und der Reibung, die zu konflikthafte Situationen führen kann und unternehmen intersektionale Betrachtungen, die das Verhalten Jugendlicher mit Migrationsgeschichte auch im Kontext sozialer Ungleichheit thematisieren.

In den spezifisch jugendbezogenen Aktivitäten der Konfliktbearbeitung in verschiedenen Angeboten zeichnet sich ein Spannungsverhältnis zwischen adoleszenzsensiblen und sozialen Problem- und Kontrollperspektiven ab. Zwar wird etwa bei Beschwerdeparteien und kommunalen Verantwortlichen für die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen sensibilisiert und für Jugendliche in potenziell konflikthafte Räumen werden niedrigschwellige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung geschaffen. Die Implementierung mobiler Freizeitangebote oder sozialräumlicher Jugendsozialarbeit an konfliktträchtigen Orten soll jedoch ebenso regulativ wirken, d. h. die Jugendlichen unter institutionelle Kontrolle stellen und damit auch (nach außen hin) moderierend auf Konfliktlagen einwirken. Diese Lösungsansätze stehen damit exemplarisch für das der Jugendsozialarbeit inhärente Spannungsverhältnis von Hilfe und sozialer Kontrolle.

Wiederum andere Aktivitäten haben die (Wieder-)Herstellung öffentlicher Ordnung zum Ziel: Im Zuge abgestimmter Maßnahmen zwischen sozialpädagogischen und ordnungspolitischen kommunalen Akteuren werden z. B. bei Jugenddelinquenz innerhalb von öffentlichen Partyszenen die Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften erhöht, Jugendschutzkontrollen durchgeführt, Alkoholverbote erteilt oder Konfliktorte so umgestaltet, dass sie an Attraktivität für junge Menschen verlieren. Mit Blick auf die Dimension ‚Jugend‘ erhält Konfliktbearbeitung hierdurch eine besondere sicherheitspolitische Rahmung und wird zur Institution sozialer Kontrolle im öffentlichen Raum.

Integration Neuzugewanderter

Eine weitere Arbeitsdimension, die für die interviewten Mitarbeitenden (sozial-)pädagogischer Angebote relevant ist, adressiert die gesellschaftliche Integration neuzugewanderter Menschen, wobei an dieser Stelle nicht generelle soziale Integrationsmaßnahmen wie Sprachlernkurse oder soziale

Hilfen gemeint sind, sondern spezifische, auf die Prävention bzw. De-
eskalation von Konflikten zugeschnittene Aktivitäten.

Eine Stoßrichtung sind hier Bildungsangebote für (neu-)zugewanderte Menschen, die das Erlernen von ‚richtigen, angemessenen‘ Verhaltensweisen im öffentlichen Raum und in der Nachbarschaft zum Gegenstand haben. Beispiele hierfür sind „*Schulungen zum Thema öffentlicher Raum*“ (Int. 6:133) für Neuzugewanderte oder Flyer und Broschüren, die Neuzugewanderten Verhaltensnormen vermitteln, z. B. hinsichtlich der Nutzung des öffentlichen Raums, oder in Kooperation mit kommunalen Wohnungsunternehmen und Entsorgern in Bezug auf Mülltrennung oder das Zusammenleben in Hausgemeinschaften.

Wenngleich Bildungsangebote dieser Art mit guter Absicht sowie wertschätzend konzipiert sind, reproduzieren sie dennoch mitunter essentialisierende Kulturverständnisse. Dies äußert sich beispielweise in homogenisierenden Gegenüberstellungen zwischen ‚den Deutschen‘ und ‚den Zugewanderten‘ und deren jeweiligen Gepflogenheiten. Auch besteht das Risiko einer einseitigen Ausrichtung auf die Einpassung neuzugewanderter Menschen in die deutsche Gesellschaft: Neuzugewanderten Menschen werden Informationen bereitgestellt, die sie zu einem ‚fehlerfreien‘ Verhalten entlang der bestehenden Regeln der Ankunftsgesellschaft befähigen sollen. Die Normen und Deutungsweisen der Ankunftsgesellschaft selbst stehen bei diesen Aktivitäten nicht zur Aushandlung.

Andererseits finden sich im Sample auch Beispiele dafür, dass sich Fachkräfte mit den Auswirkungen von Ausgrenzung und Rassismus auf die sozialräumlichen Lebenswirklichkeiten von Menschen mit Migrationsgeschichte auseinandersetzen. Für zugewanderte Menschen, so eine Fachkraft, sei es demnach im öffentlichen Raum „*schwieriger, (...) sich so ein bisschen selbst zu entfalten und selbstbestimmt dort auch äh die Freizeit zu gestalten*“ (Int. 1:284–286). Man versuche deshalb auch mit allparteilichen Anspruchs, so eine andere Fachkraft, „*die Seite zu stärken, damit sie sprachfähig ist überhaupt, und dann aber trotzdem die Anliegen auch der anderen Seite zu hören und dann doch zu einer Art, zu einem mediativen Ansatz zu kommen*“ (Int. 7:705–706).

Dahinter steht die Beobachtung, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in lokalen Konflikten über geringere Artikulations- und Teilhabemöglichkeiten und damit auch über geringere Chancen zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügen. Integration ist für die Mitarbeitenden in einzelnen Angeboten daher auch die Stärkung (neu-)zugewanderter

Menschen mit Blick auf deren Teilhabemöglichkeiten, wenngleich die Übersetzung dieser Zielstellung in aktives Handeln bislang nur bedingt erfolgt: Es gibt vereinzelte Versuche von Fachkräften, die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten zu forcieren oder diese für ehrenamtliche Aktivitäten und Freizeitangebote zu gewinnen. Die implizite Hoffnung ist, dass mit vermehrter gesellschaftlicher Teilhabe und Mitwirkung in institutionellen Strukturen auch die Sprachfähigkeit und Interessenartikulation von Menschen mit Migrationsgeschichte in lokalen Konflikten verbessert werden könne.

Die Erfahrungen mit aktivierenden Aktivitäten sind jedoch in den untersuchten Fällen eher ernüchternd. Trotz interkultureller Öffnung wurden Angebote demnach kaum von Migrantinnen und Migranten genutzt, sodass sich hier, wie in anderen Bereichen sozialpädagogischer und bildender Arbeit, mit Blick auf die Integration zugewanderter Menschen Fragen von Passgenauigkeit, Lebensweltnähe und Zugänglichkeit von Angeboten stellen. Die Überwindung der marginalisierten Rolle von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie bestehender Repräsentationsungleichheiten in Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft bleibt demnach ebenfalls eine zentrale Entwicklungsaufgabe im Handlungsfeld.

Ängste, Rassismus und Rechtsextremismus

Allen vorliegenden Fällen ist gemein, dass sozioökonomische, politisch-gesellschaftliche und durch unterschiedliche Lebensentwürfe bedingte Konfliktlagen über die Kategorie Migration ethnisch ausgedeutet und bewertet werden: „*Alle Fragen des täglichen Zusammenlebens können*“, so eine Fachkraft, „*vor dieser Kulturbrille gesehen werden*“ (Int. 6:521–522). Fachkräfte deuten dies mitunter als Ausdruck von diffusen Ängsten und Überforderung, sehen sich aber auch mit manifesten gruppenbezogenen Vorurteilen konfrontiert. Alltagsrassismus sei, so eine Fachkraft, „*eigentlich ein, ich würde sagen, ein tägliches Brot*“ (Int. 6:469). Darüber hinaus berichten alle Mitarbeitenden in den untersuchten (sozial-)pädagogischen Angeboten von rechtsextremer Instrumentalisierung von Konflikten, von Demonstrationen, organisiert von lokalen oder regionalen rechtsextremen Aktivistinnen und Aktivisten und Gruppierungen bzw. Parteien des fremdenfeindlichen, rechtsextremen Spektrums.

In der Bearbeitung dieser Konfliktdimension kommt dem Thema ‚Sicherheitsempfinden‘ wiederkehrend zentrale Bedeutung zu, da Unsicherheitsgefühle an stereotype gruppenbezogene Deutungen

anschlussfähig sind. Im Fokus stehen daher Konfliktthemen wie Angsträume, Vandalismus und Vermüllung, sog. Incivilities, die entlang der Broken-Windows-Theorie (s. hierzu u. a. Hohage 2004) und als eine mögliche Ursache migrationsbezogener Unsicherheitsgefühle und Konflikte gedeutet werden. Konfliktbearbeitung richtet sich daher u. a. auf die Beseitigung dieser Incivilities.

Außer Acht bleibt bei dieser Perspektive, dass die Vorurteilsebene, die sich in vorgetragenen Beschwerden von autochthonen Konfliktparteien mit ausdrückt, hier nicht hinterfragt wird. Stereotype Konfliktbilder wie das der schmutzigen Migrantinnen und Migranten (Nettelblatt 2021, S. 96) oder des „Messermigranten“ (Hestermann/Hoven 2019, S. 129) bleiben unbearbeitet.

Dennoch finden sich in den meisten Interviews auch Hinweise auf dezidiert vorurteilsbezogene Aktivitäten. Fachkräfte treten in Konfliktbearbeitungen mit einer eigenen pluralistisch-demokratischen Haltung auf, positionieren sich situativ gegen kulturalisierende und rassistische Abwertungen und markieren Grenzen der Zusammenarbeit dort, wo Konfliktparteien rassistische Praktiken aufrechterhalten. Außerdem zeigen Fachkräfte deutlich Grenzen des Verhandelbaren auf. So erklärt eine Fachkraft, die mit Konflikten im öffentlichen Raum konfrontiert ist, sie würde immer verdeutlichen, *„dass es nicht um Vertreibung gehen kann, also dass unsere, unsere Aufgabe nie darin bestehen kann, dass man eine Gruppe aus dem öffentlichen (...) Raum entfernt, was natürlich sich viele (...) Anders wünschen“* (Int. 6:1092–1094).

Neben situativen Interventionen werden außerdem in einigen Angeboten systematisch begegnungspädagogische Ansätze integriert. Hintergrund sind kontakttheoretische Überlegungen, denen zufolge sich im interethnischen Kontakt Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile reduzierten. Diese Überlegungen finden ihre Berechtigung in Forschungen zu Intergruppenbeziehungen (Pettigrew 1998), die unter Berücksichtigung spezifischer Bedingungen und Einschränkungen auf die positiven Effekte interethnischer Gruppenkontakte verweisen.

Hieran anknüpfende Aktivitäten schöpfen aus dem Gesamtrepertoire niedrigschwelliger interkultureller Begegnungsansätze. Prominent ist das gemeinsame Speisen, Nachbarschaftsfeste oder interkulturelle Tanz- und Sportveranstaltungen usw. Andere Begegnungsformate sind stärker auf spezifische Konfliktsituationen zugeschnitten. Exemplarisch hierfür stehen Workshops mit (neu-)zugewanderten oder ortsansässigen Menschen,

in denen über Missverständnisse und Unsicherheiten in der interkulturellen Kontaktsituation und über unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse im öffentlichen Raum diskutiert wird oder konfliktgruppenübergreifende Gemeinschaftsaktionen wie die Entrümpelung und Neugestaltung von Gemeinschaftsflächen. Weitere Aktivitäten wiederum zielen auf die Schaffung von Begegnungsorten im nachbarschaftlichen Raum, wobei offenbleibt, inwieweit solche Gemeinschaftsorte tatsächlich auch in die gleichberechtigte Nutzung aller überführt werden, zumal sich, wie eine Fachkraft in Interview 1 zu bedenken gibt, die deutsche Gesellschaft für Migrantinnen und Migranten nicht per se als offene Willkommengesellschaft präsentiert und Rassismus und Ausgrenzung für viele alltägliche Erfahrung ist.

Daher sind auch die im Kontext der Bearbeitung ethnisierter Konflikte eingesetzten Begegnungsaktivitäten generell auf ihre fachliche Rückbindung, Reichweite und Wirkmöglichkeiten hin zu befragen. Zu diskutieren ist außerdem die im Kontext von Konfliktbearbeitung häufig einseitige Zielsetzung, durch Begegnung Vorurteilen bei den Etablierten-Gruppen entgegenzuwirken. Positiv herauszustellen sind daher diejenigen Angebote, die Veränderungsprozesse ‚auf beiden Seiten‘ einleiten möchten. Des Weiteren ist kritisch zu fragen, inwieweit die realisierten Begegnungsformate dem Anspruch interkultureller Pädagogik nach gleichberechtigten Bildungsräumen (Prenzel 2006, S. 27ff.) gerecht werden. Dies gilt insbesondere für Begegnungsformate, in denen zugewanderte Menschen in ihrer Rolle als Neuankömmlinge ‚am Tisch‘ der Ankunftsgesellschaft adressiert werden.

Fazit

Die Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft stellt sich als ein komplexes Themenfeld (sozial-)pädagogischer Arbeit dar. In der qualitativen BloK-Studie der AFS wurde dieses Praxisfeld erstmals in seiner Breite empirisch untersucht und auf Konfliktdeutungen, Zielsetzungen, Ansätze und Vorgehensweisen sowie Herausforderungen und Gelingenbedingungen hin befragt.

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind die Handlungsweisen der untersuchten Praxis in der Konfliktbearbeitung. Rekonstruktiv herausgearbeitet wurden drei unterschiedliche Handlungsmodi der Praxis im Umgang mit lokalen Konflikten in der Migrationsgesellschaft: ein

dialogischer Handlungsmodus, ein auf die Förderung von Konfliktkompetenzen ausgerichteter Modus und ein Modus, in dem aus Sicht der Praxis relevante Konfliktdimensionen bearbeitet werden. Diese Modi wurden entlang verschiedener Kategorien – der Problembeschreibungen, Ziele und Vorgehensweisen – herausgearbeitet und diskutiert. Sichtbar wurde so der multimodale Charakter der Arbeit, die nicht nur die Manifestationen von Konflikteskalation, sondern auch deren Hintergründe, Ursachen und Bedingungen in den Blick nimmt. (Sozial-)pädagogische Konfliktbearbeitung analysiert die jeweils relevanten Problemfacetten und reagiert gegenstandsangemessen mit mehr als nur einer professionellen Antwort auf die Multidimensionalität von Konflikten. Damit stellt sie eine nachhaltige Form der Konfliktbearbeitung dar und erweitert mit ihrem breiten Spektrum aus Bildungs-, Mediations-, Sozialarbeits- und politischen Bildungsmaßnahmen das häufig eher auf sicherheitspolitische Maßnahmen (wie mehr Polizeipräsenz, Kameraüberwachung usw.) fokussierte kommunale Handlungsrepertoire in lokalen Konfliktlagen.

Gemeinsame Klammer aller untersuchten Angebote ist dabei eine allparteiliche Grundorientierung in der Konfliktarbeit, die sich ihrem Problemgegenstand aus einer multiperspektivischen, nicht-anwaltschaftlichen Haltung heraus nähert. Konflikte sollen konstruktiv bearbeitet und die verschiedenen Konfliktinteressen möglichst breit berücksichtigt werden. Damit stellt eine allparteilich orientierte Bearbeitung lokaler Konflikte in der Migrationsgesellschaft einen wichtigen Baustein im Gesamtportfolio kommunaler Auseinandersetzung mit Polarisierung, Konflikt und gruppenbezogenen Vorurteilen dar. Allparteiliche Konfliktbearbeitung zielt wie andere demokratiefördernde und extremismuspräventive Strategien auf die Stärkung bzw. Wiederherstellung eines demokratischen, pluralistischen und gewaltfreien Zusammenlebens. Sie bietet Ansatzpunkte im Umgang mit Konflikten und zunehmend schwerer greifbaren, durch latente Fremdenangst und Unsicherheit geprägte Bevölkerungsgruppen und kann damit eine wertvolle Ergänzung zu etablierten parteilichen Praktiken der Stärkung prodemokratischer zivilgesellschaftlicher Kräfte einerseits und der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Adressatengruppen andererseits sein.

Die Auseinandersetzung mit hintergründigen und ursächlichen Konfliktlinien birgt jedoch die Gefahr, dass ebenfalls relevante Aspekte wie Vorstellungen von Etabliertenvorrechten, Ausgrenzung und Rassismus aus dem Blick geraten. Desintegrationserfahrungen sowie

Partizipationsforderungen auf Seiten der Etablierten sind mitunter auch Argumente und Mobilisierungs- sowie Protestfiguren rechtsextremer Akteure, denen es nicht um den Erhalt und die Verbesserung demokratischer Strukturen, sondern im Gegenteil, um die Sabotage und Destruktion selbiger geht. Somit gilt es immer auch, in Konfliktanalysen kritisch zu überprüfen, wann sich legitime Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Haltungen in den Konfliktsichten mischt.

Die Bearbeitung dieser Wertedimension von Konflikten ist zweifelsohne eine herausforderungsvolle Aufgabe. Eine breite, systematische Beschäftigung mit und Integration von vorurteils- und rassistisbezogenen Ansätzen sowie von lokaler Expertise zu rassistischen und rechtsextremen Phänomenen in der Konfliktbearbeitung könnte daher eine wertvolle Anregung zur Weiterentwicklung der Praxis sein.

Dies setzt allerdings auch die Kooperationsbereitschaft inhaltlich kompetenter Akteure voraus. Allparteilich orientierte Konfliktarbeit stößt jedoch im Themenfeld immer wieder auf normativ begründete Gegenwehr und Ablehnung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure. Dabei braucht sie insbesondere starke partnerschaftliche zivilgesellschaftliche Strukturen und Netzwerke, um Zugänge zu relevanten Konfliktträumen zu erschließen, rassistis- und extremismussensible Perspektiven in ihre Konfliktanalysen zu integrieren und ihre lebensweltlich und sozialräumlich orientierte Arbeit umzusetzen. Hier gilt es, Vorbehalte zu entkräften und Synergien und die Vorteile dieses Ansatzes sichtbar zu machen.

Dazu gehört auch, sich der besonderen Herausforderungen und faktischen Grenzen der allparteilich orientierten Bearbeitung von lokalen Konflikten um Migration zu vergewissern. So stellt die Einbeziehung auch derjenigen Perspektiven, die im hegemonial strukturierten Konfliktdiskurs von Orts- wie auch Gesamtgesellschaft marginalisiert und daher kaum oder gar nicht sichtbar werden, eine zentrale Entwicklungsaufgabe im Arbeitsfeld dar. Hier reproduzieren sich bekannte Probleme in der Ansprache schwer erreichbarer Adressatengruppen. Dies betrifft oft Menschen mit Migrationsgeschichte, aber im Allgemeinen auch viele junge Menschen. Deren Perspektiven werden häufig nur mittelbar über Stakeholder wie Geflüchteteninitiativen, religiöse Communities oder Sozial Einrichtungen eingeholt. Direkte Zugangsbemühungen zu diesen Menschen und ihren Konfliktsichten bleiben häufig ohne Erfolg.

Grenzen in der Arbeit konstituieren sich beispielsweise, wenn illegitime Konfliktforderungen Freiheitsrechte tangieren sowie im Umgang mit Konfliktprofiteuren, die von ihrer Stellung im Konflikt oder von der Handlungsunfähigkeit Anderer individuellen Nutzen ziehen. Hierzu zählen nicht nur, aber auch Rechtsextreme und Fremdenfeinde. Grenzen der Arbeit werden außerdem berührt, wenn Etabliertengruppen sich vermittelnden Prozessen entziehen, weil sie lediglich Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Interessen suchen und keinerlei Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Vorstellungen von Etabliertenvorrechten aufweisen sowie in Konflikten, in denen deutlich rassistische bzw. rechtsextreme Haltungen als zentrale Konfliktperspektive von Beschwerdeführenden erkennbar sind.

In Situationen, in denen Konflikte schließlich gewaltförmige Ausmaße annehmen, u. a. in Form von rassistischen Bedrohungen und Angriffen oder gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Konfliktgruppen, kann Konfliktbearbeitung nur flankierend zu sicherheitspolitischen Maßnahmen sowie zu anderen präventiven, sozialpädagogischen und parteiulich beratenden Angeboten infrage kommen. Konstruktive Konfliktbearbeitung bleibt aber auch in diesen Fällen eine bedeutsame Perspektive in einer ganzheitlich und multidimensional ausgerichteten kommunalen Auseinandersetzung mit Konflikten in der Migrationsgesellschaft.

Referenzen

- Bundeskriminalamt (2017): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2016. Wiesbaden
- Decker, Frank/Brähler, Elmar (2016): Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen „Mitte“-Studien und Fragestellung. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen, S. 11–22
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen, S. 65–116
- Deinet, Ulrich (2002): Der qualitative Blick auf Sozialräume als Lebenswelten. In: Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (Hrsg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen, S. 31–44
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt (Main)
- Hestermann, Thomas/Hoven, Elisa (2019): Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternative für Deutschland (AfD). In: Kriminalpolitische Zeitschrift (KriPoZ), 4. Jg., H. 3, S. 127–139
- Hohage, Christoph (2004): „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht. In: Soziale Probleme, 15. Jg., H. 1, S. 77–95
- Hohnstein, Sally/Paßlack, Jens (2020): Bearbeitung von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Projektbericht 2019. Unveröffentlichtes Manuskript. Deutsches Jugendinstitut. Halle (Saale)
- Klein, Anna/Müller, Michael (2016): Demokratische Mitte oder Bad Civil Society? In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Christina (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn, S. 185–202
- Kreuser, Karl/Robrecht, Thomas/Erpenbeck, John (2012): Konfliktkompetenz. Eine strukturtheoretische Betrachtung. Wiesbaden

- Nettelbladt, Gala (2021): Disrupting Dialogue? The Participatory Urban Governance of Far-Right Contestations in Cottbus. In: *Urban Planning*, 6. Jg., H. 2, S. 91–102
- Pettigrew, Thomas Fraser (1998): Intergroup contact theory. In: *Annual review of psychology*, 49. Jg., S. 65–85
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020): Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30. Jg., H. 3, S. 483–491
- Prenzel, Annedore (2006): *Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik*. 3. Aufl. Wiesbaden
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019): *Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden*. Jena
- Rojzman, Charles (1997): *Der Haß, die Angst und die Demokratie. Einführung in eine Sozialtherapie des Rassismus*. München
- Schemer, Christian/Meltzer, Christine E. (2020): The Impact of Negative Parasocial and Vicarious Contact with Refugees in the Media on Attitudes toward Refugees. In: *Mass Communication and Society*, 23. Jg., H. 2, S. 230–248
- Scherr, Albert/Breit, Helen (2021): Junge Geflüchtete gesellschaftlich integrieren. Konzeptionelle Anforderungen an Unterstützungsmaßnahmen. In: *Sozial Extra*, 45. Jg., H. 1, S. 53–59
- Schönig, Werner (2016): Urbane Kompetenz für die offene Stadt. Zur Rolle der Metakultur in der Migrationsgesellschaft. In: *Migration und Soziale Arbeit*, 38. Jg., H. 2, S. 163–173
- Strauss, Anselm L. (1994): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen Sozialforschung*. München
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet M. (1996): *Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim
- Zick, Andreas (2016): Polarisierung und radikale Abwehr – Fragen an eine gesplante Gesellschaft und Leit motive politischer Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Christina (Hrsg.): *Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn, S. 203–219

„Unsere Kirchen werden geschlossen – und sie bauen Moscheen“. Moscheebaukonflikte und die Schwierigkeiten ihrer Befriedung

Seit Mitte der 1990er-Jahre kam es in zahlreichen Kommunen Deutschlands (wie in anderen westeuropäischen Staaten) zu Konflikten um Moscheebauprojekte, oft nur kurze Episoden mit einem begrenzten Akteurskreis, seit den 2000er-Jahren jedoch häufiger dauerhafte, von größeren Bevölkerungskreisen getragene und teilweise auch organisierte Proteste, die in manchen Fällen bis in die überregionale Öffentlichkeit ausstrahlten. Die Akteure und ihre Motive sind sehr unterschiedlich. Manche sorgen sich um Lärm, Verkehrsbeeinträchtigungen oder um den Wert des Grundstücks. Anderen aber geht es um Grundsätzliches: dass die Kirche nicht von Minaretten überragt oder ihr Geläute vom Muezzinruf übertönt werde, dass hier religiöse ‚Parallelgesellschaften‘ entstehen oder die ‚christlich-abendländische Zivilisation‘ vom Islam ‚überfremdet‘ werden könnten. Wo Konflikte eskalieren, greifen Kräfte unterschiedlichster Provenienz in das lokale Geschehen ein: christliche Fundamentalistinnen und Fundamentalisten und völkische Nationalistinnen und Nationalisten, Verteidiger/innen des christlichen Abendlandes und säkular-menschenrechtlich argumentierende Kritiker/innen der islamischen Organisations- und Staatenwelt. Die Streitfragen reichen von Nachbarschaftsproblemen über die Partizipationsansprüche der lokalen Gemeinschaft bis zu politischen Grundsatzfragen, das Religionsverständnis und die politische Ausrichtung der Gemeinden und Verbände. Insgesamt betrachtet, lässt sich eine Tendenz zu stärkerer Generalisierung der Konfliktthemen beobachten. Der Territorialstreit um den Standort der

Moscheen entwickelt sich zu einem Ordnungskonflikt um die basalen Regeln des Gemeinwesens.¹

In Konflikten dieser Art aber geht es immer ums Ganze. Wer von der Moschee nicht nur sein Wohnambiente, sondern die sittliche Ordnung des Gemeinwesens bedroht fühlt, wird sich Einigungsversuchen durch Interessenabwägung und Kompromisse verweigern. Das erschwert Befriedungsstrategien in der Art der Konfliktteilung, die es erlauben, Grundsätzliches zu umgehen, indem man sich in Teilfragen einigt (Leggewie 2009, S. 122f.). Auch Konfliktlösungen auf der Grundlage eines Ethos der Nachbarschaftlichkeit, wie sie eine Fallanalyse Christoph Hohages (2013) dokumentiert, werden umso schwieriger, wenn normative Ordnungsfragen an Gewicht gewinnen. Patriarchalische Formen der Konfliktregulierung wiederum, unter Ägide eines Bürgermeisters, der als „Hausherr“ seinen muslimischen „Gästen“ ihren Platz in der kommunalen Gemeinschaft zuweist (Hüttermann 2006), dürften heute nur selten noch Akzeptanz finden.

Wie also sind Konflikte dieser Art zu befrieden? Wie lässt sich ihr Drift ins Grundsätzliche vermeiden oder konstruktiv wenden? – Ich gehe diesen Fragen anhand von drei exemplarischen Fallgeschichten nach.²

1 In der Forschung ist dieser Gestaltwandel des Phänomens bisher nur unzureichend berücksichtigt. Das erklärt sich teilweise daraus, dass der Großteil der Fallstudien zwischen den späten 1990er- und den frühen 2000er-Jahren entstanden ist – in einer Zeit also, in der Konflikte dieser Art noch rein lokaler Natur waren. Erst gegen Mitte der 2000er-Jahre wird die beschriebene Generalisierungs- und Ausweitungstendenz deutlicher sichtbar. Damit geriet auch das konflikttheoretische Modell von Etablierte-/Außenseiter-Konflikten (Schmitt 2003; Hüttermann 2006) an eine Grenze. Es verkennt überdies, dass die Konflikte immer mehr die Dimension eines Binnenkonflikts innerhalb der „etablierten“ Gesellschaft angenommen haben. Genauer ist dieses Phänomen in einem institutionentheoretischen Forschungsansatz erfasst, der den Widerspruch zwischen nationalstaatlicher Ordnung und der Institutionalisierung des Islams in den Mittelpunkt stellt (Cesari 2005; Maussen 2005; Bukow 2009). Auf die Frage jedoch, warum diese Entwicklung so konfliktreich verläuft, findet dieser Ansatz, wie Christoph Hohage hervorhebt, nur eine „simplifizierende“ Antwort, indem er die Genese eines Konflikts aus „islamophober“ Konfliktbereitschaft erklärt. Diese Schwäche kennzeichnet auch die diskursanalytische Forschungslinie (Shooman 2014; Biermann 2014). Von diesen Überlegungen ging das Forschungsprojekt aus, das ich gemeinsam mit Kerstin Palloks zwischen 2011 bis 2014 in elf Kommunen am *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) in Bielefeld durchgeführt habe. Es verbindet die Prozessanalyse der Interaktionsverflechtungen mit der Analyse der Konfliktdiskurse und einer hermeneutischen Rekonstruktion der Weltansichten der Akteure.

2 Die ersten beiden Fallgeschichten sind Zusammenfassungen unserer Analysen in Steil/Palloks 2020, S. 29ff. und S. 126ff.

Vom Streit um die Moschee zum Kampf gegen den Islam

In den 2000er-Jahren kam es in einem kleinen Ortsteil am Rande Berlins zu einem Streitfall, der in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich ist: erstens wegen der massiven Polarisierung, die er hervorrief – zunächst zwischen der lokalen Anwohnerschaft und den urban-kosmopolitischen Milieus des großstädtischen Umfeldes, später dann auch innerhalb der lokalen Gemeinschaft. Zweitens aufgrund seiner Dauer: Die Konfliktereignisse erstreckten sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren. Drittens wegen seiner politischen Effekte: Die in einer Bürgerinitiative organisierten Kerne des Protests schlossen sich im Verlauf des Konflikts der Szene einer nationalpopulistischen ‚Islamkritik‘ an und setzten ihren Kampf mit der Gründung einer Partei fort. Was als Protest gegen ein Bauprojekt begonnen hatte, endete im Kampf gegen den ‚weltweiten Islam‘ und das politische Establishment.

Wie kam es zu dieser Entwicklung, die umso erstaunlicher ist, wenn man sich den Charakter dieses kleinen, randständigen und weitgehend dörflichen Ortsteils vergegenwärtigt. Dörflich war auch das Selbstbild eines Großteils seiner Anwohnerschaft.³ Eine Migrationsbevölkerung existierte hier nur rudimentär. Umso unbegreiflicher erschien der Anwohnerschaft, dass die islamische Gemeinschaft der *Abmadiyya Muslim*-Gemeinde gerade hier eine Moschee errichten wollte. Eine Anwohnerin: „*Wir haben es auch nicht verstanden: Wenn weit und breit kein Moslem hier wohnt, weshalb uns hier eine Moschee hingepflanzt wird.*“⁴

Nur wenige Tage nachdem das Gerücht von diesem Bauprojekt die lokale Gemeinschaft in helle Aufregung versetzt hatte, kam es zu einem Eklat, der diesen Konflikt in seine spezifische Verlaufskurve trieb. Eine Bürgerversammlung war derart überfüllt, dass ein großer Teil des Publikums ausgeschlossen werden musste. Die Empörung der Draußenstehenden setzte sich im Innern fort; man skandierte den Slogan der Herbstrevolution 1989: „*Wir sind das Volk!*“. Die Veranstaltung endete im Tumult und wurde von der Polizei abgebrochen.

3 Ganz selbstverständlich sprachen alle, die wir befragt hatten, von dem Ortsteil als einem „Dorf“. Die erste Protestkundgebung gegen das Moscheeprojekt stand unter dem Motto: ‚Moschee im Dörfli, nee!‘

4 Interview Anwohnerin.

Alle Beteiligten sind sich im Rückblick sicher, dass das Scheitern der Bürgerversammlung eine Katastrophe war – umso verheerender, als sich die Geschehnisse vor den Augen der lokalen und überregionalen Presse abspielten. Der Tenor der Berichterstattung war vernichtend: Man sprach von „blindem Volkszorn“⁵, verglich die Vorgänge mit den Gewaltexzessen von Hoyerswerda⁶ und stellte den Einfluss organisierter Rechtsextremisten in den Vordergrund. Mehr noch als die politischen Urteile empören sich (bis heute) große Teile der Anwohnerschaft über das Bild, das die Medien von dem Ortsteil zeichneten, wo man nur Öde, Hässlichkeit und Verwahrlosung sah.⁷

Trotz der verheerenden Resonanz setzten sich die Proteste fort. Eine Bürgerinitiative gründete sich, mobilisierte zu Demonstrationen, reichte zwei Bürgerbegehren ein, die jedoch aus rechtlichen Gründen abgelehnt wurden, sammelte Unterschriften im Großraum der Stadt. In den Medien fand sie ungewöhnliche Aufmerksamkeit. Ihr Sprecher trat in Talkshows großer Sender auf und führte in überregionalen Zeitungen Streitgespräche mit dem Imam der Moscheegemeinde. Teile der CDU solidarisierten sich mit ihrem Anliegen.

So groß die Resonanzen des Protests, so heftig fielen die Gegenreaktionen aus. Deutungsmächtige Akteure aus Politik, Behörden und Wissenschaft stellten die Ziele und die Legitimität des Protests in Frage: Die für das Bauprojekt verantwortlichen Entscheidungsträger im Bezirk erklärten sich zwar grundsätzlich gesprächsbereit, erhoben zugleich aber den Vorwurf, dass die Proteste Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Frage stellen würden. Die politischen Parteien der Stadt sprachen sich gegen die Ziele der Bürgerinitiative aus; nur die CDU blieb in dieser Frage gespalten. Antirassistische Initiativen warfen den Protestierenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor.

5 www.rbbonline.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/migration_integration/blinder_volkszorn.html (eingesehen am 17. 02. 2015).

6 In Hoyerswerda kam es im September 1991 zu gewalttätigen rechtsextremen Übergriffen auf Wohnheime für Geflüchtete und Vertragsarbeiter/innen.

7 Tatsächlich war ein Großteil der Medienberichte nicht frei von Stereotypen aus dem Motivfundus des ‚wilden Ostens‘: Man las von „gammeligen“ Industrieruinen und Brachgeländen (Der SPIEGEL vom 14.04.2006), verwahrlosten Männern in „landesüblichen Jogginghosen“ (Jungle World, 05.04.2006), „Damen im Gestepten“ mit „Gräfin-Dönhoff-Lookalike“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.04.2006). Die mediale Konstruktion des Konflikts wird ausführlich analysiert in Steil/Pallos 2020, S.70ff.

So polarisierte sich der Konflikt immer mehr, bis alle Beteiligten ihn nur noch im binären Muster von ‚Befürwortern‘ und ‚Gegnern‘ der Moschee wahrnehmen konnten. Je erbitterter der Streit wurde, desto mehr setzten sich wechselseitige Anschuldigungen durch. Der Konflikt trieb in eine Bezeichnungsspirale, an der nun alle Versöhnungsversuche scheiterten. In zahlreichen Veranstaltungen bemühten sich Moderatorinnen und Moderatoren zweier Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Persönlichkeiten aus Kirche und Politik um die Befriedung des Streits. Auch ein Teil der Anwohnerschaft versuchte dies mit der Gründung einer ‚Toleranzinitiative‘, die zwar das Bauprojekt nicht befürwortete, aber zu religiöser Toleranz aufrufen wollte. Von den Gegnern des Projekts wurde dies aber als Verrat wahrgenommen, was die Spaltung der lokalen Gemeinschaft zementierte.

Angesichts der absehbaren Niederlage vollzog der aktive Kern des Moscheeprotests eine Metamorphose seiner Ziele, Strategie und Deutungsmuster. Ursprünglich hatte der Protest ja kein anderes Ziel als die Verhinderung des Bauprojekts am Standort. Je mehr der Streit aber eskalierte, desto stärker entfremdete sich der Protest von der Welt der legitimen Politik. Im Zuge dieser Entwicklung generalisierten sich die Deutungsmuster des Konflikts. Ein Territorialstreit verwandelte sich in einen Kampf gegen den ‚weltweiten Islam‘ und die politischen und kulturellen Eliten des Landes. Damit ging ein Wandel des Selbstbildes einher, den man als ‚Selbstvergrößerung‘ beschreiben kann.⁸ Die lokale Protestwelt imaginierte sich nun als Avantgarde des ‚Volkes‘: Der Ruf „*Wir sind das Volk*“, bei der gescheiterten Bürgerversammlung noch die Ausdrucksform eines momentanen Affekts, wurde nun zur politischen Bekenntnisformel. Die aktiven Kerne des Protests drifteten in das Fahrwasser einer nationalpopulistischen ‚Islamkritik‘.

*

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Wie kam es zu einer Eskalation dieses Ausmaßes? Und warum scheiterten alle Befriedungsversuche?

Erstens waren die Ausgangsbedingungen des Konflikts für eine Einigung denkbar ungünstig. Die *Ahmadiyya*-Gemeinde war im Ortsteil

8 Ich greife hier auf Luc Boltanskis Analyse von Bezeichnungskonflikten zurück (Boltanski 1990).

ohne jede Verankerung in gewachsenen Nachbarschaften oder lokalen Netzwerken. Sie traf zudem auf eine lokale Gemeinschaft, in der weitgehend ungebrochen ein kommunitärer Lokalismus herrschte, eine Wertordnung, die sich auf den Vorrang der Alteingesessenen gegenüber den Neulingen, der Tradition gegenüber allem Neuen, des Vertrauten gegenüber dem Unvertrauten gründet.⁹

Zweitens wurde der Konflikt durch sozialräumliche Entgrenzung, die Intervention lokal externer Kräfte, noch verschärft. Den kosmopolitischen Milieus einer großstädtischen Metropole wurde diese dörfliche Enklave zum Symbol verhasster Vergangenheitsrelikte, das ihren Widerstand provozierte. An den Frontlinien heftiger Deutungskämpfe trafen damit Gegner von maximaler habitueller Distanz aufeinander, was die Kommunikationsweise wechselseitiger Bezichtigung begünstigte.

Dazu trug ebenso die frühe und umfassende Medialisierung des Konflikts bei. Von Anfang an begleiteten die großen Medien die Geschehnisse in Schrift und Bild und konfrontierten den lokalen Protest mit dem Urteil der öffentlichen Meinung. Die überwiegend skandalisierende Berichterstattung war nicht immer frei von latenten Stigmatisierungen, was die Eskalationsdynamik noch verschärfte: Die öffentlich Bezichtigten griffen ihrerseits zur Waffe der Gegenbezichtigung. Der Konflikt gewann damit eine neue Dimension, die eines allseitigen Kampfs ums ‚Image‘.¹⁰ Er wurde mit den Waffen wechselseitiger Stigmatisierung geführt und kostete alle Beteiligten den Preis tiefer persönlicher Kränkungen.

Auch die zahlreichen Befriedungsversuche konnten dem Eskalationsdrift keinen Einhalt gebieten. Sie scheiterten aber nicht nur an der denkbar ungünstigen Bedingungskonstellation, sondern auch an ihren inneren Widersprüchen. So unterbreiteten die Verantwortlichen im Bezirk zwar den ‚besorgten Bürgern‘ des Ortsteils ein Gesprächsangebot, doch schlossen sie deren organisierte Interessenvertretung, eine Bürgerinitiative, davon kategorisch aus. Sie setzten auf eine Strategie der Entpolitisierung, indem sie eigene Entscheidungsspielräume bestritten und unter Verweis auf die Rechtslage dem Protest jegliche Legitimität absprachen.

9 Die Sinnstruktur dieser Weltsicht wird analysiert in Steil/Palloks 2020, S. 179ff.

10 Das ‚Image‘ einer Person ist zu verstehen als ihr „in Termini sozial anerkannter Eigenschaften umschriebenes Selbstbild“ (Goffman 1986, S. 10).

Die Delegitimierung des Protests¹¹ hatte freilich einen paradoxen Effekt: Sie nötigte die Protestierenden dazu, ihr Interesse grundsätzlicher zu verstehen und auf dem Generalisierungsniveau von Recht und Gesetz zu begründen. Sie bewirkte damit eben die Politisierung des Protests, die sie verhindern sollte.

Vom Streit zur Einigung

Einen anderen Verlauf, den einer erfolgreichen Konfliktbefriedung, nahm (in den frühen 2010er-Jahren) ein Streitfall in einer mittleren Stadt in einem industriellen Ballungszentrum Westdeutschlands, laut ihrem Bürgermeister, „Zuwanderungsstadt *par excellence*“. Ende des 19. Jahrhunderts kamen polnische Bergarbeiter und ihre Familien, nach dem Zweiten Weltkrieg Flüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien und Siebenbürgen, später griechische und türkische ‚Gastarbeiter‘, in den 1990er-Jahren dann Russlanddeutsche und Flüchtlinge vom Balkan in die Stadt. Alt-eingesessene über viele Generationen hinweg bildeten hier seit Langem schon eine verschwindend kleine Minderheit. Zwar verlief der fortwährende Zustrom diverser Einwanderungsgruppen keineswegs konfliktfrei, doch wuchsen die verschiedenen landsmannschaftlichen Gruppen im Laufe der Zeit zu einer lokalen Gemeinschaft zusammen, in der alle eine gewisse Eigenständigkeit wahren und zugleich ein starkes Zugehörigkeitsgefühl entwickeln konnten. Dies gelang mithilfe eines weitverzweigten Vereinswesens aus Sport-, Kultur- und landsmannschaftlichen Siedlervereinen, Bürgerstiftungen, ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Sie sind eingebunden in eine Konsens- und Kooperationskultur, die getragen ist von einem dicht vernetzten „Geflecht aktiver Bürger“ (Dörner/Vogt 2008, S. 182ff.).

Von all diesen Gruppen, die die Stadtgesellschaft miteinander verschmolzen hatte, blieb eine sozial separiert: die Türkischstämmigen. Obwohl schon seit Jahrzehnten in der Stadt ansässig, trennten sie von außen unsichtbare sozialräumliche Grenzlinien von der städtischen

11 Gleichzeitig versuchte man immer wieder, den Streit durch externe Moderation zu befrieden. Dabei kamen auch zwei Beratungsteams zum Einsatz, deren Bemühungen aber nicht zuletzt daran scheiterten, dass ihr Aufgabenbereich durch das Ziel der Rechtsextremismusbekämpfung definiert war. Ihre Ansprechpartner im Lager des Protests sahen sich dadurch politischer Vorverurteilung ausgesetzt.

Mehrheitsgesellschaft. Man lebte, wie ein Mitglied einer Moscheegemeinde sagte, „*nicht miteinander, sondern gegeneinander*.“¹²

Diese Segregation spiegelt sich auch in der Geschichte des Moscheeprojekts. Eine Gemeinde, in einer unansehnlichen Hinterzimmer-Moschee ansässig, hatte über Jahre hinweg versucht, von der Stadt Unterstützung bei der Grundstückssuche zu finden; aber alle Vorstöße waren an Widerständen aus der Bevölkerung und der Kampagne einer stadtbekanntem Kämpferin gegen die ‚Islamisierung des Abendlandes‘ gescheitert. Während die Stadt immer wieder vor einer Entscheidung zurückschreckte, fühlte sich die Moscheegemeinde hingehalten, wollte aber gegen den Willen der Stadtoberen keine Fakten schaffen. Indessen errichtete eine zweite muslimische Gemeinde der Stadt eine große, repräsentative Moschee, die zwar ohne Widerstand hingenommen wurde, aber als „*Protzbau*“ inmitten bescheidener Bergarbeitersiedlungen latenten Groll in der Stadtgesellschaft hervorrief.

Als sich die Stadt schließlich entschloss, das Bauvorhaben zu unterstützen, war sie sich der prekären Stimmungslage in der Stadtgesellschaft bewusst. Der Tradition einer Konsens- und Kooperationskultur folgend, suchte man daher nach einem Weg, den offenen Konflikt zu vermeiden. Daraus entstand die Idee eines Runden Tisches. Man setzte ein Gremium von ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zusammen, in dessen Mitgliederkreis sich das weitverzweigte Geflecht zivilgesellschaftlicher Assoziationen wiederfinden sollte. Besonderen Wert legte man auf die Präsenz „*kritischer Geister*“, die die Sorgen der Stadtgesellschaft einbringen sollten. Auch die beiden Moscheegemeinden der Stadt gehörten mit ihren Vorstandsmitgliedern dem Gremium an – freilich erst nach Intervention des Gremiumsprechers. Ausgeschlossen aber blieben alle Personen aus politischen Parteien und Stadtverwaltung. Das rief den Protest der national-populistischen Kräfte hervor, die dadurch aus dem Mitgliederkreis ferngehalten waren.

Die politisch Verantwortlichen übertrugen dem Gremium die Aufgabe, in beratender Funktion eine Empfehlung für die Entscheidungsfindung zu erarbeiten. Sie verbanden damit aber noch weiter gesteckte Ziele. Der Runde Tisch sollte nicht nur ein Organ pragmatischer Konfliktbefriedung werden, sondern Modell einer Gemeinde als „*lernende*

12 Interview Moscheegemeinde.

Organisation“¹³. Die nichtmuslimische Mehrheit sollte zu einer Haltung religiöser Toleranz finden, die beiden muslimischen Gemeinden sich „öffnen“ für die Stadtgesellschaft, indem sie ein aktiver Teil ihrer zivilgesellschaftlichen Netzwerke werden. So sollte ein Gemeinwesen entstehen, das sowohl kulturell-religiös differenziert als auch durch vertragliche Übereinkünfte aller seiner Teilgruppen miteinander verbunden ist.¹⁴

Bei der Konstituierung des Gremiums waren erhebliche Probleme zu überwinden. Nur schwer hatten sich genügend Mitglieder finden lassen, sodass solche mit beruflichen Funktionen deutlich stärker vertreten waren als ‚Laien‘. Nicht nur von den Protagonistinnen und Protagonisten der beiden nationalpopulistischen Organisationen, sondern auch von Teilen der Stadtgesellschaft wurde die Mitgliederauswahl kritisiert und die demokratische Legitimität des Gremiums in Zweifel gezogen. Auch die Arbeit des Gremiums verlief keineswegs konfliktfrei. Man diskutierte und stritt zum einen über eher technische Fragen wie Verkehrsprobleme, Lärmbelästigungen, die Lage des Bauplatzes und die Baugestalt, Bedarf und Finanzierung, zum anderen über grundsätzliche Fragen zum Islam und dem politisch-religiösen Selbstverständnis der beiden Moschegemeinden. Zum Beispiel: Warum können sie die bereits existierende Moschee nicht gemeinsam nutzen? Warum schmückt die Gemeinde ihren Gebetsraum mit einer türkischen Nationalflagge? Welches Verständnis von Religion und Politik verbirgt sich dahinter? Warum treten nur Männer als Gemeindevertreter auf? Welche Einstellung hat die Gemeinde also zur Gleichheit der Geschlechter? Und wie steht sie zu politischer Gewalt im Namen der Religion?

Nicht alle Fragen wurden für alle Mitglieder dieses Gremiums zufriedenstellend beantwortet. Dennoch befürwortete der Runde Tisch am Ende – einstimmig – ein konkretes Bauvorhaben. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Besichtigung der bestehenden Hinterzimmer-Moschee: Angesichts der ärmlichen Räumlichkeiten, die man hier sah, trat auch für die Mitglieder, die dem Vorhaben mit Skepsis begegneten, ein ethisches Kriterium in den Vordergrund: das universalistische Prinzip der ‚Würde‘ des religiösen Lebens.

13 Interview Baustadtrat.

14 Dieses Modell orientiert sich an einem Ethos kontraktueller Gegenseitigkeit, einer Wertordnung, die das gesellschaftliche Gemeinwohl als Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten nach der Art vertraglicher Übereinkünfte begreift. (s. Steil/Palloks 2020, S. 239ff.).

Auf der Grundlage dieser Entscheidung befürwortete der Runde Tisch schließlich – einstimmig – das Bauprojekt. Darüber hinaus erarbeitete er einen Vertrag zwischen der Stadt und der Moscheegemeinde, demzufolge diese sich zur ehrenamtlichen Jugendarbeit verpflichtete. Für die Moscheegemeinde bedeutete das ihre Kooptation in die Elite der ‚aktiven Bürger‘. So öffnete der Runde Tisch tatsächlich eine Perspektive zur Überwindung der Segregation, welche die Stadtgesellschaft bis dahin prägte.

Hatten sich Politik und Verwaltung von der Einsetzung des Runden Tisches eine beruhigende Wirkung versprochen, wurden sie zunächst jedoch enttäuscht. Das Vorhaben rief heftige Aufregung in der Stadtgesellschaft hervor; die nationalpopulistischen Organisationen mobilisierten die Anwohnerschaft; der Bürgermeister erhielt zahlreiche Briefe mit Vorwürfen und Anfeindungen. Auch die Mitglieder des Runden Tisches sahen sich Fragen und Vorwürfen ausgesetzt. Als der Abschlussbericht aber verabschiedet war, verebte der Streit nach und nach. Ob das ehrgeizige Ziel, die Stadtgesellschaft als Ganze in eine „lernende Organisation“ zu verwandeln, erreicht wurde, sei dahingestellt; immerhin aber gelang es, den Streit zu befrieden.

*

Das Ergebnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Verlauf dieses Konflikts durchaus offen war. So konnten hier zwei nationalpopulistische Vereinigungen ihre organisatorischen Ressourcen in den Streit einbringen und eine Gefühlslage der Angst in Teilen der Stadtgesellschaft aufgreifen: die Angst vor dem Untergang der überkommenen lebensweltlichen Ordnung, die sich in der häufig zu hörenden Formel artikulierte: ‚Unsere Kirchen werden geschlossen – und sie bauen Moscheen‘.

An solche Ängste appellierten die nationalpopulistischen Kräfte mit einer Politik der Bezichtigung, die einerseits die muslimische Bevölkerung der Stadt und den globalen Islam, andererseits die politischen Eliten attackierte. In diesem Fall jedoch lief sie ins Leere, als sie sich gegen die Mitglieder des Runden Tisches – Personen aus der eigenen Nachbarschaft mit respektablem Ruf und Verankerung im Berufsleben, in Vereinen und Kirchen – wendete. So wirkte der Runde Tisch als intermediäre Institution zwischen Politik und Bürgerschaft, was die Versachlichung der Diskussion begünstigte und provokative Bezichtigungsakte ins Leere laufen ließ.

Dieses Ergebnis könnte dazu verleiten, den Runden Tisch zum Patentrezept zu stilisieren. Dann würde man jedoch die Voraussetzungen, auf denen er beruht, und die Schwierigkeiten verkennen, die seine Umsetzung aufwarf. Zunächst ist zu bedenken, dass der Ansatz in dieser Stadt mit ihrer lokalen Kooperations- und Konsenskultur auf denkbar günstige Voraussetzungen aufbauen konnte. Außerdem waren die Verhandlungspartner/innen für eine Politik der Einigung aufgeschlossen, weil sie einen normativen Hintergrundkonsens teilten, das Ethos kontraktueller Gegenseitigkeit. Auf dieser Grundlage konnte Vertrauen wachsen und eine weitreichende vertragliche Übereinkunft erzielt werden.

Über dieses Ergebnis dürfen die Strukturprobleme eines solchen Gremiums aber nicht übersehen werden: Das erste betrifft die Unschärfe seiner Mitgliedschaftskriterien. Hier geriet der Runde Tisch in einen Widerspruch, der erhebliche Legitimationsprobleme mit sich brachte. Einerseits sollte er Spiegel der Stadtgesellschaft sein und ihre korporativen Gruppen repräsentieren; andererseits wollte man, um eine Einigung nicht zu blockieren, die nationalpopulistischen Kräfte daraus fernhalten. In der Öffentlichkeit ließ sich der Verdacht politischer Vorauswahl daher nicht gänzlich ausräumen.

Das zweite Problem stellte sich aufgrund eines latenten Zielkonflikts. Einerseits sollte das Gremium kollektive Lernprozesse anregen, indem es die politisch-normativen Fragen reflektierte, die sich mit dem Themenkreis Islam und Politik verbinden; andererseits sollte es sich als Organ der Politikberatung bewähren und in einem äußerst knappen Zeitraum eine Entscheidungshilfe erarbeiten. Diese beiden Ziele standen in einem Spannungsverhältnis zueinander: Während der Lernauftrag zur potenziell uferlosen Diskussion über Grundsatzfragen einlud, zwang der Beratungsauftrag zu effizienten Entscheidungsprozessen. Dieses Problem konnte, wie die Beteiligten einräumen, nicht zufriedenstellend gelöst werden.

Religiöse Segregation im multiethnischen Quartier

Ein dritter Fall sei hier vorgestellt, der zwar keiner klaren Verlaufskurve folgt, dessen Problemstruktur aber charakteristisch für multireligiöse Stadtgesellschaften ist. Er ereignete sich in einem Stadtteil am Rande einer großstädtischen Metropole, einem ehemaligen Arbeiterviertel mit sozial durchmischter und multiethnischer Bevölkerung. Die im Vergleich zur Kernstadt günstigen Miet- und Grundstückspreise erklären, warum

hier ungewöhnlich viele Religionsgemeinschaften ihre Gebetsräume eingerichtet hatten – in derselben Straße, einem Mischgebiet aus Gewerbegebiet, Wohnsiedlung und Industriegelände. Darunter waren allein fünf muslimische Vereinigungen mit unterschiedlicher religiöser und landsmannschaftlicher Prägung: eine schiitische und eine marokkanische Moschee, ein „Islamisches Zentrum“, das den *Muslimbrüdern*¹⁵ nahestehen soll, eine Moschee der *Grauen Wölfe*¹⁶, die mangels Alternative die türkischstämmigen Bewohner/innen anzog sowie eine kleine Moschee der *Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs*¹⁷.

Religiöse und ethnische Pluralität war für die Bewohnerschaft des Stadtteils eine selbstverständliche Gegebenheit; keine der (freilich eher unansehnlichen) Moscheen hatte bis dahin irgendwelchen Protest hervorgerufen. Das änderte sich jedoch, als die ultranationalistische Organisation der *Grauen Wölfe* in den zivilgesellschaftlichen Gremien des Stadtteils Fuß zu fassen suchte. Dagegen schloss sich ein breites und politisch buntes Bündnis zu einer „Gemeinsamen Erklärung“¹⁸ zusammen, in der es hieß, dass „nationalistische Gruppen wie die *Grauen Wölfe*“ im Stadtteil „nicht willkommen“ seien – ebenso wie „Rechtspopulisten, Rechtsextreme, Islamhasser und fanatische Islamisten“. Die Erklärung bekannte sich gleichzeitig zu den demokratischen Grundrechten und der religiös-ethnischen Pluralität des Stadtteils.

Die Einigkeit zerfiel jedoch, als *Milli Görüs* den Bau eines großen Gemeindezentrums ankündigte, das die bereits bestehende kleine Moschee erweitern sollte. Der Plan rief in Teilen der Anwohnerschaft Aufregung hervor, die von einer Bürgerinitiative mit einer Neigung zu

15 1928 in Ägypten gegründet, gilt die *Muslimbrüderschaft* als die älteste islamistische Organisation. Zu ihrer Geschichte in Deutschland vgl. Schröter 2019, S. 79ff.

16 Unter diesem Begriff werden die Organisationen der *Ülküc* („Idealisten“) – Bewegung zusammengefasst, die vom Verfassungsschutz als „nationalistisch“, „antisemitisch“ und „rechtsextrem“ eingeschätzt werden. (s. BfV 2020, S. 279).

17 Diese türkischstämmige Vereinigung wurde lange Zeit von den Verfassungsschutzbehörden dem ‚legalistischen Islamismus‘ zugerechnet. Diese Einschätzung wurde von Werner Schiffauer kritisiert. Er bescheinigt ihr eine Entwicklung zu einem Post-Islamismus, der sich mit der demokratischen Verfassungsordnung arrangiert habe (Schiffauer 2010). Susanne Schröter beurteilt solche vermeintlichen Wandlungen dagegen skeptisch und verweist auf antisemitische Äußerungen sowie das traditionalistische Geschlechterkonzept der Vereinigung (Schröter 2019, S. 135ff.) Das *Bundesamt für Verfassungsschutz* kommt in seinem Bericht 2020 zur Einschätzung, dass „Extremismusbezüge der IGMG in den letzten Jahren deutschlandweit – allerdings in regional unterschiedlicher Intensität – schwächer geworden“ seien (BfV 2020, S. 252).

18 Dokument im Besitz des Autors.

nationalpopulistischer ‚Islamkritik‘ ein Echo fand. Aber auch einzelne Persönlichkeiten aus dem Kreis der „Gemeinsamen Erklärung“ bekannten sich als Gegner des Bauprojekts, darunter eine lokale Schlüsselperson, die sich einerseits gegen pauschale Islamfeindlichkeit verwahrte, andererseits heftige Kritik an der Ideologie der Bauherrin (wie auch der meisten anderen muslimischen Gemeinden im Stadtteil) äußerte. Unterstützung fand der Widerstand gegen das Bauprojekt auch bei Mitgliedern ethnisch-religiöser Gruppen, die in ihrer früheren Heimat, der Türkei, Repressalien und politischer Verfolgung ausgesetzt waren (armenische und aramäische Christen, Aleviten). So bildete sich ein ungewöhnliches Bündnis heterogener Kräfte heraus, das wiederum bei anderen Persönlichkeiten aus dem Kreis der zivilgesellschaftlich Engagierten auf vehemente Kritik und den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit traf. So zerfiel das breite Bündnis gegen eine ultranationalistische Gruppierung über die Frage, wie man mit einer religiösen Vereinigung umzugehen habe, deren demokratische Legitimität aufgrund ihrer politischen Ausrichtung in der politischen Öffentlichkeit umstritten ist.

Wie sich diese unübersichtliche Gemengelage weiterhin entwickelt hätte, ist nicht abzusehen. Das Bauprojekt wurde aus nicht ermittelbaren Gründen aufgegeben. Aufschlussreich ist der Fall aber, weil er zwei wesentliche Probleme aufzeigt. Das erste ist das Problem *religiöser Segregation*: Die schon räumlich konzentrierten und von der Stadtgesellschaft separierten Moscheegemeinden grenzen sich als hermetisch geschlossene Gemeinschaften aus den zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus. So war bis dahin noch keine dieser Gemeinden den Angeboten nachgekommen, sich an den kommunalen Gremien zu beteiligen.¹⁹

Das zweite Problem bildet die *prekäre Legitimität* dieser Gemeinden. An demokratischen Maßstäben gemessen, waren sie (von der *Ahmadiyya*-Gemeinschaft abgesehen) begründeten Vorwürfen ausgesetzt: die *Grauen Wölfe* als rechtsextrem-ultranationalistische Bewegung; die schiitische Gemeinde, nachdem ein führendes Mitglied bei einer antisemitischen Demonstration gesichtet wurde; die marokkanische Gemeinde, weil dort über längere Zeit hinweg ein ‚Hassprediger‘ unwidersprochen auftreten

19 Nach Auskunft der Vorsitzenden des Präventionsrates. Eine Ausnahme unter den muslimischen Gemeinden bildet in dieser Hinsicht allerdings die *Ahmadiyya*-Gemeinschaft, deren Engagement in der Stadtteilarbeit vielfach gelobt wurde.

durfte;²⁰ und *Mili Görüs*, weil sie in den Berichten des Verfassungsschutzes kritische Erwähnung findet.

Angesichts dieser unübersichtlichen Gemengelage gerieten die zivilgesellschaftlich Engagierten in ein kognitives, normatives und politisches Dilemma. Kognitiv standen sie vor dem Problem der Identifizierbarkeit: Was ist der wirkliche Charakter dieser Gemeinden? Welche Bestrebungen verfolgen ihre Wortführer? Politisch stellte sich ihnen die Frage des angemessenen Umgangs: Wie soll man sich zu Akteuren mit prekärer Legitimität verhalten – ausgrenzen oder den Dialog suchen? Und normativ war die Frage zu klären, wie sich die Kritik an diesen Gemeinden von nationalpopulistischer Islamfeindschaft unterscheidet?

Aufschlussreich ist an diesem Fall auch, dass diese Fragen nicht mehr zwischen ‚deutscher‘ Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit verhandelt wurden. Bezeichnend ist die Parteinahme von Migrantengruppen, deren Geschichte von Repressalien in muslimisch geprägten Gesellschaften bestimmt ist. Sie beklagen einen Verdrängungsmechanismus, der ihren Erinnerungen an kollektive Leidensgeschichten im Herkunftsland die Relevanz abspricht, indem diese als ‚Ausländer-Ausländer-Problem‘ qualifiziert und externalisiert werden – „*als wäre das ein Streit, der aus der Türkei herkommt*“.²¹ Damit ist ein Problem benannt, das in den Diskussionen um Rassismus und Islamfeindlichkeit oft vergessen wird: dass die migrationsbedingten Konflikte in der Dichotomie von Tätern und Opfern – ‚Islamfeinde‘ versus ‚friedliche Muslime‘ – nicht angemessen repräsentiert sind. Es wirft die Frage auf, wie einerseits die normative Konsistenz demokratischer Maßstäbe zu wahren und andererseits die Segregation muslimischen Lebens zu überwinden ist.

Schlüsselprobleme der Konfliktmoderation

Die skizzierten Fälle stehen exemplarisch für eine unübersichtliche Konfliktlandschaft mit sehr unterschiedlichen Problemstrukturen, Verlaufsbahnen, Akteurs- und Bündniskonstellationen. Sie beleuchten zugleich die Probleme der Konfliktmoderation. Welche Chancen bieten sich ihr und welche Grenzen sind ihr gesetzt? Welche Bedingungen begünstigen

20 Diese Informationen wurden von Mitarbeiterinnen der zuständigen Behörde in Interviews bestätigt.

21 Interview mit einem aramäisch-armenischen Christen.

Konflikteskalationen? Unter welchen Voraussetzungen kann die Befriedung gelingen? Wie können die Lernchancen des Konflikts genutzt werden?

Zwischen Verfahrenslegitimität und politischer Intervention

Moscheebaukonflikte unterscheiden sich von anderen Streitfällen durch eine bereits vorab gegebene Asymmetrie zwischen den Parteien. Denn ihr Ergebnis ist durch die rechtlichen Rahmenbedingungen im Grunde bereits im Vorhinein vorentschieden: Das Recht, eine Moschee zu errichten, ist durch das Grundrecht auf Religionsfreiheit garantiert. Sofern dem keine baurechtlichen Hindernisse entgegenstehen, müssen solche Bauprojekte von den Verwaltungen zwingend genehmigt werden. Das bedeutet, dass Proteste letztlich zum Scheitern verurteilt sind – es sei denn, die Moscheegemeinde schreckt vor politischen Widerständen zurück.

Diese Ausgangslage stellt die politischen Entscheider in den Kommunen vor ein grundsätzliches Problem: Wie verstehen sie ihre eigene Rolle und welche Handlungsspielräume gestehen sie sich zu? Einerseits sind sie an geltendes Recht gebunden, andererseits sehen sie sich mit dem Widerstand der Anwohnerschaft konfrontiert. Sie geraten damit in einen Zielkonflikt zwischen Rechtsbindung und politischem Befriedungsinteresse.

Unsere beiden ersten Fallgeschichten führen uns diametral verschiedene Möglichkeiten vor, mit diesem Problem umzugehen. Im ersten Fall berufen sich Politik und Verwaltung auf die „Legitimität des Verfahrens“ (Luhmann 1983), die korrekte Anwendung der gegebenen Rechtsnormen und Verfahrensvorschriften. Sie folgen dabei der Logik des Baurechts, das Moscheeprojekte als Vorhaben privater Rechtssubjekte behandelt und Entscheidungsspielräume nur zulässt, wenn konkurrierende Rechtsansprüche abzuwägen sind. Aus dieser privatrechtlichen Konfliktdefinition leiten die Verantwortlichen zwei Schlussfolgerungen ab: Erstens präsentieren sie sich als politisch Ohnmächtige, denen die Hände gebunden sind und zweitens sprechen sie dem Protest die politische Legitimität ab.

Die protestierende Anwohnerschaft folgt jedoch einer anderen Logik: Sie verstehen religiöse Bauten als Angelegenheiten von *öffentlichem* Interesse und daher als genuin politische Frage. Schließlich werde der Bau die Gemeinde verändern; man wolle wissen, welche Nachbarn man bekommt und was von ihnen zu erwarten ist. Sie setzen der privatrechtlichen eine kommunitäre Konfliktdefinition entgegen, die ein Widerstandsrecht

politischer Natur begründet. So bleibt ihnen, um ihren Protest zu rechtfertigen, letztlich nur der Weg, die Legitimität des Verfahrens selbst in Frage zu stellen. Daher politisiert sich ihr Protest, indem er sich gegen den Verfahrensablauf und seine Rechtsgrundlage wendet. So hat die Strategie der Depolitisierung zur paradoxen Folge, dass sie ihren Gegner dazu zwingt, das eigene Anliegen auf dem Generalisierungsniveau (verfassungs-) rechtlicher Grundsätze und am Maßstab des Gemeinwohls zu begründen. Dieser Generalisierungsimperativ weist den Protest letztlich auf jenen Weg, der dann zur politischen Entfremdung von der Welt der legitimen Politik führt.

Der zweite Fall zeigt dagegen, dass sich der Zielkonflikt zwischen Rechtsbindung und Befriedigungsinteresse auch auf andere Weise lösen lässt. Das Modell des Runden Tisches konnte erfolgreich sein, weil es nicht nur von taktischem Kalkül geleitet war, sondern ihm ein grundsätzlich anderes Konfliktverständnis zugrunde lag. Seine Initiatoren billigten dem Streitfall kommunitäre Bedeutung und den widerstreitenden Parteien grundsätzlich legitime Ansprüche zu. Ohne die Rechte der Moscheegemeinde in Frage zu stellen, erschlossen sich die Verantwortlichen damit politische Handlungsspielräume. Zunächst griffen sie bereits proaktiv in den Entscheidungsprozess ein, indem sie nicht die Vorlage eines fixierten Bauprojekts abwarteten, sondern sich schon in die Suche nach einem Bauplatz einschalteten. So konnten sie einerseits der Moscheegemeinde nicht nur die Duldung, sondern eine aktive Förderung des Bauprojekts anbieten; andererseits erweiterten sie die politische Agenda, indem sie ihre Unterstützung mit der Forderung nach einer Öffnung der Moscheegemeinde verbanden. So brachten sie wiederum das Interesse der Stadtgesellschaft in den Verhandlungsprozess ein, sodass eine Gegenseitigkeit des Nehmens und Gebens erzielt wurde. Erst diese Überwindung eines administrativ verengten Politikverständnisses machte den Erfolg des Mediationsprojekts möglich.

Von der Bezichtigungs- zur Aushandlungskommunikation

Über den Verlauf eines Konflikts entscheidet meist schon das Agieren der Konfliktparteien in seiner Initialphase. In dieser Zeit beobachtet man eigenartige Interaktionsturbulenzen, eine ‚moral panic‘ mit kollektiven Aufregungswellen. Nicht selten schalten sich dann auch organisierte Kräfte des Nationalpopulismus oder Rechtsextremismus in die

Debatte ein. Je mehr sich die lokale Gemeinschaft in dieser Phase polarisiert, desto stärker setzt sich eine Kommunikationsweise der öffentlichen Bezeichnung durch. Sie äußert sich in Anklagen gegen politische Entscheidungsträger und die Moscheegemeinden. Dies lädt die Beschuldigten zu Gegenbezeichnungen ein: zu Warnungen vor Verfassungsfeindlichkeit und zu Rechtsextremismus- und Rassismuskritiken. So können sich Bezeichnungsspiralen herausbilden und regelrechte ‚Bezeichnungskriege‘ entwickeln.²²

Grundsätzlich gilt: Je mehr Konflikte von Bezeichnungskommunikation dominiert sind, desto mehr verschärfen sie sich. Denn Bezeichnungen zielen immer auf das Image des Gegners, seinen Anspruch auf Respektabilität und Achtung der Person. Sie geben ihm damit der öffentlichen Verachtung preis. Bezeichnungsspiralen führen daher zu wechselseitiger Stigmatisierung – umso mehr und schmerzhafter, wenn der Konflikt eine starke Medialisierung erfährt. Eine weitere Folge: Die Kontrahenten solcher Stigmatisierungskämpfe werden zur stärkeren Generalisierung ihrer Bezeichnungen provoziert. Sie vergrößern schließlich die Dimensionen ihres Kampfes, sodass, wie im ersten Fall, sich der Territorialstreit um die Moschee schließlich zum Kampf gegen den weltweiten Islam erweitert.

Wer die Eskalationstendenzen des Konflikts eindämmen will, sollte daher mit moralischen Bezeichnungen sparsam umgehen. Das schließt Kritik nicht aus, erfordert aber genaue Unterscheidungen zwischen ‚besorgten Bürgern‘ und politischen Kräften, die solche Besorgnisse für sich zu nutzen versuchen. Auch die Rolle der Medien muss bedacht sein: Während die Lokalpresse in der Regel über ein konkretes Verständnis lokaler Besonderheiten verfügt, neigen überregionale Medien zu Pauschalurteilen, die die Situation vor Ort verkennen. Will man den Streit auf die Ebene geregelter Aushandlung führen, sollte er daher weniger im Umweg über die Medien ausgetragen werden. Die lokale Gemeinschaft muss sich vielmehr eine eigene Aushandlungsarena schaffen, wo über die strittigen Fragen diskutiert und verhandelt wird.

22 Luc Boltanski hat in seiner Analyse der Bezeichnungskonflikte diese Generalisierungszwänge und ihre Ursache aufgezeigt. Die Fähigkeit zur Verallgemeinerung der eigenen Interessen entscheidet über den Erfolg von Rechtfertigungskämpfen. Denn: „Der Zugang zum Allgemeinen ist auch ein Privileg, vielleicht das größte“ (Boltanski 1990, S. 356; eigene Übers.).

Zwischen Souveränitätsillusion und Aushandlungskommunikation

Welches Format politischer Arenen ist für die Konfliktbefriedung geeignet? Unter welchen Bedingungen können sie Erfolg haben und welche Risiken bergen sie?

Aus verfassungsrechtlicher Perspektive ist man geneigt, diese Aufgabe den gewählten Vertretungskörperschaften vorzubehalten. Als Organe der Konfliktbefriedung eignen sie sich aber nur bedingt, denn qua Repräsentationsprinzip schließen sie eine direkte Beteiligung der Repräsentierten an der Entscheidungsfindung aus. Die Stimme einer erregten Anwohnerschaft findet in ihrem Vertretungsorgan – wenn überhaupt – nur unter restriktiven Bedingungen Gehör. Wenn die empörte Anwohnerschaft sich aber nicht mehr repräsentiert sieht, setzt sich der Streit in eine lokale Repräsentationskrise um. Nicht selten suchen die politischen Entscheidungsträger daher nach Aushandlungsforen, in denen die Anwohnerschaft direkt zu Wort kommt. Dabei müssen sie eine Wahl zwischen verschiedenen institutionellen Formaten treffen. Wofür sie sich entscheiden, ist von erheblicher Bedeutung für den weiteren Verlauf des Streits. Denn jedes Format weckt bei den Beteiligten spezifische Erwartungen, folgt expliziten oder unausgesprochenen Regeln und birgt eigene Risiken. Falsche Erwartungen oder Regelbrüche produzieren Enttäuschungen und können den Streit noch anheizen.

In den meisten Fällen wählt man Arenen des Formats Bürgerversammlung – Zusammenkünfte also, die allen Mitgliedern des Gemeinwesens offenstehen. Man verspricht sich davon, dass alle Stimmen Gehör finden und im Dialog aller mit allen eine einvernehmliche Lösung gefunden wird. Dabei wird jedoch die innere Widersprüchlichkeit dieses Formats übersehen. Denn der versammelten Bürgerschaft steht eben keine Entscheidungsbefugnis zu. Und die Entscheidungsträger werden ihr erklären müssen, dass sie Recht und Gesetz zu folgen haben. Bürgerversammlungen laufen daher Gefahr, eine Souveränitätsillusion zu nähren, die schwere Enttäuschungen hervorrufen kann.

Eben das geschah bei der gescheiterten Bürgerversammlung im ersten Fall, wo sich noch ein weiteres Problem zeigte. Da der Zugang zu solchen Versammlungen nicht kontrolliert werden kann, sind sie offen für Kräfte, die den Streit schüren wollen. Generell ist zu beobachten, dass Bürgerversammlungen den Streit eher intensivieren als befrieden. Häufiger als zu sachlichen Diskussionen kommt es zu Empörungsbekundungen,

Wutausbrüchen und Beschuldigungen. Die Dynamik von Bürgerversammlungen löst nicht selten jene Bezeichnungsspiralen aus, an denen die Konfliktbefriedung scheitert.

Arenen nach Art des Runden Tisches dagegen schaffen deutlich günstigere Bedingungen für Konfliktmediationen. Als intermediäre Institutionen zwischen Bürgerschaft und Politik, die erklärtermaßen über keine Entscheidungs-, sondern nur über Beratungsbefugnisse verfügen, können sie die Sichtweise und Interessen der lokalen Gemeinschaft zur Sprache bringen und in Aushandlungskommunikation übersetzen. Im kleinen Kreis, im Face-to-Face-Gespräch kann sich Vertrauen bilden und eine Versachlichung der Debatte gelingen, die wiederum in die Stadtgesellschaften ausstrahlen kann. Aber auch dieses Format wirft Probleme auf.

Das erste erwächst aus der impliziten Erwartungsstruktur eines solchen Gremiums. Runde Tische sind auf Einigung programmiert. Sie versuchen, „Lösungen bereits im Vorfeld zu erleichtern“ und „ohne Rechts- und Mehrheitsentscheidungen auszukommen“ (Eckert 1998, S. 329). Sie stehen damit faktisch unter Einigungszwang. Daran schließt sich das zweite Problem an, die Frage der Mitgliedschaftskriterien. Wie soll der Mitgliederkreis zusammengesetzt sein, wenn der Anspruch, einen Spiegel der Stadtgesellschaft zu bilden, glaubwürdig sein soll. Welchem Prinzip gehorcht die Auswahl? Und wie geht man mit den Ansprüchen von Personen und Vereinigungen um, die den Konflikt eher anheizen als schlichten wollen?

Bei dieser Frage ist eine schwierige Balance zu wahren: Die Verhandlungen müssen einerseits die agonalen Kräfte des Konflikts sichtbar werden lassen, sie andererseits dämpfen und in konstruktive Lösungsvorschläge überführen. Das kann nur gelingen, wenn der Mitgliederkreis über Differenzen und Gegensätze hinweg einen normativen Hintergrundkonsens teilt. Das setzt wiederum die gegenseitige Anerkennung aller Beteiligten als demokratisch legitime Akteure voraus.

Diese Voraussetzung ist freilich nicht durchweg gegeben. In solchen Konflikten treten immer auch Akteure auf, deren Legitimität strittig oder auszuschließen ist: nationalpopulistische oder rechtsextremistisch beeinflusste Personen oder Gruppen auf der einen, Moscheegemeinden bzw. muslimische Verbände unter Extremismusverdacht auf der anderen Seite. Konstellationen, in denen alle Beteiligten fraglos die demokratischen Grundwerte teilen, sind wünschenswert, aber nicht selbstverständlich. Das stellt Befriedungsversuche vor schwierige Fragen, die genaue

Unterscheidungen erfordern: Welche Akteure müssen als grundsätzlich illegitim aus dem demokratischen Dialog ausgeschlossen werden? Welche teilen immerhin noch die Minimalbedingungen demokratischer Legitimität? Wo sind noch Anknüpfungspunkte für ein Gespräch zu finden? Wo lohnt sich ein Vertrauensvorschuss? Und wo sitzt man Täuschungsmanövern auf?

All diese Fragen sind unter den widersprüchlichen Gegebenheiten in den Kommunen oft nur in Einzelfallprüfungen zu entscheiden. Angesichts der schwer überschaubaren und äußerst heterogenen Organisationswelt der muslimischen Vereinigungen stellt sich dabei zudem die Schwierigkeit gegenseitiger Fremdheit unter Bedingungen sozialer Segregation. Tage der offenen Moschee allein werden sie nicht überwinden. Dies kann nur in Nahbeziehungen im alltäglichen Kontakt gelingen.

*

(Moscheebau-)Konflikte eröffnen – bei allen Schwierigkeiten – dafür nicht die schlechtesten Chancen. Ihre lokale Situierung platziert die politisch-normativen Ordnungsfragen, welche die nationale Makro-Gemeinschaft umtreiben, in die Mikrosphäre der alltäglichen Lebenswelt, wo sie in Face-to-Face-Kommunikation zu bearbeiten sind. Wo zuvor Indifferenz herrschte, zwingen sie die Beteiligten dazu, in (Nah-)Beziehungen zu treten, einander zu prüfen, Streitfragen auszuhandeln und Gemeinsamkeiten auszuloten. Wenn die Übersetzung des Streits in Aushandlungskommunikation gelingt, lernen die Beteiligten, sich als Verhandlungspartner anzuerkennen. Dann sind einander Fremde zwar noch nicht unbedingt Freunde geworden, aber immerhin doch Personen gleichen Rechts, die einander durch gegenseitige Rechte und Pflichten verbunden sind.

Referenzen

- Biermann, André (2014): Das diskursive Verschwinden der Religionsfreiheit: Der Moscheebau zu Köln-Ehrenfeld im Spiegel der politischen Kultur. Wiesbaden
- Boltanski, Luc (1990): *L'amour et la justice comme compétences. Trois essais de l'action*. Paris
- Bukow, Wolf Dietrich (2009): Verständigung über ein religiös-pluralistisches Zusammenleben am Beispiel des Moscheebaus an Rhein und Ruhr. In: Tanner, Mathias/ Müller, Felix/ Mathwig, Frank/ Lienemann, Wolfgang (Hrsg.): *Streit um das Minarett. Zusammenleben in der religiös pluralistischen Gesellschaft*. Zürich, S. 189–223
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin
- Cesari, Jocelyn (2005): *Mosques in French Cities. Towards the End of a Conflict?* In: *Journal of Migration and Ethnic Studies* Jg. 31. H. 6, S. 1025–1043
- Eckert, Roland (1998): Gewalt und die Chancen friedlicher Konfliktregulierung. In: Eckert, Roland (Hrsg.): *Wiederkehr des ‚Volksgeistes‘? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung*. Opladen, S. 313–337
- Hohage, Christoph (2013): *Moscheekonflikte. Wie überzeugungsbasierte Koalitionen lokale Integrationspolitik bestimmen können*. Wiesbaden
- Hüttermann, Jörg (2006): *Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole*. Weinheim/München
- Leggewie, Claus (2009): Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann. In: Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*. München, S. 117–218
- Luhmann, Niklas (1983): *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt (Main)
- Maussen, Marcel (2005): *Making Muslim Presence Meaningful. Studies on Islam and Mosques in Western Europe*. ASSR Working Paper 05/03. Amsterdam
- Schiffauer, Werner (2010): *Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs*. Frankfurt (Main)
- Schmitt, Thomas (2003): *Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung*. Flensburg
- Schröter, Susanne (2019): *Politischer Islam. Stresstest für Deutschland*, 2. Aufl. München

Shooman, Yasemin (2014): „weil ihre Kultur so ist“ – Narrative des anti-muslimischen Rassismus. Bielefeld

Steil, Armin/ Palloks, Kerstin (2020): Religiöse Fremdheit im lokalen Konflikt. Moscheebaukonflikte zwischen moral panic und Islamfeindschaft. Weinheim/Basel

Lokale Öffentlichkeiten als Räume des Konfliktaustrags

In Zeiten verstärkter Zuwanderung kommt es in Deutschland immer wieder zu Konflikten. Diese entzündeten sich an der stärker wahrnehmbaren Migrationsrealität, finden ihren Ausdruck insbesondere auf lokaler Ebene und stellen lokale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Über die Triebfedern hinter diesen Konflikten wurde in den vergangenen Jahren ausführlich debattiert. Während einige vorrangig sozioökonomische Erklärungsansätze bemühen, sehen andere in kulturellen Aspekten das wesentlichere gesellschaftliche Mobilisierungs- und Polarisierungspotenzial (vgl. Mullis/Zschocke 2019). Ebenso erfährt die Rolle von individuellen und kollektiven Emotionen für diese Konflikte zunehmende Aufmerksamkeit (vgl. Budnik 2021). Bisherige Arbeiten zeigen, dass die Konflikte in einem komplexen Gefüge vielfältiger Faktoren aufkommen und erst unter Berücksichtigung dieser zu verstehen sind. Doch auch wenn die Konfliktkonstellationen und -verläufe durchaus lokal spezifisch sind, sieht die Reaktion auf sich abzeichnende Konflikte an vielen Orten ähnlich aus: Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen suchen das anlass- und gegenstandsbezogene Gespräch und initiieren Dialogveranstaltungen. Diese sind häufig großformatig angelegt und zielen auf eine Versachlichung und Beruhigung der Debatte (vgl. Hetze 2020), um so einer Polarisierung entgegenzuwirken. Allein es zeigt sich, dass sie regelmäßig ihr Ziel verfehlen, wenn nicht gar das Gegenteil bewirken (vgl. Hedtke 2021). Beispielsweise haben Heike Radvan und Michael Raab eindrücklich herausgearbeitet, wie solche Dialogveranstaltungen u. a. zur Legitimation und Akzeptanz völkisch-nationalistischer Einstellungen sowie zu extrem rechtem Agenda Setting beitragen können (Radvan/Raab 2020).

Dieser Fokus auf den Dialog bzw. das Gespräch kommt nicht von ungefähr. Nicht nur, dass der gesellschaftliche Dialog als Fundament der deliberativen Demokratie angesehen wird (vgl. Landwehr 2012), auch Kommunikationswissenschaften (vgl. Klaus 2017), Zivilgesellschaftsforschung (vgl. Grande 2018), Politik und letztlich auch die Zivilgesellschaft

selbst legen große Hoffnungen in diese Formen ‚kleinerer‘ Öffentlichkeiten. Unter Öffentlichkeit verstehen wir in Anlehnung an Elisabeth Klaus einen fortlaufenden Selbstverständigungsprozess, „indem sich Mitglieder einer Gesellschaft darüber verständigen, wie sie leben wollen“ (2017, S. 22). So werden in verschiedenen Öffentlichkeiten u. a. gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktionen verhandelt, die Relevanz von Themen herausgearbeitet, Regeln und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestätigt oder modifiziert sowie die politische, ökonomische und juristische Verfasstheit der Gesellschaft diskutiert und legitimiert (ebd.).

Klaus (2017) unterscheidet in ihrem Drei-Ebenen-Modell einfache, mittlere und komplexe Ebenen der Öffentlichkeit. Auf der einfachen Ebene tauschen sich individuelle Akteur:innen untereinander aus. Dies kann bei alltäglichen Zusammentreffen, z. B. im Bus oder im Urlaub passieren. Der interpersonelle Austausch von Erfahrungen und widerstreitenden Positionen erfolgt aufgrund persönlicher Beziehungen. Auf der mittleren Ebene sind soziale Gruppen und Gruppenbeziehungen konstitutiv. Hier werden gesellschaftsrelevante Themen gebündelt und von der einfachen auf die komplexe Ebene transferiert. Typische Beispiele sind Vereine und Protestbewegungen. Auf der komplexen Ebene agieren vielfältige Organisationsbeziehungen wie Parlamente, Parteien, Wirtschafts- und massenmediale Organisationen. Diese selektieren und verbreiten Themen im öffentlichen Diskurs und haben Einfluss auf die öffentliche Entscheidungsfindung (ebd., S. 23f.). Der uns in diesem Beitrag besonders interessierenden mittleren Ebene schreibt Klaus eine Übersetzungsfunktion zwischen einfachen und komplexen Öffentlichkeiten zu, also eine zentrale Rolle in dem gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess. Gleichwohl ist anzunehmen, dass dieser Prozess kein demokratischer Selbstläufer ist. So wird in der Zivilgesellschaftsforschung auch von Möglichkeiten der „uncivil civil society“ (Chambers/Kopstein 2001) oder der „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ (Lenhardt/Roth 2017) gesprochen, die „keineswegs in Gänze gewalt- oder herrschaftsfrei oder auf Toleranz und Verständigung“ ausgerichtet sind und „zivilgesellschaftlichen Normen ambivalent gegenüberstehen, sie offensiv bekämpfen oder durch Exklusivität in Frage stellen“ (ebd., S. 621).

In zwei verschiedenen Forschungsprojekten¹ haben wir uns mit Städten, in denen es im Zusammenhang mit Migration zu Konflikten und gesellschaftlicher Polarisierung kam, mit unterschiedlichen Formen der mittleren Ebene von Öffentlichkeiten beschäftigt. In diesem Beitrag nutzen wir empirisches Material aus diesen zwei sehr unterschiedlichen Kontexten. Dabei wollen wir die beiden Fallstudien nicht im Sinne eines strukturierten Vergleichs in Verbindung bringen. Stattdessen möchten wir uns, von den empirischen Befunden ausgehend, auf die Lehren fokussieren, die wir in Bezug auf unterschiedliche Formen der Öffentlichkeit und der Gestaltung von Dialogformaten aus diesen beiden Untersuchungen ziehen konnten. Zum besseren Verständnis zeichnen wir zunächst anhand der ersten Fallstudie Probleme gängiger großformatiger Dialogformate in Konfliktsituationen nach. Hierbei werfen wir einen Blick auf einen stark polarisierenden Konflikt, der sich vor dem Hintergrund steigender Fluchtzuwanderung Anfang der 1990er-Jahre in einer hessischen Kleinstadt ereignete. Zivilgesellschaft und Kommune reagierten hier mit zwei großen Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Anschließend arbeiten wir auf Grundlage empirischen Materials aus einem zweiten stark anwendungsorientierten Forschungsprojekt Erfahrungen und Anregungen für die Ausgestaltung von lokalen Begegnungs- und Dialogformaten heraus, die zu der erhofften Selbstverständigung beitragen können. Dazu betrachten wir eine, in Folge gestiegener Zuwanderung seit 2015 ebenfalls stark polarisierte und konfliktreiche Stadtgesellschaft in einer sächsischen Mittelstadt. In dieser haben wir gesellschaftliche Aushandlungsräume analysiert, die zwar ebenfalls auf der mittleren Ebene von Öffentlichkeit angesiedelt sind, jedoch nicht explizit zum Konflikt austrag initiiert wurden, wie beispielsweise Vereine und Initiativen. Diese setzen sich – bewusst oder nebenbei – mit existierenden Konflikten innerhalb der Stadtgesellschaft auseinander, da diese quasi als sog. ‚Elefant im Raum‘ nicht zu ignorieren sind.

Beide Arenen des Konfliktaustrags sind in der Begrifflichkeit von Klaus mittlere Öffentlichkeiten. Die letztgenannten – also Vereine und Initiativen – werden in der internationalen humangeografischen Literatur als

1 Siehe www.migrachance.de und www.migrachance.de/konflikte-im-ehrenamt. Die diesem Bericht zugrunde liegenden Vorhaben wurden aus Mitteln des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* (Förderkennzeichen 01UM1817AY) und durch den Freistaat Sachsen im Rahmen der Richtlinie ‚Integrative Maßnahmen‘ gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor:innen.

Mikro-Öffentlichkeiten („micropublics“) bezeichnet. Gemeint sind hier längerfristig bestehende Gruppen mit einer überschaubaren Anzahl von Mitgliedern, die sich zu einem gemeinsamen Zweck zusammenfinden und regelmäßig im Austausch sind (u. a. Amin 2002, Sandercock 2003, Valentine 2008). Amin etablierte den Begriff, um Orte des alltäglichen Zusammenlebens zu beschreiben, in denen ethnische Unterschiede in multikulturellen Nachbarschaften überwunden werden: „The constitution of such micropublics, and the terms of engagement within them, are seen to be crucial for reconciling and overcoming ethnic cultural differences“ (Amin 2002, S. 959f.). Demnach müsse man lokale Räume der gegenseitigen Abhängigkeit schaffen, um interkulturelles Verständnis und so einen sozialen Zusammenhalt „with diversity“ zu entwickeln (ebd.). Valentine versteht Mikro-Öffentlichkeiten in Anlehnung an Amin als „(...) sites of purposeful organized group activity where people from different backgrounds are brought together in ways that provide them with the opportunity to break out of fixed patterns of interaction and learn new ways of being and relating“ (Valentine 2008, S. 331).

Methodisch stützt sich das erste Beispiel auf eine Dokumentenanalyse von öffentlichem und privatem Archivmaterial² zu einem etwa 25 Jahre zurückliegenden Ereignis, kombiniert mit 35 leitfadengestützten Zeitzeugen-Interviews (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014) im Zeitraum 2018 bis 2020. Die Interviews und Dokumente analysierten wir softwaregestützt und orientiert an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2002) und rekonstruierten so den Verlauf, Dynamik und Akteur:innen des Konfliktes (Fisher u. a. 2020). Das zweite, aktuelle Beispiel stützt sich auf 13 ebenfalls leitfadengestützte Interviews mit Vertreter:innen von Initiativen und Vereinen. Die Interviews wurden pandemiebedingt online geführt (Juni 2020 bis Mai 2021), transkribiert und anschließend mittels Objektiver Hermeneutik interpretiert (Wernet 2021).

Konfliktträchtige Bürgerversammlungen

Anfang der 1990er-Jahre kam es zu einem hitzigen und polarisierenden Konflikt³ in einer hessischen Kleinstadt. Anlass dafür war das damalige

2 Das Material bestand aus etwa 240 Zeitungsartikeln, 125 Leserbriefen, zahlreichen Verwaltungsdokumenten sowie persönlichen Briefen und Notizen.

3 Für eine ausführliche Darstellung des Konfliktes siehe Budnik u. a. (2020).

Vorhaben der syrisch-orthodoxen Gemeinde⁴ eine eigene Kirche mit Gemeindezentrum zu errichten. Nachdem die Gemeinde erfolglos versucht hatte, einen innerstädtischen Standort zu finden, erwarb sie mit Unterstützung der Stadt ein landwirtschaftlich genutztes Grundstück etwas außerhalb der Stadt. Ebenfalls mit Unterstützung der Stadtverwaltung, insbesondere des Bauamtsleiters, wurden die notwendigen Gutachten und Genehmigungen eingeholt. Bis auf eine Änderung des Bebauungsplanes schien dem Bauvorhaben nichts mehr im Wege zu stehen, zumindest bis zu dem Moment, als das Vorhaben in den verschiedenen nicht-öffentlichen Ausschüssen und der öffentlich tagenden Stadtversammlung diskutiert wurde. Hier regte sich, für die Gemeinde und deren Unterstützer:innen unerwartet, deutlicher Widerstand und es wurde eine Information der städtischen Bevölkerung über das Vorhaben gefordert. Nach einer hitzigen Debatte im Stadtparlament wurde auch in der Lokalpresse über das Vorhaben berichtet, es wurde zum polarisierenden Thema in der Stadt.

Versuch klärender Gespräche

Als erstes ergriff die lokale evangelische Kirche die Initiative und organisierte im Rahmen eines bereits bestehenden Netzwerkes, dem sogenannten ‚Internationalen Runden Tisch‘, eine Versammlung im evangelischen Gemeindehaus, um über das Vorhaben, die Hintergründe und die syr.-orth. Gemeinde zu informieren. Ein Pfarrer äußerte, er wolle dazu beitragen, dass *„die fremdenfeindliche Stimmung in [der Stadt] abgebaut wird“* (HNA⁵, 09.02.1996) und habe die Hoffnung, dass das Gespräch zum *„gegenseitigen Verständnis und Aufweichen der Fronten beiträgt“* (ebd.). Eine Hoffnung, die sich nicht erfüllen sollte. Zu Beginn wurden durch den moderierenden evangelischen Pfarrer Regeln für die Veranstaltung benannt und Objektivität in der Diskussion angemahnt. Im Laufe der Versammlung kam es allerdings zu emotionalen Debatten. Schnell wurde

4 Die syrisch-orthodoxe (in Folge: syr.-orth.) Kirche ist eine selbstständige orientalisch-orthodoxe christliche Kirche. Die Mitglieder der Gemeinde kamen größtenteils aus dem türkisch-syrischen Grenzgebiet und sind seit Anfang der 1960er-Jahre zunächst im Rahmen von Arbeits- und später Fluchtzwanderung in die Stadt gekommen. Zur Zeit der Konfliktmanifestation hatten viele Gemeinemitglieder bereits die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

5 Hessische/Niedersächsische Allgemeine Zeitung; für eine ausführliche Quellenangabe siehe Budnik u. a. (2020).

deutlich, dass in diesem Konflikt mehr verhandelt wurde als nur das Vorhaben der syr.-orth. Gemeinde. Es ging um den Anteil nicht-deutscher Bevölkerung, erwartete weitere Zuwanderung, Zugehörigkeit im Allgemeinen, die Veränderung lokaler Identität, um Assimilationsforderungen sowie um die Sorge vor der Errichtung einer Moschee in der Kleinstadt.

Während und nach der Veranstaltung kam es zu gegenseitigen verbalen Verletzungen und Vorwürfen, bis hin zu NS-Vergleichen sowie zu einer deutlichen Abwehr solcher Analogien. Von den Gegner:innen wurde dem Moderator vorgeworfen, „*polemisch, emotional belastet und undifferenziert*“ (HNA, 01.03.1996) gehandelt und mit einem „*unbeherrschten emotionalen Ausbruch*“ (ebd.) die Veranstaltung negativ beeinflusst zu haben. Außerdem hätte diese einem „*Tribunal gegen die ‚Verweigerer‘*“ (Heimatsnachrichten 28.02.1996) geglichen. Es kam im Nachgang zu Bedrohungen, in Folge derer der Pfarrer von seinem Vorsitz des ‚Internationalen Runden Tisches‘ zurücktrat. Beide Seiten, also Befürworter:innen und Gegner:innen des Vorhabens, forderten in den folgenden Wochen die „*Rückkehr zu angemessenem Stil*“ (HNA, 09.03.1996) in der Debatte. Das Vorhaben wurde nun zunehmend bekannt und öffentlich diskutiert: „*Kein Thema sorgt (...) zur Zeit für mehr Aufregung*“ (HNA, 27.02.1996). Es erschienen zahlreiche Artikel und Leser:innenbriefe in den Lokalzeitungen. Die Polarisierung vor Ort weitete sich aus.

Einen Monat später veranstaltete die Stadt zusammen mit der syr.-orth. Gemeinde und dem Architekten des geplanten Kirchenbaus mit Gemeindezentrum schließlich eine offizielle und öffentliche Informationsveranstaltung. Auch diese war stark besucht und der Saal im lokalen Gasthof überfüllt. Es nahmen etwa 500 bis 800 Personen an der Veranstaltung teil, das waren etwa 10 % der damaligen Bevölkerung der Kernstadt. Ziel der Veranstaltung war die öffentliche Information über das Bauvorhaben. Dennoch wurden erneut viele andere Themen adressiert. Auch wenn von Befürworter:innen betont wurde, die „*Ausländerprobleme*“ (HNA, 28.03.1996) hätten nichts mit dem Vorhaben zu tun, dominierten Fragen von internationaler Zuwanderung, Zugehörigkeit und Identität erneut die Diskussion, die wieder von gegenseitigen Verletzungen geprägt war. Während die Befürworter:innen auf den christlichen Glauben der syr.-orth. Gemeinde sowie die deutsche Staatsbürgerschaft vieler Gemeindemitglieder verwiesen, stellten die Gegner:innen die Zugehörigkeit von Zugewanderten auf Grund eines deutschen Passes

in Abrede und die *Freie Wählergemeinschaft* (FWG)⁶ fragte, was „*dem deutschen Bürger noch zugemutet werden*“ solle (Frankfurter Rundschau, 28.03.1996). Die Stimmung war aufgeheizt, die Befürworter:innen wurden mit „*Aufhören*“-Rufen unterbrochen, die Gegner:innen erhielten Beifall. Ein Zeitungsbericht stellte die Situation als „*von Anfang an mehrheitlich gegen das [syr.-orth. Gemeinde-]Zentrum*“ dar (HNA, 26.03.1996). Eine Interviewpartnerin beschrieb die Veranstaltung als „*destruktiv*“ und berichtete rückblickend von einem „*Gefühl des Entsetzens*“ und der „*Ohnmacht*“ (I1.1, Sozialarbeiterin, 2020, Z. 222–224). Die Emotionalität der Veranstaltung dokumentiert auch folgender Ausschnitt aus einem Leser:innenbrief:

„Als junger Mensch standen mir an diesem Abend die Tränen in den Augen. Befürworter des Gemeindezentrums wurden ausgebuht, ja, man fiel ihnen sogar ins Wort. Tobenden Applaus, mir lief es kalt de[n] Rücken runter, ernteten die Beiträge die das Gemeindezentrum vehement ablehnten. Ein Blick in die Gesichter um mich herum offenbarte eine solche Wut, einen solchen Zorn, wie ich es noch nie erlebt habe. Ich hätte nicht gedacht, daß heute noch Menschen so voller Fanatismus und Intoleranz stecken können“ (HNA, 29.03.1996).

Auch auf diese Veranstaltung folgten im Stadtgespräch und im Privaten Beschimpfungen, Bedrohungen und gegenseitige Vorwürfe. Es folgten Forderungen nach mehr Sachlichkeit sowie eine Steigerung öffentlicher Berichterstattung und Aufmerksamkeit, inzwischen auch über die Region hinaus. Im Zuge dieser Aufmerksamkeitsspirale positionierten sich immer mehr Akteur:innen, inzwischen auch bundesweit, im Konflikt. Das Vorhaben wurde ein weiteres Mal im Stadtparlament diskutiert, zurückgestellt und über mehrere Monate unter Ausschluss der Öffentlichkeit im kleinen Rahmen verhandelt. Unterdessen ging die öffentliche Aufmerksamkeit nach und nach zurück. Die nicht-öffentlichen Verhandlungen scheiterten und das geplante Vorhaben wurde neun Monate nach dem öffentlichen Bekanntwerden im Stadtparlament endgültig abgelehnt – zumindest an dem geplanten Standort. Die Beteiligten zogen sich aus der öffentlichen Debatte zurück. Es ist anzunehmen, dass in kleineren

6 Die FWG existierte bereits vor dem Konflikt und wurde angeführt von einem ehemaligen NPD-Mitglied. Sie positionierte sich u. a. in Reden und Zeitungsannoncen völkisch-nationalistisch, weshalb sich der Kreisverband von ihr distanzierte.

und weniger öffentlichen Räumen eine weitere Verständigung stattfand, doch ist dies nicht dokumentiert. Ein Jahr später präsentierten Bürgermeister und syr.-orth. Gemeinde ein alternatives Vorhaben, nämlich den Umbau eines leerstehenden innerstädtischen Gebäudes, als eine Lösung, mit der „*alle auch zufrieden*“ sind (I1.2, ehem. Bürgermeister, 2018, Z. 677). Eine öffentliche Debatte fand fortan nicht mehr statt.

Scheitern des Gespräches – Was war geschehen?

Doch zurück zu den Versammlungen. Was war geschehen? Nachdem in den Gremien der Widerstand gegen das Vorhaben bekannt und das Thema nun auch in der breiten Bevölkerung diskutiert wurde, suchten zunächst Unterstützer:innen der Gemeinde und bald darauf auch die Stadtverwaltung das Gespräch mit der Stadtgesellschaft, auch, um zu informieren und ein gegenseitiges Verständnis herzustellen. Diese Ziele wurden jedoch kaum erreicht. Stattdessen kam es zu emotionalen Debatten, die bei Vielen wohl eher zu einer Verhärtung, denn einer Annäherung geführt hatten. Zum besseren Verständnis lohnt sich daher ein genauerer Blick auf Organisation und Struktur dieser Veranstaltungen.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltungen zeigte sich, dass es sich um ein polarisierendes Thema handelte, wie sich auch der damalige Stadtverordnetenvorsteher erinnert: „*Die Diskussion in [der Stadt] überall war ja dann, an jedem Biertisch und überall wurde das diskutiert*“ (I1.3, ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher, 2019, Z. 372f.). Heute wissen wir, dass zu diesem Zeitpunkt nicht vorhandene und falsche Informationen in der Debatte eine große Rolle spielten, weshalb die Durchführung einer Informationsveranstaltung durchaus nahelag. Ein späterer Bürgermeister beschreibt die Ausgangssituation rückblickend jedoch von vornherein als aussichtslos:

„(...) das Kind, das war dann in den Brunnen gefallen, damals in der ganzen Geschichte, man hätte das dann vielleicht aussetzen müssen, irgendwie und sagen müssen, nee das wird jetzt zu heiß, zieht mal alles zurück und haltet mal die Bälle flach, dann hätte man als Bürgermeister mit denen geredet, das ist jetzt ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt, wir können das jetzt nicht durchdrücken, sondern zurück, Storno, auf Null und dann irgendwann mal nach 'nem Jahr nochmal neu“ (I1.4, ehem. Bürgermeister, 2019, Z. 371ff.).

Der Kirchenbau war also ein Thema, das viele Stadtbewohner:innen mobilisierte. Die rege Teilnahme führte dazu, dass auf beengtem Raum viele Menschen zusammenkamen, die bereits eine Haltung in dem Konflikt und Emotionalität mitbrachten. Die Mehrheit der Teilnehmenden lehnte den Kirchenbau ab. Konträr zu der von den befürwortenden Organisator:innen angestrebten Verständigung waren ihre Ziele die Artikulation der Ablehnung, die Mitbestimmung und die Verhinderung des Vorhabens, das zum Symbol für weitere Zuwanderung und die umkämpfte Frage der Zugehörigkeit geworden war. Es gab folglich bei dieser Veranstaltung kein gemeinsames Ziel der Beteiligten und auch keine Suche danach. Gleichzeitig gab es keinen Rahmen, in dem die Motive und Einstellungen der Gegner:innen hätten thematisiert werden können.

Weil somit ein Zueinanderfinden auf der Sachebene kaum möglich war, wurden, trotz der einführenden Aufforderung des Moderators zu Sachlichkeit und Themenbezug, schon bald die Themen auf andere Bereiche ausgeweitet. Bei diesen Versammlungen handelte es sich zudem um öffentlichkeitswirksame Bühnen im Kampf um Deutungshoheit, weshalb beide Seiten moralisierende Narrationen und Inszenierungen nutzten, um die eigene Position zu stärken. Da durch Moralisationen und das Adressieren von übergeordneten Werten die Positionen auch mit der eigenen Identität verbunden wurden, etwa der christlichen Identität auf der einen und der geäußerten Angst vor Überfremdung auf der anderen Seite, ist anzunehmen, dass auch das Gefühl individueller Betroffenheit intensiviert wurde (vgl. Hetze 2020, S. 147f.). Es ist davon auszugehen, dass dies zu einer größeren Bereitschaft beitrug, in der Auseinandersetzung weitere Ressourcen zu mobilisieren. Man begegnete sich zunehmend als Gegner:innen, was sich auch in lautstarken Störungen, gegenseitiger Ablehnung, Frust und Zorn widerspiegelte. Zudem ermöglichte dieser Rahmen den Kontakt mit Gleichgesinnten und trug somit vermutlich auch zur Bestätigung, Selbstvergewisserung, Konsolidierung eigener Haltung und Wirksamkeitserfahrung bei.

Als weiterhin konfliktverschärfend ist die Interaktionsordnung (Hetze 2020) dieser Versammlungen anzusehen. Das mehrheitlich dem Vorhaben abgeneigte Publikum saß den befürwortenden Veranstaltenden frontal gegenüber. Am Rande standen dichtgedrängt weitere Personen – eine Anordnung, die die bereits aufgeheizte Stimmung und das fundamentale Gegenüber möglicherweise noch verstärkte – mit entsprechenden

Folgen für die Intensität der Auseinandersetzung. Die Versammlungen wirkten somit als Katalysator im Konflikt. Die Folge war eine Polarisierungsspirale.

Konfliktaustrag in Initiativen und Vereinen

Szenenwechsel. Eine sächsische Mittelstadt in der Lausitz. Ebenso wie das vorherige Beispiel machte die Stadt im Jahr 2016 überregionale Schlagzeilen als Hotspot der Ablehnung von Zuwanderung. Damals kam es zu einer Schlägerei zwischen 80 vorwiegend rechtsextremen Deutschen und 20 Asylsuchenden, die von Teilen der Presse als Hetzjagd betitelt wurde. 2019 eskalierte unter dem Motto ‚Zurück zur Sachlichkeit‘ ein als Dialogveranstaltung geplanter Abend. Im Zentrum stand eine aus Hessen zugezogene junge Frau, die überregional über rassistische Zustände in der Stadt berichtete und als vermeintliche Nestbeschmutzerin zur Zielscheibe öffentlicher Entrüstung wurde (Rietzschel 2019). Man wolle in der Stadt keine hessischen Zustände – und spielte damit auf den in Hessen und anderen westdeutschen Bundesländern inzwischen selbstverständlich gewordenen hohen Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund an.

Natürlich ist die Situation nicht mit der in der hessischen Kleinstadt Mitte der 1990er-Jahre vergleichbar und ein Vergleich ist auch nicht unser Ziel. Das Hauptinteresse galt hier weniger den großen Dialogveranstaltungen, sondern vielmehr den oben beschriebenen Mikro-Öffentlichkeiten. Wir wollten verstehen, ob sie einen Beitrag zum Zusammenhalt über soziale und politische Grenzen hinweg leisten können – und wenn ja, wie genau. Wir befragten daher ein breites Spektrum bürgerschaftlicher Organisationen, von losen Netzwerken zur Förderung des politischen Dialogs, über Stadtteilinitiativen zur Verbesserung des Lebensumfeldes bis hin zu Sportvereinen, die sich aus Mitgliedern mit verschiedenen politischen und ideologischen Ansichten, kulturellen, sozialen und ökonomischen Hintergründen zusammensetzen.

Alle interviewten Vertreter:innen dieser Gruppen nahmen die Stadtgesellschaft als gespalten oder polarisiert wahr und empfanden diese Polarisierung als persönliche Belastung. Einige berichteten davon, dass die Polarisierung einen starken Einfluss auf die Dynamiken innerhalb der eigenen Gruppe hatte, was teilweise bereits zu internen Konflikten führte. Es wurde von einer zunehmenden Verhärtung der Fronten innerhalb der Stadtgesellschaft berichtet: *„(...) wer sich hier nicht positioniert*

der wird einfach von den Anderen in irgendeine Ecke gedrückt, bzw. man traut sich überhaupt nicht mehr seine Meinung zu sagen“ (I2.1, Sportverein, 2020, Abs. 149). Eine (Konflikt-)Aushandlung scheint unter diesen Voraussetzungen kaum mehr möglich.

Unser Interesse richtete sich deshalb darauf, wie es heterogenen Mikro-Öffentlichkeiten trotz der Polarisierung und der Lagerbildung gelingt, im Gespräch zu bleiben und dabei mit den Differenzen umzugehen, ohne dass die Gruppe zerreißt. Nachfolgend möchten wir zunächst zeigen, welche Aspekte von Mikro-Öffentlichkeiten einen Gruppenzusammenhalt ermöglichen können und anschließend, wie Mikro-Öffentlichkeiten strukturiert sein müssten, damit sie weiterhin Aushandlungsprozesse ermöglichen.

Gemeinsame Ziele wirken verbindend

Eine zentrale theoretische Annahme zu Mikro-Öffentlichkeiten ist, dass gemeinsame Ziele und Interessen Bindungskräfte zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern entwickeln und politische und soziale Differenzen überwinden können. Dies bestätigte sich auch in unseren Interviews. Wie kraftvoll die Bindungskraft gemeinsamer Ziele selbst in bereits konflikthaften Situationen sein kann, zeigt das Zitat einer führenden Persönlichkeit aus einer Stadtteilinitiative. Ihre *„vormals guten Nachbarschaftsverhältnisse“* empfand sie aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zur Zuwanderungspolitik ab 2015 zunehmend als gespalten:

„Ich war sehr unglücklich, dass die Leute sich nicht mehr unterhalten haben, es gab keinen Schwatz mehr auf der Straße, es war nur noch Missmut und schieß Merkel und die ganzen Flüchtlinge (...)“ (I2.2, Nachbarschaftsinitiative, 2020, Abs. 31).

Zusammen mit ausgewählten Mitstreiter:innen rief sie daraufhin gezielt eine Quartiersinitiative ins Leben, durch die ihres Erachtens das nachbarschaftliche Klima wesentlich verbessert werden konnte:

„Also wir haben uns (...) dann gesagt, wie kann man das machen, wie schweißt man sich zusammen? Wir schweißen uns zusammen über Projekte. Also erstens Umfeld verbessern (...) und das zweite große Projekt ist [ein öffentliches Gesprächsformat]. Dazu haben wir jetzt ein drittes seit drei Jahren, das ist das Weihnachtssingen“ (ebd., Abs. 31).

Die gemeinsamen Ziele resultieren oftmals aus eigener Betroffenheit und haben so einen Bezug zur Lebenswelt der Engagierten, indem sie sich etwa für die Gestaltung und Entwicklung ihrer Nachbarschaft einsetzen. Das Engagement stellt somit einen persönlichen Mehrwert für sie dar, wie etwa die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und das Tätigsein in der Gemeinschaft. Weiterhin wurden die Beständigkeit und die stetige Motivation der Gruppe als verbindende Faktoren hervorgehoben. Beständigkeit kann durch gemeinsame Routinen hergestellt werden:

„Also wir machen schon eine Zusammenkunft der Ehrenamtlichen regelmäßig, sagen wir mal so alle zwei Monate. Wo alle eingeladen sind auch zu kommen. Wo das diskutiert wird, was in der Zeit passiert ist, (...) wo man auch immer wieder diskutieren kann, in welche Richtung wollen wir eigentlich denken und gehen“ (I2.3, Religiöse Initiative, 2021, Abs. 58).

Als weiteren Faktor für die Beständigkeit der Gruppe wurden Führungsfiguren genannt, die Gruppenmitglieder immer wieder motivieren.

Wir vermuten, dass regelmäßige Treffen nicht nur die Gruppe zusammen, sondern darüber hinaus auch das Gespräch zwischen den verschiedenen Lagern der Stadtgesellschaft am Laufen halten. Diese Mikro-Öffentlichkeiten bilden somit ‚Interessensgemeinschaften‘, in denen die Bindungskräfte gegenüber den Fliehkräften der Polarisierung überwiegen.

Klare Regeln ermöglichen Aushandlungen

In den Gesprächen wurde außerdem deutlich, dass von allen anerkannte Regeln dazu beitragen, die Gruppe zusammenzuhalten, indem sie das Verhalten im Konfliktfall strukturieren. Diese bieten eine normative Orientierung und definieren die Umgangsnormen der Gruppe untereinander. Im Feld fanden wir zwei Arten von Regularien. In einigen Gruppen etablierte sich durch implizite Regeln eine spezifische Kultur des gegenseitigen Umgangs, durch die ‚alle wissen, wie man sich hier verhält‘. Diese Regeln werden oftmals durch Multiplikator:innen und Führungspersonen innerhalb der Gruppe vorgelebt und weitergegeben. Explizite Regeln finden sich dagegen in Form von Satzungen und anderen festgeschriebenen Regularien, wie etwa gemeinsam erarbeiteten Leitlinien und Umgangsnormen oder – wie auf dem Sportfeld – in Form von Spielregeln. So wird jedem einzelnen Mitglied ein sicherer Rahmen geboten.

Regeln wirken im Sinne von Claus Offe vertrauensbildend, indem sie ein erwartbares Handeln des Gegenübers sicherstellen (vgl. Offe 2001, S. 249). Sie bieten den Vorteil, dass im Konfliktfall auf sie verwiesen und zurückgegriffen werden kann:

„Ich hab‘ dann irgendwann die Satzung ganz groß gedruckt und die auch ausgehängen. (...) die Satzung war dann mein innerlicher Rettungsanker. Was machst du hier und wozu bist du hier verpflichtet“ (I2.4, Sozialer Verein, 2020, Abs. 59).

Im Feld beobachteten wir drei verschiedene Strategien, um die Legitimation und Einhaltung dieser expliziten und impliziten Regeln durchzusetzen. Einerseits durch die Akzeptanz der Regeln von allen Mitgliedern und andererseits über anerkannte Hierarchien, wie etwa die Trainerin, den Vorstand oder andere Autoritäten. Alternativ können klare und transparente Entscheidungswege Einhaltung und Sicherheit erzeugen, auch ohne Hierarchien: „(...), dass man auch darüber spricht, wie das alles gehandhabt wird, welche Entscheidungsprozesse oder wie die Entscheidungsprozesse ablaufen“ (I2.5, Nachbarschaftsinitiative, 2020, Abs. 129). Wichtig ist, dass man sich auf die Wirkung der Regeln verlassen kann, dass das Verhalten der Anderen im Konfliktfall erwartbar wird. Durch verbindliche Rahmenbedingungen im gegenseitigen Umgang wird, unserer Ansicht nach, die Basis dafür gelegt, dass die Mitglieder trotz ihrer Verschiedenheit in einen gegenseitigen und auch diskursiven Austausch kommen können, der unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven zulässt, und sich dennoch alle gehört und angenommen, zumindest nicht übergangen oder unfair behandelt fühlen.

Soziale Integration braucht das Zusammenwirken mehrerer Ebenen

Neben den gemeinsamen Zielen und den klaren Regeln, die die soziale Integration in heterogenen Gruppen aufrechterhalten können, zeigte unsere Analyse, dass Mikro-Öffentlichkeiten zudem auf eine Art strukturiert sind, die Aushandlungen auch in Konfliktfällen ermöglichen können. Wir beobachteten hierbei drei unterschiedliche Ebenen der Interaktion, die im Zusammenspiel den Zusammenhalt fördern.

Erstens eine anlass- und vorhabenbezogene Ebene, gleichzusetzen mit einer Art Hauptbühne. Auf dieser kommt die gesamte Gruppe zur Zusammenarbeit an einem verbindenden gemeinsamen Ziel zusammen.

Dies kann je nach Art der Gruppe ein Plenum, eine Vereinssitzung, aber auch ein Fußballfeld sein. In der Regel sind dort alle Mitglieder gleichzeitig anwesend; sie ist der Ort, an dem der Zweck der Gruppe verfolgt wird. Die Mitglieder sind dort in einer bestimmten Rolle (an die bestimmte Interessen und Positionen gebunden sind), die sie vertreten wollen bzw. müssen. Dadurch fällt es ihnen im Konfliktfall gegebenenfalls schwer von ihren Positionen abzurücken. Die Aushandlung von Differenzen auf dieser ‚öffentlichen‘ Hauptbühne stellt eine potenzielle Belastung für die einzelnen Mitglieder dar. Dort müssen sie sich eventuell für ihre Positionen rechtfertigen und machen sich dadurch angreifbar: *„Weil es eben auch an die Substanz geht. Wer so öffentlich also sich auch sehr offen positioniert“* (I2.4, Sozialer Verein, 2020, Abs. 57). Dieser Ebene ist ein hohes Konfliktpotenzial inhärent, da dort widersprüchliche Interessen und Ansichten aufeinandertreffen. Um das Konfliktpotenzial einzuhängen, ist die anlass- und vorhabenbezogene Ebene stark reguliert. Die Regularien liegen, wie oben beschrieben, oft in Form von expliziten, klaren Regeln vor und bieten somit ein hohes Maß an Sicherheit für die einzelnen Mitglieder.

Die zweite Ebene ist eine Art Begegnungsebene, die Raum und Gelegenheit für den persönlichen Austausch bietet. Auf ihr begegnet sich in der Regel ebenfalls die gesamte Gruppe bzw. große Teile von ihr und findet ihren Ausdruck in geselligen Treffen, etwa zu organisierten Vereinsausflügen, beim gemeinsamen Abendausklang nach dem Plenum, oder auch beim Austausch in der Umkleidekabine. Die Gesprächsschwerpunkte verlagern sich von der gemeinsamen Arbeit hin zu privaten Themen. Auf dieser Ebene können die Beteiligten Abstand von ihrer Rolle und zugeschriebenen Positionen nehmen und Fronten können sich öffnen:

„Jeder bringt mal eine Flasche Wein mit oder ich gebe ein Bier aus oder einen Sekt. Es ist ungefähr, sag mal, 80 % wird gearbeitet und 20 % wird getratscht. Das ist ganz wichtig, über alles Mögliche zu reden und dann sind die verschiedenen Positionen gar nicht mehr verschieden, da man im Grunde genommen sich ja versteht“ (I2.2, Nachbarschaftsinitiative, 2020, Abs. 79).

Es liegt nahe, dass auf dieser zweiten Ebene durch das Kennenlernen der persönlichen Biografien und Geschichten das Vertrauen zwischen den Mitgliedern gestärkt wird, wie auch eine Gesprächspartnerin bestätigt:

„(...) warum das dort gelingt, wahrscheinlich wenn diese ganze Thematik plötzlich ein Gesicht bekommt und eine Geschichte bekommt (...). Dann kann ich mein eigenes Denken überwinden, weil ich eben eine Geschichte dahinter habe und sehe“ (I2.6, Quartierstreffpunkt, 2021, Abs. 41.).

Wir vermuten, dass auf dieser Begegnungsebene das stattfinden kann, was Gill Valentine „meaningful contact“ nennt, eine Begegnung, die Nähe und Gemeinsamkeit zwischen den Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen herstellen kann. Hier sieht sie die eigentliche integrative Kraft von Mikro-Öffentlichkeiten (Valentine 2008). Damit meint sie „[a] contact that actually changes values and translates beyond the specifics of the individual moment into a more general positive respect for – rather than merely tolerance of – others“ (Valentine 2008, S. 325). Ein weiteres Interviewzitat verdeutlicht, dass die Begegnungsebene das Potenzial hat, selbst polarisierten Positionen einzelner Mitglieder entgegenzuwirken:

„Was aber weitergetragen hat, war, dass die Leute waren mit zu Weihnachten, mit zu Geburtstagsfeiern, die Geflüchteten waren mit bei den Geburtstagsfeiern zu Hause und natürlich kamen andere aus anderen Bereichen der Stadt mit dazu und haben sich dort auch mit denen begegnet. Teilweise Leute, die also bekannt sind dafür, dass sie eine ganz andere Haltung haben. Und bisher sehr ablehnend waren“ (I2.3, Religiöse Gemeinde, 2021, Abs. 22).

Auch auf dieser Ebene, in der man sich immer noch in der Gemeinschaft befindet, wirken gesellschaftliche Umgangsregeln. Sie wirken dort allerdings eher implizit, etwa in Form von gemeinsamen Werten und Normen. Durch die weniger stark regulierte, aber noch vorhandene Sicherheit kann unseres Erachtens ein Raum geschaffen werden, um die ‚Sprachlosigkeit‘ der Polarisierung zu überwinden.

Drittens scheint die Entlastungs- und Reflexionsebene eine wesentliche Rolle in den Mikro-Öffentlichkeiten zu spielen. Meist sind dies Rückzugsorte, um von konflikthaftern Momenten Abstand zu nehmen. Dorthin begibt man sich mit einzelnen Vertrauenspersonen oder in kleinen Gruppen, um sich emotional von dem Aushandlungsprozess zu entlasten: *„Dass man sagen kann, mir geht das zu weit, ich will das jetzt nicht. Und was es dann wieder stärkt, [wenn] man sich einfach mal aufgehoben fühlt“* (I2.4, Sozialer Verein, 2020, Abs. 57). Dies kann etwa innerhalb von Raucherpausen, auf dem gemeinsamen Weg zum Auto oder zur Toilette

passieren. Diese Ebene ist schwach reguliert. Umgangsregeln können zum Teil außer Acht gelassen werden. Um ‚Dampf abzulassen‘, wird dort in Kauf genommen, dass polarisierende Positionen geäußert werden, ohne dass es zum Nachteil ausgelegt wird. Wir vermuten, dass durch die emotionale Entlastung auch eine Reflexion der eigenen Positionen erleichtert wird, da durch das ‚Frust ablassen‘ zunächst ein emotionaler Abstand zum Konfliktgeschehen möglich wird. Auch der räumliche Abstand zur ‚Konfliktarena‘ begünstigt unseres Erachtens, alte Positionen zu überdenken, ohne ‚öffentlich‘ die eigene Rolle aufzugeben bzw. das Gesicht zu verlieren:

„Also, wenn’s kritisch wird, gehen meistens die Raucherinnen wieder runter (...) und dann war das Problem eigentlich weg (...). Dann auch die Streitfähigkeit, dass man sagt ‚ich stehe jetzt zu meiner Meinung, aber (...) ich bin auch dazu bereit nochmal einen Schritt zurückzugehen und das dann einzusehen“ (I2.7, Sozialer Verein, 2020, Abs. 112).

In unserer Untersuchung beschrieben gerade diejenigen Gruppen, die auf allen drei Ebenen (Anlass, Begegnung und Entlastung) agierten, den stärksten Zusammenhalt untereinander und waren gleichzeitig zufriedener mit dem Umgang mit Konflikten innerhalb der Gruppe. Demnach scheint das Zusammenspiel aller drei Ebenen ein Erfolgsfaktor für erfolgreiches Aushandeln verschiedener Positionen zu sein.

Was lernen wir daraus für mittlere Öffentlichkeiten?

Wie die Darstellungen aus den beiden Forschungsprojekten gezeigt haben, gibt es auch auf der mittleren Ebene von Öffentlichkeiten deutliche Unterschiede in ihrer jeweiligen Ausprägung. Mit Blick auf die dargestellten Formen – große initiierte Dialogveranstaltungen und gewachsene Mikro-Öffentlichkeiten – fragen wir uns, was wir aus beiden Fällen für die Ausgestaltung von Aushandlungsräumen lernen können, um Dialogveranstaltungen so zu konzipieren, dass sie den notwendigen stabilen Rahmen, die Sicherheit und den Freiraum für offenen Dialog gewährleisten können (vgl. Seliger 2020, S. 116).

Die großformatigen Versammlungen weisen schon in ihrer Grundkonzeption einige Fallstricke auf. Allein durch ihre Größe sind „mehr Meinungen, Bedürfnisse, Gefühle, Erfahrungen usw.“ anwesend, „die

ausgesprochen werden wollen“ (Oboth/Seils 2008, S. 33). Doch durch die große Menge an Teilnehmenden wird eine Face-to-Face-Kommunikation und somit die „persönliche Begegnung als Basis eines nicht nur rationalen, sondern vor allem auch emotionalen und werte-orientierten Dialogs“ (Wenzel/Boeser 2019, S. 2) erschwert, wenn nicht gar verhindert. Dies trägt unseres Erachtens dazu bei, dass die Beteiligten sich nur noch in der Opposition und als Vertreter:innen einer bestimmten Position begegnen, jedoch nicht mehr als Individuen mit komplexen Motiven, gegebenenfalls auch mit eigenen Unsicherheiten. Stattdessen entwickelt sich eine Dynamik, sich gegenseitig überzeugen zu wollen und die Aushandlung zu ‚gewinnen‘, was eine destruktive Emotionalität der Versammlung fördert. Ein gemeinsames Ziel der Veranstaltenden und der unterschiedlichen Beteiligten gibt es nicht oder nur selten, und mögliche Gemeinsamkeiten treten in den Hintergrund. Dies gilt insbesondere dann, wenn von den Veranstaltenden und der Moderation die Regeln nicht transparent gemacht und durchgesetzt werden. Die Veranstaltung wird zur Bühne, geprägt von Inszenierungen, und eine Verständigung oder Vermittlung wird deutlich erschwert. Durch die Emotionalisierung und die Konfrontation können Polarisierung und Lagerbildung noch weiter verschärft werden.

Auch wenn Mikro-Öffentlichkeiten nicht per se Garanten für Vermittlung sind, hat sich gezeigt, dass sie im Gegensatz zu großformatigen Veranstaltungen bestimmte Eigenschaften aufweisen, die für eine Aushandlung förderlich sein können. So wurde deutlich, dass ein gemeinsames verbindendes Ziel der Beteiligten in Mikro-Öffentlichkeiten zum Zusammenhalt und zur Aushandlungsbereitschaft beitragen kann. Dies kann und sollte durchaus auch in großformatigen Versammlungen berücksichtigt werden, denn es ist nicht per se problematisch, dass es unterschiedliche Positionen in der Stadtgesellschaft gibt, solange die Beteiligten noch ein gemeinsames Interesse vor Augen haben. Während dieses in Mikro-Öffentlichkeiten von vornherein gegeben ist, ist es in großformatigen und initiierten, oft einmaligen Veranstaltungen erst herauszuarbeiten bzw. durch eine Moderation in den Vordergrund zu stellen. Die Moderation als „Anwalt der Komplexität“ (Seliger 2020, S. 114) sollte aufzeigen, was das (gemeinsame) Ziel und auch die Möglichkeiten der Zusammenkunft sind. Geht es um Information, Austausch oder gar Entscheidungen? Wie läuft der Dialog- und Entscheidungsfindungsprozess ab? Des Weiteren ist deutlich zu machen, was die Regeln des gemeinsamen Umgangs sind und

es ist auf deren Einhaltung zu achten (vgl. Radvan/Raab 2020). Während in kleineren Öffentlichkeiten explizite und auch implizite Regeln weitgehend bekannt sind, ist dies in größeren Öffentlichkeiten nicht so klar.

Neben einer klaren, allparteilichen und strukturgebenden Moderation, die zuvor nicht Teil der Konfliktsituation war, bietet sich mit Blick auf die Mikro-Öffentlichkeiten an, die innere Struktur der großformatigen Veranstaltungen grundsätzlich aufzubrechen und sich an den drei verschiedenen Ebenen (anlassbezogene Ebene, Begegnungs- sowie Entlastungs- und Reflexionsebene) zu orientieren. Gerade die Begegnungsebene sowie die Entlastungs- und Reflexionsebene sind offenbar das Zünglein an der Waage für die Dynamik, die sich in einer konflikthafter Situation entwickelt. Diese haben aber in großformatigen Veranstaltungen oft gar keinen Platz. Der Anruf der Sachlichkeit markiert dies deutlich. Beispielsweise braucht es neben der ‚Hauptbühne‘ auch die Nebenschauplätze analog zur ‚Umkleidekabine‘ oder zum Gespräch beim Glas Wein nach der Vereinssitzung, in der die Beteiligten sich ohne größere Öffentlichkeit auch persönlich begegnen können. Ebenso kann analog zur Rauchpause, die hitzige Debatten in der großen Runde einer Initiative unterbricht, für Dialogveranstaltungen ein Rahmen geschaffen werden, der ein ‚Dampf-ablassen‘ unter Vertrauten und ohne breiteres Publikum ermöglicht. Auch bei großformatigen Veranstaltungen können kleinere Gesprächsrunden stattfinden, in denen der für Dialog notwendige sicherere und zugleich offene Rahmen einfacher zu halten ist.⁷ Dies ermöglicht eine persönlichere Begegnung, die Vertrauen schaffen und dazu beitragen kann, die anderen Konfliktbeteiligten und ihre Motive zu hören und zu verstehen und sich selbst mit den eigenen Motiven wahrgenommen zu fühlen. Erst so wird es für alle Beteiligten verständlicher, was passiert und was in den Konflikt hineinspielt. Denn aus unserer Forschung wissen wir, dass in Konfliktkonstellationen unterschiedlichste Faktoren zusammenwirken und sich an einem Gegenstand entladen können (u. a. Budnik u. a. 2020). Es braucht also auch Gespräch über die anderen Konflikte, die auf der großen und gegenstandsbezogenen Bühne keinen Platz haben.

Eine zentrale Stärke der Mikro-Öffentlichkeiten stellt allerdings die kontinuierliche Begegnung dar. Auch wenn verschiedene der oben genannten Aspekte in der Konzeption berücksichtigt werden, können

7 Ein Überblick über Dialogformate zur Prävention, Diskussion und Deeskalation findet sich bei Hetze (2020).

herbeigerufene Dialogveranstaltungen diese Kontinuität und Langfristigkeit nicht bieten. Sie werden daher immer eine Art Feuerwehrpolitik bleiben, die an die hintergründigen Themen, Emotionen und Motive nicht ausreichend herankommen wird. Vielmehr braucht es daher auch eine kontinuierliche Stärkung kleinerer Begegnungsräume. Gleichwohl können auch diese zu vieldiskutierten Echokammern⁸ gegenseitiger Bestätigung werden, denn Begegnung heißt nicht gleich Aushandlung und Aushandlung heißt im Ergebnis nicht notwendigerweise demokratische Fortentwicklung.

Fazit

Wir haben ein Thema aufgegriffen, das im Zuge von lokalen Auseinandersetzungen um Zuwanderung in der Stadt- und Migrationsforschung zunehmend Aufmerksamkeit erfährt. Hier wiederholen sich Erfahrungen mit scheiternden oder sogar eskalierenden Dialogveranstaltungen, die sich vornehmen, eine Debatte zu versachlichen, de facto aber zu Emotionalisierung und Polarisierung beitragen. Und dass, obwohl diese Veranstaltungen auch zur mittleren Ebene der Öffentlichkeiten (Klaus 2017) zählen, der eine Übersetzungsfunktion zwischen einfachen bzw. persönlichen und komplexen Öffentlichkeiten und damit eine integrierende und vermittelnde Wirkung zugeschrieben wird. Doch damit sich dieses Potenzial für einen gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess entfalten kann, muss man die genaue Struktur und Funktionsweise dieser Öffentlichkeiten unterschiedlicher Ausprägung verstehen. Hierfür lohnt es sich, bestehende Erfahrungen zu reflektieren und entsprechend in der Konzeption und Gestaltung von Dialogangeboten zu berücksichtigen.

Während unsere Beispiele für einmalige, großformatige Dialogveranstaltungen bestätigen, dass sie ihr Ziel der Versachlichung und der Vermittlung gerade nicht erreichen, zeigen die untersuchten Mikro-Öffentlichkeiten interessante Mechanismen, die vermittelnd in konflikthaftern Situationen wirken können. Damit ist allerdings nicht automatisch verbunden, dass sie Konflikte versachlichen oder dass eine Vermittlung konflikthafter Situationen per se dem Normativ eines weltoffenen,

8 Die Wirkmächtigkeit von Echokammern, vor allem in Bezug auf digitale Medien, wird kontrovers diskutiert und in Frage gestellt, u. a. weil diese nie völlig abgeschottet seien (vgl. Stark u. a. 2021).

demokratischen Miteinanders folgt. Inwieweit Wertehaltungen hier entwickelt und bestärkt oder verändert werden, können wir mithilfe unserer Empirie nicht beantworten. Mit Blick auf die Struktur der (Mikro-) Öffentlichkeit lässt sich jedoch zeigen, wie und warum es auch in polarisierten Situationen möglich ist, im Gespräch zu bleiben und gemeinsame Ziele zu verfolgen.

Hieraus ergeben sich erste Anregungen, wie diese Strukturen von Mikro-Öffentlichkeiten auch für andere Kommunikationsformate fruchtbar gemacht werden können. Wichtig erscheint uns hier, neben der anlassbezogenen ‚Hauptbühne‘, auch Möglichkeiten für Begegnung und Beziehung, emotionale Entlastung und Reflektion zu eröffnen. Die Diskrepanz zwischen individuellen Motiven der Teilnehmenden und Zielen der Veranstaltenden im Rahmen von Dialogveranstaltungen muss beachtet werden. Welches grundsätzliche Ziel soll auf solchen Veranstaltungen verfolgt werden? Geht es darum, einen sachlichen ‚Konsens‘ mit einem von allen Beteiligten legitimierten Ergebnis zu finden oder geht es darum, die Auswirkungen gesellschaftlicher Polarisierung ‚einzudämmen‘, indem das lagerübergreifende Gespräch am Laufen gehalten wird? Für ersteres wäre eine anlassbezogen initiierte Dialogveranstaltung sicherlich sinnvoll. Für letzteres braucht es eher einen Fokus auf die Beziehungsebene und somit auf langfristige Vertrauensbildung unter verschiedenen stadtgesellschaftlichen Gruppen. Das kann unseres Erachtens u. a. durch die Stärkung und Förderung von Begegnungsräumen im Sinne von Mikro-Öffentlichkeiten erreicht werden.

Referenzen

- Amin, Ash (2002): Ethnicity and the Multicultural City: Living with Diversity. In: *Environment and Planning*, 34. Jg., H. 6, S. 959–980
- Budnik, Maria/Hedtke, Christoph/Großmann, Katrin/Peitsch, Ivonne/Roskamm, Nikolai/Wolf, Karen (2020): *MigraChance Projektbericht, Fallstudie Bebra: Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen*. Erfurt
- Budnik, Maria (2021): Dissenskultur: Ein Ansatz zum Umgang mit Emotionen in sozialen Konflikten? In: Großmann, Katrin/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Krahmer, Alexander (Hrsg.): *An Konflikten Wachsen oder Scheitern? Beiträge zur Reflexion eines komplexen Phänomens*. Erfurt
- Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey (2001): Bad civil society. In: *Political Theory*, 29. Jg., H. 6, S. 837–865
- Fisher, Simon/Matovic, Vesna/Walker, Bridget Ann/Mathews, Dylan (2020). *Working with Conflict 2: Skills and Strategies for Action*. 2. Aufl. London
- Hedtke, Christoph (2021): Herausfordernde Dialoge – Bürger:innenversammlungen als Methode der Konfliktbearbeitung? In: Großmann, Katrin/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Krahmer, Alexander (Hrsg.): *An Konflikten Wachsen oder Scheitern? Beiträge zur Reflexion eines komplexen Phänomens*. Erfurt
- Herze, Willi (2020): Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*. Wiesbaden, S. 139–166
- Klaus, Elisabeth (2017): Zur Genese des Drei-Ebenen-Modells: Überlegungen zu Öffentlichkeit(en). In: Klaus, Elisabeth/Drüecke, Ricarda (Hrsg.): *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse - Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Bielefeld, S. 18–21
- Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. *Theorien deliberativer Demokratie*. In: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 355–386
- Lenhart, Karin/Roth, Roland (2017): Anti-Diskriminierung als zivilgesellschaftliches Projekt. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/ Yüksel, Gökçen (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden, S. 615–637

- Mayring, Philipp (2002): *Qualitative Inhaltsanalyse*. 8. Aufl. Weinheim/Basel
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): *Regressive Politiken und der Aufstieg der AFD - Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte*. PRIF Report Nr. 5. Frankfurt (Main)
- Oboth, Monika/Seils, Gabriele (2008): *Mediation in Gruppen und Teams: Praxis- und Methodenhandbuch. Konfliktklärung in Gruppen, inspiriert durch die gewaltfreie Kommunikation*. 3. Aufl. Paderborn
- Offe, Claus (2001): *Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?* In: Hartman, Martin/Offe, Claus (Hrsg.): *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt (Main), S. 241–294
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden
- Radvan, Heike/Michael Raab (2020): *Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung. Ergebnisse eines Forschungsprojektes*. Cottbus
- Rietzschel, Antonie (2019): „Geh doch weg“. In: *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bautzen-ostdeutschland-stimmung-1.4323482> (abgerufen am 31.05.2021)
- Sandercock, Leonie (2003): *Cosmopolis II: mongrel cities in the twenty-first century*. London
- Seliger, Ruth (2020): *Einführung in Großgruppen-Methoden*. 4. Aufl. Heidelberg
- Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jürgens, Pascal (2021): *Maßlos überschätzt. Ein Überblick über theoretische Annahmen und empirische Befunde zu Filterblasen und Echokammern*. In: Eisenegger, Mark/ Prinzing, Marlis/ Ettinger, Patrik/ Blum, Roger (Hrsg.): *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Wiesbaden, S. 303–321
- Valentine, Gill (2008): *Living with Difference: Reflections on Geographies of Encounter*. In: *Progress in Human Geography*, 32. Jg., H. 3, S. 323–337
- Wenzel, Florian/Boeser-Schnebel, Christian (2019): *Dorfgespräch: ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum*. In: *Stiftung Mitarbeit (Hrsg.). eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 05/2019*. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_wenzel_boeser-schnebel_190515.pdf (abgerufen am 31.05.2021)
- Wernet, Andreas (2021): *Einladung zur Objektiven Hermeneutik. Ein Studienbuch für den Einstieg*. Leverkusen

Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen – verkanntes Potenzial zur Bearbeitung lokaler Konflikte?

Das komplexe Themenfeld ‚Migration‘ mit all seinen Implikationen und den weiteren in diesem Kontext diskutierten gesellschaftspolitischen Fragen gehört zu den wohl umstrittensten Konfliktfeldern offener liberaler Gesellschaften. Die sozialwissenschaftlichen Bewertungen des Konfliktfelds sind dabei durchaus unterschiedlich akzentuiert. Während beispielsweise Aladin El-Mafaalani das erhöhte Konfliktpotenzial in Einwanderungsgesellschaften als Folge gelungener Integration und damit einhergehender größerer Teilhabemöglichkeiten und zunehmender Teilhabeforderungen deutet (El-Mafaalani 2018, S. 76ff.), interpretiert Naika Foroutan die Konflikte vornehmlich als Abwehrreaktionen gegenüber gesellschaftlicher Pluralisierung und damit verbundener Entgrenzungen (Foroutan 2019, S. 123ff. und S. 216ff.). Andreas Reckwitz verortet die derzeit virulenten Konfliktlagen noch grundsätzlicher zwischen zwei konkurrierenden „Kulturalisierungsregimen“: der „Hyperkultur“ und dem „Kulturessenzialismus“ (Reckwitz 2019, S. 47f.). Perspektivisch müsse das Universale und Heterogene zusammengedacht und das Allgemeine als ‚Doing Universality‘, als sich stets prozesshaft und partizipativ Erneuerndes, verstanden werden (ebd., S. 57f.). Sowohl Foroutan als auch El-Mafaalani bemerken, dass recht abstrakte Ziele wie Offenheit (El-Mafaalani 2018, S. 212ff.) oder Pluralität (Foroutan 2019, S. 221) kaum als gesellschaftliche Vision taugen. Foroutan sucht daher ein Motiv oder Leitbild, das für das neue plurale Deutschland stehe und dieses erzähle. Bezugspunkt eines solchen Narrativs könne das Gleichheitspostulat sein, das die Ungleichheitsdimensionen über die eigene Gruppe hinaus als das Allgemeine er- und anerkennt, um hiervon ausgehend eine gemeinsame Perspektive für die postmigrantische Gesellschaft zu entwickeln (ebd., S. 222f.). Auch El-Mafaalani formuliert „eine Idee des Zusammenwachsens“ (El-Mafaalani 2018, S. 234). Er schlägt eine Streitkultur als Leitkultur vor. Kern einer solchen Leitkultur wären ein positives Konfliktverständnis, das Entwickeln konstruktiver Formen der Konfliktaustragung

sowie das Aushandeln von Regeln und Grenzen. Voraussetzung seien Konfliktfestigkeit und Teilhabemöglichkeiten (ebd., S. 229ff.).

Relativ vage bleiben alle drei Sozialwissenschaftler:innen hinsichtlich der Frage, wo und wie die skizzierten Aushandlungsprozesse und prozesshaften Perspektiventwicklungen stattfinden sollen. Neben etablierten bzw. institutionalisierten politischen Praxen und Räumen wie Parteien, Parlamenten, professionellen Medien usw. soll in diesem Artikel der lokale Raum als möglicher Ort gesellschaftlicher Konfliktaustragung in der Migrationsgesellschaft in den Fokus gerückt werden.

Ökonomische und gesellschaftspolitische Umbrüche und Entwicklungen schlagen sich nicht zuletzt auch in lebensweltlichen und sozialräumlichen Veränderungen nieder. Die Pluralisierung der Gesellschaft durch Zuwanderung, Vervielfältigung der Lebensentwürfe sowie Anerkennung und Teilhabe von Minderheiten beeinflussen die (Um-)Nutzung von Räumen und Gebäuden, das Bild der Straßenzüge und der lokalen Bevölkerung. Viele dieser Veränderungen ‚passieren einfach‘, werden erst in der Rückschau deutlich oder bedürfen lediglich der punktuellen politischen Nachsteuerung. Insbesondere aber Veränderungen, die mit Nutzungskonflikten einhergehen, symbolpolitisch bereits aufgeladen oder in hohem Maße vorurteilsbasiert sind, führen nicht selten zu größeren Mobilisierungen und Protesten unter der lokalen Bevölkerung.¹

In den Jahren 2013 bis 2017 waren der vermehrte Zuzug von Flüchtlingen und die damit einhergehende Einrichtung von Sammel- und Gemeinschaftsunterkünften nicht selten Anlass für emotionalisierte und polarisierende lokale Proteste, die sich als vorurteilsbasierte Konfliktlagen analysieren lassen. Kommunale Akteur:innen erkannten dabei zunehmend, dass die Unterbringung der neu angekommenen Menschen nicht nur eine logistische und finanzielle Herausforderung war, sondern auch eine kommunikative. Teilweise begegneten die politisch Verantwortlichen, die kommunale Verwaltung, lokale Akteur:innen und die Betreiber:innen der Unterkünfte dieser Herausforderung mit Gesprächs- und Dialogangeboten in Form von Bürgersprechstunden, Tagen der offenen Tür oder auch Informationsveranstaltungen.

1 Für Berlin können als eindruckliche Beispiele der letzten 15 Jahre Nutzungskonflikte im Görzitzer Park, im Mauerpark oder am Schlachtensee sowie der Konflikt um den Bau der ersten Moschee in Ost-Berlin, der Streit um das Tempelhofer Feld, Auseinandersetzungen über die Verkehrsberuhigung verschiedener Straßen und Wohngebiete sowie die zahlreichen Proteste gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften genannt werden.

Im Sommer 2013 fand anlässlich einer geplanten Flüchtlingsunterkunft eine öffentliche Informationsveranstaltung im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf statt, die aufgrund der aufgeheizten Stimmung und der sie begleitenden Proteste für große Aufmerksamkeit sorgte. Damit wurde sie landesweit zum Lehrstück für viele politische Verantwortliche, die angesichts der stetig wachsenden Flüchtlingszahlen zunehmend selbst mit der Situation konfrontiert waren, kurzfristig für den Bezug leerstehender Gebäude zu sorgen oder an der Suche nach geeigneten Standorten mitzuwirken.

Viele der verantwortlichen Akteur:innen erkannten, dass es sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen nicht allein um einen kommunalen Verwaltungsakt handelt, sondern dass der Verwaltungsakt vielmehr in einen gesellschaftspolitischen Diskurs eingebettet ist, der vor Ort nach flankierenden Kommunikationsstrategien verlangt. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf wandte sich nach der Informationsveranstaltung im Jahr 2013 an das *Mobile Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI* (MBT Berlin) mit der Bitte um Unterstützung. In der Folge wurden intensive Gespräche mit verantwortlichen bzw. relevanten Akteur:innen geführt sowie mehrere kleinteilige Dialogangebote konzipiert und durchgeführt, die die unmittelbaren Anwohner:innen und ihre Anliegen fokussierten. Im engen Austausch mit dem Bezirksamt und den Betreibern der Unterkunft wurde darüber hinaus ein Nachbarschaftsforum angestoßen und etabliert, in welchem sich relevante Sozialraumakteur:innen regelmäßig über die Situation vor Ort austauschten und Absprachen über Angebote und Aktivitäten trafen. In den Folgejahren erreichten das Team zahlreiche weitere Beratungsanfragen von Bürgermeister:innen, Stadträt:innen, Integrationsbeauftragten, Flüchtlingskoordinator:innen und Stadtteilzentren aus dem gesamten Berliner Raum, wenn Unterkünfte für geflüchtete Menschen geplant und eingerichtet wurden.

Das MBT Berlin unterstützt bereits seit 2001 lokale Akteur:innen bei der Abwehr antidemokratischer Phänomene und der Entwicklung prodemokratischer Dialog- und Handlungsstrategien im Sozialraum. Seitdem wurden viele kommunale Akteur:innen durch das MBT Berlin bei der Entwicklung von Kommunikationsstrategien beraten und begleitet, die vorurteilsbasierte Konflikte verhindern oder entschärfen sollen, mit dem Ziel der Deeskalation, Entpolarisierung und Pluralisierung der lokalen Konfliktslage. Dabei konnte ein methodisches Instrumentarium erprobt

werden, um konkrete Gesprächsangebote und Formate in diesem Sinne zu gestalten. In diesem Zusammenhang zeigte sich immer wieder, wie wichtig diskursive Beteiligung für ein demokratisches Gemeinwesen ist, auch wenn – aus guten Gründen – oftmals keine formale Beteiligung der Bevölkerung vorgesehen ist. Schlussendlich können lokale Konfliktlagen auch Chancen für ein lebendiges, demokratisches Miteinander vor Ort sein.

Das MBT Berlin unterstützte und unterstützt die Beratungsnehmenden u. a. mit folgenden Angeboten:

- sozialraumbasierte Einschätzung von lokalen Konfliktpotenzialen,
- systemische Beratung zu Kommunikations- und Konfliktlösungsstrategien,
- Unterstützung bei der Erarbeitung von bedarfsangepassten Kommunikationskonzepten,
- Unterstützung bei vorbereitenden Maßnahmen und Durchführung (z. B. Moderation),
- Dokumentation und Nachsteuerung.

Beginnend mit einem Konflikt um den ersten Moscheebau in Ost-Berlin im Jahr 2006 hat das MBT Berlin das sich fortschreibende und lernende Konzept *Community Communication* (vgl. Mobiles Beratungsteam Berlin 2015 und 2017) entwickelt, dessen zentrales Ziel es ist, vorurteilsbasierte Konfliktlagen durch Entpolarisierung, Versachlichung und Pluralisierung zu deeskalieren. Grundlegende Annahme ist, dass auch sozialräumliche Veränderungen oder Eingriffe, die keine formale Beteiligung vorsehen, dahingehend geprüft werden sollten, ob eine diskursive Beteiligung sinnvoll bzw. erforderlich ist. Mit Blick auf die Tätigkeitsbereiche der Beratung ist dies für einige Konfliktfelder angezeigt, wenn auch die besonderen Implikationen berücksichtigt und konzeptionell beachtet bzw. bearbeitet werden müssen.

Gegenstand dieses Praxisbeitrags soll sein, einige dieser Implikationen schlaglichtartig am Beispiel der Informationsveranstaltung in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2013 zu beschreiben und Schlussfolgerungen für die praktische Konfliktbearbeitung in lokalen Kontexten zu ziehen: Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich auf kommunaler Ebene für Konfliktbearbeitungen? Welche Spezifika sind bei vorurteilsbasierten Konfliktlagen in der Praxis zu berücksichtigen? Welche Berechtigung

und welchen Stellenwert haben öffentliche Dialogformate, die an bereits entschiedene politische Vorhaben und Maßnahmen im lokalen Raum geknüpft sind? Und wird das Potenzial diskursiver Beteiligung und lokaler Konfliktbearbeitung verkannt?

Die genannte Veranstaltung wird zur Veranschaulichung herangezogen, da sie zum einen gut dokumentiert ist² und zum anderen quasi als negative Blaupause für konzeptionelle Überlegungen weiterer Kommunikationsformate in ähnlichen Kontexten diene. Darüber hinaus fließen Erfahrungen aus vielen weiteren Konfliktfällen und damit verbundenen Beratungs- und Moderationsaufträgen des MBT Berlin in die Ausführungen ein. Der Text unternimmt dabei den Versuch, wiederkehrende Erfahrungswerte analytisch zu verdichten und anhand praktischer Beispiele zu veranschaulichen sowie Schlussfolgerungen zu ziehen und praktische Empfehlungen auszusprechen.

Zwischen Pragmatismus, Politik und Populismus

Kommunalpolitisches Handeln ist häufig in höherem Maße von einem praktisch-pragmatischen Vorgehen geprägt als der deutlich programmatischer ausgerichtete Politikstil auf Landes- und Bundesebene. Wenn aber lokale Konflikte in ein darüber hinausgehendes gesamtgesellschaftlich relevantes Konfliktfeld eingebettet sind, ergibt sich für kommunalpolitische Akteur:innen die Herausforderung, einerseits pragmatisch Lösungen zu forcieren, und andererseits das eigene Tun politisch zu legitimieren und auch dafür einzustehen, wobei politische Haltung und politisches Handeln nicht notwendigerweise deckungsgleich sind. Hinzu kommt die auf lokaler Ebene manches Mal sehr unmittelbare Konfrontation mit

- 2 Der Autorin liegt ein Videomitschnitt der Veranstaltung vor, der den Großteil des Verlaufs dokumentiert. In dem Mitschnitt sind sowohl das Podium als auch das Publikum gut sicht- und hörbar. Es handelt sich jedoch nicht um eine professionell angefertigte Dokumentation, das Video mit dem Titel „Informationsveranstaltung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf am 09.07.2013 Tehma [sic]: Asylbewerber in Hellersdorf“ war einige Jahre auf dem Internetportal *Youtube* abrufbar. Der Mitschnitt wurde vom MBT Berlin archiviert, der Urheber ist jedoch unbekannt. Bei dem Videomitschnitt handelt es sich um ein interessantes Zeitdokument, da unseres Wissens zumindest für den Berliner Raum keine weiteren frei zugänglichen Videodokumentationen ähnlicher Veranstaltungen vorliegen. Bei den vom MBT Berlin begleiteten Veranstaltungen waren Audio- und Tonmitschnitte explizit untersagt. Sämtliche Zitate und Schilderungen bezüglich der Veranstaltung im vorliegenden Text basieren auf dem Videomitschnitt, projektinternen Mitschriften und Erinnerungen der Autorin.

rechtspopulistischen³ Protesten und Anfeindungen im Zusammenhang mit polarisierten und emotionalisierten Konfliktlagen.

Im Sommer 2013 fand, wie oben erwähnt, auf Einladung des Berliner Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf eine Informationsveranstaltung unter freiem Himmel anlässlich der geplanten Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft statt, um die Bevölkerung über das Vorhaben zu informieren und bestehende Fragen zu beantworten. Ein leerstehender Gebäudekomplex, der wenige Jahre zuvor noch ein Gymnasium beherbergte, umsäumt von sechsgeschossigen Plattenbauten, sollte zu einer provisorischen Bleibe für geflüchtete Menschen umfunktioniert werden. Offensichtlich hatten die kommunalen Akteur:innen bereits im Vorfeld mit größerem Interesse für ihre Veranstaltung gerechnet.⁴ Trotzdem reichten die vorgesehenen 400 Plätze für die etwa 600 – 800 Teilnehmenden nicht aus. Über eine Mikrofonanlage bemühten sich der damalige Bezirksbürgermeister, ein Landesvertreter, eine Stadträtin, der Betreiber der Unterkunft sowie ein Polizist mit den anwesenden Bürger:innen in einen Dialog zu treten und Fragen zu beantworten. Von Anfang an war die Stimmung merklich aufgeheizt, Gegner:innen und Befürworter:innen buhten einander nieder, eine sachorientierte, ernsthafte Auseinandersetzung war unter diesen Umständen kaum möglich. Schnell stellte sich heraus, dass längst nicht nur die unmittelbaren Anwohner:innen der offenen Einladung gefolgt waren, sondern auch politische Aktivist:innen, die die Bühne für sich zu nutzen suchten.

Die einleitenden Worte des damaligen Bezirksbürgermeisters, es gehe hier nicht um eine politische Auseinandersetzung, wirken im Nachhinein fast hilflos, sie deuten aber auf ein Dilemma hin, dem sich kommunalpolitische Akteur:innen nicht selten ausgesetzt sehen: Ihre politische Gestaltungsmacht ist begrenzt, häufig sind sie auf Weisung der Landes- oder gar

3 Karin Priester beschreibt Populismus überzeugend als Relationsbegriff in Abgrenzung zu Substanzbegriffen. Rechten Populismus grenzt sie von links gerichtetem Populismus über ihren jeweils exkludierenden (rechts) und inkludierenden (links) Charakter ab. Zusammenfassend definiert sie: „Populismus zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den Common Sense, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Anti-Politik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“ (Priester 2012, S. 3f).

4 Aus Gesprächen mit dem damaligen Bezirksbürgermeister und der Stadträtin ist bekannt, dass Informations- und Bürgerversammlungen meist auf eher wenig Interesse gestoßen sind. Für diese Veranstaltung hatte man jedoch bereits im Vorfeld mit einem größeren Interesse gerechnet und daher eine Bestuhlung mit 400 Plätzen vorgenommen.

Bundesebene zur Umsetzung politisch bereits beschlossener Maßnahmen angehalten, sie können aufgrund gesetzlicher Regelungen sowie fehlender Alternativen und Spielräume jedoch relativ wenig Einfluss nehmen. Im Falle der Flüchtlingsunterbringung bedeutete dies, dass die Berliner Bezirke dem Land Berlin Vorschläge für geeignete Objekte und Standorte machen konnten, dass die Entscheidung darüber aber in der Regel letztendlich dem Land oblag. Dies führte in dieser wie in anderen Situationen dazu, dass die Bezirksbürgermeister:innen die politische Verantwortung für eine Entscheidung übernehmen mussten, die sie gar nicht getroffen hatten.⁵

Bei zahlreichen weiteren Bürgerinformationsveranstaltungen, die vom MBT Berlin begleitet wurden, hatten die anwesenden Bürger:innen die Gelegenheit, dieses nicht immer ganz unkomplizierte Verhältnis von Landes- und Bezirksebene, also die zugrunde liegenden rechtsstaatlichen Verfahren und die damit verbundenen Entscheidungsmechanismen und Kompetenzen, besser zu verstehen. Manche bekannten freimütig, dass sie zum ersten Mal ihre Bezirksbürgermeisterin gesehen oder das zuständige Landesamt oder ihren Stadtrat zur Kenntnis genommen hätten. Insofern sollte nicht unterschätzt werden, dass solche Veranstaltungen auch einen aktiven Beitrag zur politischen Bildung der Bürger:innen in dem Sinne leisten können, als hier reale Personen in ihrer Funktion bzw. in ihrem Amt erlebbar sind und direkt befragt werden können. Bürger:innen erhalten mitunter Einblicke in die Komplexität politischer Entscheidungsfindung, in Zuständigkeiten, Befugnisse, Kompromisse, Vorschriften, Verfahrensweisen usw. Solche Erfahrungen konterkarieren allzu einfache Politikvorstellungen, nach denen Politik simplifizierend als Vollstreckung des Volkswillens aufgefasst wird.

In der hier beschriebenen Informationsveranstaltung im Sommer 2013 verhallte die implizite Bitte des Bürgermeisters, diese nicht für politische Auseinandersetzungen zu nutzen. Einerseits erscheint sein Wunsch verständlich. Aus dem Publikum heraus wurde mehrfach die Frage gestellt, ob die Anwohner:innen die geplante Unterkunft verhindern könnten oder ob sie darüber abstimmen könnten. Eine formale Bürgerbeteiligung war nicht vorgesehen, insofern sollte die Veranstaltung aus Sicht

5 Nicht zuletzt deshalb verstärkte die Landesebene die Teilnahme an ähnlichen Veranstaltungen in den Folgejahren entweder durch das Kommen der zuständigen Senatorin selbst, der jeweiligen Staatssekretär:innen oder auch durch den Berliner Rat, in dem sich Granden der Landespolitik engagierten und der die Bürgerkommunikation flankierend unterstützte.

der Veranstalter:innen auch weniger zur politischen Willensbildung als zur sachlichen Informationsweitergabe beitragen. Gleichsam war damit zu rechnen, dass aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Kontextualisierung des Konflikts die politische Auseinandersetzungsebene im Gespräch mit den Bürger:innen nicht herausgehalten werden konnte. Im Verlauf der Veranstaltung stellte sich der damalige Bezirksbürgermeister schließlich dieser Verantwortung und verwies an einer Stelle auf die geltende Rechtslage sowie auf das Gebot der Menschlichkeit bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Ein Anwesender gab sich damit nicht zufrieden und hakte in populistischer Argumentationsmanier nach: *„Da er unser Bürgermeister ist, sollte er doch als unser Bürgermeister auftreten. Warum macht mein Bürgermeister, was der Staat will und nicht, was der Bürger will?“* (Videoaufnahme eig. Archiv, Min. 38:40). Ob hier beabsichtigt oder unbeabsichtigt darüber hinweg argumentiert wurde, dass der Bezirksbürgermeister Teil der staatlichen Exekutive ist, sei dahingestellt. Der Bürgermeister selbst griff diesen Punkt nicht weiter auf, obwohl er die Gelegenheit geboten hätte, auf die Komplexität rechtsstaatlicher Verfahrensweisen und demokratischer Entscheidungsprozesse hinzuweisen und diese zu erläutern. Im weiteren Verlauf übernahm der Leiter des Landesamts die Verantwortung für die Entscheidung, was formal zwar richtig war, die Frage nach der politischen Motivation aber im Ungefähren ließ.

Im Ergebnis trafen hier also vereinfachende, populistische Politikvorstellungen der Bevölkerung auf pragmatisches, rechtssicheres Handeln von Verwaltung und Verantwortlichen. Im besten Falle kann dies – auf beiden Seiten – Lernprozesse anregen. Auf der einen Seite ein, wie oben beschrieben, besseres Verständnis komplexer politischer Abläufe, auf der anderen Seite eine Erinnerung daran, dass politisches Handeln transparent und kommuniziert sein sollte. Und Letzteres meint mehr als eine Erläuterung des Vorhabens, der rechtlichen Grundlagen und Entscheidungsmechanismen. Es meint auch eine politische Darlegung von Beweggründen, von Haltungen und zugrunde liegenden Werten.

In der Rückschau auf viele weitere Veranstaltungen und Versammlungen in den Folgejahren kann festgehalten werden, dass eine Reihe politisch Verantwortlicher sich der politischen Auseinandersetzung durchaus stellte und deutlich Position bezog, wohingegen andere zurückhaltender reagierten. Meist verwies schon die Benennung der Veranstaltung als „Informationsveranstaltung“, „Einwohnerinformationsveranstaltung“

oder „Bürgerversammlung“ auf den anvisierten Charakter und die gewünschte Zielrichtung der Veranstaltung.

Es ist jedenfalls anzuraten, dass bereits im Vorhinein eine explizite Verständigung darüber stattfindet, wie politisch aufgeladen das Thema eingeschätzt wird, in welchem Verhältnis politische Auseinandersetzung und Sachinformation stehen sollen, wie beides sinnvoll platziert werden kann und welche Rolle die jeweiligen Protagonist:innen diesbezüglich einnehmen. Dabei muss auch deutlich gemacht werden, dass es nicht um Entscheidungsfindungen geht, dass aber die Möglichkeit des kommunikativen Austauschs besteht. Diese Einbettung ist wichtig, um Entscheidungen nachvollziehen zu können und um diese durchaus auch öffentlich kritisieren zu können. Im Themenfeld Flucht und Migration ist die politische Debatte nicht immer einfach zu führen, das sollte aber nicht dazu verleiten, dass sie nicht geführt wird. Im lokalen Kontext besteht darüber hinaus die Chance, gesellschaftlich großen Herausforderungen konkret im Kleinen zu begegnen, sodass ihnen das Moment der Überwältigung genommen wird.

Als Erfahrungswert kann außerdem konstatiert werden, dass die meisten Bürger:innen in der Lage sind, mit politischen Standpunkten, die ihrer eigenen Haltung widersprechen, umzugehen und dass Standhaftigkeit in Kombination mit einem lösungsorientierten Pragmatismus durchaus honoriert wird. Als problematischer erwies sich im Rückblick eher, wenn politische Vertreter:innen keine eigene Haltung erkennen ließen oder den Veranstaltungen ganz fern blieben, sodass zumindest auf kommunaler Ebene ein politisches Vakuum entstehen konnte.

Konflikte hinter dem Konflikt

In dem hier vorgestellten Beispiel nutzten einige Anwesende die nicht weiter geregelte Möglichkeit zum Redebeitrag dazu, sich über eine ganze Reihe von sozialen und politischen Missständen zu beklagen und damit ihre Ablehnung von geflüchteten Menschen zu begründen. Einer der Anwesenden, der seinen Ausführungen das fast schon klischeehafte „*Ich habe nichts gegen Ausländer und Asylanten, aber...*“ (Videoaufnahme eig. Archiv, Min. 31:30) voranstellte, beklagte sich über die hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Renten, fehlende soziale Einrichtungen, Lehrer:innen und Polizeibeamt:innen und mangelnden sozialen Wohnungsbau und merkte zwischendurch an, dass die Bildung, die er als ehemaliger DDR-Bürger

genossen habe, bedeutend besser gewesen sei als heute. Für diesen letzten, nur kurzen Einwurf bekam er recht unvermittelt lauten, anhaltenden Applaus. Die in Relation zur Gegenwart gesetzte pauschale Positivbewertung der Bildung in der DDR und die zustimmende Reaktion des Publikums weisen darauf hin, dass es neben den explizit benannten Problemen offensichtlich latente Konfliktlagen gibt, die nicht offen besprochen, aber nicht weniger virulent sind. Die Bemerkung und die Reaktion deuten auf einen Anerkennungskonflikt, der aus vielen ostdeutschen Biografien bekannt ist und der aus sozialen Abwertungs- und Ungleichheitserfahrungen herrührt.⁶

Ähnliche Beobachtungen ließen sich in vielen weiteren lokalen Konflikttherden wiederholen. Manchmal sind es Erfahrungen der Verdrängung durch neue sozialräumliche Milieus, manchmal ein vorangegangener nicht bearbeiteter lokaler Konflikt, manchmal das Gefühl der Marginalisierung und gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit, der politischen Ohnmacht und Kommunikationsunfähigkeit oder auch die Angst vor Statusverlust und ökonomischen Einbußen, die als versteckte Konflikte dem offensichtlichen Konflikt zugrunde liegen.

Das lokale aktuelle Konfliktereignis kann dann schnell zum Ventil und zur Projektionsfläche für andere schwelende Konfliktlagen werden. Werden die versteckten Konflikte erkannt, sollte man sie offen benennen und nach Möglichkeit einen Ort der Bearbeitung anbieten bzw. vereinbaren, die Konzentration aber zunächst bei dem eigentlichen Konfliktthema belassen. Der Umgang erfordert einerseits Sensibilität und Fingerspitzengefühl, andererseits bieten diese Momente vielleicht Anknüpfungspunkte, um im Sinne von Naika Foroutan gemeinsame Erfahrungsebenen zu erkennen, die eigentlich mehr verbindendes als trennendes Potenzial haben könnten.

In den kommenden Wochen und Monaten nach der hier beschriebenen Veranstaltung standen die politisch Verantwortlichen, die Anwohner:innen, politische Aktivist:innen und die Unterkunft selbst im Fokus der medialen Berliner Öffentlichkeit. Aufmerksame Beobachter:innen fühlten sich an eine eskalierte Bürgerversammlung einige Jahre zuvor im Berliner Bezirk Pankow erinnert, die den Bau der

6 Steffen Mau interpretiert solche Reflexe auf Unterlegenheitserfahrungen nachvollziehbar als „Echoeffekt sozioökonomischer Deklassierung als auch als Reaktion auf kulturelle Umwertungen (...), die tradierten Mustern der ostdeutschen Lebensführung und Soziokultur Anerkennung entzogen“ (Mau 2021, S 370f).

ersten Moschee in Ost-Berlin zum Thema hatte, letztendlich aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden musste und die den Beginn eines länger währenden, polarisierten Konflikts im Ortsteil darstellte (PRO-AKTIV 2009).⁷ Auch hier zeigte sich im Konfliktverlauf deutlich, dass das Konfliktgeschehen von vorangegangenen Entwicklungen im Ortsteil beeinflusst war, die mit der Errichtung des Gotteshauses im Grunde nicht viel zu tun hatten.

Für die professionelle externe Begleitung ist anzuraten, bereits zu Beginn eines Auftrags das Gespräch mit ortskundigen Akteur:innen zu suchen und gegebenenfalls eine konfliktspezifische bzw. themenzentrierte Sozialraumanalyse zu erstellen, um möglichst früh Kenntnis über Stimmungslagen, weitere Konfliktherde, sozialräumliche Bedingungen und auch relevante Protagonist:innen zu erhalten, denn Konflikte sind immer sozial, räumlich und auch zeithistorisch eingebettet.

Gute Erfahrungen hat das MBT Berlin darüber hinaus damit gemacht, vorab zu einer Multiplikatorenrunde einzuladen und von Anfang an die für das Konfliktgeschehen wichtigen Akteur:innen zusammenzubringen. Dabei ist es hilfreich, hier bereits ‚Brückenbauer‘ und ‚Schlüsselpersonen‘ zu identifizieren und einzubinden, die über Zugänge in die jeweiligen Konfliktlager verfügen und dort möglicherweise bereits als Mittler oder Vertrauenspersonen anerkannt sind.

Mit Informationen gegen Irrationalitäten?

Vorurteile und Verschwörungserzählungen halten einer Faktenprüfung meistens nicht stand, sie transportieren Halbwahrheiten, Legenden und Lügen und stellen Zusammenhänge her, wo es keine gibt. In einer komplexen, von Ambivalenzen geprägten Umgebung haben sie aber den entscheidenden Vorteil, einen Sinn herzustellen, wo keine einfachen Sinnzusammenhänge erkennbar sind. Sie bieten Orientierung und vermeintliche Klarheit.

7 Der Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf wurde von einem Teilprojekt des MBT Berlin 2009 in der Broschüre *Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft* dargestellt. Lesenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Veröffentlichung von Kolja Mensing und Robert Thalheim, die den Konflikt als Theaterstück inszeniert haben, in dem die Haltungen und Perspektiven der Protagonist:innen verdichtet dargestellt werden (Mensing/Thalheim 2011).

Polarisierte vorurteilsbasierte Konfliktlagen zeichnen sich durch einen hohen Emotionalisierungsgrad und dichotome undifferenzierte Bewertungsmuster aus. In fachlichen Diskussionen wird gerne darauf hingewiesen, dass solchen Konflikten mit nüchternen Fakten kaum beizukommen ist (vgl. Nocun/Lamberty 2020, S. 221ff.; Blume 2020, S. 92ff.). In der Praxis lässt sich gut beobachten: je höher der Emotionalisierungsgrad, desto geringer die Empfänglichkeit für sachliche Informationen. Daraus lässt sich jedoch nicht schlussfolgern, dass Sachinformationen prinzipiell nicht angebracht seien, vielmehr erwächst hieraus die Aufgabe, neben der sachlichen Ebene, die emotionale Ebene ebenfalls zu berücksichtigen, also aktives ‚Emotionsmanagement‘ zu betreiben.

In der angeführten Informationsveranstaltung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wies der Bezirksbürgermeister zu Beginn darauf hin, dass das Bezirksamt für einen geordneten Verlauf sorgen werde und politische Unmutsäußerungen unerwünscht seien, im Zweifel werde vom Hausrecht Gebrauch gemacht. Allein diese Äußerung wurde bereits mit lauten Unmutsäußerungen quittiert, die im Verlauf der Veranstaltung nicht weniger wurden und teilweise auch diskriminierenden Charakter hatten, vom Hausrecht wurde jedoch nicht Gebrauch gemacht. Das Beispiel zeigt anschaulich, was passiert, wenn kein Emotionsmanagement betrieben wird. Der nicht unberechtigten Sorge vor einem ‚ungeordneten‘ Verlauf wurde allein mit der Drohung des Hausrechts begegnet. Das dadurch zum Ausdruck gebrachte Misstrauen hat vermutlich in nicht unerheblichem Maße zum weiteren Verlauf der Veranstaltung beigetragen. Es war nicht mehr möglich, die latent feindselige Stimmung der sich gegenüberstehenden Positionen soweit zu befrieden, dass ein offener Austausch oder Dialog möglich gewesen wäre.

Die Erfahrungen des MBT Berlin zeigen, dass in solchen konflikthaften Kontexten eine unabhängige, allparteiliche Moderation⁸ wichtig ist, der es selbstverständlich auch obliegt, Gesprächsregeln festzulegen und auch auf das Hausrecht hinzuweisen. Diese Regeln sollten aber signalisieren, dass es um mehr als einen geordneten Ablauf geht, Beteiligung explizit

8 Allparteilich meint nicht, dass es der Moderation nicht erlaubt ist, eine eigene persönliche, politische oder fachliche Einschätzung gegenüber dem Konfliktgeschehen und gegenüber den Konfliktlagern zu haben. Im Gegenteil sollte die Moderation ihre Nähe und Distanz zu den verschiedenen Positionen reflektiert haben, um in der Moderation professionell damit umgehen zu können und um in dieser spezifischen Rolle die Äquidistanz zugunsten der Aufrechterhaltung des Gesprächsraums zu halten.

erwünscht ist, diverse Meinungen willkommen sind, aber strafrechtlich relevante Äußerungen nicht zugelassen werden und der Umgangston freundlich und respektvoll sein sollte.⁹

Wenn die Gesprächseinleitung gelungen ist und die Moderation das Vertrauen der Anwesenden gewonnen hat, ist in der Regel eine gute Grundlage geschaffen, um erste Sachinformationen zu platzieren. Diese sollten verständlich und anschaulich (z. B. unterstützt durch Folienpräsentationen) vorgestellt werden, sie sollten auf die bereits identifizierten Probleme eingehen und zeitlich begrenzt sein. Die Erfahrung zeigt, dass die emotionale Aufladung von Veranstaltungen bei einem solchen Vorgehen nach ca. 30 Minuten spürbar abnimmt und der Raum für einen ersten Austausch geöffnet werden kann. Doch auch wenn sich die Stimmung beruhigt hat, bedeutet dies nicht, dass anschließend alle Fragen und Äußerungen sachlich und faktenbasiert von den Anwesenden vorgetragen werden. Hier fällt der Moderation die wichtige Aufgabe zu, alle Statements noch einmal zu paraphrasieren und zusammenzufassen. Diese ‚entemotionalisierten‘ Beiträge können von der Moderationsassistentin mitgeschrieben, an die Wand geworfen und entsprechend gekennzeichnet werden, wenn sie beantwortet wurden. Ein solches Vorgehen signalisiert, dass alle Beiträge ernst- und wahrgenommen werden, auch dies ist ein wichtiger Baustein des Emotionsmanagements. Ein Beispiel: Die vorurteilsbasierte Äußerung einer Bürgerin, die sich über die „Syrierlüge“ beschwert, nach der angeblich gar keine Bürgerkriegsflüchtlinge, sondern osteuropäische „Armutsfüchtlinge“ nach Deutschland kämen, kann von der Moderation mit den folgenden Fragen ‚übersetzt‘ werden: Welche Herkunftsgruppen ziehen in die geplante Unterkunft ein?¹⁰ Welche

9 Persönlich habe ich als Moderatorin beim Verweis auf das Hausrecht immer angemerkt, dass bei keiner vom MBT Berlin moderierten Veranstaltung jemals davon Gebrauch gemacht werden musste und dass ich optimistisch bin, dass das so bleibt. Damit signalisiere ich den Anwesenden gegenüber Vertrauen. Es liegt nun an ihnen, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen.

10 Selbst erinnere ich mich daran, dass ein Bürger besorgt äußerte, dass sein Vermieter aufgrund der Flüchtlingsunterkunft eine „Terrorversicherung“ abschließen müsse und daher seine Miete extrem steigen werde. Spontan entschied ich mich als Moderatorin, diese Äußerung nicht mehr aufzugreifen und unter den Tisch fallen zu lassen. Als das Mikrofon wieder an das Podium gereicht wurde, griff jedoch ein Senatsvertreter diesen Redebeitrag wieder auf. Zufällig kannte er sich sehr gut mit dem Thema aus, das tatsächlich seit den Anschlägen 2001 in den USA an Bedeutung gewonnen hatte. Sehr plausibel konnte er darlegen, warum der Mieter in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen haben müsse. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es hilfreich ist, wenn die Moderation nicht nur über methodische Moderationskompetenzen, sondern auch thematisch relevante Fachkenntnisse verfügt, um die inhaltliche Relevanz der Beiträge angemessen beurteilen zu können.

Motive liegen der Migration zugrunde? Welchen rechtlichen Status haben die Neuankommenden? Damit wird angezeigt, dass Sprachduktus und unbelegte Behauptungen nicht einfach übernommen werden, der sachliche Gehalt aber durchaus ernst genommen wird.

Es wäre illusorisch zu glauben, dass man allein mit Fakten Vorurteile aus dem Weg räumen kann. Aber es sollte nicht unterschätzt werden, dass Politik, Verwaltung und Polizei durchaus Ansehen in der Bevölkerung genießen und ihren Informationen und Auskünften prinzipiell vertraut wird. Hinzu kommt, dass Entpolarisierungen insbesondere dann gelingen, wenn das Lager zwischen den Polen, also die Unentschiedenen, die Differenzierten, die Abwägenden und Ambivalenten, sichtbar werden und zu Wort kommen. Sie können zu differenzierten Sichtweisen beitragen, Brücken bilden und besänftigen. Aus der Vorurteilsforschung ist lange bekannt, dass es persönliche Begegnungen sind, die den Abbau von Vorurteilen befördern. Diese Chance sollte nicht ungenutzt bleiben, auch wenn der Schritt von der Begegnung über die Relativierung von Vorbehalten bis hin zum langfristigen Abbau von Vorurteilen langwierig sein kann. Misstrauen und Vorurteile werden jedoch begünstigt, wenn der Eindruck entsteht, dass Informationen bewusst zurückgehalten werden, dass Entscheidungen nicht transparent sind und dass die Meinung der Betroffenen kein Gewicht hat.

Zivilisierung durch Öffentlichkeit

Anwohner- und Bürgerversammlungen sind öffentliche Begegnungs- und Dialogräume. Das heißt aber nicht, dass sie für alle frei zugänglich sein müssen oder sie nicht bestimmten Regeln folgen sollten. Andernfalls ist damit zu rechnen, dass, wie in dem Beispiel Marzahn-Hellersdorf, Teilnehmende auftauchen, deren Ziel mitnichten ein dialogischer Austausch ist. In der Regel wurde seitens des MBT Berlin dazu geraten, den Kreis der Einzuladenden auf die unmittelbaren Anwohner:innen zu beschränken, nicht zuletzt auch, um die Anzahl der Teilnehmenden insgesamt klein zu halten, da erfahrungsgemäß kleinere Gruppen eine höhere Dialogfähigkeit aufweisen. Rückblickend kann festgehalten werden, dass keine der vom MBT Berlin begleiteten Veranstaltungen eskalierte oder gar abgebrochen werden musste. Dennoch stellte sich immer wieder die Frage bzw. Herausforderung, ob die Redebeiträge ausgewogen waren und ob Angehörige von Minderheiten verbal abgewertet wurden.

Erstere Herausforderung kann in Maßen durch die Moderation beeinflusst werden. Meist sitzen die verschiedenen Konfliktlager in räumlicher Nähe zusammen, sodass darauf geachtet werden sollte, jenseits der Meldereihenfolge die verschiedenen Positionen abwechselnd zu Wort kommen zu lassen. Die letztere Frage ist weitaus schwieriger zu beantworten, denn häufig werden abwertende Äußerungen öffentlich so formuliert, dass ihnen keine strafrechtliche Relevanz zukommt.

Sollten also mehr oder weniger offen formulierte Abwertungen von der Moderation gerügt werden oder sollte sie sich neutral zurückhalten, um den Diskussionsraum aufrechtzuerhalten? Hierauf kann es keine pauschale Antwort geben. Zum einen gehen die Einschätzungen über die Bewertung einer Äußerung nicht selten auseinander, zum anderen ist abzuwägen, ob die Allparteilichkeit der Moderation oder der Schutz und die Stärkung der von der Abwertung Betroffenen wichtiger sind, um den Dialograum aufrechtzuerhalten. In vielen Fällen liegt die Lösung dazwischen, wenn die Moderation z. B. ganz allgemein appelliert, sich in der Wortwahl oder im Ton zu mäßigen, oder wenn sie gezielt Gegenstimmen das Wort erteilt. In jedem Fall müssen die Veranstalter:innen, die Moderation und alle anderen Anwesenden auch akzeptieren, dass das Meinungsspektrum in öffentlichen Räumen oft weiter auseinanderliegt, als es die meisten aus ihren familiären oder beruflichen Kontexten gewohnt sind. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass die persönliche Begegnung und Auseinandersetzung durchaus zivilisierenden Charakter hat. Die wenigsten sprechen ihre Meinungen im öffentlichen Raum so deutlich aus, wie sie es vielleicht in ihrem persönlichen Umfeld oder auch anonym in den sozialen Medien tun würden.

Mittlerweile wird, bedingt durch die Umstände der *COVID-19*-Pandemie, auch mit digitalen Bürgerdialogformaten experimentiert, die ihre eigenen Vor- und Nachteile aufweisen.¹¹ Es ist zu erwarten, dass digitale Angebote zukünftig zunehmen und mindestens ergänzend eingesetzt werden. Doch klassische Bürgerversammlungen werden dadurch nicht zum Auslaufmodell. Gerade in vorurteilsbasierten Konfliktlagen ist die persönliche und direkte Konfrontation mit anderen Perspektiven und Weltansichten eher wichtiger geworden.

11 Siehe dazu auch: <https://kommunal.de/digitale-buergerversammlungen>.

Handwerkszeug statt Hexenwerk

Viele politische Akteur:innen begreifen Bürgerkommunikation als wichtigen und wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit. Einige stehen aber einer Unterstützung und Moderation von außen skeptisch gegenüber. In manchen Fällen kann dies an einer fehlenden Vertrauensbasis oder an der Sorge vor Kontrollverlust liegen, häufig spielt auch die Annahme eine Rolle, Bürgerkommunikation sei ein Selbstläufer.

Gerade aber bei sehr konflikthafter Themen kann eine gut durchdachte Vorbereitung dabei helfen, trotz aller schwierigen Bedingungen, eine gelingende Bürgerkommunikation zu gestalten. Viele Fragen sind im Vorfeld zu klären, z. B.: Welches Ziel soll erreicht werden? Wer ist die eigentliche Zielgruppe? Was ist über die Haltungen und Positionierungen im Konflikt bekannt? Welche Konflikte sind noch virulent? Welche Formate bieten sich an? Wer soll von verantwortlicher Seite teilnehmen? Welche Räume sind geeignet? Was soll danach anders sein als davor? Wie kann Augenhöhe hergestellt werden? Wer moderiert? Welche Regeln sind wichtig? Wann ist ein guter Zeitpunkt?

Als Mobiles Beratungsteam, das angelehnt an systemische Prinzipien arbeitet, ist es uns darüber hinaus wichtig, dass sämtliche Entscheidungen bei den Beratungsnehmenden bleiben. Diese Haltung entkräftet häufig auch die Sorge des Kontrollverlusts. Nichtsdestotrotz: Die Übertragung der Moderation oder Veranstaltungsdurchführung an Externe setzt hohes Vertrauen voraus. Dennoch spricht viel für genau dieses Vorgehen. Eine externe Moderation hat den Vorteil, als neutrale Mittlerinstanz wahrgenommen zu werden. Und eine Moderation verhindert Rollenkonflikte. In dem besagten Beispiel in Marzahn-Hellersdorf übernahm der Leiter des Landesamtes die Moderation. Weil er aber zugleich als Vertreter des Senats wahrgenommen wurde und auch in seiner Funktion Fragen beantwortete, war eine allparteiliche Moderation faktisch nicht möglich. In diese Rollenkonflikte geraten viele Akteur:innen, die – aus welchen Gründen auch immer – auf eine unabhängige Moderation verzichten. Bei der Auswahl externer Unterstützung sollten nicht nur Kosten geprüft werden, sondern auch fachliche und methodische Expertise.

In den vorangegangenen Ausführungen ist bereits an einigen Stellen deutlich geworden, dass es professionelles Handeln und Handwerkszeug braucht, um Bürgerkommunikation gut zu gestalten. Gutes Handwerk braucht Erfahrung und Expertise, dabei sind es manchmal Detailfragen,

die bereits einen (großen) Unterschied machen können: Der Ton in Einladung und Ansprache, die räumliche Aufteilung und Atmosphäre, das Verbot von Audio- und Videoaufnahmen usw.¹² Es braucht aber auch auf Erfahrung basierende Flexibilität und den Mut, Neues auszuprobieren. Wichtig ist es, das Ziel im Auge zu behalten: Soll es eher um Information (Top-Down), also die erste Stufe auf der Treppe der Beteiligung oder eher um einen dialogischen Austausch gehen, dessen Ergebnisse in weiteren Planungen Berücksichtigung finden? Sollen zunächst die relevanten an einen Tisch kommen oder sollen Bürger:innen gezielt die richtigen Ansprechpartner:innen befragen können? Und soll es um die Gestaltung eines diskursiven Raums gehen, also auch um das Einüben dialogischer Kompetenzen, Multiperspektivität und Ambiguitätstoleranz? Das MBT Berlin hat mit Blick auf diese unterschiedlichen Zielstellungen verschiedene Formate entwickelt und erprobt (vgl. Mobiles Beratungsteam Berlin 2015).

Als Mobiles Beratungsteam konnten wir unser Angebot in den Hochphasen der Diskussionen um die Unterbringung von Flüchtlingen nicht flächendeckend in ganz Berlin bewerben, da hierfür unsere Kapazitäten neben allen anderen Tätigkeiten nicht ausgereicht hätten. Nicht zuletzt deshalb hat das MBT Berlin versucht, lokale Akteur:innen aus der Verwaltung und Trägerlandschaft¹³ dabei zu unterstützen, möglichst eigenständig und mit eigenen Ressourcen Kommunikations- und Konfliktprozesse zu gestalten, damit diese Kompetenzen langfristig und nachhaltig vor Ort zur Verfügung stehen, denn: Bürgerkommunikation ist weder Hexenwerk noch Selbstläufer.

Aussicht: Konflikte als Chance

Bürgerdialoge in angespannten Konfliktlagen sind für politische Akteur:innen oft herausfordernd, manche begegnen dieser Aufgabe wenn nicht ängstlich, so doch mindestens angespannt. Dies mag zum einen dem oben beschriebenen Umstand geschuldet sein, dass politische Überzeugung und amtliches Handeln nicht immer kongruent sind. Es liegt

12 Empfehlungen für die Planungen von Informationsveranstaltungen hat das MBT Berlin hier zusammengestellt: www.mbt-berlin.de/mbt/publikationen/Broschueren/6-Empfehlungen-fuer-Informationsveranstaltungen.pdf.

13 Zum Beispiel die bezirklichen Flüchtlingskoordinationen, die Integrationsbeauftragten oder Stadtteilzentren.

aber sicherlich auch darin begründet, dass Konflikte häufig eher als Störung, denn als Chance begriffen werden. Aus exekutiver, vollziehender Perspektive ist diese Deutung verständlich, aus politischer Sicht jedoch fatal.

Insbesondere lokale Konflikte bergen das Potenzial, politisches Interesse zu wecken und Menschen zu mobilisieren, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und sich auf politische Auseinandersetzungen einzulassen. Viele Bürger:innen entwickeln in diesem Zuge wichtige demokratische Kompetenzen, auf die ein funktionierendes Gemeinwesen langfristig angewiesen ist. Lokale Räume können die Bühne bilden zur Austragung konkreter Konflikte, denen gleichsam gesamtgesellschaftliche Dimensionen inhärent sind.

Konflikte, bei denen sich eine Seite latent skeptisch bis offen ablehnend gegenüber Menschen bzw. Menschengruppen äußert, haben jedoch die besondere Spezifik, dass sich hierüber schwer verhandeln lässt und dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der Garantie von Grund- und Menschenrechten unvereinbar gegenübersteht. Dennoch sollte nicht davor zurückgeschreckt werden, solche Haltungen mit Fakten, Argumenten und demokratischen Werten zu konfrontieren und den Träger:innen solcher Einstellungen die Möglichkeit einzuräumen, diese zu reflektieren und zu revidieren. Hierfür braucht es konstruktive Formen der Konfliktaustragung.

In den vorangegangenen Ausführungen standen die ‚klassischen‘ Informationsveranstaltungen und Anwohnerversammlungen im Zentrum der Betrachtung. Das MBT Berlin hat in Zusammenarbeit mit vielen kommunalen Akteur:innen die Dialogformate konzeptionell erweitert und teilweise auch ersetzt. Ergänzt wurden beispielsweise die erwähnten Multiplikatorenrunden¹⁴, erprobt wurden ‚interaktive Info-Inseln‘¹⁵ als

14 Hierbei werden gezielt Brückenbauer:innen und Schlüsselpersonen im Gemeinwesen identifiziert, die zum einen Zugänge in verschiedene Konfliktlager eröffnen und zum anderen als Mittler:innen im Konflikt agieren können, da sie über hohes Vertrauen in den verschiedenen anzutreffenden Milieus und Communities verfügen.

15 Das Konzept der Info-Inseln sieht verschiedene moderierte Funktionstische oder auch Info-Stände vor, an denen bestimmte Ansprechpartner:innen für direkte Nachfragen und Gespräche zur Verfügung stehen, z. B. der:die Bürgermeister:in, die Polizei, die Betreiber:innen einer Einrichtung usw. Das Format kann klassische Gesprächsformate (Podium – Publikum) ergänzen oder ersetzen und hat den Vorteil, dass Bürger:innen und Betroffene face-to-face in den direkten Austausch kommen und Populist:innen keine große Bühne geboten wird. Nachteilig ist allerdings, dass es nicht zu einem übergreifenden Diskursgeschehen kommt, das für den Zusammenhalt und die Bildung eines Common Sense im Gemeinwesen ebenso wichtig ist.

eigenständiges oder ergänzendes Format zu den Informationsveranstaltungen. Die methodische Ausgestaltung des Konzepts *Community Communication* wird immer wieder in der Praxis und durch die Praxis angepasst und überarbeitet, die konzeptionellen Grundannahmen sind bisher unverändert geblieben.

Funktionierende Bürgerkommunikation und damit einhergehende Konfliktbearbeitung sind das Lebenselixier demokratischer Gemeinwesen. Sie umfassen aber mehr als eine einmalige anlassbezogene Informationsveranstaltung oder einen Bürgerbriefkasten. Gute Bürgerkommunikation braucht professionelle Vorbereitung und langfristige Perspektiven. Sie zeichnet sich durch Verständlichkeit, Empathie, Orts- und Fachkenntnisse, politisches Gespür und die feste Überzeugung aus, dass es sich lohnt, öffentlich jederzeit für Demokratie und Menschenrechte einzutreten und an alle die Einladung auszusprechen, diese partizipierend mitzugestalten.¹⁶

Lokale Akteur:innen werden jedoch weiterhin mit der Ambivalenz konfrontiert sein, im Umgang mit der heterogener werdenden Gesellschaft einerseits ein weitgehend pragmatisches, lösungsorientiertes Handeln an den Tag zu legen und andererseits dieses Handeln politisch und rechtsstaatlich begründen und erklären zu müssen. In repräsentativen Demokratien ist für die meisten politischen Entscheidungen keine formale Bürgerbeteiligung vorgesehen. Von einer diskursiven Beteiligung im Sinne von Transparenz, Information und Dialog entbindet dies die Verantwortlichen jedoch nicht. In diesem Sinne sollten auch lokale Akteur:innen eher ein ‚Mehr an Demokratie‘ wagen, sich auch auf alternative, kreative Austauschformate einlassen, die mehr Augenhöhe und Begegnung zulassen, adäquate Räume des Dialogs gestalten und schaffen und nicht davor zurückschrecken, sich auch externe Unterstützung zu suchen. Die große Chance lokaler Konfliktbearbeitung liegt nicht zuletzt

16 Rund um den erwähnten Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf in den Jahren 2006 und 2007 ist es durch eine längerfristige Konfliktbearbeitung gelungen, positive Gestaltungsperspektiven für den Ortsteil zu entwickeln, die u. a. die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums zur Folge hatten. Für die Konflikte um die Flüchtlingsunterkünfte lassen sich solche Entwicklungen nur punktuell konstatieren. Zwar gingen die Eröffnungen häufig mit einem beachtlichen ehrenamtlichen Engagement der ansässigen Bevölkerung einher, langfristige Dialog- oder Nachbarschaftsstrukturen im Rahmen der Konfliktbewältigung sind meist jedoch nur entstanden, wenn diese durch staatliche Impulse und/oder professionelle Begleitungen flankiert wurden, wie beispielsweise durch das Programm *BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften*.

in der authentischen unmittelbaren Erfahrungsebene begründet. Selbstredend sollte aber auch der Eindruck vermieden werden, dass der Gegenstand des Konflikts zur Abstimmung stehe, wenn dies gar nicht der Fall ist. Gleichsam sollten aber Hinweise, Verbesserungsvorschläge und Einwände dahingehend geprüft werden, ob sie berechtigt sind und gegebenenfalls berücksichtigt werden können.

Steffen Mau schreibt mit Blick auf die ostdeutsche Gesellschaft:

„Eine Stärkung der Demokratie kann nicht allein vom Protest auf der Straße ausgehen, sondern braucht auch das Gespräch, die Abstimmung, das Verständnis für die Vielfalt und Positionen, will sie sich nicht in einer Erregungsdemokratie erschöpfen. Das zu leisten, erfordert neue Proberäume der Demokratie, offen für alle Bürger, vielstimmig im Dialog mit der etablierten Politik“ (Mau 2021, S. 374).

Dies gilt gleichsam für die gesamte bundesdeutsche Migrationsgesellschaft. Dabei können die eingangs beschriebenen Perspektiven der drei Sozialwissenschaftler:innen (Foroutan 2019; Reckwitz 2019; El-Mafalani 2018) durchaus fruchtbar zusammengedacht werden, wenn partizipative Gemeinwesenkommunikation prozessorientiert gedacht und gestaltet wird, mittels derer unter Anerkennung der demokratischen Grundlagen unser Zusammenleben immer wieder neu ausgehandelt wird und wir einander als Demokrat:innen versichern und als Gleiche begegnen, die den Konflikt nicht scheuen, sondern ihn als Chance für Weiterentwicklung begreifen. Auch wenn die erwähnten Sozialwissenschaftler:innen ihre Ideenskizzen für ein gesellschaftliches Miteinander in der pluralen Migrationsgesellschaft nicht weiter vertiefen und verorten: in der mobilen Beratungs- und Gemeinwesenarbeit zeichnen sich in der Praxis Horizonte ab, wo gesamtgesellschaftliche partizipative Dialog- und Aushandlungsprozesse sowie die Bildung von Allianzen über Milieu- und Herkunftsgrenzen hinweg stattfinden könnten. Fragen Sie doch mal Ihre Bürgermeisterin.

Referenzen

- Blume, Michael (2020): Verschwörungsmymthen – woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können. Ostfildern
- El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. 3. Aufl. Köln
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Bielefeld
- Mau, Steffen (2021): Ostdeutsche Frakturen für immer? Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen – welche Wege führen hinaus? In: Kowalczyk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute. Berlin/Bonn. S. 363–375
- Mensing, Kolja/Thalheim, Robert (2011): Moschee DE. Berlin
- Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung (2015): „Warum ausgerechnet hier?!“ Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen. Stiftung SPI. 2. Aufl. Berlin
- Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung (2017): Community Communication. Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen. Stiftung SPI. Berlin
- Nocun, Katharina/Lamberty, Pia (2020): Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln
- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jg., H. 5–6, S. 3–9
- PRO-AKTIV – gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion beim Mobilem Beratungsteam »Ostkreuz« (2009): Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Dialogstrategien für ein gleichberechtigtes Miteinander im Gemeinwesen. Stiftung SPI. Berlin
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin

Integration und Teilhabe: Kommunale Konflikte als Aufgabe und Chance

Einleitung

Konflikte sind alltäglich und allgegenwärtig. Menschen sind unterschiedlich, ihre Bedürfnisse und Interessen sind es ebenfalls. Wenn sich in der Gesellschaft und in sozialen Beziehungen etwas verändert, dann berührt das auch diese Interessen und Bedürfnisse und für einzelne Personen oder Gruppen häufig auch ihre Möglichkeiten, sie zu befriedigen. Widerspruch entsteht, Emotionen werden freigesetzt, Interaktionen verändern sich. Entsprechend sind Konflikte Kommunikationsanlass. Sie können auch selbst Motor von Veränderung sein, denn Interessen und Bedürfnisse werden in Konflikten zum Ausdruck gebracht, ausgehandelt und so wird möglicherweise Neues geschaffen (vgl. z. B. Galtung 1998). Konflikt wird oft mit Gewalt und Eskalation verbunden und daher als etwas Schlechtes, zu Vermeidendes verstanden. Die Frage ist aber nicht, ob es Konflikte geben darf, sondern wie mit ihnen so umgegangen wird, dass Gewalt und Eskalation vermieden und ihr konstruktives Potenzial genutzt werden kann.

Diese Erkenntnisse sind in Soziologie, Sozialpsychologie, Gesellschafts- und politischer Theorie lange bekannt (vgl. z. B. Bonacker 2008). Sie stehen im Zentrum der Praxis von Konfliktbearbeiter*innen und auch der Arbeit des *Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung* des *VFB Salzwedel e.V.*¹ Kommunale Konfliktberatung befasst sich seit mehr als 15 Jahren mit Konflikten auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Sie unterstützt da, wo bestehende Problemlösungsfähigkeiten an ihre Grenzen stoßen. Sie begleitet lokale Akteur*innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei, die komplexe Gemengelage

1 Kommunale Konfliktberatung ist vom *forumZFD* entwickelt und vom *VFB Salzwedel e.V.* weiterentwickelt worden. Sie wird und wurde von beiden Organisationen als systemischer Ansatz in Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg eingesetzt (vgl. z. B. Berndt/Lustig 2014, 2016; Berndt/Gatzemeier 2018.) Weitere Informationen zum Ansatz und zu Programmen finden sich unter www.vfb-saw.de/projekte/kompetenzzentrum-kommunale-konfliktberatung/ sowie unter www.forumzfd.de/de/kkb.

lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren, Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten, die Wirkung (oder fehlende Wirkung) jeweiliger Lösungsansätze zu verstehen und weitere zu entwickeln.

Die Erfahrung der Kommunalen Konfliktberatung zeigt, dass Kommunen eine besondere Bedeutung in der Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte haben. Sie sind als kleinste staatliche Einheiten diejenigen, in denen sozialer Zusammenhalt und Wandel gestaltet werden. Gemeinde- und Stadträte sowie Dezernate, Fachdienste und Ämter setzen politische Vorgaben nicht nur um, sie gestalten sie oft mit und reagieren als Krisenmanager*innen und Planer*innen auf konkrete Herausforderungen vor Ort (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013, S. 8). Um zu Entscheidungen zu kommen oder Vorgaben umzusetzen, treten sie in Auseinandersetzung miteinander und mit anderen Akteuren im Ort. Sie sind angewiesen auf die Zusammenarbeit mit Bürger*innen, seien es zivilgesellschaftlich organisierte oder auch einzelne. Vereine, örtliche Träger, Kirchen und andere Akteure der Zivilgesellschaft haben wiederum oft unterschiedliche, gelegentlich sich widersprechende Perspektiven und Interessen und setzen sich jede*r auf seine*ihre Weise für die Entwicklung der Stadt oder Gemeinde ein. Was in der Kommune passiert, wirkt sich auf Bürger*innen direkt aus. Es wird von ihnen wahrgenommen und trifft auf ihre Vorstellungen und Interessen, die direkt oder indirekt in den Aushandlungsprozess einfließen. Kommunen sind gesellschaftlich bedeutsame Konfliktorte und „Schulen der Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2018, S. 8). Sie sind ein Raum, in dem Gesellschaft immer wieder neu ausgehandelt und weiterentwickelt wird und damit auch ein Raum, in dem sich mitentscheidet, in welchem Maße sich Menschen der Gesellschaft zugehörig fühlen und die Bereitschaft entwickeln, zum Gelingen des Miteinanders beizutragen.

Beratungsprozesse des *Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung* nehmen neben anderen auch Konflikte um Integration und Teilhabe in den Blick.² In den letzten Jahren wurde zunehmend deutlich, dass Städte

2 Der Beitrag bezieht sich insbesondere auf Erfahrungen aus dem abgeschlossenen Projekt *Integration und Teilhabe durch Kommunale Konfliktberatung* (07/2018–08/2020) sowie den laufenden Vorhaben *Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten* (07/2019–06/2022) und *Kommunale Integrationsstrategien für Teilhabe und Vielfalt* (11/2020–09/2022). Die Vorhaben wurden bzw. werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU sowie vom *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, den beteiligten Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) und Stiftungen kofinanziert.

und Gemeinden vor besonderen Herausforderungen stehen. Sie wollen geeignete Antworten auf gesellschaftlichen Wandel finden, der sich nicht nur hinsichtlich der sich verändernden Bevölkerungsstruktur, sondern auch hinsichtlich struktureller Herausforderungen (z. B. Gebietsreformen, neue Beteiligungsanforderungen, Verengung finanzieller Gestaltungsspielräume, Zentralisierung von Grundversorgung u. v. m.) vollzieht. Auch die Lebenswelten und Erwartungen von Bewohner*innen ändern sich. In einer zunehmend globalisierten und mobilen Welt werden Lebensentwürfe heterogener und fordern Achtung und Entfaltung. Sie bringen spezifische Bedürfnisse und Perspektiven mit sich, die auch nicht statisch sind.

Die starke Zuwanderung nach Deutschland hat spätestens seit 2015 in Städten und Landkreisen weitere Herausforderungen mit sich gebracht. Geflüchtete kämpfen mit sprachlichen, bürokratischen, politischen und sozialen Hürden, die ihr Ankommen erschweren. Kommunale Stellen versuchen, die Situation im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bewältigen. Viele Haupt- und Ehrenamtliche engagieren sich. Gleichzeitig hat ein Teil der Bevölkerung den Eindruck, von etablierter Politik nicht vertreten zu sein und mit seinen Wahrnehmungen von Spannungen und Widersprüchen nicht ausreichend gehört zu werden. Paradoxe Weise gilt dies auch für ehrenamtlich Engagierte, für Mitarbeiter*innen in Verwaltungen und sogar für politische Entscheidungsträger*innen selbst. In der näheren Betrachtung sog. integrations- oder migrationsbezogener Konflikte wird entsprechend schnell deutlich, dass sie einen engen Fokus auf ‚Migration‘ und ‚Integration‘ überschreiten. Sie werfen die Frage auf, wie unsere Gesellschaft mit Wandel umgeht, wie wir leben möchten – und wie wir die Verhandlungen darüber konstruktiv, inklusiv und zukunftsweisend gestalten.

In diesem Beitrag fragen wir nach kommunalen Konflikten in der Migrationsgesellschaft und ihrer Bearbeitung. Zunächst wird mit Rückgriff auf einschlägige Forscher*innen ein erweitertes Verständnis von sog. Integrationskonflikten dargelegt und gezeigt, dass sie vielschichtig sind und ein besonderes Potenzial für moderne, plurale Gesellschaften bergen, wenn sie angegangen und konstruktiv ausgetragen werden. Anhand von Beispielen aus der kommunalen Beratungspraxis diskutieren wir anschließend, was Integrationskonflikte auf kommunaler Ebene beinhalten und was es braucht, um sie zu bearbeiten. Dabei wird die besondere Bedeutung von Städten und Gemeinden für die Gestaltung gesellschaftlichen

Wandels hervorgehoben. Der Beitrag plädiert abschließend für eine Stärkung der Konfliktbearbeitung in Kommunen.

Konflikt und Integration

Unsere Gesellschaft war zu keinem Zeitpunkt frei von größeren und kleineren Konflikten: Jugend- und Generationenkonflikte, Umweltproteste und bereits Anfang und Mitte der 1990er-Jahre, Konflikte um Zuwanderung sind nur einige Beispiele. In den letzten Jahren scheinen nun migrationsbezogene oder Integrationskonflikte stärker in den Fokus zu rücken. Sie werden dabei nicht unbedingt nur als problematisch, sondern auch als Zeichen für die Innovationskraft von Gesellschaften gesehen. Der Sozialwissenschaftler Aladin El-Mafaalani beispielsweise sieht in Konflikten und Auseinandersetzungen, die in der Migrationsgesellschaft zu beobachten sind, das Ergebnis nicht gescheiterter, sondern erfolgreicher Integration. In der Debatte um Integration der letzten Jahre herrsche die Vorstellung, vielleicht auch der Wunsch, dass Integration zu Harmonie führe, also dazu, dass Konflikte verschwinden (El-Mafaalani 2018, S. 76). Gerade dann, wenn mehr und unterschiedliche Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, also nicht mehr am Rande der Gesellschaft stehen, sondern mit allen zusammen gleichberechtigt „an einem Tisch“ – so seine Metapher – sitzen, und mitreden und -entscheiden wollen, werde aber mehr verhandelt und gestritten: „Der Konflikt ist Ausdruck des Zusammenwachsens. Es entstehen Spannungen beim Sichnähherkommen“ (ebd., S. 81).

Die besondere Konflikthaftigkeit unserer modernen, pluralen, auch durch Einwanderung geprägten Gesellschaft bringt auch die Migrationsforscherin Naika Foroutan (2019) auf den Punkt. Sie geht dabei weiter als El-Mafaalani, da sie hier eine Zukunftsfrage unserer Gesellschaft insgesamt berührt sieht. Foroutan stellt zunächst ebenfalls fest, dass mit wachsender Heterogenität, wie sie oft mit Migration in Verbindung gebracht wird, Spannungen einhergehen. Auf der einen Seite begegnen Mitglieder einer sich als Mehrheit betrachtenden Bevölkerung Menschen, die von einer wie auch immer definierten Norm abweichen, mit Skepsis ebenso wie mit Verunsicherung und Ängsten. Konkurrenz um Status, Ressourcen und Privilegien spielten hier ebenso eine Rolle wie die Befürchtung, dass das, was bisher unhinterfragt als ‚normal‘ galt, infrage gestellt und entwertet wird. Dieser „Diversitätsstress“ (Foroutan 2019,

S. 160) werde unter anderem dadurch bewältigt, dass migrantisch markierte Andere bewusst oder unbewusst an den Rand verwiesen werden. Außerdem werde „Integration“ gefordert: Durch Bildung und beruflichen Aufstieg, bestimmte soziale Kontakte oder kulturelle Aneignung solle „Anpassung“ an die (Norm der) Gesellschaft nachgewiesen werden. Dabei könne diese Forderung nie wirklich erfüllt werden, da auch diesen „Integrationsleistungen“ noch mit Skepsis begegnet wird und sie häufig nicht anerkannt oder entwertet werden (ebd., S. 74ff.). Auf der anderen Seite lehnten aber direkt Betroffene zunehmend die ihnen zugewiesene Außenseiterposition ab, prangerten Stereotype an und forderten die ihnen zustehende Anerkennung als Gleichberechtigte ein. Diese neue Sichtbarkeit wiederum verschärfe in anderen Teilen der Bevölkerung das Beharren auf die Norm. So schließt sich der Kreis: Je stärker und sichtbarer die Infragestellung, desto offensiver und artikulierter wiederum das Auftreten der Betroffenen dagegen, die sich Anerkennung und Rechte erkämpfen.

Seit 2006 definiert sich Deutschland offiziell als Einwanderungsland. Foroutan argumentiert, dass im Zuge der (migrantischen) Pluralisierung des Landes eine sich stetig verstärkende Konfliktdynamik entsteht. Für sie liegt hierin auch ein Grund für das in den letzten Jahren beobachtbare Erstarken rechtsextremer Kräfte und die Reaktivierung „angestaubten“ rassistischen Gedankenguts (ebd., S. 155).

„Je mehr Rechte, Positionen und Privilegien ausgehandelt und anerkannt werden, je offensiver der demokratische Grundsatz eingefordert wird und je sichtbarer migrantische Präsenzen in der Öffentlichkeit werden, desto stärker wird die Ablehnung der als migrantisch markierten Öffentlichkeit“ (ebd., S. 108f.).

Die von Foroutan beschriebene Konfliktdynamik ist nur vordergründig migrations- oder integrationsbezogen, denn sie betrifft nicht nur ‚Migrant*innen‘, sondern die Gesellschaft als Ganze. Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung legten eine Schiefelage unserer Gesellschaft insgesamt offen, ein „normatives Paradox“ (ebd., S. 42ff.). Sie machten sichtbar: In unserer Gesellschaft ist Gleichheit ein wichtiges Gut und Versprechen, sie ist Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Gleichzeitig jedoch werde sie einigen umfassend und systematisch verwehrt (ebd., S. 63). Der vom „normativen Paradox“ ausgehende „Integrationskonflikt“ ist dann auch deshalb kein ‚migrantischer‘, weil er

mobilisiert und in immer größeren Teilen der Gesellschaft geführt wird. Der von Mitgliedern migrantischer Communities offengelegte Widerspruch zwischen Gleichheitsversprechen und realer massiver Ungleichheit mobilisiere weitere Teile der Gesellschaft und führe zu gesellschaftlicher Polarisierung.

Der erlebte Widerspruch werde von einigen aufgelöst, indem er scheinbar rational hergeleitet und dadurch die Norm der Gleichheit abgesenkt wird. Die Betroffenen würden zum Beispiel als Fremde und als „anders“ dargestellt, als nicht zugehörig zum „nationalen Kollektiv“, sodass nicht die gleichen Normen auf sie zuträfen (ebd., S. 112). Andere hingegen schließen sich der Forderung an, dass Handeln und die Situation so geändert werden müssten, dass die Norm eingehalten werden kann (ebd., S. 173ff.). Missstände würden benannt und ihre Korrektur gefordert. Diese beiden Strategien stünden einander diametral gegenüber. Der „Integrationskonflikt“ bestehe dann nicht mehr entlang ethnischer Linien, sondern entlang der Frage nach Pluralität, mit neuen, überraschenden Allianzen (ebd., S. 211). Für Foroutan setzt sich die Konflikt-dynamik zwischen Abwehr und Kampf um Gleichberechtigung und Anerkennung von Personen mit Migrationshintergrund also gesamtgesellschaftlich fort, mehr noch: Sie heizt sich immer weiter an.

Integrationskonflikte als Chance

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen erhalten Integrationskonflikte, die mit Blick auf Migration, Flucht und Einwanderung konstatiert werden, eine größere Tragweite. Haften ihnen in der öffentlichen Diskussion oft explizite oder implizite Vorstellungen von Homogenität und entsprechende Forderungen nach kultureller, sozialer und struktureller Angleichung an, in denen ‚Migrant*innen‘ in der Bringschuld gegenüber der Mehrheitsgesellschaft seien sich anzugleichen, oder andersherum, die Mehrheitsgesellschaft in der Verantwortung, Migrant*innen diese Angleichung zu ermöglichen (ebd., S. 40), schlägt Foroutan vor, sich an einem *postmigrantischen* Verständnis von Integration zu orientieren, „das sich aus den Teilssegmenten Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zusammensetzt mit dem Ziel, Diskriminierung und gesellschaftliche Ungleichheit zu überwinden“ (ebd., S. 41). ‚Integrationskonflikte‘ sind dann Konflikte um den normativen Grundkonsens unserer Gesellschaft, die alle betreffen. Nicht mehr die Frage danach, was es braucht,

damit scheinbar Fremde sich angleichen, steht im Fokus, sondern die Fragen, ob und wie die Normen der Gerechtigkeit, Gleichheit und Teilhabe in einer sehr vielfältigen und immer diverseren Gesellschaft eingehalten werden und ob und wie gleichberechtigte Teilhabe allen ermöglicht wird.

Es wird schnell deutlich, dass nach dieser Definition Integrationskonflikte starke Überschneidungen mit anderen Konflikten unserer pluralen Gesellschaft aufweisen. Die Frage nach Gleichheit und Anerkennung wird nämlich zunehmend auch in anderen Bereichen gestellt: Geschlechtergerechtigkeit, Homo- und Transfeindlichkeit, soziale Ungleichheit, Behindertenfeindlichkeit, Generationenkonflikte (zum Beispiel anlässlich des Klimawandels), Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland – all dies sind Bereiche, in denen in ähnlicher Weise Auseinandersetzungen darüber im Gange sind, ob und wie das Selbstverständnis demokratischer Gleichheit und Teilhabe verwirklicht wird. Gleichwohl beobachtet Foroutan, dass in der öffentlichen Debatte „Migration sich regelrecht zum Chiffre für Pluralität herauskristallisiert“ (ebd., S 14). Die moderne Gesellschaft, in der Vielfalt (für manche glücklicher, für manche herausfordernder) Alltag geworden ist, ist nach Foroutan eine enorm spannungsgeladene. In diesem Kontext wirkt die Debatte um Migration und Integration als Stellvertreterin, als Konfliktfeld, an dem der grundsätzliche Konflikt um die wachsende Pluralität und den Wandel unserer Gesellschaft exemplarisch ausgetragen wird.

Hierin liegt zunächst eine Gefahr: Dass der Konflikt um Gleichheit, Gerechtigkeit und Teilhabe oft auf Migration fokussiert wird, könne dazu führen, dass andere Formen von Ungleichheit unsichtbar gemacht werden. Das könne unbewusst geschehen oder als Teil einer Strategie. Wenn beispielsweise immer wieder der Fokus darauf gerichtet werde, dass es muslimische Migrant*innen seien, die gegen Gleichberechtigung der Geschlechter sind, könne die Tatsache, dass es in der Gesellschaft insgesamt strukturelle und tiefgreifende Hindernisse für Gleichberechtigung gibt, die mit Migration wenig zu tun haben, ausgeblendet werden. Das Problem werde umformuliert in ein Problem, dass nur besteht, solange die ‚Anderen‘ es verursachen. Ähnliches ließe sich zu Antisemitismus oder sozialer Ungleichheit sagen (vgl. ebd., S. 17).

Konflikte und Debatten um ‚Migration‘ könnten jedoch auch zur Chance werden, wenn sie als „Katalysator“ (ebd.) genutzt würden, um grundsätzliche Konflikte und Debatten um Gleichheit zu *öffnen*. Foroutan plädiert dafür, scheinbar migrationsbezogene Konflikte als Anlass zu

nutzen, um die dahinterstehenden Konflikte und Aushandlungen von Gleichheit, Anerkennung und Teilhabe sichtbar zu machen und zu thematisieren und so den Weg zu öffnen, um angemessene Antworten auf die eigentlichen Kernfragen moderner Gesellschaft zu finden (ebd., S. 19).

Die ausgeführten Thesen der Konflikthaftigkeit moderner, auch durch Einwanderung geprägter Gesellschaften sind letztlich ein Plädoyer für konstruktiven Streit als Modus der pluralen Gesellschaft. Mit den Autor*innen lässt sich festhalten, dass die benannten Konflikte nichts Schlechtes sind, sondern ein Zeichen dafür, dass sich Menschen engagieren, Missstände benennen und Gleichheit und Teilhabe einfordern. Das ist wichtig, denn in einer Gesellschaft, die sich im Wandel befindet, die sich ausdifferenziert und vielfältiger wird, muss die Frage nach Gleichheit und Teilhabe immer wieder (neu) gestellt werden. Debatten und Konflikte um Migration und Integration sind nicht die einzigen Felder hierfür; wo sie aufkommen, können sie aber in diesem Sinne genutzt werden. Die Herausforderung, die sich stellt, ist dann entsprechend auch nicht, wie diese Konflikte umgangen oder vermieden werden können. El-Mafaalani konstatiert: „Offene Gesellschaften ermöglichen einen Diskurs – der dann aber auch geführt werden muss“ (ebd. 2018, S. 84). Für Akteure wie auch für Betroffene – mithin alle Mitglieder der Gesellschaft – ergibt sich daraus die Aufforderung zum Nachdenken darüber, nicht ob, sondern *wie* dieser Diskurs geführt werden soll, also wie diese Aushandlungen ablaufen. Er kann in Rückzug, Vereinfachung, Radikalisierung, Ausschlüssen bis hin zur Gewalt münden. Er kann aber auch konstruktiv verlaufen und die Entwicklung einer Gesellschaft positiv vorantreiben, in der fehlende Chancengleichheit, Teilhabe und Anerkennung täglich neu thematisiert werden, um realisiert werden zu können.

Methoden, Ansätze und Theorien der konstruktiven Konfliktbearbeitung setzen sich seit mehreren Jahrzehnten mit der Frage auseinander, wie solche konflikthafter Diskurse konstruktiv geführt und als Motor für positive gesellschaftliche Veränderung genutzt werden können. Sie können hier Impulsgeber sein. In notwendiger Ergänzung zu Ansätzen der politischen Bildung oder „Erziehung zur Pluralität“ (Foroutan 2019, S. 127) liegt im konstruktiven Umgang mit Konflikt auch ein Auftrag der Radikalisierungsprävention. Die Konfliktforschung kennt Polarisierung, Ausschluss, Schuldzuweisung und Abwertung als Hinweise auf Eskalation in nicht bearbeiteten Konflikten (vgl. z. B. Galtung 1998, S. 94ff.). Der im Sinne El-Mafaalanis ‚nicht geführte Diskurs‘ bereitet den Nährboden

für diejenigen Strategien, die Brüche im gesellschaftlichen Geschehen nutzen, um rechtsextreme Narrative des ‚Staatsversagens‘ oder auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gründende Erklärungsmuster in den Mainstream der Gesellschaft zu tragen.³

Kommunale Konflikte als Integrationskonflikte: Einblick aus der Kommunalen Konfliktberatung

Die von Foroutan und El-Mafaalani beschriebenen Integrationskonflikte sind nicht nur in medialen und politischen Auseinandersetzungen tagtäglich nachvollziehbar, sondern werden in unterschiedlichsten Orten und Situationen ganz konkret verhandelt. Das *Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung* hat sich in mehreren Projekten speziell Integrationskonflikten gewidmet – das heißt Konflikten in Städten und Gemeinden, die an Fragen von Migration und Integration festgemacht werden. Die in diesen Prozessen gemachten Beobachtungen sind anschlussfähig an Foroutans Analyse. Bei der Auseinandersetzung mit Konflikten auf der kommunalen Ebene wird deutlich, dass die zunehmende Heterogenität von Gesellschaft vor Ort in Städten und Gemeinden in Deutschland ein Konfliktfaktor ist. Werden „Integrationskonflikte“ thematisiert, geht es oft zunächst um Fragen von Zugehörigkeit und Anpassung. Mitunter ist zu beobachten, wie die erlebte Heterogenität ein althergebrachtes Gesellschaftsverständnis sowie Annahmen der Ähnlichkeit von Lebensformen und die Fiktion von Harmonie in Frage stellt (vgl. Berndt/Lustig 2016, S. 43f.). Schaut man genauer hin, werden dabei aber immer Fragen von Gleichheit, Anerkennung und Teilhabe mitverhandelt, die anlässlich von Migration thematisiert werden, aber darüber hinausweisen.

Ein Fallbeispiel: In der Kleinstadt A im ländlichen Nordosten Deutschlands war die Aufnahme von Geflüchteten 2015, auch durch die Anstrengungen vieler Ehrenamtlicher, gut bewältigt worden.⁴ Familien konnten dezentral in freien Wohnungen untergebracht werden, einige haben sich

3 Es geht hier nicht darum, rechtsextrem handelnde und denkende Personen und Gruppen als Konfliktparteien gleich anderen einzuordnen. Dies würde zumindest ein grundsätzliches Interesse an einer gemeinsamen, weiterführenden Lösung voraussetzen. Es ist hingegen offensichtlich, dass Vordenker*innen der neuen rechtsextremen Bewegungen entstehende Polarisierung nutzen, um Unterstützung für ihre Umsturz- und Machtstrategien zu gewinnen (vgl. z. B. Quent 2019; Salzborn 2020). In diesem Sinne ist hier die Rede von Konfliktbearbeitung als Radikalisierungsprävention.

4 Das Beispiel beruht auf realen Fällen, wurde aber verfremdet.

entschieden auch weiterhin in der Stadt zu bleiben. Fremdenfeindliche Mobilisierung gegen den Zuzug Geflüchteter war kaum zu erleben, viele Bewohner*innen und auch Geflüchtete engagierten sich für die soziale Integration der Zugezogenen. Ab 2018 aber änderte sich die Situation: Aufgrund von Wohnungsmangel wurden neu ankommende Geflüchtete nun in einer Gemeinschaftsunterkunft etwas außerhalb der Stadt untergebracht. In der Unterkunft kam es zwischen den Bewohner*innen zu Konflikten, die zunehmend in die Stadt hineinwirkten, insbesondere in die Gemeindeschule. Kinder aus der Gemeinde und der Unterkunft, aber auch deren Eltern und Lehrer*innen, gerieten wiederholt aneinander. Zunehmend verbreiteten sich Gerüchte in der Stadt und Vorbehalte und Ablehnung gegenüber den Geflüchteten, aber auch denjenigen, die sich für sie einsetzten, nahmen zu. Bei den Ehrenamtlichen sowie den Verantwortlichen aus der Stadt wuchs die Sorge vor einer weiteren Eskalation. Die Flüchtlingshilfe-Initiative beobachtete eine zunehmende Polarisierung in der Stadt und sorgte sich darum, dass das Erreichte zunichtegemacht wird und die ‚Stimmung kippt‘. Sie plante Gesprächsrunden und Workshops mit Geflüchteten in der Unterkunft mit dem Ziel, mit ihnen Verhaltensregeln zu klären und so die Situation an der Schule zu deeskalisieren.

Die Anfrage an das *Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung* erfolgte zu diesem Zeitpunkt. Das Beratungsmandat umfasste gemäß dem Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung in einem ersten Schritt zahlreiche ausführliche Gespräche, um im Rahmen einer systemischen Analyse ein besseres Verständnis der Konfliktsituation zu erlangen. Diese zeigt ein deutlich komplexeres Bild und lenkt die Aufmerksamkeit weg von scheinbar eindeutigen Schuldzuschreibungen auf die dahinterliegenden Bedingungen und Konfliktgegenstände. Zunächst wurde deutlich, dass es zwischen Einwohner*innen und Geflüchteten Berührungspunkte gab, die durch die spezifische Situation vor Ort noch verstärkt wurden: Die abgelegene Lage der Unterkunft schuf wenig Anlässe für Begegnung. Die Schule war der einzige Begegnungsort. Sie wurde damit zum Kristallisationsort verschiedener Sorgen und Bedürfnisse. In der Unterkunft entstanden Konflikte, weil zusätzlich zur Fluchtsituation Familienzusammenführungen durch eine Entscheidung des Landkreises erschwert waren und die Lebenssituation isoliert war, was eine enorme psychische Belastung für die Bewohner*innen mit sich brachte. Die Belastungen wurden durch geflüchtete Eltern und Kinder in die Schule getragen. Auf

der anderen Seite befürchteten einige Eltern aus der eingewohnten Bevölkerung Nachteile für den Bildungserfolg und die Aufstiegschancen ihrer Kinder. Auch sie standen entsprechend unter Druck und gaben diesen an die Schule und andere Eltern weiter. Vor dem Hintergrund einer ohnehin schon knappen Personalsituation war die Möglichkeit des Schulpersonals, mit dieser Situation umzugehen, eingeschränkt.

Verschärfend kam hinzu, dass es in der Stadt selbst kaum hauptamtliche Sozial- oder Integrationsarbeit gab. Auch Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen Landkreis, Stadt und Ehrenamtlichen waren unübersichtlich geregelt und weder klar noch eindeutig kommuniziert. In der Mehrheit der Stadtbevölkerung gab es kaum Informationen über die Situation der Gemeinschaftsunterkunft sowie über Entscheidungen und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Unterkunft, was das Entstehen von Gerüchten und die Aktivierung rassistischer Stereotype begünstigte.

Die Konfliktodynamik vor Ort lässt sich noch weiter kontextualisieren und damit erklären, warum sie zunehmend in die Stadt als Ganze hineinwirkte: Die politische Entscheidung für die Aufnahme von Geflüchteten wurde auf Bundesebene getroffen und auf Landes- und Landkreisebene konkretisiert und umgesetzt. Vor Ort warf sie konkrete Fragen auf und schaffte Herausforderungen, wie beispielsweise in Bezug auf Wohnraum, Sprachhindernisse, die Einbindung und Teilhabe von oft traumatisierten Kindern und Erwachsenen im kommunalen Leben der Kleinstadt, die Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis sowie zwischen Ehrenamt und städtischer Verwaltung, einen erhöhten Kommunikationsbedarf mit Bürger*innen u. v. m.

Auch unabhängig von der Ankunft Geflüchteter herrschten in der Stadt aber schon länger Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft. Diese resultierten aus Nachwendererfahrungen von Kontrollverlust, Wahrnehmungen von Abwertung und Abstiegsängsten, vollständiger Deindustrialisierung und massiver Abwanderung sowie zunehmender Strukturschwäche im ländlichen Raum. Sie mündeten im verbreiteten Eindruck, in Landes- und Bundespolitik keine Rolle mehr zu spielen („*Wir sind nur noch Wolfserwartungsland*“, so ein leitender Angestellter der Stadtverwaltung) und bewirkten Ohnmachts- und Unsicherheitsgefühle.

Zusätzlich dazu wurden in den Jahren zuvor zunehmend Land und Häuser von Einzelpersonen und Familien aus einem nahen großstädtischen Ballungsraum gekauft und z. T. dauerhaft bezogen. Während dieser

Zuzug von einigen Ortsansässigen begrüßt wurde, gab es bei anderen Vorbehalte, die ebenfalls das Narrativ von Marginalisierung, Ohnmacht und mangelnden Möglichkeiten der Mitbestimmung verstärkten. Der Konflikt um diesen Zuzug polarisierte die Gemeinde bis in die politischen Entscheidungsgremien hinein und lähmte ihre Arbeit, wenn z. B. Vorschläge und Initiativen der ‚Zugezogenen‘ blockiert wurden. Die Polarisierung der Stadt zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen befeuerte dabei auch den Konflikt um Unterkunft und Schule. Auch in der Initiative für Geflüchtete waren mehrheitlich Zugezogene aktiv. Insgesamt verfestigte sich der schon zuvor bestehende Eindruck in Stadtpolitik und Verwaltung, aber auch bei Bewohner*innen, dass sie (wieder) zu wenig Gestaltungsspielraum und zu geringen Einfluss auf die Situation und die Gestaltung ihres Zusammenlebens haben.

Die Auseinandersetzungen um Schule und Gemeinschaftsunterkunft erscheinen vor diesem Hintergrund eher als Beispiel oder Symptom: Historische und gegenwärtige Erfahrungen, aber auch Mängel und Bedarfe hinsichtlich Ressourcen, Strukturen und Kommunikation wurden nicht als Konfliktfaktoren ernst genommen und adressiert. Stattdessen wurden Schuldige für eine als belastend erlebte Situation gesucht (z. B. die Geflüchteten, die Regierung, die Flüchtlingsinitiative oder der Bürgermeister). Dabei wurden die Geflüchteten zum Konfliktgegenstand, aber selbst nicht als Akteure im städtischen Geschehen wahrgenommen. Ihre Bedürfnisse, die die auslösenden Ereignisse in der Schule mitprägten (z. B. nach körperlicher und psychischer Sicherheit, Selbstbestimmung und Teilhabe) wurden kaum gehört und entsprechend auch wenig adressiert.

Das hier nur knapp beschriebene Beispiel einer Kommune aus der Beratungsarbeit ist einerseits sehr spezifisch, in seiner Vielschichtigkeit jedoch auch verallgemeinerbar. Es kann um andere ergänzt werden. In der Großstadt B beispielsweise kam es in den letzten Jahren immer wieder zu teils gewaltsam ausgetragenen Nutzungskonflikten in Parks und auf öffentlichen Plätzen, die mit jungen Geflüchteten in Verbindung gebracht, von Rechtsextremen instrumentalisiert und von der Stadtpolitik mit Sicherheitsmaßnahmen wie Polizeikontrollen und Kameraüberwachung adressiert wurden. Auch hier zeigte eine systemische Analyse im Rahmen des Beratungsprozesses, wie stark die Dynamik des Konflikts der mangelnden Kommunikation mit Bürger*innen und der fehlenden Abstimmung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft geschuldet

ist und sich, mehr als aus ‚Heterogenität‘, aus Abstiegserfahrungen und einsetzenden Gentrifizierungs- sowie Verdrängungsprozessen einer sich rapide wandelnden ostdeutschen Großstadt speist. Ein drittes Beispiel ist die ebenfalls ländliche Kleinstadt C, in der zwar kaum Menschen mit internationaler Migrationsgeschichte wohnen. Im öffentlichen Narrativ wird aber im Zusammenhang mit einem neugestalteten Bahnhofsbereich in der Stadt das Thema Zuwanderung immer wieder unter den Stichworten (angeblich aus der nahen Großstadt anreisender) ‚Drogenhändler‘ und ‚Gewalt‘ ins Spiel gebracht. Es steht stellvertretend für den wahrgenommenen Kontrollverlust der städtischen Verwaltung in einer sich wandelnden Welt.

Diese Beispiele machen deutlich, dass und wie die von Foroutan beschriebenen komplexen Integrationskonflikte ganz konkret im Lokalen ausgetragen werden. Sie speisen sich nur auf den ersten Blick aus Fragen um Migration und beziehen ihre Dynamik aus anderen Quellen. Hier werden Konflikte um Teilhabe, Chancengleichheit und Anerkennung mitverhandelt, die bisher nicht oder nur unzureichend thematisiert wurden. Es geht um Fragen der gleichberechtigten Teilhabe von Geflüchteten am Leben der (kommunalen) Gesellschaft. Es geht auch um unbeantwortete Fragen der Gleichheit von Lebensverhältnissen im ländlichen Raum, um Befürchtungen zunehmenden sozialen und gesellschaftlichen Abstiegs und um mangelnde Möglichkeiten, Wandel mitgestalten zu können. Durch die Umstände der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten wurden bestehende Konflikte aktualisiert, haben sich noch einmal zugespitzt und werden hieran stellvertretend ausgefochten. Durch die Herausforderungen, die mit dem Jahr 2015 auf die Kommunen zugekommen sind, wird somit deutlich: Soll der ‚Diskurs geführt‘ und entstehende oder sich zuspitzende Differenzen und Konflikte konstruktiv bearbeitet werden, muss das auch, vielleicht gerade vor Ort passieren.

Integrationskonflikte bearbeiten: Chancen und Hindernisse

Städte und Gemeinden sind als kleinste staatliche Einheiten und direkter Erfahrungsraum von Bürger*innen Orte, in denen Wandel konkret erlebbar und Zusammenleben gestaltet wird. Als besondere Konfliktorte verfügen sie auch über Strukturen und Routinen, die die konstruktive Bearbeitung von Konflikten und dadurch gesellschaftliche Integration und Teilhabe ermöglichen. Sie verfügen über institutionalisierte

Mechanismen, die regelmäßig, explizit oder implizit Aufgaben der Konfliktbearbeitung im oben beschriebenen Sinne übernehmen: Stadt- und Gemeinderäte sind Formate des geregelten Streits und Interessenausgleichs, Beteiligungsverfahren zielen darauf ab, Bürger*inneninteressen einzubeziehen, Beiräte machen die Stimmen von besonderen Interessengruppen hörbar, runde Tische und AGs dienen der frühzeitigen Abstimmung, Stadtteilmanagement vermittelt bei Konflikten im Quartier, Vereine fördern Meinungsbildung und vertreten Spezialinteressen u. v. m. Potenziale der Konfliktbearbeitung sind außerdem gemeinsame Ziele in der kommunalen Gesellschaft, verbindende Anlässe und historische Erfahrungen (vgl. Anderson 1999) sowie die persönliche Konfliktfähigkeit und Haltung von Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Sie ermöglichen es, jenseits von Vereinfachungen und Schuldzuschreibungen Differenzen anzuerkennen und tragfähige Lösungen zu finden.

Die oben dargestellten Beispiele machen aber auch deutlich, dass die Fähigkeit von Kommunen, mit Konflikten umzugehen, mitunter an ihre Grenzen stößt (vgl. Berndt/Lustig 2016, S. 24ff.). Das wird insbesondere da offensichtlich, wo sie mit tiefgreifenden Veränderungen und radikal neuen Herausforderungen konfrontiert sind, auf die bestehende Zuständigkeiten, Erfahrungen und Handlungsroutrinen nicht oder nur unzureichend antworten. Die Schwierigkeit der Konfliktlösung wächst auch da, wo einschneidende, neue Situationen auf bestehende, mangelhaft bearbeitete Konfliktlagen treffen. Der kommunale Umgang mit der Ankunft von Geflüchteten 2015 ist ein Beispiel hierfür, denn er hat Leerstellen offengelegt oder geschaffen, die bis heute wirken. Diese Leerstellen zu erkennen und auszufüllen, ist unabdingbar, will man Integrationskonflikte im oben genannten Sinne konstruktiv und zukunftsweisend bearbeiten.

Am Beispiel der Stadt A hat sich gezeigt, dass eine fehlende Klarheit und bestehende Konflikte, auch bezüglich der Zuständigkeiten in der Integrationsarbeit, sowie fehlende Transparenz und Kommunikation unbearbeitete Konfliktynamiken verstärken. Dass Ehrenamtliche dort eingesprungen sind, wo Integrationsaufgaben nicht bearbeitet wurden, schuf in einer ersten Phase Erleichterung. Übersehen wurde, dass sie professionelle Strukturen der Beratung, Sozialarbeit und Teilhabe für Menschen in einer enorm belastenden Lebenssituation schwer ersetzen können. Übersehen wurde auch, wie das Engagement in der Stadt insgesamt

wirkte, nämlich als ‚Ermächtigung‘ durch (zugezogene) Ehrenamtliche und in gewisser Weise sogar als Verstärker für eine wahrgenommene ‚Enteignung‘. Dies wiederum führte dazu, dass sich die Polarisierung in der Stadtgesellschaft weiter verschärfte, auch – aber nicht nur – gegenüber Geflüchteten. Sollen diese Dynamiken adressiert werden, setzt das voraus, dass die Komplexität des Konfliktgeschehens anerkannt wird, die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten wahrgenommen und einbezogen und vor diesem Hintergrund lokal angepasste Handlungsweisen entwickelt werden.

Dies zu tun, ist voraussetzungsvoll, insbesondere in einem komplexen System wie einer Kommune. Es benötigt sowohl ein ebenen- und aktorsübergreifendes Bewusstsein für das Problem, als auch den Willen und die Ressourcen, es anzugehen. Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung zeigen (z. B. Glasl 1998; Fisher 2011), dass ab einer frühen Stufe der Entwicklung eines Konflikts eine externe Unterstützung hilfreich sein kann, damit beteiligte Konfliktparteien aus ihrem eigenen Verfangensein in Konfliktodynamiken herausfinden können, ein gemeinsames Verständnis entwickeln und in die Lage versetzt werden, gemeinsam an tragfähigen Lösungen zu arbeiten. Die Intervention in einem frühen Stadium der Konfliktenstehung ist auch deutlich weniger aufwändig und kostenintensiv, da auf diesem Wege eine konstruktive Bearbeitung ermöglicht wird, bevor es zu einer Eskalation kommt. Kommunale Konfliktberatung ist ein Angebot, das in diese Richtung geht.

Kommunale Konfliktberatung als methodischer Praxisansatz begreift Situationen wie die geschilderte an der Schule in Stadt A als einen Ansatzpunkt, um das Konfliktgeschehen in einer Stadt oder Gemeinde insgesamt in den Blick zu nehmen und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort ressourcenorientiert zu bearbeiten. Aufgabe der Konfliktberatung ist es, den benannten Konflikt jenseits von einfachen Erklärungen, Schuldzuschreibungen und Polarisierung konstruktiv zu nutzen und zusammen mit Betroffenen die dahinterliegenden Themen aktiv anzugehen. Die Berater*innen begleiten Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dabei, die komplexe Gemengelage zu verstehen und gemeinsam langfristig wirksame Lösungen und Handlungsoptionen zu entwickeln. Der Beratungsprozess ist durch die Kommune mandatiert und folgt drei Phasen: (1) Mit Methoden aus dem Instrumentarium der Konfliktanalyse (wie systemischen Analyseverfahren) wird eine Situations- und Konfliktanalyse angefertigt. (2) Auf deren Basis wird gemeinsam ein

Handlungskonzept entwickelt und diskutiert. (3) Die Umsetzung von Maßnahmen wird von den Berater*innen weiter begleitet und, wo notwendig, durch das Hinzuziehen externer Fachberater*innen unterstützt.⁵

Im Fall der Stadt A wurde das Beratungsmandat gemeinsam von Stadt, Flüchtlingshilfeinitiative und Schule erteilt. Um alle wichtigen Akteure vor Ort anzuhören und diese in den Bearbeitungsprozess einzubeziehen, wurden vom Beratungsteam zunächst ausführliche Gespräche geführt. Diese dienten dem Konfliktverstehen, boten für die Beteiligten aber auch Gelegenheit, ihre Sichtweise auf das Geschehen zu klären und sich mit ihren Anliegen gehört zu wissen. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden in eine systemische Situations- und Konfliktanalyse überführt, die bildlich das Konfliktgeschehen mit seinen zentralen Dynamiken zusammenfasst. Da diese Zusammenführung und Analyse mit dem ‚externen Blick‘ des Beratungsteams erfolgte, wurde den Beteiligten Gelegenheit gegeben, Sachverhalte zu klären oder zu ergänzen. Eine gemeinsame, unterschiedliche Perspektiven wertschätzende Sicht auf das Konfliktgeschehen, seine Dynamiken, Ursachen und Konsequenzen entstand. Sie bildete die Grundlage für gegenseitige Anerkennung, Perspektivwechsel, die Neujustierung von Haltungen, Entscheidungen und Handlungen und, wo notwendig, für neue Übereinkünfte und Mechanismen, die im Austausch (Workshops, Gesprächsrunden) mit Akteuren und Akteursgruppen entwickelt und von ihnen in die lokalen Strukturen eingebracht werden.

Kommunale Konfliktberatung kann ein unterstützender Ansatz sein, Integrationskonflikte vor Ort so zu bearbeiten, dass sie als Chance für die Schaffung inklusiver, gleichberechtigter Teilhabe und gemeinsamer Gestaltung von Zusammenleben in der kommunalen Gesellschaft genutzt werden. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass die Hürden, nach alternativen Methoden der Konfliktbearbeitung zu suchen, aber auch Konfliktberatung anzufordern, hoch sind. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Das Bild, dass Kommunalverwaltungen die Konflikte an der Basis selbst und ‚nebenbei‘ managen können müssen, ist weit in das Selbstverständnis von Amtsträger*innen vorgedrungen. Sie erleben häufig schon das Gespräch über Konflikte als Eingeständnis eigener Unzulänglichkeit. Mit Blick auf die massiven gesellschaftlichen Transformationen, die auch in

5 Ausführlicher zum Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung s. z. B. Berndt/Lustig 2014, 2016; Berndt/Dörner 2021.

Kommunen umgesetzt werden, wirft die implizite Erwartung an kommunale Entscheidungsträger*innen, begleitende Konflikte ‚irgendwie‘ mit zu bearbeiten, Fragen auf. Im mangelnden (politischen) Bewusstsein dafür, dass Konfliktbearbeitung in Zeiten einschneidenden Wandels ein zentraler Aufgabenbereich kommunaler Selbstverwaltung ist, der entsprechender Ressourcen bedarf, liegt ein signifikantes Hindernis dafür, derzeit bestehende gesellschaftliche Konflikte zu adressieren, Eskalation und Radikalisierung entgegenzuwirken und sie stattdessen als Chance für die Weiterentwicklung eines pluralen und gleichberechtigten Zusammenlebens zu nutzen.

Fazit: Strukturen für Konfliktbearbeitung schaffen

Die Migrationsfrage spitzt bereits bestehende und sich kontinuierlich weiter entwickelnde Konflikte um Anerkennung, gesellschaftliche Integration und Teilhabe zu. Mit Blick auf gesellschaftliche Polarisierung beziehungsweise auf migrationsbezogene Konflikte wird deutlich, dass Kommunen prädestinierte Orte sind, an denen sie ausgetragen werden und von denen ausgehend eine konstruktive Bearbeitung gesamtgesellschaftliche Wirkung entfalten kann. Voraussetzung dafür ist, dass sie bewusst und konstruktiv angegangen werden.

Was braucht es also? Es ist wichtig, dass Städte, Gemeinden und Landkreise in die Lage versetzt werden, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Das heißt zunächst, dass die Betrachtung von Konflikten im kommunalen Raum nicht bei der Aufzählung von Straftaten und Gewaltdelikten stehen bleiben darf, wie es häufig geschieht. Ebenso sollte Konfliktbearbeitung sich nicht in kurzfristiger Deeskalation oder Beruhigung sowie sicherheitspolitischen Maßnahmen wie Polizeipräsenz oder Videoüberwachung öffentlicher Räume erschöpfen. Ein zentraler Schritt für den zukunftsfähigen Umgang mit Konflikten ist die Anerkennung, dass es sie gibt, dass sie vielschichtig sind, dass sie oft als Zeichen von Entwicklung und nicht von Scheitern gelesen werden können und, dass sie Chancen bieten, wenn alle Betroffenen in angemessener Form auch Beteiligte der Lösung sind. Es braucht mithin ein Verständnis von Konflikten, das sich am Stand der Friedens- und Konfliktforschung orientiert und das das in den vergangenen Jahrzehnten generierte Wissen um Konflikte in Kommunen und ihre Bearbeitung in die Strategieplanung einbezieht.

Vor Ort gilt es, bestehende Strukturen der Konfliktbearbeitung auf ihre Funktionalität hin zu untersuchen und – wo notwendig – zu stärken. Zusätzlich braucht es geteilte, kurz-, mittel- und langfristige Strategien, die auf einem komplexen Verständnis lokaler Konflikte und ihrer Dynamiken gründen und dabei helfen, die Wirkungen von Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen kommunalen Handelns abzuschätzen (Berndt/Lustig 2016, S. 31). Dazu bedarf es transparenter und zielgerechter Kommunikation sowie auch einer erhöhten Sensibilität für Marginalisierung und Teilhabebehindernisse.

Wichtig ist vor allem, dass der Beitrag, der in Kommunen zur Konfliktbearbeitung geleistet wird, gesamtgesellschaftlich anerkannt und zielgerichtet gestärkt wird. Es reicht nicht aus, auf politischer Ebene generisch über gesellschaftliche Konflikte zu sprechen und allgemeine Zielvorgaben – z. B. für Demokratieentwicklung, Integration, Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus oder Klimaschutz – zu beschließen, wenn dabei die strukturellen Hindernisse und Herausforderungen, die sich vor Ort stellen, übersehen werden. In Städten und Gemeinden gehören die Aufgaben, die beispielsweise mit der Integration Zugezogener zusammenhängen, zu den Pflichtaufgaben. Das heißt durch Land und Bund werden in verhältnismäßig eng definiertem Rahmen Mittel für Sprachkurse, Integrationsberatung und ähnliches zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig ergeben sich, wie gezeigt, in der Kommune signifikante Herausforderungen, die die kommunale Gesellschaft als Ganze betreffen – ohne dass hierfür, gerade in einschneidenden Krisensituationen, angemessene Ressourcen und Knowhow bereitgestellt würden. Mehr noch: Die Bearbeitung von Konflikten, die Inanspruchnahme von Beratung und externer Expertise und die Umsetzung von Maßnahmen, die auf Konfliktodynamiken langfristig Wirkung entfalten, fallen überwiegend unter „freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben“, für die die Stadt oder Gemeinde eigene Gelder nach Ermessen zur Verfügung stellen *kann* – genauso wie für andere freiwillige Maßnahmen, wie etwa den Erhalt eines Schwimmbads. Maßnahmen, um den fluchtbedingten Wandel in der Kommune wirklich zu bewältigen, stehen damit in direkter Konkurrenz zu anderen lokalen Bedürfnissen. Es ist daher notwendig, dass Kommunalordnungen der Bundesländer Konfliktbearbeitung sowie die entsprechende Unterstützung dabei als verpflichtende kommunale Selbstverwaltungsaufgabe benennen, sodass dafür Mittel aus Bundes- und Länderhaushalten zur Verfügung gestellt werden. Wenn

gesellschaftlichem Zusammenhalt Priorität eingeräumt wird, scheinen diese Lehren zu den Mindestanforderungen zu gehören.

Die *COVID-19*-Pandemie hat gezeigt, dass es in Zukunft weitere Krisen geben wird. Ein Teil davon wird in einer globalisierten Welt auf externe Ereignisse zurückgehen, die in die kommunale Welt einbrechen, ohne hier an ihren Wurzeln beeinflusst werden zu können. Ein Teil wird auch durch Innovationen entstehen, die geplant und im Sinne des ‚größeren Ganzen‘ als notwendig erachtet werden, etwa im Zusammenhang mit Digitalisierung, Infrastruktur, erneuerbaren Energien etc. Auch Ereignisse im Kontext von Klimawandel und Klimawandelfolgen sowie Anpassungsmaßnahmen dafür könnten ähnliche Wirkungen entfalten. Auch diese werden wieder vor Ort an ungelöste Konflikte andocken und diese verschärfen oder in ihrer eigenen Eskalationswirkung verschärfen, wenn sie nicht konstruktiv angegangen werden. Konfliktbearbeitung wird in den kommenden Jahren Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft sein.

Referenzen

- Anderson, Mary B (1999): *Do No Harm: How Aid can Support Peace or War*. Boulder
- Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2014): *Kommunale Konfliktberatung. Konzeption zur Beratung von Kommunen im Wandel*. Köln
- Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016): *Kommunale Konfliktberatung – ein Beitrag zum Umgang mit Fragen des Zuzugs und der Integration*. In: Warndorf, Peter K. (Hrsg.): *Integration – zwischen Konflikt und Prävention*. Münster
- Berndt, Hagen/Dörner, Wolfgang (2021): *Kommunale Konfliktberatung. Wenn Konflikt sich nicht von selbst lösen lassen*. In: Arajärvi, Outi/Schweitzer, Christine (Hrsg.): *Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft*. Bonn, S. 83–100
- Berndt, Hagen/Gatzemeier, Ulrike (2018): *Konflikt als Motor für Bürgerbeteiligung*. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 10/2018 vom 17.10.2018
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung*. Bonn
- Bonacker, Thorsten (2008): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick*. In Bonacker, T. (Hrsg.). *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. 4. Auflage. Wiesbaden
- El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld
- Fisher, Ronald J. (2011): *Methods of Third-Party Intervention*. In: Austin, Beatrix/Fischer, Martina/Giessmann, Hans J. (Hrsg.): *Advancing Conflict Transformation. The Berghof Handbook II*. Opladen
- Glasl, Friedrich (1998): *Selbsthilfe in Konflikten*. Stuttgart
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. Bonn
- Salzborn, Samuel (2020): *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Bonn

Angaben zu den Autorinnen und Autoren

Kaan Atanisev, Soziologe (M.A.), ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Eberhard Karls Universität Tübingen. Zurzeit ist er als Projektmitarbeiter mit dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt migsst (,Migration und Sicherheit in der Stadt‘) betraut. Seine Forschungsschwerpunkte sind abweichendes Verhalten und Migration. Kontakt: kaan.atanisev@uni-tuebingen.de.

Hagen Berndt, (1959–2021) Indologe, Islamwissenschaftler und Kommunikationsforscher (M.A.), leitete das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. Er interessierte sich für die Rolle von Konfliktbearbeitung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen und hat dazu im In- und Ausland beraten.

Maria Budnik (M.Sc.) studierte Humangeographie an der Universität Leipzig. Seit 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Erfurt im Fachgebiet Stadt- und Raumplanung. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Fragen des sozialen Zusammenhalts und Konflikten in heterogenen Stadtgesellschaften. Aktuell forscht sie im Rahmen des BMBF-geförderten Projektes ‚MigraChance: Migrationsbezogene Konflikte als Herausforderung und Chance in klein- und großstädtischen Kontexten‘ zu Fragestellungen des gesellschaftlichen Wandels durch soziale Konflikte. Kontakt: maria.budnik@fh-erfurt.de.

Dr. Ulrike Gatzemeier, Kommunale Konfliktberaterin, Organisationsberaterin, Mediatorin. Sie hat Interkulturelle Kommunikation und Friedens- und Konfliktforschung in Chemnitz und Dublin (Irland) studiert und zu Gruppenkonflikten und nationalistischen Radikalisierungsprozessen promoviert (Bochum).

Prof. Dr. phil. Katrin Großmann ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt, Fakultät für Architektur und Stadtplanung. In ihren Arbeiten verfolgt sie Fragen einer zukunftsfähigen Entwicklung von (Stadt-)Gesellschaften und verbindet hier normative

Debatten mit analytischen Perspektiven. Sie forscht u. a. zu sozialen Konflikten und Zuwanderung, Quartiersentwicklung und sozialer Segregation, Energiearmut bzw. Energiegerechtigkeit, schrumpfenden Städten und Kleinstädten. Kontakt: katrin.grossmann@fh-erfurt.de.

Prof. Dr. Rita Haverkamp, Kriminologin, forscht an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Eberhard Karls Universität Tübingen. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. Kriminalprävention, Sicherheit, strafrechtliche Sanktionensysteme und Strafvollzug. Sie ist Mitglied des Wissenschaftlichen Fachbeirats des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und des Beirats der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden. Kontakt: rita.haverkamp@uni-tuebingen.de.

Christoph Hedtke (M.Sc.) hat Stadtgeographie an der Universität Leipzig studiert und ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule Erfurt im Fachgebiet Stadt- und Raumplanung. Er forscht vor allem zu den Themen Zusammenleben in heterogenen Stadtgesellschaften, sozialer Wandel durch Migration und extrem rechte Bewegungen. Zudem arbeitet er freiberuflich als Mediator und Journalist. Kontakt: christoph.hedtke@fh-erfurt.de.

Sally Hohnstein, Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, Anglistin/Amerikanistin und Politologin (M.A.) ist wissenschaftliche Referentin der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention am Deutschen Jugendinstitut. Sie forscht zu politisch-weltanschaulichem Extremismus und dessen pädagogischer Prävention mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Digitalisierung. Kontakt: hohnstein@dji.de.

Alexander Kraher (M.A.) studierte Soziologie, Philosophie und Islamwissenschaften und ist gegenwärtig Mitarbeiter im BMBF-Forschungsprojekt ‚MigraChance‘ am Helmholtzzentrum für Umweltforschung Leipzig (Dpt. Stadt- und Umweltsoziologie). Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Raumtheorie sowie der Konflikt- und Sicherheitsforschung. Kontakt: kraal.mail@googlemail.com.

Fynn Kunkel, Soziologe (M.A.), ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Eberhard Karls Universität Tübingen. Dort arbeitet er in dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt migsst („Migration und Sicherheit in der Stadt“) und promoviert im Rahmen des Projektes über Problematisierungen von Müll im städtischen Raum. Kontakt: fynn.kunkel@uni-tuebingen.de.

Joachim Langner, Islamwissenschaftler, Politikwissenschaftler und Ethnologe (M.A.), ist wissenschaftlicher Referent der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention am Deutschen Jugendinstitut. Er forscht u. a. zu muslimischer Jugendarbeit, zur pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus, zu Religion in der Distanzierungsarbeit, sowie zu pädagogischer Demokratieförderung. Kontakt: klangner@dji.de.

Sven Messerschmidt (M.Sc.) arbeitet seit 2017 im Fachbereich Stadt- und Raumsoziologie an der FH Erfurt. Er forscht zu spezifischen Teilfragen sozialer Ungleichheit und sozialem Zusammenhalts auf lokaler Ebene, wie zu zivilgesellschaftlichem Engagement und Bürgergesellschaft, internationaler Zuwanderung und postmigrantischer Gesellschaft, Zugehörigkeit und Citizenship. Kontakt: sven.messerschmidt@fh-erfurt.de.

Moritz Sommer (M.Sc.) ist politischer Soziologe mit den Schwerpunkten Protest und Soziale Bewegungen sowie gesellschaftliche Polarisierung. Er studierte Politikwissenschaften und Soziologie in Münster, Enschede, London und Berlin und promoviert seit 2015 am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Seit 2020 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung ‚Konsens und Konflikt‘ am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) in Berlin. Kontakt: sommer@dezim-institut.de.

Dr. Armin Steil, Politikwissenschaftler, Berlin, arbeitet in Forschung und politischer Bildung zu den Themenfeldern Migrationskonflikte, Rechtsradikalismus und Rassismus. Kontakt: steil@forumarbeit.org.

Dr. Elias Steinhilper ist politischer Soziologe und arbeitet an der Schnittstelle zwischen Konflikt- und Migrationsforschung. Er studierte

Politikwissenschaft in Berlin, Freiburg und Colchester und hat 2018 an der Scuola Normale Superiore in Florenz in Politikwissenschaft und Soziologie promoviert. Seither arbeitet er als Postdoktorand in der Abteilung ‚Konsens und Konflikt‘ am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) in Berlin. Kontakt: steinhilper@dezim-institut.de.

Ann-Sofie Susen, Diplom-Politologin, Leiterin des Mobilen Beratungsteams Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI. Fach- und Arbeitsgebiete: Vorurteilsbasierte Konfliktlagen in urbanen Räumen, Community Communication & Konfliktmoderation, diversitätsorientierte und diskriminierungssensible Kompetenzvermittlung und Organisationsentwicklung, Demokratiebildung in der Migrationsgesellschaft. Kontakt: susen@stiftung-spi.de.

Dr. Maren Zschach, Erziehungswissenschaftlerin, ist Projektleiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention am Deutschen Jugendinstitut. Sie ist aktiv auf dem Gebiet der Kindheits- und Jugendforschung und beschäftigt sich mit Fragen der Extremismusprävention in pädagogischen Angeboten und der politischen Sozialisation junger Menschen. Kontakt: zschach@dji.de.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS)

ISBN 978-3-86379-398-2